REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 479 · 19.12.2003

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 45 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Wohnen, Wasser, Widerstand. Leben und Überleben in Barcelona - Almuth Intemann
2. Bewegungsanfänge: Bewegung für Anfänger. An den Hochschulen regt sich ambivalenter Protest - Kirsten Achtelik
3. Der Stammtisch frisst seine Kinder. Rechtskoalition in Hamburg geplatzt - dk
4. AKW Stade stillgelegt. Grüne zelebrieren die Abschaltung werbewirksam als Erfolg - Fritz Storim
5. Atomare Pekingente. Der Siemens-China-Deal und die Kontrolle waffenfähigen Atommülls - Max Bahr
6. Adenauer Superstar. Der "größte Deutsche" oder: Die Sehnsucht nach dem starken Mann - Js.
7. Anklagebank statt Lehrstuhl! Ruhr-Uni Bochum im Fall Yilmaz auf dem Rückzug - Knut Rauchfuss
8. Berliner RZ-Prozess: Bundesanwaltschaft fordert mehrjährige Haftstrafen - mb.
9. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen
10. Zehn Jahre PKK-Verbot: Die Verfolgung von KurdInnen in Deutschland hält an - Monika Morres
11. Back to Reagan. Die Bush-Administration entdeckt Rüstungsausgaben als Konjunkturlokomotive - Peter Custers
12. Das Jahrzehnt der Abrüstung ist vorbei. SIPRI warnt vor Aufrüstung und Kapitalkonzentration - Peter Custers
13. Das Geschäft mit der Betroffenheit. PatientInnenorganisationen als "Bodentruppen" der Pharmaindustrie - Erika Feyerabend
14. Ein Kampf ums Ganze. Residenzpflicht ist ein linkes, antirassistisches Thema - Xenia Toledo
15. Crime is King. Verbrechen lohnt sich nicht? Der neue Trend aus New York heißt Shoplifting - www.crimethinc.com
16. Berlin umsonst - koste es, was es wolle! Die Kampagne "Berlin umsonst!" eröffnet Debatte um Aneigung - FelS/AG Sozialer Widerstand
17. Radikalisiert das Leben! Bilderwelten, Werbung und Revolte - Rudi Maier
18. YOMANGO ("Ich zocke"). Zehn Tipps für ein YOMANGO-Styling - Dokumentation - YOMANGO
19. Zurück in die Zukunft. Bolivien auf der Suche nach dem rechten Weg - Peter Strack
20. "Nie um den Preis der Würde." Arbeitskämpfe in den zentralamerikanischen Maquilas - M.W. Herrera, L.B.Mármol, C.A. Martínez
21. Reise nach Jerusalem. Die Modernisierung des italienischen Neofaschismus, neueste Folge - Js.
22. Die Anschläge auf die Synagogen in Istanbul und die Rolle von Staat und Hizbullah - Nora Mielke
23. Kein Thema: Antisemitismus in der Türkei - Nora Mielke
24. Einiges Russland? Duma-Wahlen: Sieg für Putins "autoritäre Modernisierung" - Kai Ehlers
25. Bomben-Erfrischung. Mecca-Cola: Antiimperialistische Alternative oder Fitmacher für den Djihad? - Henning Böke
26. Radikal ahistorisch. Antideutsche "Nahost-Experten" erklären die Welt - Bernhard Schmid
27. Nichts gegen Amerika. Zur Kritik des linken Antiamerikanismus. Buchvorstellung - Georg Wißmeier
28. Linksdeutsches Sektenwesen. Robert Kurz analysiert die "antideutsche" Ideologie - Gerd Bedszent
29. Europäisches Sozialforum in Paris: Vieles anders, aber nicht alles besser - pp
30. Zwischen zwei Republiken. Der "Umbau" des Sozialstaates und die Perspektiven des Widerstands - Martin Dieckmann
31. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit
32. Bewegung! Stillstand. Aufbruch? Tagung zu Geschichte und Zukunft der Geschichtswerkstätten - Angela Martin
33. Die Menschen hinter den Glitzerfassaden. Die Filme des Regisseurs Lau Shing-Hon über Geschichte & Alltag Hongkongs - Carl Mosel
34. kras'nyj: rot, schön, hold, klar - Klaus Viehmann

35. Bilderwelten des Sozialismus. Kunsthaus Dresden zeigt produktiven Umgang mit sozialistischer Kunst - Wanda Wieczorek
36. Ohren-Propaganda
37. Musik zwischen Adorno und Mao Zedong. Kann Musik die Welt verändern? Reaktion auf den Schwerpunkt in ak 478 - Thomas Schroedter
38. gender troubles aktuell
39. Kur für den Kopf. Lisa Politts linke Sprech- und Bühnenkunst - Tina Fritsche
40. Der Fall Michael Jackson. Verlogenheit und Bigotterie der medialen Gesellschaft - Monika Gerstendörfer
41. AUFGEBLÄTTERT
42. LESERINNENBRIEFE
43. KALENDER
44. Spende her - sonst Eiszeit!
45. Editorial

1. Wohnen, Wasser, Widerstand. Leben und Überleben in Barcelona

Autor: Almuth Intemann · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:09

Barcelona ist hip. Hunderttausende tummeln sich jährlich in den engen Gassen zwischen Ramblas und Hafen. Manu Chao und die kosmopolitische Kulturszene um Migration, Halblegalität und Subversion üben auch auf Linke eine große Anziehung aus. Das alltägliche Leben in dieser Metropole südlich der Pyrenäen ist hingegen weniger pittoresk.

Das Jahr 2004 wird ein magisches Jahr für Barcelona. Am 9. Mai 2004 eröffnet das "Forum der Kulturen" seine Tore. Die Stadt soll ein kulturelles Spektakel erleben, wie es noch nie da gewesen ist. 141 Tage lang finden Ausstellungen und kulturelle Großereignisse statt, auf 14.000 qm, nicht weit vom Strand, am Ufer des Besós, in einem der ärmsten Stadtteile Barcelonas. 25,5 Mio. Euro soll das Ganze kosten. Auch politische Themen werden nicht fehlen: Foren zu Frieden, multikultureller Gesellschaft und zur Agenda 21 sind geplant. Die Stadt will sich von ihrer besten Seite zeigen, weltoffen und modern.

Doch hinter dieser Offenheit verbirgt sich ein klares Konzept von Umstrukturierung. Neue Flächen sollen erschlossen und ganze Viertel in Yuppi- oder Hightechstadtteile verwandelt werden. Der kulturelle Populismus verdeckt dabei all das, was die Menschen in dieser Stadt tagtäglich als Konsequenzen dieser Entwicklung erleben: steigende Armut und Abbau von Sozialleistungen sowie verschärfte Einwanderungsbedingungen für Menschen aus dem Süden. Das "Forum der Kulturen" ist in der jüngeren Geschichte Barcelonas das zweite Großereignis nach den Olympischen Spielen 1992, und wie 1992 wird auch jetzt in der Stadt mit all dem aufgeräumt, was nicht in das Konzept 2004 passt.

Seit Olympia 1992 wird in Barcelona das schnelle und große Geld mit der Spekulation von Wohnungen und Grundstücken gemacht. Der Tourismus spielt dabei eine wichtige Rolle. Jährlich kommen ca. vier Millionen TouristInnen in die Stadt, und die Zahlen steigen. Zu ihnen gehört auch eine große Zahl von jungen Menschen, vorwiegend aus Nordeuropa. Für sie sind die geographische Lage Barcelonas zwischen Mittelmeer und Pyrenäen und die kulturelle Vielfalt ein großer Anreiz, um einige Zeit hier zu leben. Sie sind vorübergehend hier, und das prägt ihre Lebenseinstellung: Hohe Mietpreise und prekäre Arbeitsbedingungen werden für den kurzen Aufenthalt in Kauf genommen. Viele befinden sich auf einer Durchgangsstation, im Sommer sind sie vielleicht schon auf Ibiza und arbeiten in einer Diskothek. Kommen sie aus dem englischsprachigen Raum, gelten sie als "natives" und sind eine beliebte Reservearmee für die vielen Sprachschulen, auch wenn sie keine LehrerInnenausbildung haben. Ausgebildete LehrerInnen werden dort zunehmend verdrängt.

Im Schatten der Kulturhauptstadt

Anders als in der BRD gibt es in Spanien - und so auch in Barcelona - nur einen sehr begrenzten Mietwohnungsmarkt. 85% der Wohnungen sind Eigentumswohnungen, nur 15% werden vermietet. Der knappe Mietwohnraum hat Immobilien zu der Profitquelle schlechthin werden lassen. Die Preise sind innerhalb der letzten sechs Jahre um 50% gestiegen - bei gleichzeitig stagnierenden Einkommen. Nicht nur in Barcelona (Hier sollen bis zu 200.000 Wohnungen leer stehen) verspricht die Spekulation das schnelle Geld. Selbst in Bilbao, einer Stadt von ca. 350.000 Einwohnern, stehen über 11.000 Wohnungen leer, in ganz Spanien sind es ca. 15% (im Vergleich dazu: Holland 0,1%, Schweden 1,2%). So wundert es nicht, dass es ein Hauen und Stechen um Wohnungen und Gebäude gibt, nicht selten, um sie in Restaurants oder kleine Geschäfte für den Tourismus umzubauen.

Barcelonas Innenstadt mit ihren Plätzen und Bars ist auf Grund der Preisentwicklung für die einheimische Bevölkerung so gut wie verloren. Hinzu kommt, dass Leute, die jahrelang in bestimmten Vierteln im Zentrum wohnen, im Zuge der neuen Stadtplanung vertrieben werden sollen. Dort, wo sie ihre Wohnungen haben, sollen Hotels gebaut werden. Die Umstrukturierung geschieht nicht mit Samthandschuhen. Der Begriff "mobbing inmobiliario" (Mobbing auf dem Wohnungsmarkt) hat sich mittlerweile etabliert. Wichtige Baumaßnahmen in und an Wohnungen werden nicht durchgeführt oder Mieten plötzlich so drastisch erhöht, dass die Leute gezwungen sind zu gehen. Besonders alte Menschen und MigrantInnen mit wenig Geld sind betroffen.

Vor allem Ältere leben in Wohnungen, in denen sie bereits geboren wurden oder die sie von ihren Eltern oder Großeltern übernommen haben. Sie sind heute eigentlich die einzigen, die erschwingliche Mieten bezahlen und unbefristete Mietverträge haben. Alle Anderen leben mit den üblichen Kurzmietverträgen von fünf bzw. einem Jahr. Danach kann jederzeit gekündigt bzw. die Miete ohne Begrenzung hochgesetzt werden, MieterInnenschutz gibt es nicht. Auf Grund der steigenden Immigration (nach offiziellen Statistiken 30% mehr Illegalisierte in den letzten drei Jahren) ist der Bedarf an Mietwohnungen in den letzten Jahren rasant gestiegen. Und mittlerweile bestätigen selbst Regierungsverlautbarungen, dass die Immobilienspekulation die Hauptursache für die Verarmung und die ökonomische Misere der Mehrheit der spanischen Bevölkerung ist.

Dabei sind Immobilienspekulation und Politik eng mit einander verflochten. Das zeigen immer wieder aufgedeckte Spekulationsskandale genauso wie die Kürzungen des sozialen Wohnungsbaus von 50% auf 10% in den letzten Jahren. Eine Antwort auf diese Entwicklung sind Hausbesetzungen. Sie haben in Spanien und Barcelona eine lange Tradition und werden im Allgemeinen mit Sympathie respektiert. Besetzte Häuser als soziale Zentren sind gleichzeitig Ausdruck eines praktisch-politischen Widerstands. Neben den sozialen Zentren gibt es unzählige stille Besetzungen, die vorwiegend von jüngeren Leuten durchgeführt werden. In einer Stadt, wo die Spekulation mit Wohnraum ein dermaßen wichtiger Wirtschaftsfaktor ist, gilt jede Art von Hausbesetzung als Widerstandshandlung, die nicht geduldet werden kann. In der Vorausschau auf 2004 werden somit besetzte Häuser innerhalb von 48 Stunden geräumt.

Zwischen Abrissbagger und Hausbesetzung

Vor allem die besetzten sozialen Zentren sind der Regierung ein Dorn im Auge. Oft schon seit vielen Jahren besetzt, haben sie für die politische Kultur und den Widerstand eine große Bedeutung. Hier finden regelmäßig Konzerte aller Art statt - eine wichtige Einnahmequellen für die Bewegung, aber auch die Möglichkeit für viele Jugendliche, noch zu erschwinglichen Preisen am kulturellen Leben teilzunehmen. Alle sozialen Zentren sind von der Räumung bedroht, so auch das "kasa de la muntanja", das älteste besetzte Zentrum Barcelonas. Vor 15 Jahren wurde diese ehemalige Kaserne der Guardia Civil am Fuße des Parks Güell (eine der Haupttouristenattraktionen Barcelonas) besetzt.

Seit dem Sommer diesen Jahres ist es verboten, sich auf öffentlichen Plätzen zu treffen, um dort mitgebrachten Alkohol zu konsumieren. Das "botellon" war besonders unter Jugendlichen eine Reaktion auf die überteuerten Kneipen. Im Gegensatz zu vielen Touristen, die alle Preise bezahlen (können), können sich die meisten Leute in Barcelona die Getränke dort nicht mehr leisten. Dabei ist der Gang in die Bar, um sich dort mit Freunden zu treffen, in Spanien ein wichtiger kultureller und kommunikativer Akt, den allen Generationen pflegen.

Prekarität gehört in Barcelona zum Alltag. Die wenigsten haben feste Arbeit und wenn, dann ist diese extrem schlecht bezahlt. Laut offizieller Statistiken waren im letzten Jahr von zehn Verträgen neun prekär, wobei die meisten nur über eine kurze Dauer (oft nur eine Woche) abgeschlossen wurden. Arbeitslosigkeit entsteht hier durch Ablauf der Verträge (ein neuer Vertrag wird dann mit einer anderen Person abgeschlossen) und nicht, weil Arbeitskraft überflüssig wird. In Spanien ist der Durchschnittsverdienst 30% niedriger als in der BRD. Auch hier bedeutet Prekarität, total flexibel sein zu müssen, montags bis sonntags (oft auch im Urlaub) verfügbar zu sein und nicht zu wissen, was nach Ende des Vertrags passiert, wie ein Leben auf eine nahe Zukunft ausgerichtet werden kann. Über 30% des Arbeitsmarktes werden von Zeitarbeitsfirmen beherrscht, die von dem niedrigen Lohn noch ihren Teil einbehalten. 65% der Erwachsenen unter 30 Jahren werden über Zeitarbeitsfirmen beschäftigt. Das sind offizielle Zahlen, die Realität ist weitaus dramatischer. Üblich ist es auch, für einige Zeit in einem Betrieb unentgeltlich zu arbeiten, mit dem Versprechen, dann irgendwann einen Vertrag zu bekommen.

Hausbesetzungen, Stromklau und Schwarzfahren gehören deshalb hier für viele zur alltäglichen Überlebensstrategie. Laut Presseberichten fahren 200.000 Menschen in Barcelona täglich schwarz, auch wenn das immer schwieriger wird. Technische Veränderungen an vielen U-Bahneingängen zeigen genauso Wirkung wie der öffentliche Diskurs um die "Schädigung des Allgemeinwohls". Nichtsdestotrotz: Schwarzfahren ist ein weit verbreitetes Alltagsverhalten, das nicht nur von einigen Linksradikalen praktiziert wird. So kommt es auch vor, dass eine Hausfrau ihren Kinderwagen unter der Schranke der U-Bahn hindurchschiebt und dann selber rübersteigt.

Leben am Rande des Abgrunds

Gerade in letzter Zeit formiert sich in der Stadt wachsender Widerstand. Dazu gehört auch die Gründung von immer mehr Stadtteilvereinigungen, sich gegen Vertreibung oder gegen den Abriss von Häusern und Wohnblöcken wehren. Sie fordern Wohnraum erhaltende Maßnahmen und sind fantasiereich, wenn es darum geht, ihren Stadtteil nicht nur nach Nützlichkeitskriterien und Profitinteressen zu gestalten: Es wird begrünt und bepflanzt, wo die Stadtregierung Beton und Autoparkplätze errichten möchte.

Ein wichtiges Thema für die Menschen in Barcelona ist das Wasser. Nach einer drastischen Erhöhung der Wassergebühren (angeblich, um die Qualität des Wassers zu erhöhen) gab es vor einigen Jahren in mehreren Stadtteilen einen Boykott der Wassergebühren. Der sollte so lange andauern, bis die Qualität des Wassers den versprochenen Standards entsprach. Bis heute ist das nicht der Fall. Trinkwasser muss nach wie vor in Plastikkanistern gekauft werden. Der Boykott könnte bald eine Renaissance erleben, denn die Regierung in Madrid hat vor, dem Ebro Wasser zu entziehen, das dann in die Touristenzentren und in die intensive Landwirtschaft (nach Almeria) fließen soll. Im Februar diesen Jahres demonstrierten 1,5 Millionen Menschen in Barcelona gegen dieses Großprojekt. Das Wasser wird nämlich einer Region entzogen, die eh schon unter Wasserknappheit leidet. Es ist ein Plan mit verheerenden Folgen nicht nur für die Lebensgrundlage der dort lebenden Menschen, sondern auch für Flora und Fauna: Verschiedene Naturschutzgebiete wären betroffen. Die Kosten des Projektes werden auf 4,2 Mrd. Euro veranschlagt, die Gelder kommen zum Teil aus Brüssel.

"Pujol, wir werden 2004 überleben." (1) war eine der Parolen, die auf der internationalen Häuserkampfdemo am 4. Oktober in Barcelona in großen Buchstaben in der Innenstadt zu lesen war. Bis zu 5.000 Leute hatten sich an diesem Samstag zu einer Aktionsdemo zusammengefunden. Büros, die in irgendeiner Weise mit Immobilienspekulation zu tun haben, wurden benannt und mit entsprechenden Parolen und Transparenten versehen. Der Zorn richtete sich auch gegen die Zeitarbeitsfirmen (sowieso beliebtes Ziel bei jeder Demo) und die Gewerkschaften. Vor deren Zentrale wurde haufenweise Müll abgeladen. Es war der Müll, den sie tagtäglich selbst produzieren, als verlängerter Arm der Regierung und durch ihr angepasstes Nichtverhalten gegenüber prekären Arbeitsverhältnissen, rassistischen Diskursen und gegenüber Verarmung und Umstrukturierung.

Almuth Intemann, Barcelona

Anmerkung:

1) Jordi Pujol, Mitglied der rechtsnationalistischen katalanischen Partei CIU, war seit über 20 Jahren Präsident des katalanischen Parlaments. Mit den Wahlen am 16.11.2003 hat er sein Amt niedergelegt.

2. Bewegungsanfänge: Bewegung für Anfänger. An den Hochschulen regt sich ambivalenter Protest

Autor: Kirsten Achtelik · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:33

Seit langem wird beim Bildungshaushalt in Berlin über astronomische Sparsummen - bis zu 600 Mio. Euro - und über Studiengebühren geredet. Für die meisten Studierenden war das bisher kein Grund zur Revolte. Noch im Sommersemester waren die Proteste an den Berliner Hochschulen eher mau. Die Vollversammlungen waren mäßig besucht und das Wort "Streik" wurde von allen strengstens vermieden. An einer berlinweiten Demonstration gegen Bildungs- und Sozialabbau am 21. Juni, die einen Höhepunkt der Proteste bilden sollte, nahmen nur 200 Studierende teil. Auch als zu Beginn des Wintersemesters die Sparbeschlüsse im Umfang von 75 Mio. Euro konkretisiert wurden, blieb die Stimmung zunächst ruhig.

Die Vorreiterrolle für die momentanen bundesweiten StudentInnenproteste übernahmen die Studierenden in Niedersachsen und Hessen, die Initialzündung für Berlin war der Streikbeschluss der Technischen Universität. Die sehr gut besuchten Vollversammlungen drängten auf einen aktiven Streik, Aktionen und Gegenwehr. Unzählige Arbeitsgruppen wurden gegründet und Gebäude besetzt. Die Bewegung musste nicht mehr von den "üblichen Verdächtigen" angetrieben und am Leben gehalten werden, sie trägt sich selber und treibt vorwärts.

Eine Unmenge an Aktivitäten entfaltet sich, die so unterschiedliche Niveaus und Stoßrichtungen haben, dass eine zusammenfassende Beurteilung schwer fällt. Der zu Grunde liegende Minimalkonsens ist die Abwehr der Kürzungen, doch schon bei der Bewertung von Studiengebühren herrscht Uneinigkeit. Ein großer Teil der Protestierenden sieht sich durchaus als künftige Elite der Nation und sieht durch die Kürzungen spätere Verdienst- und Karrierechancen gefährdet. Den Protest betrachten sie vor allem als Mittel, PolitikerInnen dazu zu bewegen, mit ihnen zu reden und ihren alternativen Kürzungspläne zuzuhören. Mit ihren Appellen, Deutschland nicht dumm zu sparen und damit den Standort in Gefahr zu bringen, haben sie die Sympathien auf ihrer Seite.

Streik als "Bildungsanstalt"

Teilweise drängt sich der Eindruck auf, dass da statt einer neuen APO eher eine neue PolitikerInnengeneration heranwächst, so realpolitisch und vernünftig gehen einige AktivistInnen vor. Sie wollen aufmerksam machen, aber nicht verärgern; protestieren, aber nicht ihr Semester gefährden. Daher erfreuen sich zu Streikaktionen deklarierte Vorlesungen und Seminare - natürlich im klassischen Frontalunterrichtsstil - größter Beliebtheit, Autonome Seminare sind dagegen schlecht besucht. Die Institution Universität soll gerettet, nicht verändert werden. Dazu passt auch, dass viele Protestierende gegen Studiengebühren nicht unbedingt etwas einzuwenden haben. So sind Studiproteste durchaus gern gesehen: Särge durch die Gegend tragen, in die Spree springen, Lichterketten, bei Besetzungen im Vorzimmer warten, bis der Senator aus seinem Büro kommt und Zeit für ein konstruktives Gespräch hat. Sogar die Polizei hat auf einer der großen Samstagsdemos Solidaritätsflugblätter verteilt, da sie auch gegen Kürzungen sei, solange die Proteste friedlich blieben.

Ein Streik an sich ist aber schon eine große "Bildungsanstalt". So mussten viele einsehen, dass Gespräche mit PolitikerInnen maximal Entschuldigungen, Verweise auf die Sachzwänge und Absichtserklärungen bewirken, jedoch keine Konsequenzen haben, wenn nicht zusätzlich massiver Druck aufgebaut wird. Auch die hoch gelobten kreativen Aktionen bringen zwar Medienpräsenz, müssen aber auch ständig gesteigert werden, um das Interesse nicht abflauen zu lassen. Sie sind zudem beliebig interpretierbar, wenn sich die AktivistInnen auf flache Parolen beschränken.

Die Kreativität, Spontanität und Unermüdlichkeit der Streikenden machen sie ziemlich unberechenbar. Schon wurde in Berlin Polizeischutz für alle öffentlichen Gebäude gefordert, weil man sich nie sicher sein kann, wo die BesetzerInnen als nächstes auftauchen und wie lange sie bleiben wollen. Nach einer Veranstaltung im Roten Rathaus gingen einige Leute einfach nicht raus, erklärten das Rathaus für besetzt und hängten Transparente aus den Fenstern. Bevor sie geräumt wurden, gingen sie freiwillig, um dann noch eine Spontandemo zu machen. Dabei wendeten sie Vorgehensweisen von "Reclaim-the-Streets"-Partys an und erkannten dabei, dass die Polizei kein Verbündeter ist. Selbst für die Beteiligten ist vorher nicht immer klar, wie sich eine Aktion entwickeln wird. Aus einer Latschdemo kann ein Wettrennen mit der Polizei werden, bei einer

Besetzung können wichtige inhaltliche Debatten stattfinden, und bei einer öffentlichen Vorlesung trifft man auf Menschen, mit denen man sonst nie reden würde.

Die Vielfalt kann aber auch nach hinten losgehen. So distanzierte sich ein Sprecher der FU-Streikkoordination von einer Kundgebung vor dem Hotel Maritim, in dem der Arbeitgeberverband BdA tagte. Zu dieser Aktion hatte die Kampagne "Berlin umsonst" aufgerufen, um eine Verbindung zwischen dem Bildungs- und Sozialabbau und den Verantwortlichen dafür herzustellen. Im Laufe dieser Aktion kam es zu den ersten harten Übergriffen der Polizei während der bisherigen Proteste. Die Berliner Zeitung behauptete, die Studiproteste würden von linksradikalen Kräften unterwandert, und auf den E-Mail-Verteilern wurde tagelang eine "Militanzdebatte" geführt. In den Streikforderungen der TU stand eine Woche lang der Passus, dass sich die Studierenden ausdrücklich weder für Sozialismus noch für Kommunismus einsetzen. Schon wer statt dem omnipräsenten "Bildung für alle - und zwar umsonst!" ein "Alles für alle - und zwar umsonst!" ruft, riskiert, ausgebuht und überstimmt zu werden.

Linke Ratlosigkeit angesichts des Standort-Protests

Vor diesem Hintergrund ist die Situation für linke Gruppen und Personen ambivalent. Bei vielen herrscht Ratlosigkeit vor, ob und wie man am besten intervenieren sollte. Andere stürzen sich in die Bewegung in der Hoffnung, dass schon irgendwas dabei rauskommen wird. Einiges tut sich tatsächlich: eine Vernetzung von unten, unabhängig von den gewählten Studierendenvertretungen. Auch die sonst nicht oder kaum vorhandenen Kontakte zu anderen von den Kürzungen betroffenen Gruppen haben ersten Früchte getragen. Viele der Protestierenden beginnen langsam, über ihre Partikularinteressen hinauszugehen und ihren Kampf in einem gesellschaftlichen Zusammenhang zu sehen.

Kirsten Achtelik

3. Der Stammtisch frisst seine Kinder. Rechtskoalition in Hamburg geplatzt

Autor: dk · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; CDU/CSU; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:35

Dienstag, am 9.12. um 4.30 Uhr morgens soll es gewesen sein, da hat Hamburgs Bürgermeister Ole v. Beust (CDU) endgültig die Faxen dicke gehabt. Schon seit vier Uhr wach, hat er beschlossen, die Koalition mit der FDP und den Rechtspopulisten von der Schill-Partei platzen zu lassen und Neuwahlen anzusetzen.

Erst vor einem Vierteljahr hatte von Beust Schill als Innensenator entlassen. Nun hat sich der als politischer Wiedergänger erwiesen. Mit stehenden Ovationen hat ihn seine Partei im November als Landesvorsitzenden in Hamburg bestätigt und gleichzeitig seinen Nachfolger als Innensenator und Intimfeind Dirk Nockemann als Beisitzer abgewählt. So isoliert Schill in der Rathausfraktion sein mag, die Partei ist seine Hausmacht.

Unmittelbar nach seiner Wiederwahl begann Schill mit einem Rachefeldzug, der mit gekränkten Eitelkeiten viel, jedoch mit politischem Geschick nichts zu tun hatte. Er ließ keine Gelegenheit aus, den Senat öffentlich zu kritisieren und zu beschimpfen. Auf normale Abgeordneten- und Ausschusstätigkeit verzichtete er, dies sei, so O-Ton Schill "eines Ex-Innensenators unwürdig." Dass seine Medienauftritte dabei immer grotesker wurden, focht den ehemaligen Richter dabei nicht an.

Schill mochte sich noch so verrückt aufführen und noch so offensichtlich die Koalition gefährden - die Königsmörder aus der eigenen Fraktion um den Bundesvorsitzenden, Bausenator und Zweiten Bürgermeister Mario Mettbach, haben vergeblich versucht, ihn in den Griff zu kriegen. Mettbach setzte ihn zwar kurzer Hand als Landesvorsitzenden ab, aber am Montag, den 8.12. eskalierte das Hauen und Stechen unter den ehemaligen Skatbrüdern zu einem aberwitzigen Spektakel: In der Hamburg Schill-Zentrale gab es zwei Landesvorstandssitzungen gleichzeitig, eine unter Vorsitz von Schill (der nebenbei Mettbach als Bundesvorsitzenden absetzen und aus der Partei ausschließen wollte), die andere geleitet von Mettbach (der jetzt seinerseits Schill aus der Fraktion ausschließen will).

Der organisierte Rechtspopulismus an der Macht zerlegt sich selbst, sofern die Führungsfigur zwar charismatisch, aber politisch gnadenlos inkompetent ist. Dass das Debakel der Schill-Partei gleichzeitig das Ende der Rechtskoalition in Hamburg ist, ist ein schöner Nebeneffekt. War die Entlassung Schills als Innensenator im August noch ein strategisch kluger und geschickt eingefädelter Schachzug, so hatte von Beust jetzt keinerlei Wahl. Eine Spaltung der Schill-Fraktion hätte ihn entweder sofort die nötige parlamentarische Mehrheit gekostet oder aber das Weiterregieren zu einem permanenten Drahtseilakt angesichts eines dezimierten und völlig unberechenbaren Koalitionspartners gemacht. Eine parlamentarische Niederlage etwa bei den Haushaltsberatungen hätte auch die CDU und ihren Spitzenmann beschädigt. Von daher ist es schon glaubwürdig, wenn von Beust und die CDU das Ende der Koalition und Neuwahlen geradezu aufatmend als Befreiungsschlag bezeichnen.

Welche politische Konstellation nach dem 29. Februar 2004 die Senatsriege stellen wird, ist unklar. Glaubt man den Umfrageergebnissen, dann wird die CDU zwar die Wahlen haushoch gewinnen, aber aus eigener Kraft nicht regierungsfähig sein. Von den bisherigen Koalitionspartnern dümpelt die FDP momentan bei zwei Prozent, und die Zukunft der Schill-Partei ist ungewiss. Schill hat bereits eine Partei-Neugründung angekündigt. Doch selbst wenn diese die 5%-Hürde schaffen sollte, wird sie nicht koalitionsfähig sein. Die "moderaten" Reste der alten Partei werden bei den Wahlen vermutlich keine Rolle spielen. Die soziale Basis des Rechtspopulismus ist zwar nach wie vor vorhanden, sie wird aber keinen eigenständigen organisierten Ausdruck finden.

Rein rechnerisch deutet alles auf ein rotgrünes Revival hin. Doch die Realität könnte anders aussehen. SPD-Spitzenkandidat und Wirtschaftsspezi Thomas Mirow mochte sich bisher nicht auf Rot-Grün festlegen und hält auch eine große Koalition nicht für ausgeschlossen. Die Grünen ihrerseits spekulieren öffentlich mit einem schwarz-grünen Bündnis. In Hamburg kann offensichtlich jeder mit jedem, grundsätzliche programmatische und politische Differenzen existieren nicht.

Ein Lagerwahlkampf wie vor zwei Jahren ist faktisch kaum zu erwarten. Dennoch sitzt das Trauma der Rechtskoalition möglicherweise so tief, dass für viele Rot-Grün zur einzigen Wahlalternative wird. Politisch ist das irrational. Die SPD hat bereits angekündigt, die Aufgabe des neuen Senats sei es nicht, "erstmal alles umzustoßen, was die Vorgängerregierung gemacht hat." So wird sich Rot-Grün auf eine etwas moderatere Privatisierungs-, Bildungs- und Kitapolitik reduzieren. Dabei bezieht sich "moderat" nicht so sehr auf die Inhalte, sondern auf die politische Vermittlung. Die Politik des Sozialkahlschlags hingegen wird sowohl von SPD wie auch von den Grünen ungebremst fortgesetzt, genauso wie die Entrechtung von Flüchtlingen, Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängerinnen. Wirtschafts- und Finanzpolitik sind auch für SPD und Grüne nichts weiter als Handelskammerorientierung und Sparlogik. Und in der Innen- und Ordnungspolitik hat sich die SPD bereits seit längerem der Schill-Partei bis zum Verwechseln angenähert - vom Brechmitteleinsatz gegen vermeintliche Drogendealer bis zur geschlossenen Unterbringung für Kinder und Jugendliche.

Die Linke wird bei diesen Wahlen keine Rolle spielen. Selbst wenn es zu einem wie auch immer gearteten linken Wahlbündnis käme: Ein relevanter Wahlkampf ist in der Kürze der Zeit nicht zu organisieren. Unter den gegeben Umstände wäre eine linke Wahloption ein buntes Sammelsurium programmatisch und kulturell sehr heterogener Gruppierungen und Einzelpersonen, ohne eine erprobte und belastbare gemeinsame politische Praxis. Es kann deshalb bei dieser Wahl nur darum gehen, überhaupt die Möglichkeit einer Protestwahl gegen die große Koalition von CDU bis Grünen zu ermöglichen. Statt parlamentarischer Präsenz wird es eher um einen Achtungserfolg gehen. Und vielleicht um den Sprung in ein Bezirksparlament.

dk

4. AKW Stade stillgelegt. Grüne zelebrieren die Abschaltung werbewirksam als Erfolg

Autor: Fritz Storim · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:30

Am Freitag, den 14.11.03 wurde das zweitälteste in Betrieb befindliche Atomkraftwerk Deutschlands, das AKW-Stade (1) nach fast 32 Jahren Betriebszeit endgültig abgeschaltet. Das ist zweifels-ohne gut so und auch ein Grund zur Freude. Eine alte Forderung der Anti-AKW-Bewegung: "Still-legung aller Atomkraftwerke - Stade zuerst!" hat sich damit teilweise erfüllt. Die Stilllegung der anderen AKWs müsste jetzt unmittelbar folgen. Dagegen allerdings spricht der Konsensvertrag zwischen rot-grüner Regierung und Atomindustrie, in dem sich die Regierung zur Aufrechterhaltung des ungestörten Betriebs der AKWs für Jahrzehnte verpflichtet hat.

Die Grünen feiern die Stilllegung als einen "symbolischen Meilenstein rot-grüner Energiepolitik". "Mit Stade beginnt sichtbar das Ende des Atomzeitalters", "die Atomenergie hat in Deutschland keine Zukunft mehr" und "2020 werde hier zu Lande kein einziges AKW mehr Strom produzieren", verkündet der grüne Bundesumweltminister Jürgen Trittin. "Der von Rot-Grün ausgehandelte Atomkonsens greift", stellt Reinhard Bütikofer, Bundesvorsitzender der Grünen, zufrieden fest.

Der E.on-Aufsichtsratsvorsitzende Walter Hohlefelder sieht das dagegen anders: die Stilllegung sei aus rein wirtschaftlichen Gründen erfolgt. Das kleinste von E.on betriebene AKW sei mit einer Größe von 630 Megawatt durch die Liberalisierung des Strommarktes "in die Unwirtschaftlichkeit gerutscht". E.on habe bereits im Oktober 2000 beschlossen, Stade vom Netz zu nehmen, also noch vor dem zwischen Energieversorgern und der rot-grünen Bundesregierung ausgehandelten Atomkonsens. Stade wäre auch ohne eine entsprechende Vereinbarung stillgelegt worden.

Nach der Vereinbarung zwischen Bundesregierung (SPD/Grüne) und den Energieversorgungsunternehmen vom 14. Juni 2000 ("Atomkonsens") (2) dürfen mit den 19 zur damaligen Zeit in Betrieb befindlichen AKWs und dem 1987 durch Gerichtsbeschluss stillgelegten AKW Mühlheim-Kärlich 2.623,30 TWh Strom produziert werden. Das entspricht - auf die 19 AKWs umgerechnet - einer realistischen Laufzeit pro AKW von etwa 35 Jahren. Vereinbart wurden nicht Laufzeiten für einzelne AKWs, sondern eine noch zu produzierende Gesamtstrommenge, unabhängig davon, mit welchem dieser AKWs sie produziert wird und in welchem Zeitraum.

Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie

Weiter wurde vereinbart, "für die verbleibende Nutzungsdauer den ungestörten Betrieb der Kernkraftwerke wie auch deren Entsorgung zu gewährleisten". Die Bundesregierung sichert "bei Einhaltung der atomrechtlichen Anforderungen den ungestörten Betrieb der Anlagen" zu und "sie wird keine Initiative ergreifen, mit der die Nutzung der Kernenergie durch einseitige Maßnahmen diskriminiert wird".

Der Konsensvertrag dient also zuallererst dem Bestandschutz der alten, sehr profitablen Anlagen. Sollte der Konsensvertrag erfüllt werden, so wird sich die Menge des bis dahin angefallenen hochradioaktiven Mülls verdoppelt haben. Aber es gibt für diesen Müll weltweit kein geeignetes Endlager, und ein solches ist aus naturwissenschaftlichen Gründen auch nicht vorstellbar. Der jetzt schon vorhandene Müll stellt für das Leben auf der Erde eine unlösbare Belastung dar, und diese vergrößert sich mit jedem Tag, an dem neuer Müll produziert wird. Das ist einer der Gründe, aus denen sich für die Anti-AKW-Bewegung die Forderung nach dem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie ergibt.

Wenn ein Atomkraftwerk wegen sicherheitstechnischer Mängel - wie z.B. derzeit Biblis A - nicht in Betrieb ist, kann es nach dem Konsensvertrag dafür länger am Netz bleiben, und zwar so lange, bis sein Energiekontingent abgearbeitet ist. Wenn ein AKW früher als nach dem neuen Atomgesetz vorgesehen abgeschaltet wird -, das AKW Stade hätte noch bis Mitte 2004 laufen können - kann das Reststromkontingent auf andere AKWs übertragen werden und so deren Laufzeit verlängern. Die Menge des anfallenden Atommülls wird also durch die vorgezogene Abschaltung nicht verringert. Von solchen Bedingungen, wie sie im Atomkonsensvertrag festgelegt sind, wagte die Atomindustrie vorher nicht einmal zu träumen.

Niemand kann zur Zeit voraussagen, wann das letzte AKW in der Bundesrepublik abgeschaltet sein wird, auch nicht Jürgen Trittin. Wenn er von 2020 spricht, ist das eine Propaganda-Lüge und Irreführung wider besseren Wissens. Bis 2020 mit dem endgültigen Ausstieg aus der Atomenergieproduktion zu warten, ist eine unverantwortliche Haltung. Eine Haltung, die die wirtschaftlichen Interessen der Industrie höher bewertet als die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung. Und alles wird auch wieder offen sein, wenn die politischen Rahmenbedingungen sich verändern.

Die Industrie hält sich noch zurück, aber die Politik bereitet das Terrain: Baden-Württembergs Wirtschaftsminister Walter Döring (FDP) plädiert für den "Ausstieg aus dem Ausstieg". Denkbar sei eine Verlängerung der Laufzeiten auf 50 Jahre. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel wurde noch deutlicher: Eine unionsgeführte Bundesregierung würde den Ausstieg rückgängig machen und der Industrie ermöglichen, "Kernkraftwerke so lange zu betreiben, wie sie wollen". Auch der Vorsitzende der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Hubertus Schmoldt, fragt, "ob der Ausstieg so unverrückbar ist, wie einige glauben". Die Stromkonzerne warten ab. "Wir sehen uns an die Verständigung mit der Bundesregierung gebunden", sagte der Vorsitzende von E.on-Energie, Walter Hohlefelder. Wenn sich der Wind aber dreht, sieht die Sache anders aus. "Sollten sich die politischen Verhältnisse ändern und die Atomkraft eine Renaissance erleben, könnten die Anlagen länger laufen", meint Karl-Wilhelm Otto von RWE-Power. Er spricht gar von 55 bis 60 Jahren Gesamtlaufzeit. (3)

Letzter Abschalttermin unbekannt

Über den Export von Atomtechnologie und den Bau von Atomkraftwerken durch deutsche Firmen im Ausland, den Import von Atomstrom, den Ausbau der Urananreicherungsanlage Gronau, den Bau von neuen Atomanlagen wie Garching oder die diversen "Zwischenlager" wird übrigens von Seiten der Grünen geflissentlich hinweggesehen. Jetzt - mit der Abschaltung des AKW-Stade - wollen sie Erfolge herbeireden, um Konsens für ihre Politik in der Bevölkerung zu schaffen und um damit ihre politische Macht zu sichern. Die Grünen haben ihre Prinzipien, ihre Versprechungen, mit denen sie einmal angetreten sind, schon lange und immer wieder neu über Bord geworfen - das nennen sie dann Realpolitik. Sie sind an Kriegen und am zur Zeit stattfindenden Sozialraub beteiligt, sie sind für den Bestandschutz der alten AKWs und damit für die permanente Gefährdung der Bevölkerung mit verantwortlich.

Über die Möglichkeiten, durch Argumente Einfluss auf parlamentarische Entscheidungen zu nehmen, sollten wir uns keine, Illusionen machen. Macht dient zuallererst immer dem Machterhalt. Und das Dialogangebot von Seiten der Macht findet so immer nur statt, um die KritikerInnen zu integrieren.

Die Auseinandersetzung um eine Welt, in der der Mensch und nicht die ökonomische Rationalität im Mittelpunkt politischen Handelns steht, wird sich sicher nur im Rahmen einer außerparlamentarischen Opposition/Bewegung führen lassen - das hat die Geschichte immer wieder gezeigt.

Fritz Storim, November 2003

Anmerkungen

1) AKW-Stade: Druckwasserreaktor, Betriebsbeginn 1972, 630 Megawatt Leistung. Das AKW gehört zu zwei Dritteln E.on und zu einem Drittel dem schwedischen Vatenfall-Konzern, zu dem seit 2002 auch die HEW gehören. Nur das AKW Obrigheim befindet sich länger in Betrieb (seit 1968 am Netz). Das jüngste AKW Neckar-2 ging 1989 ans Netz.

2) Ausführlicher, unter www.MAUS-Bremen.de (Text-Archiv). Das neue Atomgesetz wurde am 14. Dezember 2001 im Bundestag gegen die Stimmen der Opposition beschlossen und trat am 27. April 2002 in Kraft.

3) Nach Weser Kurier vom 14.11.03

5. Atomare Pekingente. Der Siemens-China-Deal und die Kontrolle waffenfähigen Atommülls

Autor: Max Bahr · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:34

Nukem, die Siemens-Produktionsstätte für atomare Brennelemente in Hanau, soll an die Volksrepublik China verkauft werden. So will es der Bundeskanzler, und sein Außenminister hat es abgenickt. Die medienträchtigen Streitereien, die dieser Beschluss in der rot-grünen Koalition ausgelöst hat, verdecken ein grundsätzlicheres Problem: Angesichts enormer Arsenale atomarer Waffen und Lagerstätten gibt es keine international wirksamen Kontrollmechanismen gegen die Verbreitung waffenfähigen Nuklearmaterials.

Seit Februar 2003 wird im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle zwischen Wirtschafts- und Außenministerium über die Exportgenehmigung der Hanauer Plutonium-Fabrik nach China verhandelt. Jetzt, anlässlich der Kanzlerreise durch China Anfang Dezember, kamen die Einzelheiten des Deals zwischen Siemens und der VR China an die Öffentlichkeit. Für 50 Mio. Euro soll die ehemals 700 Mio. Euro teure MOX-Elementefabrik den Besitzer wechseln.

Die Hanauer Atomanlage war ursprünglich als Teil eines nuklearen Kreislaufes in Deutschland geplant, bei dem so genannte MOX-Brennstäbe aus Uran und Plutonium hergestellt werden. Das hochgiftige Plutonium, das beim Betrieb von Atomkraftwerken entsteht, kann so wiederaufgearbeitet werden, um erneut in Leichtwasserreaktoren (Siede- und Druckwasserreaktoren) eingesetzt zu werden. Für Hochtemperatur-Reaktoren, wie sie im ehemaligen Ostblock oder in der VR China in Benutzung sind, sind die MOX-Brennstäbe hingegen unbrauchbar.

Die Produktionsstätte in Hanau war fast fertig gestellt, als der hessische Verwaltungsgerichtshof 1990 drei von sechs Teilgenehmigungen aufhob. Siemens hat das Projekt schließlich 1995 aufgegeben. Im Jahr 2000 wollte Russland die Atomfabrik übernehmen, um 50 Tonnen Plutonium aus seinen abgerüsteten Atomwaffen in MOX-Brennelemente zu überführen. Diese sollten in westliche Länder exportiert werden, doch die Nachfrage war zu gering.

Was will nun die VR China mit dieser Anlage? Plutonium für Atombomben erzeugen? Annette Schaper von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung ist skeptisch: Die VR China ist bereits Atommacht und deshalb nicht unbedingt aus militärischen Erwägungen an der Anlage interessiert. In der VR China MOX-Brennstäbe herzustellen, macht erst dann Sinn, wenn dort Leichtwasserreaktoren oder Schnelle Brüter gebaut würden. Oder will China für Japan abgebrannte Brennstäbe aufarbeiten? Immerhin stellt England die Wiederaufarbeitung in Sellafield ein, und in Japan könnte ein Entsorgungsengpass entstehen.

Hanau, Peking, Teheran

Die Nuklearpolitik der VR Chinas, ist undurchschaubar und auf Grund ihres Status als eine der fünf Atommächte auch nicht durch die Atomenergiebehörde IAEA kontrollierbar: Die USA, Frankreich, England, Russland und die VR China hatten sich bei Abschluss des Atomwaffensperrvertrages ausbedungen, dass ihre kerntechnischen Anlagen und Lager von spaltbarem Material keiner Kontrolle unterliegen.

Die rot-grüne Bundesregierung springt auf vielen internationalen nuklearen Baustellen herum. Ein Konzept oder gar Initiativen zur Abrüstung und Ächtung von Atomwaffen sind dabei ebenso wenig zu erkennen wie solche zur Lösung des Entsorgungsproblems für den von Tag zu Tag wachsenden radioaktiven Müllberg. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Müntefering bringt es auf den Punkt: Der Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland sei nie damit verbunden gewesen, dass auch kein anderes Land der Welt diese nutzen darf.

Im Atomabkommen mit dem Iran etwa hatten die Außenminister Frankreichs, Englands und Deutschlands den Mullahs das Versprechen abgerungen, dass diese vorübergehend mit der Entwicklung ihrer Atombombe innehalten und das Zusatzprotokoll des Atomwaffensperrvertrages unterzeichnen. Dafür hilft die EU bei der Entwicklung der friedlichen Nutzung der Atomenergie im Iran, indem das AKW Bushir vollendet und die Brennstäbe dafür geliefert werden. Die gleiche Zusage hat der Iran vorher schon von Russland erhalten. Doch wozu will der Iran Strom aus Atomenergie erzeugen, wenn er gleichzeitig eines der größten Öl- und Erdgasvorkommen besitzt?

1970 trat der Nichtweiterverbreitungsvertrag von Atomwaffen (NPT - Non-Proliferation-Treaty) in Kraft. 180 Staaten hatten das Abkommen unterschrieben, Israel, Pakistan, Indien und Mexiko sind ihm nicht beigetreten. Ziel war die Kontrolle und die Ächtung aller Nuklearwaffen. Weltweit werden derzeit die erzeugten Bestände an spaltbarem Material nur unzureichend überwacht. 1997 wurde deshalb ein Zusatzprotokoll erarbeitet, durch das die Atomenergiebehörde IAEA durch unangemeldete Kontrollen Einblicke in die Forschung und in zivile Atomanlagen erlangen kann. Die IAEA-Sicherheitskontrollen beschränken sich auf Atomanlagen und Orte, an denen Spaltmaterial verwendet wird, sowie auf die Bilanzierung des Atommaterials. Weitere Daten können über die Beseitigung radioaktiver Abfälle, Export und Import strategischer Güter von kerntechnischen Anlagen sowie Planungen für künftige Nuklearprogramme erhoben werden. Von den 188 Unterzeichnerstaaten des Atomwaffensperrvertrages haben 73 das Zusatzprotokoll unterzeichnet, dazu kommt noch der Iran. Aber nur 35 Staaten haben es bislang ratifiziert.

Wohin mit dem Atomwaffenmüll?

In Nichtatomwaffenstaaten funktioniert die Überwachung von Nuklearmaterial nahezu lückenlos; in den USA, Russland und der VR China jedoch gibt es keine vollständigen Sicherungsmaßnahmen, und die Bestände sind nur sehr ungenau erfasst. "Insbesondere in Russland fehlen moderne technische Kontrolleinrichtungen, über China ist diesbezüglich wenig bekannt. Illegale Abzweigungen bleiben daher leicht unentdeckt. Die Bereitschaft der Kernwaffenstaaten, auch ihrerseits verstärkte internationale Kontrollen zu akzeptieren, lässt zu wünschen übrig."(Annette Schaper) 1985 unterstanden in den USA von ca. 250 zivilen Atomanlagen nur vier Einrichtungen der Kontrolle der IAEA. Nebenbei bemerkt: Auch die bundesdeutsche Regierung hatte 1967 bei den Vertragsverhandlungen zum Atomwaffensperrvertrag Probleme mit dem freien Zugang der Kontrolleure in die Produktions- und Lagerungsstätten sowie kerntechnischen Anlagen.

Weltweit existieren noch über 20.000 Atomwaffen. Allein für die USA sind die Kosten für die Reduzierung, das Demontieren und die Entsorgung des nuklearen Abfalls auf 31 Mrd. US-Dollar veranschlagt worden. Nicht mit eingerechnet sind Aufräumarbeiten, Entsorgung und Schließung der Waffenlabore, der Produktionsanlagen und die sichere Endlagerung. Die vollständige Beseitigung waffenfähigen Atommaterials würde Kosten in einer geschätzten Höhe von 365 Milliarden US-Dollar verursachen. Russland kann solche Summen nicht selbst aufbringen und ist auf internationale Hilfe angewiesen. So kauften die USA der Regierung in Moskau für ca. 12 Mrd. US-Dollar hoch angereichertes Uran aus demontierten Waffen ab, um es in den eigenen Atomkraftwerken zu verwenden.

Im Jahre 1996 stellte der Internationale Gerichtshof in Den Haag einstimmig fest, dass die Drohung und Verteidigung mit atomaren Waffen generell dem Völkerrecht widersprechen. Daraufhin forderte die Generalvollversammlung der UN in der Resolution 53/77 vom Dezember 1998 alle Staaten auf, multilaterale Verhandlungen aufzunehmen, die zum baldigen Abschluss eines Abkommens führen sollten, durch das die Entwicklung, Herstellung, Erprobung, Dislozierung, Lagerung, Weitergabe, Androhung des Einsatzes oder der Einsatz von Kernwaffen verboten werden und das die Vernichtung solcher Waffen vorsieht. Die Terroranschläge vom 11.9.2001 machten diese Initiative zunichte. Mit dem am 31.12.2001 vom US-Verteidigungsminister an den Kongress übermittelten "Nuclear-Posture-Review"-Bericht bestehen die USA darauf, präventiv mit nuklearen Waffen gegen jeden Aggressor vorzugehen.

Die US National Academy of Sciences (NAS) hat Anfang der 1990er Jahre den Standard für abgebrannten Brennstoff (spent fuel standard) so definiert, dass das Spaltmaterial nicht mehr waffentauglich ist. Dieser Standard besagt, dass Abrüstungsplutonium zunächst in eine Form gebracht werden muss, in der es ebenso unzugänglich ist wie das Plutonium in abgebrannten Brennelementen. Zwei Optionen sind auf dem derzeitigen technischen Niveau und Wissensstand möglich: die MOX-Option und die Immobilisierungsoption.

MOX-Elemente erfüllen nach dem Entfernen aus dem Reaktor den Spent-fuel-Standard. Diese Form der Entsorgung wird von Russland und den USA favorisiert, um das Plutonium aus ihren zahlreichen Lagern weiterhin kommerziell verwenden zu können. Eine radikalere Methode zur Entsorgung ist die Immobilisierung, bei der die spaltbaren Materialien sofort jeglicher Weiterverarbeitung entzogen und einer Endlagerung zugeführt werden. Dabei soll das Plutonium mit radioaktivem Abfall aus der Wiederaufarbeitung vermischt und anschließend in Keramik oder Glas eingeschmolzen werden. Als Resultat hätte man schwere und stark radioaktive Glas- oder Keramikblöcke, die ebenfalls den spent-fuel-Standard erfüllen würden. Diese Option findet international jedoch nur wenig Unterstützung und wird weitestgehend ignoriert.

Wenn es darum geht, die Verbreitung von Atomwaffen und waffenfähigem Nuklearmaterial zu verhindern, dann kommt allein auf Grund der ungeheuren Größe des russischen Atomwaffenarsenals der Sicherheit und der Überwachung der russischen Lager eine Schlüsselfunktion zu. 1993 haben Russland und die USA einen Vertrag über die Umwandlung von 500 Tonnen hoch angereicherten Urans in schwächer radioaktiven Brennstoff für US-Atomkraftwerke unterschrieben. 141 Tonnen sind bisher umgewandelt worden. Nach Schätzungen hat Russland weitere 1.000 Tonnen hoch angereichertes Uran auf Lager. (FR, 25.5.02) Schlecht bezahlte russische Wissenschaftler könnten bereit sein, Material und Know-how an interessierte Staaten oder Terrorgruppen zu verkaufen. Vor diesem Hintergrund beschloss der G8-Gipfel, 20 Mrd. US-Dollar für die Entsorgung des russischen Nuklearmülls zur Verfügung zu stellen.

Freies Fluten für Spaltprodukte

In den vergangenen fünf Jahrzehnten wurden weltweit 1.700 Tonnen hoch angereichertes Uran und 230 Tonnen Plutonium für militärische Zwecke produziert. Der geringere Teil dieses Spaltmaterials (ca. zehn Tonnen) unterliegt derzeit der internationalen Kontrolle durch die IAEA, da das andere Material den fünf anerkannten Atomwaffenmächten gehört. Jens Peter Steffen von der Organisation IPPNW: "Von diesem Spaltmaterial benötigen die Atommächte 400 Tonnen zur Aufrechterhaltung ihres Atomwaffenpotenzials. Demnach lagern knapp 1.600 Tonnen des hochbrisanten Materials als ‚Überschuss`in den Arsenalen."

Aus der weltweiten Gefahr der Verbreitung von spaltbaren Materialien ergeben sich zwei von den Friedensforschern Jens Peter Steffen und dem ehemaligen SIPRI-Direktor Frank Barnaby vorgetragene Schlussfolgerungen: "Es ist also nur konsequent, wenn zur Eindämmung der Gefahr terroristischer Nutzung militärischen oder zivilen waffenfähigen Spaltmaterials ein zügiger Produktionsstopp für dieses Spaltmaterials angestrebt wird. Besonders die Kontrolle des durch den geforderten beschleunigten Abbau der Atomwaffenarsenale aller Atomwaffenstaaten obsoleten Waffenmaterials muss international geregelt werden ... Die Atomwaffenmächte stehen vor der einfachen Alternative: Entweder sie erreichen eine internationale Konvention zur Abschaffung aller Atomwaffen oder sie werden sich in einer extrem instabilen Weltsituation mit vielen Atommächten wieder finden - und dies schon in naher Zukunft." (IPPNW Global Health Watch Report Nr.1)

Max Bahr

6. Adenauer Superstar. Der "größte Deutsche" oder: Die Sehnsucht nach dem starken Mann

Autor: Js. · Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:10

Man hätte auf ihn wetten sollen: Konrad Adenauer (1876-1967), Bundeskanzler von 1949 bis 1963, ist der "größte Deutsche". Das fanden zumindest 778.984 ZuschauerInnen der TV-Show "Unsere Besten", die am 28. November im ZDF ausgestrahlt wurde. Martin Luther (556.298) und Karl Marx (500.442 Stimmen) belegten die Plätze zwei und drei, gefolgt von den Geschwistern Hans und Sophie Scholl sowie den Herren Brandt, Bach, Goethe, Gutenberg, Bismarck und Einstein.

Einwände gegen die blödsinnige Fragestellung und das armselige Niveau der Show mit ihren 30-Sekunden-Werbereden prominenter "Paten" für ihre fast ausnahmslos männlichen Idole sind nur allzu berechtigt. Sie können allerdings über eines nicht hinwegtäuschen: Auch ein Volksentscheid zum gleichen Thema hätte vermutlich kein anderes Ergebnis gebracht. Denn Adenauer ist der Kandidat all derer, die sich nach dem starken Mann und nach klaren Verhältnissen sehnen. Natürlich wird er hauptsächlich mit dem "Wirtschaftswunder" der 1950er Jahre identifiziert. Bewundert wird er aber auch als derjenige Politiker, der die deutsche Kriegsniederlage in einen Sieg verwandelte; als Kanzler des "Wiederaufbaus" sorgte er mit dafür, dass eine selbstkritische Auseinandersetzung mit den deutschen Menschheitsverbrechen unterblieb.

Dabei half, dass er sich selbst zum Verfolgten des NS-Regimes stilisierte. Oberbürgermeister von Köln seit 1917, wurde er im Juli 1933 von den Nazis seines Amtes enthoben - seine Partei, das katholische Zentrum, wurde nicht mehr gebraucht, nachdem ihre Reichstagsabgeordneten im März geschlossen für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatten. Adenauer begab sich in die "innere Emigration". Obwohl er Anwerbeversuche aus Kreisen des konservativen Widerstandes gegen Hitler zurückwies, wurde er 1944 für einige Wochen eingesperrt, blieb allerdings ansonsten "ziemlich unbehelligt", wie er selbst schrieb. Nach Kriegsende wurde er von den amerikanischen Besatzungstruppen als Kölner Oberbürgermeister eingesetzt, im Oktober 1945 aber schon wieder entlassen. Dass er den Besatzungsbehörden "unbequem" war, wie er in seinen Erinnerungen schrieb, mag wohl stimmen: Der Machtmensch Adenauer hielt es offensichtlich für geboten, gegenüber den Befreiern neues deutsches Selbstbewusstsein zur Schau zu tragen. Auch dafür wird er noch heute bewundert.

Von der Last des Amtes befreit, konnte er sich ganz der Parteiarbeit widmen und zum mächtigsten Mann der neu gegründeten CDU aufsteigen. Im September 1949 wurde er mit einer (seiner eigenen) Stimme Mehrheit zum ersten Bundeskanzler gewählt. Zur Kennzeichnung seiner Außenpolitik (Adenauer war bis 1955 auch Außenminister) müssen hier ein paar Stichworte reichen: "Westbindung" und "Aussöhnung" mit Frankreich, "Wiederbewaffnung" und NATO-Beitritt, also die Wiederbelebung des deutschen Militarismus, der wenige Jahre zuvor endgültig zerschlagen schien. Das ging nicht ohne erhebliche innenpolitische Widerstände. Umstritten war auch die Politik der "Wiedergutmachung" gegenüber Israel. Dass diese alsbald "politische Dividenden" abwerfen würde, hatte Adenauer erkannt. "Angesichts des großen Einflusses des Judentums in den USA ist alles, was er in dieser Hinsicht unternimmt, auch ein Gebot der Staatsklugheit", lobte sein Biograph Hans-Peter Schwarz.

Im Inneren ging es Adenauer vor allem darum, die alten Nazis für seine Politik zu gewinnen. So stellte er in seiner ersten Regierungserklärung von September 1949 eine Amnestie in Aussicht, weil man angesichts des Krieges und der "Wirren der Nachkriegszeit ... für manche Verfehlungen und Vergehen Verständnis aufbringen" müsse. Dem Volk der "Mitläufer" bescheinigte er, es habe "in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut". Während Nazis rehabilitiert und zum Teil in führende Positionen gehievt wurden, stand der Feind weiterhin links: "Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau" stand damals auf den CDU-Wahlplakaten, die Züge der Nazi-Propaganda gegen die "Untermenschen" annahmen. Nachdem 1956 die KPD verboten worden war, wurden KommunistInnen eingesperrt, entlassen und mit Berufsverbot belegt.

"Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau"

Bei den Bundestagswahlen 1957 errangen CDU und CSU die absolute Mehrheit. Adenauer regierte jetzt wie ein Monarch. Als 1962 sein Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß (CSU) mit illegalen Mitteln gegen den Spiegel vorging, wetterte Adenauer gegen den "Abgrund von Landesverrat" - durch einen bundeswehrkritischen Artikel des Nachrichtenmagazins. Aber die Spiegel-Affäre war schon der Anfang vom Ende, nicht nur des keineswegs amtsmüden Kanzlers, sondern auch der christdemokratischen Hegemonie. Zwischen seinem Tod und dem Beginn der Revolte gegen den in der Ära Adenauer konservierten "Muff von tausend Jahren" am 2. Juni 1967 lagen nur wenige Wochen.

Der ZDF-Chefhistoriker Guido Knopp, der für Adenauer den Paten gab, weiß das alles. Gleichwohl verkündete er: "Für Adenauer stand die Freiheit immer an oberster Stelle". Während man darüber noch herzlich lachen könnte, läuft es einem bei einem weiteren Knoppschen Ausspruch kalt den Rücken herunter: "Alles, was der große alte Mann für die Bundesrepublik erschaffen hat, hat bis heute Bestand."

Der amtierende Kanzler ging mit seinem Lob für Adenauer nicht ganz so weit: "Er war schon richtig für Deutschland damals." Er war aber auch moderner als gemeinhin angenommen. Kurt Schumacher, SPD-Vorsitzender bis zu seinem Tode 1952, lästerte noch über Adenauers 500-Wörter-Wortschatz. Was damals als Defizit wahrgenommen wurde, gilt in der von Adenauer begründeten "Kanzlerdemokratie" als hohe Schule der Rhetorik.

Js.

7. Anklagebank statt Lehrstuhl! Ruhr-Uni Bochum im Fall Yilmaz auf dem Rückzug

Autor: Knut Rauchfuss · Rubrik: Jugend und Studenten; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:05

Der ehemalige türkische Ministerpräsident Mesut Yilmaz wird im Wintersemester 2003/2004 nicht an die Ruhr-Universität Bochum (RUB) zurückkehren. Seit dem vergangenen Sommersemester protestiert ein breites Bündnis gegen die Gastprofessur des ehemaligen Ministerpräsidenten, der für die während seiner Amtszeiten begangenen Menschenrechtsverbrechen in der Türkei verantwortlich gemacht wird. Unter dem Motto "Anklagebank statt Lehrstuhl!" fordert das Bündnis die Universität seither auf, die Gastprofessur zurückzuziehen. (vgl. ak 474)

Gleichzeitig wirft das Bündnis Yilmaz die langjährige Zusammenarbeit mit dem organisierten Verbrechen in der Türkei vor. Obgleich ein Untersuchungsausschuss des türkischen Parlaments Yilmaz im Laufe des Sommers der Korruption in großem Umfang für schuldig befand und die Anklageerhebung vor türkischen Gerichten einleitete, wollte sich die Universität zunächst nicht von ihrem Gastprofessor distanzieren. Offiziell ist dies auch bis heute nicht geschehen. Jedoch zeichnet sich für das Wintersemester ein schleichender, aber deutlicher Rückzug der Universität ab.

Ursprünglich war Yilmaz für das Wintersemester mit einer dauerhaften Anwesenheit an der RUB eingeplant. Im neuen Vorlesungsverzeichnis jedoch ist der als Menschenrechtsverbrecher beschuldigte Gastprofessor lediglich noch an zwei Tagen mit einem Seminar vertreten, welches obendrein nicht an der Bochumer Universität, sondern in der Türkei sowie an einem weiteren, derzeit noch geheim gehaltenen Veranstaltungsort stattfindet. Das Bündnis für Menschenrechte hat diese Angaben in den vergangenen Wochen überprüft. Weitere Veranstaltungen wird es nicht geben. Auch erwies sich der Büroraum, der für Yilmaz im Vorlesungsverzeichnis vermerkt ist, nach Recherchen des Bündnisses für Menschenrechte nicht als eigener Raum, sondern als das Büro von Professor Andersen, der die Gastprofessur bis heute befürwortet. Der Gastprofessor und Menschenrechtsverbrecher wurde dort in den ersten sechs Wochen des Semesters nicht gesichtet.

Das Bündnis für Menschenrechte an der RUB betrachtet mit diesem lautlosen Rückzug seine Forderungen noch längst nicht als erfüllt und wird die weitere Entwicklung, insbesondere die weitere Praxis der RUB bei der Wahl ihrer DozentInnen, kritisch beobachten.

Knut Rauchfuss

Bündnis für Menschenrechte an der RUB, c/o Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V., Engelsburgerstr. 168, D-44793 Bochum, Telefon (49)-234-9041-380, Telefax (49)-234-9041-381

8. Berliner RZ-Prozess: Bundesanwaltschaft fordert mehrjährige Haftstrafen

Autor: mb. · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:46

Der Berliner Prozess in Sachen "Revolutionäre Zellen" neigt sich dem Ende zu. Am 11. Dezember forderte die Bundesanwaltschaft (BAW) Haftstrafen zwischen zweieinhalb Jahren und vier Jahren und drei Monate für die fünf Angeklagten. Die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen sahen die Karlsruher Anklagevertreter in keinem Punkt erschüttert. Das Urteil des Kammergerichts Berlin wird im Januar erwartet.

Gut Ding will Weile haben, heißt es im Volksmund - für den Berliner RZ-Prozess will diese Volksweisheit allerdings nicht stimmen: Ungeachtet der massiven Widersprüche, die in den Aussagen des Zeugen der Anklage Tarek Mousli während der inzwischen mehr als 150 Verhandlungstage zu Tage getreten sind, ist der Verurteilungswille der BAW ungebrochen. Alle entsprechenden Bemühungen der Verteidigung prallten an den Sitzungsvertretern des Generalbundesanwalts und dem Berliner Kammergericht ab. Dass für viele Behauptungen des Kronzeugen jeglicher Beweis fehlt, spielt keine Rolle.

Vor mehr als zweieinhalb Jahre begann das Mammutverfahren gegen die fünf Angeklagten vor dem 1. Strafsenat des Kammergerichts Berlin. Gestützt im wesentlichen auf die Vorwürfe Mouslis verhandelt der Senat seit Mai 2001 gegen die Frankfurter Galeristin Sabine E. (57), ihren Ehemann Rudolf Sch. (61), den früheren Leiter des Akademischen Auslandsamtes der Technischen Universität Berlin, Matthias B. (55), den Mitarbeiter der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM), Harald G. (55), sowie den Hausmeister des Berliner Alternativzentrums Mehringhof, Axel H. (53). Die BAW wirft ihnen neben der Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" in wechselnden Konstellationen die Beteiligung an den bereits strafrechtlich verjährten Knieschussattentaten auf den damaligen Leiter der Berliner Ausländerpolizei, Harald Hollenberg, 1986 und den Vorsitzenden Richter des Asylsenats des Bundesverwaltungsgerichts, Günther Korbmacher, 1987 sowie an den Sprengstoffanschlägen auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA) 1987 und die Berliner Siegessäule 1991 vor.

Die Anschuldigungen Mouslis wurden von den Bundesanwälten in ihrem rund sechsstündigen Plädoyer durchgängig als glaubwürdig, schlüssig und wahrheitsgetreu hingestellt. Zwar sei "nicht zu verkennen, dass für Tarek Mousli ein starkes Motiv bestand, ein Geständnis abzulegen", gestand Bundesanwalt Bruns ein. Die Aussagen seien "aber nicht als unverwertbar anzusehen", vielmehr würden sie sich widerspruchsfrei in den gesamten Geschehensablauf einpassen und die tatsächlichen Tatgeschehen widerspiegeln, so der Bundesanwalt.

Es spielt also keine Rolle, dass die meisten Anschuldigen Mouslis lediglich auf Hörensagen beruhen. Es spielt keine Rolle, dass der von Mousli beschriebene Aufbau des Sprengsatzes, der beim Anschlag auf die ZSA zur Verwendung kam, nach Aussage von BKA-Experten nicht diese Sprengwirkung hätte entfalten können. Es spielt keine Rolle, dass trotz zweimaliger intensiver Suche im Mehringhof kein RZ-Waffen- und Sprengstoffdepot gefunden wurde. Es spielt keine Rolle, dass der Sprengstoff, den Mousli 1995 in einem Seegraben im Norden Berlins entsorgt haben will, nach Aussage von Gutachtern dort nie so lange gelegen haben kann, usw. und usf.

Unerheblich, dass Sabine E., Rudolf Sch., die sich als RZ-Militante bekannten, und Axel H., der Unterstützungsleistungen eingestand, in Einlassungen der Version des Kronzeugen widersprochen haben. Unerheblich auch, dass eine Zeugin sich dazu bekannt hat, die Schüsse auf Hollenberg 1986 abgegeben zu haben, und nicht Sabine E., wie von Mousli behauptet. Unerheblich auch, dass Rudolf Sch. erst jüngst erklärt hat, er und Sabine E. hätten sich nach dem Knieschussattentat auf Korbmacher 1987 entschlossen, "die Arbeiten mit und in den Revolutionären Zellen zu beenden". Es habe damals "für weitere Aktionen der Revolutionären Zellen weder Anlass noch Legitimation" gegeben, so Rudolf Sch. Deshalb hätten sie die übrigen "Beteiligten" aufgefordert, "die gleiche Konsequenz zu ziehen". Was dann auch erfolgt sei. "Da wir kein offizieller Verein waren", so Rudolf Sch., "konnten wir keinen Auflösungsantrag stellen, um unsere Haltung zu dokumentieren." Auch Sabine E. widersprach dem Kronzeugen: "In der Zeit von Ende 1987 bis zu unserem Weggang aus Berlin 1990/91 hat es in Berlin keine Revolutionäre Zelle(n) gegeben." Gleichzeitig nahm sie für

sich in Anspruch: "Ich habe mein Bestes getan, und wir sind nicht für Leute verantwortlich, die partout nicht aus ihrem sozialrevolutionären Denkschema herauskamen."

Doch auch hiervon zeigten sich die Bundesanwälte unbeeindruckt. Und genutzt haben diese offenherzigen Worte auch nur wenig. Für Bundesanwalt Bruns sind Sabine E. und Rudolf Sch. "wichtige, wenn nicht die wichtigsten Personen der RZ". Gemeinsam mit Matthias B. hätten sie ein "Dreigestirn" gebildet und seien deshalb als "Rädelsführer" zu verurteilen - drei Jahre neun Monate für Sabine E. und Rudolf Sch., für Matthias B., der im Prozess geschwiegen hat, beantragte die BAW vier Jahre und drei Monate. Für den ebenfalls jegliche Aussage verweigernden Harald G. forderte Bruns zwei Jahre und neun Monate, für Axel H. zwei Monate weniger. Zwar seien die Taten der Angeklagten "hochkriminell", doch sei bei den beantragten Strafen zu berücksichtigen, dass die Taten über zehn Jahre zurücklägen und die Angeklagten zwischenzeitlich ein "bürgerliches Leben" geführt hätten. Bruns konnte es allerdings nicht unterlassen, die Angeklagten zu verhöhnen, sie hätten sich mit Unterstützung ihrer AnwältInnen "wie eine Autoschieberbande" verhalten und nur "opportunistisch taktiert".

Auch wenn im Januar die Urteile in diesem Verfahren gesprochen werden sollten, ist die juristische Aufarbeitung in Sachen RZ Berlin damit noch nicht beendet. Ende Oktober wurde der ebenfalls von Mousli beschuldigte Lothar E. von Kanada in die BRD ausgeliefert.

mb., Berlin

Ausführliche Informationen unter www.freilassung.de. Hier sind neben ausführlichen Prozessberichten auch alle Einlassungen der Angeklagten dokumentiert.

9. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:39

Bonuskarten fürs KundInnenprofil

"Jetzt Punkte sammeln und tolle Taschen als Prämien bekommen", so oder so ähnlich lauten die Angebote, mit denen immer mehr Unternehmen KundInnen an sich binden wollen. Ob Happy Digits, Payback oder Firmenkarten - Rabattkarten erleben derzeit einen Boom. Wie eine Studie im Auftrag der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) allerdings zeigt, gibt es bei den angebotenen Kundenkarten massive Verstöße gegen den Datenschutz. So sammeln fast alle Betreiber von Rabatt- und Kundenkartensystemen mehr Daten über ihre KundInnen, als für das Durchführen des Bonusprogramms eigentlich notwendig ist. Die VerbraucherInnen machen sich so freiwillig und fahrlässig zu "gläsernen KundInnen", werden die Daten doch zur Erstellung von individuellen KundInnenprofilen verwendet. Zu den häufigsten Verstößen zählen das Sammeln von Daten über die gekauften Produkte, eine fehlende Information der VerbraucherInnen über ihre Datenschutzrechte und unzureichende Einwilligungserklärungen über die Verwendung der Daten. Und die wenigsten wissen: In Ausnahmefällen haben sogar Polizei und Staatsanwaltschaft Zugriff auf solche KundInnendaten. Die Studie ist unter www.vzbv.de abrufbar.

RAF: Alle müssen raus!

Am 9. Dezember ist das ehemalige RAF-Mitglied Rolf Clemens Wagner aus dem Knast entlassen worden. Wagner wurde 1979 nach einem Raubüberfall in Zürich festgenommen. Der 59-Jährige war unter anderem wegen Mordes, mehrfachen Mordversuchs, wegen Entführungen und Raubüberfällen von Schweizer und BRD-Behörden zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Es war aber vor allem die Ermordung des damaligen Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer 1977, die ihm angelastet wurde und derentwegen er 24 Jahre - und damit bisher länger als alle anderen politischen Gefangenen in der BRD - in Haft verbringen musste. Wagner soll laut Spiegel bereits im Herbst 2001 Bundespräsident Johannes Rau in einem persönlichen Schreiben um seine Begnadigung gebeten haben. Im Februar 2002 hatte Johannes Rau schon das frühere RAF-Mitglied Adelheid Schulz begnadigt. Seit 1970 waren etwa zweihundert Mitglieder der RAF inhaftiert. Bis zum heutigen Tag sitzen in bundesdeutschen Gefängnissen immer noch vier RAF-Gefangene: Eva Haule (seit 1986), Birgit Hogefeld (seit 1993), Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar (beide seit 1982).

Thessaloniki 7 frei!

Die sieben Anti-EU-Aktivisten, die im Juni bei den Protesten gegen das Treffen der EU-Staatschefs in Thessaloniki festgenommen wurden (vgl. ak 478), kamen am 26. November nach bis zu 66 Tagen Hungerstreik frei. Auf Grund ihres kritischen Gesundheitszustandes war ihre Haftentlassung angeordnet worden: Zwar ohne Kaution, aber mit der Auflage, Griechenland bis zur Verhandlung nicht zu verlassen. Zuvor hatte ein Staatsanwalt noch die Zwangsernährung der fünf Hungerstreikenden angeordnet. Einige ÄrztInnen hatten diese Zwangsmaßnahme allerdings verweigert.

BKA-Weihnachtswunsch: Kronzeugenregelung

Der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA) will sie, und auch der Chef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) sprach sich für die Wiederauflage der 1999 ausgelaufenen Kronzeugenregelung aus. "Es gibt Personen mit Insiderwissen, die bereit sind, sich zu offenbaren, aber wissen wollen, was dabei für sie herausspringt", erklärte BKA-Chef Ulrich Kersten auf einer Pressekonferenz zum Abschluss der BKA-Herbsttagung in Wiesbaden. Als "erforderliches Handwerkszeug", das der Kriminalpolizei derzeit fehle, bezeichnete BDK-Chef Klaus Jansen die Kronzeugenregelung. Die Vorlage für beide lieferte der Vorsitzende Richter des Düsseldorfer Staatsschutzsenats, Ottmar Breidling. Breidling hatte die Urteilsbegründung im Prozess gegen ein Mitglied der islamistischen Al-Tawhid genutzt, um den Gesetzgeber zur Wiedereinführung der Kronzeugenregelung aufzufordern. "Eine Kronzeugenregelung ist zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus absolut unverzichtbar", so der Richter. Allerdings hat sich Breidling selbst ad absurdum geführt, denn das Gericht hat die umfassende Aussagebereitschaft von Shadi A. und dessen künftige Rolle als Zeuge

in weiteren Islamisten-Prozessen mit einem milden Urteil gewürdigt und war noch unter dem Strafantrag der Bundesanwaltschaft geblieben. Besser hätte nicht bewiesen werden können, dass schon jetzt die Strafprozessordnung alles hergibt, um Kooperation und Aussagebereitschaft zu honorieren, wenn es in den Kram passt.

TK-Daten sollen länger gespeichert werden

Der Innenausschuss des Bundesrats fordert eine zwölfmonatige Speicherung aller bei der Telekommunikation (TK) anfallenden "Verkehrsdaten" auf Vorrat. Zuvor schon hatte sich der Rechtsausschuss der Länderkammer für eine sechsmonatige Frist ausgesprochen. Sollte sich die Empfehlung des Innenausschusses durchsetzen, müssten TK-Anbieter künftig "Verkehrsdaten" für die Dauer von zwölf Monaten nach der ersten Erhebung speichern. Gemeint sind damit vor allem die bei den Strafverfolgern begehrten Telefon-, Mobilfunk-, SMS- und Internet-Verbindungsdaten. also alle Angaben, die beim Aufbau und bei der Abwicklung von Telekommunikationsverbindungen anfallen, wie etwa eine angerufene Telefonnummer oder der Zeitpunkt des Anrufs. Im Internetbereich geben die Daten Auskunft darüber, wann sich ein/e SurferIn über welchen Zugangsanbieter mit welcher IP-Adresse ins Netz begeben hat. Mit Hilfe dieser Daten lassen sich konkrete NutzerInnenprofile erstellen. Zur Verfügung stehen sollen diese Daten der Polizei, den Verfassungsschutzbehörden, dem Bundesnachrichtendienst, dem Militärischen Abschirmdienst und dem Zollkriminalamt. Der Rechtsausschuss der Länderkammer setzt sich außerdem dafür ein, sicherzustellen, dass Mobilfunkbetreiber die personenbezogenen Daten ihrer Prepaid-KartenkundInnen im öffentlichen Sicherheits- und Strafverfolgungsinteresse erheben müssen.

10. Zehn Jahre PKK-Verbot: Die Verfolgung von KurdInnen in Deutschland hält an

Autor: Monika Morres · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Ausländer- und Asylpolitik; Klassenjustiz, Repressionen; PKK; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:18

Wer erinnert sich noch? Am 26. November 1993 erließ der damalige Bundesinnenminister Manfred Kanther das Betätigungsverbot der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK), das einschneidende Folgen für das Leben der KurdInnen in Deutschland hatte. Zehn Jahre später spielt das Thema in der Öffentlichkeit keine Rolle mehr. Wenn überhaupt, wird höchstens über Verhaftungen oder Verurteilungen kurdischer AktivistInnen berichtet. Die Mehrheit der Medien übernimmt hierbei die offiziellen Verlautbarungen von Politik, Polizei und Justiz. Auf eigene Recherchen über politische Hintergründe und die Sichtweise der Betroffenen wird weitestgehend verzichtet. Vor dem Hintergrund des allgemeinen Desinteresses - auch innerhalb der Linken - kann die Bundesregierung ungehindert ihre Verbotspolitik gegen die KurdInnen fortsetzen.

Auf der einen Seite gilt für die Bundesregierung das Eintreten der kurdischen Bevölkerung für Menschenrechte, Demokratisierung und Selbstbestimmung in der Türkei als legitim, doch gleichzeitig werden auf der anderen Seite hier lebende KurdInnen, die sich für die PKK bzw. den KADEK (Kongress für Frieden und Demokratie in Kurdistan) engagieren, nach wie vor politisch verfolgt. Und das, obwohl die PKK im Jahre 1999 einseitig den bewaffneten Kampf für beendet erklärt und sich im Februar 2002 selbst aufgelöst hat, und mit Gründung des KADEK im April 2002 der Schwerpunkt auf den politischen Kampf zur Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes gelegt wurde. Um den Weg "für eine neue, demokratische Organisationsstruktur freizumachen" und eine friedliche Einigung der Kurden zu erreichen, beschloss der KADEK schließlich sogar im November 2003 seine Selbstauflösung. Ihm folgt der kurdische Volkskongress (KONGRA-GEL), der am 15. November in den Bergen Südkurdistans/Nordirak gegründet wurde.

Diese kurz skizzierten Entwicklungen sollen verdeutlichen, wie sehr die kurdische Bewegung darum bemüht ist, sich selbst zu verändern, Zukunftsperspektiven zu entwickeln und Angebote zum Dialog zu unterbreiten, um den Status quo und die politische Stagnation zu durchbrechen. Bis heute ignoriert der türkische Staat diese Initiativen. Die deutsche Politik reagiert nicht viel anders. In Deutschland behindert das PKK-Verbot immer noch die friedenspolitische Arbeit der kurdischen Vereine und Organisationen und trägt somit letztlich auch dazu bei, rückwärts gewandte Kräfte in der Türkei zu ermutigen, den Konflikt fortzuführen. Vor diesem Hintergrund ist zu befürchten, dass das Bundesinnenministerium wohl wie im Fall des KADEK auch den Volkskongress zur Nachfolgeorganisation der PKK erklären wird.

Bis heute werden kurdische AktivistInnen in Deutschland wegen ihrer ehemaligen PKK-Organisationszugehörigkeit kriminalisiert. Nachdem die PKK Anfang 1998 durch die Bundesanwaltschaft (BAW) von einer "terroristischen" (§ 129a StGB) auf eine "kriminelle Vereinigung" herabgestuft wurde, ist der § 129 StGB für die Strafverfolgungsbehörden zu einem wichtigen Unterdrückungsmittel gegen die AktivistInnen der kurdischen Bewegung in Deutschland geworden. Dieser Paragraf verschafft den Ermittlungsbehörden weitgehende Legitimation zu Telefonüberwachungen, Beschlagnahmungen, Durchsuchungen und Observationen - von deren tatsächlichen Gebrauch z.B. abgehörte Telefongespräche auf Dutzenden von CDs in allen Verfahren gegen kurdische PolitikerInnen zeugen.

Der § 129 für AktivistInnen ...

Erst am 3. Dezember 2003 verurteilte das Hamburger Oberlandesgericht (OLG) den kurdischen Politiker Ali Z. wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" sowie Anstiftung zu schwerem Haus- und Landfriedensbruchs zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten - die BAW hatte drei Jahre und neun Monate gefordert und legte dementsprechend Revision gegen das Urteil ein.

Die Anklage fußte auf drei Punkten: Als so genannte heimatgerichtete Aktivität galt das Beschaffen von Ausweispapieren für Menschen, die von Kurdistan nach Deutschland fliehen müssen. Ali Z. hatte eingeräumt, aus humanitären Gründen Papiere besorgt zu haben. Das Gericht wertete dies als Beteiligung am "Schleusen von Kadern". Im zweiten Punkt handelte es sich um die angebliche Strafgewalt, die von der PKK und ihren Nachfolgeorganisationen angewandt worden sein soll. Das Gericht konnte bei Ali Z. jedoch keine Beweise für eine Gewaltanwendung finden. Der Hauptanklagepunkt waren so genannte demonstrative Aktionen. Ali Z.

hatte im Laufe des Verfahrens eingeräumt, von Januar 1998 bis Mai 1999 Verantwortlicher für die PKK-Region Nordwest (Hamburg und Umgebung) gewesen zu sein. In diese Zeit fiel die völkerrechtswidrige Verschleppung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und in diesem Zusammenhang die Besetzung der Hamburger SPD-Geschäftsstelle am 17. Februar 1999. Das Gericht folgerte, dass Ali Z. auf Grund seiner Funktion für die Besetzung verantwortlich gewesen sei. Den Vorwurf der Geiselnahme des Kreisgeschäftsführers Dirk Sielmann sah das Gericht allerdings nicht bestätigt.

Wenige Wochen zuvor hatte das OLG Celle zwei kurdische Politiker ebenfalls nach § 129 StGB verurteilt: Hasan A. zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und drei Monaten und Ali K. zu zwei Jahren und neun Monaten. Gegen diese Urteile haben die Betroffenen Revision eingelegt. Vor dem OLG München läuft derzeit der Prozess gegen Ali S., der sich seit dem 14. Januar 2003 in Haft befindet. Die BAW wirft ihm vor, sich als Verantwortlicher der "PKK-Region Berlin" als "Mitglied an der im führenden Funktionärskörper der PKK in Deutschland bestehenden kriminellen Vereinigung" beteiligt zu haben.

Neben der Verfolgung mittels § 129 StGB ist das zweite Standbein der Repression nach wie vor das Vereinsgesetz, mit dem einfache Mitglieder und SympathisantInnen eingeschüchtert und davon abgehalten werden sollen, sich politisch zu betätigen. So gibt es zur Zeit zahlreiche Verfahren vor Landgerichten wegen der europaweiten Kampagne "Auch ich bin PKK'ler", die Anfang Juni 2001 in Düsseldorf startete und an der sich allein in Deutschland über 40.000 KurdInnen beteiligt haben. Mit ihrer Unterschrift unter die Selbstbezichtigung forderten die UnterzeichnerInnen von den europäischen Staaten, nicht nur die Türkei auf die Einhaltung der EU-Beitritts-Kriterien zu drängen, sondern diese auch selbst anzuwenden und den Kurden einen politischen Status zu gewähren. Kritisiert wurde in dem Aufruf auch die Verbotspolitik Deutschlands, verbunden mit der Forderung nach dessen Aufhebung. Ferner erklärten die UnterzeichnerInnen das Verbot nicht anzuerkennen.

Für die einen ein Akt des zivilen Ungehorsams, ist die Kampagne für die Strafverfolgungsbehörden ein Verstoß gegen das Betätigungsverbot. Der Bundesgerichtshof begründete diese Sichtweise in einem Urteil vom März 2003 damit, dass bei der Kampagne von einer "PKK-gesteuerten" Aktion ausgegangen werden müsse, mit der darauf abgezielt worden sei, "eine für die verbotene Vereinstätigkeit vorteilhafte Wirkung zu entfalten" und durch sie "Solidarität mit anderen potenziellen Sympathisanten" zu fördern. Außerdem sei es Ziel der Kampagne, "die Strafverfolgungsbehörden mit einer solchen Anzahl von Verfahren zu belasten, dass sie diese nicht mehr bewältigen können".

In Prozesse verwickelt sind vornehmlich jene KurdInnen, die in den Polizeicomputern als politisch Aktive registriert sind oder bereits wegen ähnlicher Verstöße verurteilt wurden. Doch die Repression hinsichtlich der Beteiligung an der Unterschriftenkampagne geht noch einen Schritt weiter: Zunehmend werden Fälle bekannt, in denen Ausländerbehörden KurdInnen ihren unbefristeten Aufenthaltsstatus aberkennen und ihnen nur noch Duldung gewähren. AnwältInnen berichten zunehmend auch davon, dass einstige Zusagen für Einbürgerungen alleine wegen der Unterschrift unter die Selbstbezichtigung neu geprüft und verweigert werden.

... das Vereinsgesetz für SympathisantInnen

Generell gilt, dass KurdInnen die Einbürgerung verweigert wird, wenn sie politisch zu Gunsten der PKK oder des KADEK aktiv waren. Hintergrund ist eine Entscheidung des Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2000, in der festgestellt wird, dass sich die Aktivitäten der PKK gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten würden. Auch nach der Festnahme von Öcalan stelle die PKK ein beträchtliches extremistisches Bedrohungspotenzial für die "Innere Sicherheit" Deutschlands dar.

Repression erfahren auch diejenigen KurdInnen, die auf der Straße für die Freiheit von Öcalan und eine demokratisch-friedliche Lösung des Kurden-Konfliktes demonstrieren. Regelmäßig kommt es dabei zu Behinderungen durch die Polizei: Einmal wird das Rufen der Parole "Biji Serok Apo" untersagt, dann das Tragen von Stirnbändern oder Transparenten mit dem Aufdruck "KADEK" oder das Schwenken von Fahnen mit Öcalans Konterfei. Diese Verstöße gegen das Vereinsgesetz verfolgen Polizei und Justiz immer noch mit der ganzen "Härte des Gesetzes". KurdInnen erhalten Tage oder Wochen später Ladungen zu Polizeipräsidien oder es flattern Strafbefehle ins Haus. Identifiziert wurden sie häufig auf Grund polizeilicher Videoaufnahmen.

Wie absurd solche Verfahren nach dem Vereinsgesetz sein können, zeigt der Fall von Yilmaz T.: Dem 35-Jährigen wurde unterstellt, 1.250 Einladungen für eine angebliche PKK-Veranstaltung über Dritte an einem "nicht mehr feststellbaren Tag im Jahre 2001" bei einer Druckerei in Auftrag gegeben zu haben, was der Kurde bestreitet. Er habe lediglich den Saal für eine musikalische Veranstaltung angemietet. In zwei Prozessanläufen hat die Justiz versucht, ihm das Gegenteil zu beweisen. Am 3. April 2003 (!) schließlich stellte die Staatsschutzkammer des Landgerichts Dortmund das Verfahren aus "prozessökonomischen Gründen" ein. Zahlen musste Yilmaz T. dennoch: 750 Euro für den Eindruck auf den Einladungen "Freiheit für Öcalan und Frieden für Kurdistan" - für die Staatsanwaltschaft eine "Lobpreisung auf Öcalan".

In einem weiteren Prozess wegen Verstoß gegen das Vereinsgesetz - hier gegen den Kurdischen Roten Halbmond (Heyva Sor a Kurdistanê) - wurde ein Kronzeuge serviert. Allerdings funktionierte er nicht so, wie von der Anklage beabsichtigt: Engin Sönmez widerrief seine Aussagen und legte offen, dass er von den Strafverfolgungsbehörden - insbesondere vom BKA - bedroht und für deren Zwecke instrumentalisiert worden sei. Er habe vorgefertigte Aussagen - Hunderte von Seiten - unterschreiben müssen. Ebenso seien ihm Fotos von Dutzenden Personen vorgelegt worden. In einem Interview mit der türkischsprachigen Tageszeitung Özgür Politika über die Hintergründe seines Verhaltens, äußert Engin Sönmez die Befürchtung, dass viele Jugendliche "gegen das kurdische Volk und gegen kurdische Organisationen benutzt" würden. In der Tat versucht der Verfassungsschutz häufig, insbesondere AsylbewerberInnen, Flüchtlinge mit unsicherem Aufenthaltsstatus, Jugendliche, Gefangene oder Entlassene für Spitzeldienste anzuwerben. Weigern sich die Angesprochenen, wird ihnen unverhohlen mit der Abschiebung in die Türkei gedroht.

Jagd auf Parolen und Fahnen

Während seines Prozesses fand der Anfang Dezember in Hamburg verurteilte Ali Z. deutliche Worte zur fortwährenden Kriminalisierung der kurdischen Bewegung in Deutschland und über die Mitverantwortung der deutschen Politik am schmutzigen Krieg des türkischen Staates. Im Hinblick auf das seit zehn Jahren bestehende PKK-Verbot stellte Ali Z. fest, dass die KurdInnen nach wie vor "der Willkür der Bundesanwaltschaft und des Bundeskriminalamtes ausgeliefert" seien. Das Verbot habe dazu dienen sollen, den Kampf der KurdInnen "zu isolieren bzw. einzugrenzen, ihn von Lösungsprozessen fern zu halten sowie seine gerechten und legitimen Forderungen zu behindern", so Ali Z.. Gleichwohl habe die kurdische Bewegung nach militanten Aktionen in Deutschland in den 1990er Jahren "tief greifende Selbstkritik" geübt und sich in der Folge grundlegend verändert - doch die deutsche Politik verfolge weiterhin eine "Logik des Verbots". So ist es.

Monika Morres

AZADI e.V., Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

AZADI e.V. hat eine Broschüre "Zehn Jahre PKK-Verbot und kein Ende?" herausgegeben. Sie kann bezogen werden

über: azadi@t-online.de, Tel. 022/9234497

11. Back to Reagan. Die Bush-Administration entdeckt Rüstungsausgaben als Konjunkturlokomotive

Autor: Peter Custers · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:07

Dass Militärausgaben ein probates Mittel sein können, um die angeschlagene Konjunktur zu stabilisieren, hat Präsident Reagan in den 1980er Jahren vorgemacht. Trotz allem neoliberalen Wortgeklingel: Die Basis der "Reaganomics" war ein wenig kaschierter Militärkeynesianismus. Wie es scheint, hat Georg W. Bush die Botschaft seines Vorgängers verstanden.

In den letzten fünf Jahren sind diese Ausgaben bis zu einer Summe von insgesamt 100 Mrd. US-Dollar gestiegen. Damit wurde eine bedeutsame Schwelle überschritten. Inzwischen sind weitere Daten über den rasanten Anstieg der US-Kriegsausgaben veröffentlicht worden. Außerdem liegen Schätzungen von kritischen US-amerikanischen ForscherInnen vor über die wahrscheinlichen zukünftigen Kosten der Pentagon-Pläne zur Produktion weiterer Waffensysteme. Alle verfügbaren Daten stützen die These eines Politikwechsels hin zu einer Krisenregulierung via Militärausgaben. Zudem spricht einiges dafür, dass die Militärausgaben andauern werden. Diese Militär gestützte wirtschaftspolitische Regulierung wird den gesamten neuen Konjunkturzyklus durchziehen.

Die so genannten Ausgaben für "Verteidigung" fallen nicht nur beim Verteidigungsministerium an. Sie finden sich in verschiedenen Haushaltstiteln, auch anderer Ministerien. Allein im Jahr 2003 beliefen sich die Militärausgaben, die außerhalb des Pentagon verbucht worden sind, auf ca. 20 Mrd. US-Dollar. Der wichtigste und zugleich alarmierendste Bereich außerhalb des Pentagons ist der des Energieministeriums. Hier fallen die Forschungsausgaben für Nuklearwaffen und für die Konstruktion atomarer Sprengköpfe an. Diese Ausgaben in den Blickpunkt zu rücken, ist insbesondere deshalb von Bedeutung, weil die US-Regierung - trotz aller internationaler Abkommen - enorme Anstrengungen unternimmt, eine neue Generation von Nuklearwaffen zu entwickeln. (1)

Eine noch umfangreichere Kategorie bei den aktuellen Militärausgaben ist die der Kriegsausgaben, d.h. der Ausgaben, die das Pentagon unmittelbar mit den Kriegen im Mittleren Osten, in Afghanistan und im Irak, veranschlagt. Seltsamerweise gelten diese Ausgaben als "außerordentliche Ausgaben". Immerhin hat die US-Regierung jetzt drei aufeinander folgende Jahre lang für Kriege im Nahen und Mittleren Osten Geld ausgegeben. Zur Zeit handelt es sich um fünf Mrd. US-Dollar im Monat, und die Summe der Ausgaben steigt kontinuierlich.

Der Nachtragshaushalt, den die Bush-Administration zum "Wiederaufbau" des Irak im Oktober 2003 im Kongress beantragt hat, macht diesen Trend besonders deutlich. Drei Viertel der beantragten Summe von 87 Mrd. US-Dollar (d.h. 65,6 Mrd. US-Dollar) bestehen aus zusätzlichen Ausgaben des Pentagons. So betreffen die meisten Posten des Nachtragshaushaltes das jährliche Budget des Verteidigungsministeriums - etwa operative und Wartungsausgaben oder Beschaffungsaufträge. Auch ein erheblicher Teil der 20,3 Mrd. US-Dollar, die explizit für Wiederaufbaumaßnahmen vorgesehen sind, betrifft tatsächlich Beschaffungsmaßnahmen des Militärs zur Verwendung durch das Militär im Rahmen der Besetzung des Irak (Newsweek, 3.11.2003). Im Grunde müsste fast die gesamte Summe des "Wiederaufbau"-Budgets zu den offiziellen Militärausgaben der US-Regierung hinzugezählt werden, wenn man die makroökonomischen Konsequenzen der Militärausgaben abschätzen will.

Im Zusammenhang mit den ökonomischen Auswirkungen der Militärausgaben in den nächsten Jahren steht auch der Umstand, dass die zukünftigen Ausgaben des Pentagon systematisch unterschätzt werden. Für Steve Koziak, Analyst des CSBA, des Centre for Strategic and Budgetary Assessment in Washington, D.C., sind die Schätzzahlen des Pentagon über die zukünftige Kostenentwicklung in keiner Weise realistisch. Die zukünftigen Ausgaben werden um ein Vielfaches höher sein als bisher von der Regierung angegeben. Auf der Grundlage von Daten des Haushaltsbüros des Kongresses kommt Koziak zu dem Ergebnis, dass in den Jahren 2004 bis 2013 das Pentagon mindestens zusätzliche 170 Mrd. US-Dollar ausgeben wird. Gleichzeitig werden zusätzliche finanzielle Umbuchungen von mindestens zusätzlichen 880 Mrd. US-Dollar erfolgen. Die Gesamtausgaben des Pentagons werden auf astronomische 4,5 - 5,69 Billionen US-Dollar steigen (d.h. 569

Mrd. US-Dollar im Jahr). (3) Dazu kommen natürlich noch die unmittelbaren Auswirkungen der Militärausgaben auf das US-amerikanische Haushaltsdefizit, d.h. auf die zukünftigen Zinszahlungen des Staates.

Krieg als Wachstumsmotor

Ein weiteres Indiz dafür, dass und wie die US-Regierung den Konjunkturzyklus über Militärausgaben zu steuern gedenkt, ist das Muster innerhalb des Verteidigungshaushalts. SprecherInnen des Pentagon betonen unablässig die Notwendigkeit von "Transformationsprozessen": Angesichts neuer Herausforderungen, gebe es eine Notwendigkeit für neue Waffentypen und -technologien. Faktisch jedoch geht die Entwicklung und Produktion "traditioneller" Waffensysteme unverändert weiter, und die Ausgaben für neues Militärspielzeug, wie etwa unbemannte Flugzeuge, bleiben vergleichsweise gering. Um 81 Prozent sind von 2001 bis 2004 die Ausgaben "Entwicklung und Demonstration" gestiegen. BeobachterInnen sehen darin jedoch vor allem eine ungebrochene Kontinuität in der Weiterentwicklung "traditioneller" Waffensysteme. In jüngster Zeit hat das Verteidigungsministerium direkte Aufträge an Firmen im Bereich der Informationstechnologie vergeben und damit versucht, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Die fortgesetzte Auftragsvergabe für die Konstruktion großer Systeme an Firmen, die direkt im militärischen Sektor engagiert sind, soll denselben Zweck erfüllen.

Die Bush-Administration hat mit ihren Militärausgaben in der letzten Rezession also nicht nur eine Grenze überschritten. Sie hat damit auch eindeutig für eine neue Form von Militärkeynesianismus optiert, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Früher hätte man eine solche Option noch als eine Politik der enormen Ressourcenverschwendung bezeichnen können. Heute jedoch, angesichts der dramatisch steigenden Kriegskosten im Irak (und damit der direkten Subventionierung von US-Firmen wie Halliburton und Bechteld), gibt es allen Grund zu der Befürchtung, dass der Wachstumstrend bei den Militärausgaben auch in der Zukunft anhalten und sogar noch an Intensität zunehmen wird.

Peter Custers, Amsterdam

Der Autor ist Campaigner beim

XminusY Solidaritätsfonds in Amsterdam

Anmerkungen:

1) Lelen Caldicott: The New Nuclear Danger. George W. Bush's Military Industrial Complex, New York

2) Steven Koziak: Cost Growth in Defense Plans, Centre for Strategic and Budgetary Assessment, Washington, D.C., 26.8.2003, http://www.csbaonline.org

3) David Gold: US Military Expenditure and the 2001 Quadrennial Defense Review, SIPRI Yearbook 2001

12. Das Jahrzehnt der Abrüstung ist vorbei. SIPRI warnt vor Aufrüstung und Kapitalkonzentration

SIPRI warnt vor steigenden Rüstungsausgaben und Kapitalkonzentration

Autor: Peter Custers · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:08

Die Kapitalkonzentration im Rüstungssektor ist das Thema des Jahrbuchs 2003 des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI. Eine Kurzbesprechung.

Die SIPRI-ForscherInnen kommen zu dem Ergebnis, dass sich im US-amerikanischen Militärsektor in den 1990er Jahren ein enormer Konzentrationsprozess vollzogen hat. Auf Initiative der US-Regierung und unter dem Druck des Pentagons (und seines damals abnehmenden Budgets) ist es zu einer ganzen Reihe von Firmenübernahmen gekommen. Die Zahl der Vertragspartner des Pentagons hat sich somit erheblich verkleinert. In diesem Zusammenhang werden häufig fünf wichtige Firmen genannt, auf die zusammen ein Viertel aller Pentagon-Aufträge entfällt. Mit ausführlichem statistischen Material aus dem Bereich der teuren Waffensysteme zeigt SIPRI, wie die Zahl der bedeutsamsten Auftragnehmer von 1990 bis 2000 kontinuierlich gefallen ist. Das Jahrbuch erwähnt auch, dass US-PolitikerInnen zunehmend besorgt über die Konsequenzen des Konzentrationsprozesses sind. Sie befürchten eine signifikante Abnahme von Wettbewerb.

Das SIPRI-Jahrbuch 2003 weist darüber hinaus auf die transnationale Zusammenarbeit der wichtigsten Waffenproduzenten hin. Hier liegt der Fokus auf der Allianz zwischen amerikanischen und europäischen Firmen, die auf diese Weise gigantische Aufträge abgreifen und eine dominierende Position auf dem internationalen Waffenmarkt etablieren wollen. SIPRI weist in diesem Zusammenhang kritisch auf die Zusammenarbeit von Northrop-Grumman und der deutschen HDW-Werft beim Kriegsschiffbau hin. Jenseits der transatlantischen Zusammenarbeit diskutiert SIPRI auch die zunehmende Zusammenarbeit europäischer Firmen, d.h. die Internationalisierung der Rüstungsproduktion in Europa selbst, auch wenn dieser Prozess angesichts der US-amerikanischen Impulse weltweit (noch) von geringer Bedeutung ist.

Transatlantische Waffengeschäfte

Bezug nehmend auf Regierungsstatements und regierungsoffizielles Datenmaterial beschäftigt sich SIPRI auch mit dem wachsenden Engagement "ziviler" US-Firmen in der Rüstungsproduktion. US-amerikanische PolitikerInnen scheinen davon überzeugt zu sein, dass in manchen Bereichen "zivile" Unternehmen bei der Forschung und Entwicklung im Militärbereich schon eine bedeutsamere Rolle spielen als die eigentlichen Rüstungsproduzenten. Dies ist eine Entwicklung, die von den US-Regierungen ausdrücklich unterstützt worden ist. Ein Beispiel dafür ist der Bereich der Mikroelektronik. Im Jahre 2000 erklärte der damalige Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium gegenüber dem Senat, es gebe eine "Notwendigkeit" für eine "größere militärisch-zivile Integration" sowie eine Notwendigkeit, die "globalen Verbindungen" zu stärken.

Das Pentagon selbst hat dieses Thema in diesem Jahr in seinem jährlichen Bericht an den Kongress ausführlich behandelt. Erwähnt wird dort der Rückzug von Unternehmen wie Westinghouse und Texas Instruments aus dem Rüstungssektor vor gut zehn Jahren. Diese Firmen hatten in den 1980er Jahren noch erheblich an der Auftragspolitik des Pentagons partizipiert, aber in den 1990er Jahren ihre Politik umgestellt. In seinem jüngsten Bericht macht das US-Verteidigungsministerium klar, dass es in Zukunft wieder verstärkt auf das Produktionspotenzial der "zivilen" Sektoren zurückgreifen möchte. (1)

Das SIPRI ist sich der US-amerikanischen Doppelstrategie sehr wohl bewusst: Stärkung eines (transnationalen) Konzentrationsprozesses unter den Rüstungsproduzenten einerseits und verstärkte zivil-militärische Integration andererseits. Das Institut bezieht dies jedoch nicht auf die ökonomische Strategie der US-Regierung. Das ist insofern etwas überraschend, als beide Aspekte direkt mit dem Wechsel in der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik Ende der 1990er Jahre in Verbindung gebracht werden können. Einerseits will die US-Regierung die (ökonomische) Dominanz US-amerikanischer Firmen auf dem internationalen Rüstungsmarkt stärken. Andererseits hat sie ein Interesse daran, dass sich die ökonomischen Effekte der Rüstungsproduktion in der gesamten Ökonomie verbreitern.

Peter Custers

Anmerkungen:

1) SIPRI (Hg.): SIPRI Yearbook 2003. Armaments, Disarmament and International Security, Oxford University Press 2003

2) US Department of Defense: Annual Industrial Capabilities Report to Congress, February 2003

13. Das Geschäft mit der Betroffenheit. PatientInnenorganisationen als "Bodentruppen" der Pharmaindustrie

Autor: Erika Feyerabend · Rubrik: Gesundheitspolitik; Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:29

Seit einiger Zeit blüht die Liaison zwischen Gesundheitsindustrie, Selbsthilfe- und PatientInnenorganisationen. Auf diese Weise können pharmazeutische "Studienobjekte" direkt in der Selbsthilfeorganisation rekrutiert und die Dynamik von Angebot und Nachfrage angekurbelt werden - und zwar ohne dass die Akteure in den Konzernen und Biofirmen sichtbar werden. Denn die in PatientInnenvereinigungen organisierten Betroffenen fordern selbst, was Markt und Forschung brauchen.

Laboratorien, Forschungsinstitute und Kliniken sind Orte der Wissensproduktion und des Marktes. Üppig finanziert etwa die Deutsche Forschungsgemeinschaft derzeit die Verzahnung zwischen Grundlagenforschung und klinischer Anwendung. Gemäß der dominierenden biowissenschaftlichen Weltanschauung werden molekulargenetische Forschungsstrategien favorisiert. Doch um klinische Studien für innovative Medikamente und Verfahren zu realisieren, braucht es einen möglichst reibungslosen Zugriff auf große PatientInnengruppen. Und "erfolgreiches" Handeln, das medizinisches Wissen und Karrieren befördert, ist längst nicht mehr allein auf Kliniken und Expertenkreise fixiert.

Unter dem Label "Vertrauen und Partnerschaft" kooperieren Firmen, PR-Agenturen, Dienstleister für das Management klinischer Studien, Medien und Politik mit PatientInnenorganisationen. Jedes zehnte Pharmaunternehmen pflegt den Kontakt zu letzteren. Selbstlos ist dieses Engagement nicht. So träumte der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) auf seiner Homepage im Jahr 2001 von "direktem Prä-Marketing mit geringsten Streuverlusten". Im Klartext: Für verschreibungspflichtige Medikamente werben die Firmen direkt beim Selbsthilfeverband. Auch "überzeugendes Prä-Marketing" will der BPI in der neuen "Partnerschaft" betreiben. Das heißt: Bedarf und Nachfrage für Produkte schaffen, bevor sie überhaupt auf dem Markt sind. Außerdem wünscht der Dachverband "Risikominimierung bei eventuell auftretenden Nebenwirkungen". Dafür sorgen soll die beruhigende "Stellungnahme von Selbsthilfegruppen". Noch deutlicher formuliert es der Dachverband der britischen Pharmahersteller ABPI, der nach eigenen Angaben "Bodentruppen in Form von Patienten-Unterstützergruppen und Professionellen" bilden will. Das konkrete politische Ziel: Das Werbeverbot für verschreibungspflichtige Medikamente soll fallen.

Unsichtbare Allianzen

All dies lässt sich die Pharmaindustrie einiges kosten. Sie finanziert Broschüren, Kongresse - oder gründet gleich eigene PatientInnengruppen. Sie bezahlt für so genannte Awarness-Kampagnen, die bestimmte Krankheiten in ihrer volkswirtschaftlichen und forschungspolitischen Bedeutung ins öffentliche Bewusstsein rücken sollen. Der Löwenanteil des PR-Budgets fließt mittlerweile in so genannte non-profit-Organisationen. Auch PR-Unternehmen partizipieren am Geschäft mit der Betroffenheit. Die fünf großen PR-Firmen im Gesundheitssektor haben 2002 über 260 Millionen Euro verdient, um Fachkreise, Medien und Betroffenengruppen für ihre Auftraggeber zu bewerben. Die dominierende Strategie, so Paul Keirnan von der führenden PR-Firma Edelman, ist die "Technik der Dritten Partei". Und die "Dritte Partei", das sind neben pharmafreundlichen JournalistInnen und werbewirksamen ExpertInnen eben auch PatientInnengruppen.

Viele Selbsthilfeorganisationen erweisen sich in der Praxis als eine ideale soziale Form, um pharmaförderliche Bedürfnisse zu schaffen und auch, um eine Art Stellvertreterpolitik für die pharmazeutischen Industrie zu betreiben. So machen sich auch die Internationale Allianz der Patientenorganisationen (IAPO) und die europäische Abteilung der Globalen Allianz zu psychischen Erkrankungen (GAMIAN) dafür stark, das Werbeverbot für verschreibungspflichtige Medikamente aufzuheben. Bislang scheiterte die Liberalisierungsoffensive noch vorm europäischen Parlament. Doch gerade der Einsatz von PatientInnenorganisationen ist auch hier eine aussichtsreiche Strategie, denn Kritik an Betroffenen fällt schwer.

Besonders für chronisch Kranke und Behinderte, die sich oft im gesellschaftlichen Abseits befinden, können Medienkampagnen attraktiv wirken, um endlich sichtbar und anerkannt zu werden. Allerdings gibt es zu denken, dass sie besonders dann als eine Art Kollektivsubjekt in PR-Kampagnen vorgezeigt werden, wenn es um die Erleichterung von Forschungsbedingungen oder um Nachfrage nach immer neuen Medikamentengenerationen geht.

Wer beispielsweise die Zeitschrift der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft e.V. (DMSG) aufschlägt, der blickt auf ein Liebespaar: "Multiple Sklerose? Wir lassen Sie nicht allein! Aufklären, beraten, helfen", heißt die Botschaft unter dem Bild. Abgebildet ist hier übrigens ein Paar, das den ästhetischen und altersbezogenen Normen so sehr entspricht, dass es durchaus auch für Deodorant oder Multivitaminsäfte vor die Kamera treten könnte. Auch das Industrieforum Multiple Sklerose, bestehend aus den Unternehmen Aventis, Biogen, Schering, Serono, macht mit bei der bundesweiten PR-Kampagne der DMSG. Schon seit 1996 interessieren sich die Pharmagiganten für den Verband, denn die inzwischen zur Basistherapie von MS zählenden Interferone lassen sich seither Gewinn bringend produzieren. Biogen und Serono sind bedeutende Interferon-Hersteller und pflegen kontinuierliche Kontakte zur DMSG.

Die DMSG ihrerseits präsentiert sich kritisch und verbietet einseitige Werbung für bestimmte Produkte. Doch über den Ärztlichen Beirat werden klinische Studien kommentiert und für bestimmte Präparate Empfehlungen ausgesprochen. Solche wissenschaftlichen Empfehlungen fördern die Glaubwürdigkeit des Herstellers, denn der Ärztliche Beirat gilt ja als unabhängig. Seine ExpertInnen arbeiten unentgeltlich und genießen Vertrauen. Im Gegenzug finanziert die DMSG einen Teil jener Forschungsprojekte, die Mitglieder des Beirates durchführen. Auch "Prä-Marketing" wird betrieben, zum Beispiel für den Einsatz von Stammzellen. Die vielen MS-PatientInnen allerdings, die nicht - oder nicht mehr - auf molekulare Problemlösungen hoffen, die abweichende Erfahrungen machen, sie kommen in den PR-Kampagnen nicht vor. Ihr Verhalten wird zunehmend begründungspflichtig: Hätten sie nicht an Forschungsprojekten zum Wohle anderer, zukünftiger PatientInnen teilnehmen können? Haben sie jede, auch hoch-experimentelle "Chance" des Heilversuches wahrgenommen?

Biomaterial für Europa

Wie weit die Gestaltungskapazitäten von PatientInnenorganisationen reichen können, zeigt das Beispiel der AFM, einer französischen Betroffenengruppe für Muskeldystrophie. Ihr Vorsitzender machte schon in den 1980er Jahren die genetische Forschung zur Priorität. Die Zusammenarbeit mit der französischen Mammut-Talkshow Téléthon brachte erhebliche Einnahmen, die in den Aufbau des französischen Genomforschungszentrums Généthon flossen, das sicherlich die Entwicklung der pränatalen Diagnostik von Muskeldystrophien und anderen Behinderungen voranbrachte. Die Muskeldystrophien gehören zur Klasse der "orphan diseases", der seltenen Erkrankungen. Weniger als 5 von 10.000 Menschen sind definitionsgemäß an diesen, meist als erblich geltenden Leiden erkrankt.

AFM macht mit bei EURODIS, der Europäischen Organisation für seltene Erkrankungen. PatientInnenverbände, Pharmaindustrie, Universitäten und Regierungskreise haben mit EURODIS eine politisch wirksame Koalition gegründet. Ihre "Mission": klinische Studien promoten, Medikamentenentwicklungen fördern. Aus EU-Mitteln gefördert, startet nun das größte EURODIS-Projekt, die "EuroBioBank". Zwölf Biomaterial-Banken in Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Malta, Slowenien, Spanien und Ungarn haben mit EU-Mitteln ein Netzwerk gegründet. Die Banken sind gefüllt mit Blut und Gewebe von PatientInnen; beides soll der molekulargenetischen Forschung zugeführt werden. Das Ergebnis sind Patente, mit denen geistige Eigentumsmonopole entstehen. Das Forscherteam oder die Firma kann damit dann andere daran hindern, im gleichen Problemfeld zu arbeiten, oder es gegen Zahlung hoher Lizenzgebühren erlauben.

Die Beteiligung von Selbsthilfeorganisationen soll den Zugang zur begehrten Bioressource und zum Menschenexperiment ebnen. Etwa im Rahmen des gerade neu entworfenen deutschen Kompetenznetzwerkes zu seltenen Erkrankungen. Die Förderrichtlinien des Forschungsministeriums besagen, dass das Netz "eine 50%ige Rekrutierung der in Deutschland von den jeweiligen Erkrankungen betroffenen Patienten sicherstellen" soll. Rekrutiert werden diese nicht nur wegen ihres wertvollen "Biomaterials". Es geht um klinische Studien, um Gen"therapie"-Versuche. Diese molekulargenetische Methode wird seit zehn Jahren ohne jeden Erfolg experimentell verfolgt, jedoch mit zum Teil tödlichen Folgen für die Kranken.

Direkt am molekulargenetischen Forschungsgeschehen beteiligt sich auch Mamazone, eine Patientinneninitiative brustkrebskranker Frauen. Ihr Vorzeigeprojekt ist die "Tumorbank der Hoffnung", abgekürzt PA.T.H. (patients tumorbank of hope) Die gleichnamige Stiftung wurde von Mamazone gegründet, gilt als selbständig und nicht profitorientiert. Das Angebot für Frauen mit Brustkrebs: Die Brustzentren der Kliniken Augsburg und Kassel und die Biotech-Firma LipNova aus Hannover frieren auf Wunsch eine Gewebeprobe für die Patientin und eine Forschungsprobe für die Stiftung PA.T.H ein. LipNova ist in der Krebsforschung tätig; außerdem gehören Produktion, klinische Prüfung und Zulassung neuer Arzneimittel aus dem Bereich der Zelltherapie zu ihren Kernkompetenzen. Als Spezialgebiet gibt die Firma an: Entwicklung von Tumorimpfstoffen auf Basis patienteneigenen Tumorgewebes. Und LipNova ist eine starke Partnerin für Mamzone: Der Firmensitz ist identisch mit dem Sitz der "unabhängigen" Stiftung PA.T.H., die rein ehrenamtlich arbeiten soll und nach Sponsoren Ausschau hält. Besonders engagiert ist der Roche-Konzern, weitere Geldgeber sind Ortho Biotech von der Janssen-Cilag-Gruppe, Bristol-Myers Squibb, Bayer HealthCare, LipoNova sowie die Kliniken in Augsburg und Kassel. Das Projekt steckt noch in den Kinderschuhen, doch es folgt der internationalen Euphorie der GenomforscherInnen, die allerorten Biobanken gründen. Das "kostbare Bio-Material", schreibt Mamazone, sei ein "leibhaftiger Beitrag" von Patientinnen für die Forschung. Die Initiative ruft zu weiterem Einsatz auf: "Patientinnen, die an Tests für die Forschung teilnehmen, sind keine Versuchskaninchen, sondern Pionierinnen." Studien seien "ein Härtetest für die Hoffnung". Bei Mamazone können sich Betroffene auch zur "Diplom-Patientin" ausbilden lassen. Die ist "mündig und pharmafähig", heißt es auf der Homepage. Auch WissenschaftlerInnen winkt ein symbolischer Lohn - der Preis "Busenfreund" für engagierte Brustkrebsforschung.

Identitätspolitik pur

Wem nun Bedenken kommen, dass sich die Fraueninitiative vor den Karren der Industrie spannen lasse, wird präventiv beruhigt: "Dass mündige Patientinnen und Arzneimittelhersteller Joint-venture-Aktivitäten zum gemeinsamen Nutzen ergreifen können ... scheint hier zu Lande noch unvorstellbar ... Pharmaunternehmen und nicht Krankenkassen oder Staat haben mit ihrer finanziellen Förderung dazu beigetragen, eine professionelle Patientenkultur zu schaffen." Hauptfinanzier von Mamazone ist der Pharmariese Roche, der sich in Krebsforschung und Krebsmittelherstellung engagiert und eigens einen Arbeitsplatz für die Kommunikation mit Selbsthilfegruppen eingerichtet hat.

Doch die schillernde Partnerschaftsrhetorik der neoliberalen Gegenwart verklärt nicht nur partielle ökonomische und wissenspolitische Interessen zum Anliegen der PatientInnen. Eine erfolgreiche Identitätspolitik im Stil der "Initiative Mamazone" wird es PatientInnen in Zukunft immer schwerer machen, sich und anderen zu erklären, warum sie am biomedizinischen Innovationskarussell um Pharmaka und produktive Körpersubstanzen nicht teilnehmen möchten.

Erika Feyerabend

www.bioskop-forum.de

14. Ein Kampf ums Ganze. Residenzpflicht ist ein linkes, antirassistisches Thema

Autor: Xenia Toledo · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:20

AktivistInnen aus Flüchtlingsselbstorganisationen werden seit Jahren nicht müde, die Residenzpflicht als zentrale rassistische Maßnahme zu thematisieren und zu bekämpfen - auf politischer, wie auf juristischer Ebene. Dagegen sind im Dickicht linker Flugblätter und anderer Verlautbarungen diejenigen mit der Lupe zu suchen, die von Seite der non-refugees aus das Thema Residenzpflicht - deskriptiv oder analytisch - zur Sprache bringen und politische Intervention einfordern. Dass die jeweils Betroffenen eines Unterdrückungsverhältnisses meist selbst für die Thematisierung ihrer Situation im politischen Diskurs und Tagesgeschehen Sorge tragen müssen, ist nichts wirklich Neues und scheint ein Charakteristikum linker Politik zu sein.

Von einem Großteil der bundesdeutschen radikalen Linken, zumindest wenn sie sich nicht primär als antirassistisch begreift, werden die generelle Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Hunderttausenden von Menschen, die hier in der BRD leben, und deren Kämpfe nur bedingt wahrgenommen. Manche reagieren auf die Hartnäckigkeit, mit der Flüchtlinge für Anti-Residenzpflicht-Kampagnen werben und auf ihre aufklärenden Statements über die brutale und verletzende Beschneidung des Menschenrechts auf Bewegungsfreiheit mit Unverständnis, Abgenervtheit oder mit Polemik, wie z.B. zuletzt auf dem 6. Antirassistischen Grenzcamp in Köln 2003.

Warum ist das so? Die Vermutung liegt nahe, dass die Residenzpflicht von vielen linken AktivistInnen ohne Migrations- oder Fluchthintergrund in ihrer ganzen Dimension unterbewertet, zumindest jedoch unterschätzt wird: Bei einer isolierten Betrachtung der Residenzpflicht als einer bloßen, zugegebenermaßen rassistischen "Verordnung" können leicht entscheidende Zusammenhänge nicht erkannt werden. Das mag zunächst an der Struktur der Sache liegen: Die Residenzpflicht ist eine in der Alltäglichkeit verhaftete Entrechtungserfahrung. Und wie vieles, was Menschen als Unterdrückung und Gewalt in ihrem Alltag erfahren, bleibt sie für nicht direkt Betroffene im Bereich des Unsichtbaren - so sich diese nicht die politische und menschliche Mühe machen, genauer hinzusehen.

Alltägliche Entrechtung

Im Gegensatz zur Residenzpflicht wirken andere rassistische Verbrechen wie rechtsextreme Angriffe auf als nicht-deutsch Wahrgenommene oder, um bei staatlichem Rassismus zu bleiben, Abschiebungen möglicher Weise skandalöser und stellen für linke Politik einen greifbareren, deutlicheren oder gar "radikaleren" Bezugspunkt politischer Intervention dar. So werden Aktionen gegen Abschiebungen - ohne hier wiederum behaupten zu wollen, diese wären an der linken Tagesordnung - als spektakulärer, attraktiver erlebt als das profane Organisieren und Bezahlen von Autos oder Bussen, um Flüchtlingen die schikanösen und gefährdenden Kontrollen auf Bahnhöfen und in Zügen zu ersparen.

In einer Zeit, in der "Globalisierung" zum politischen Zauberwort avanciert ist, mögen Auseinandersetzungen über die bundesdeutsche Residenzpflicht überdies auf manche zu begrenzt wirken, politisch schwer zu füllen sein oder werden unter Umständen fürs globale Politbusiness schlicht für nicht wichtig genug befunden.

Doch auch hier gilt es, weitsichtiger zu sein. Die Residenzpflicht-Regelung ist eben genau das: eine deutsche Erfindung. Und sie sucht, neben den Passgesetzen im ehemaligen Südafrika, weltweit vermutlich ihresgleichen. Schon allein das "typisch Deutsche" an der Residenzpflicht wäre eine genauere, auch historische Analyse, mindestens aber eine besondere Skandalisierung wert. Zudem liegt hier eine weitere Gefahr: Bisher war es meist die Bundesrepublik, die europaweit die Standards für eine noch menschenverachtendere, noch rigidere Asylpolitik gesetzt hat. Es gibt wenig Gründe, warum sich andere EU-Staaten nicht auch an diesem Punkt von deutscher Abschreckungspraxis überzeugen lassen sollten. Noch gibt es die Residenzpflicht ausschließlich in der BRD. Wo, wenn nicht hier, sollte also für ihre Abschaffung gekämpft werden, um eine Ausweitung auf das Schengen-Europa zu verhindern?

Einigen weiteren linkne Ressentiments gegen Anti-Residenzpflicht-Kampagnen soll hier etwas der Wind aus den Segeln genommen werden. Oft stehen implizite oder explizite Vorbehalte im Raum, solcherart Kampagnen fehle der Angriff aufs Ganze und es handele sich hierbei doch um das "immer Gleiche". Unabhängig davon, dass ersteres vor dem Hintergrund der noch aufzuzeigenden weit reichenden Konsequenzen der Residenzpflicht ein nicht wirklich nachvollziehbarer Blick ist, kann hier manche Gegenfrage in selbigen Raum gestellt werden: Worin liegt denn das "immer Neue", Abwechslungsreiche und Nicht-Repetitive an Aufrufen zu Anti-Nazi-Demos oder Anti-Castor-Aktionstagen? Und selbst wenn - was ist hier die inhaltliche Substanz der Kritik? Kämpfen nicht auch Feministinnen seit 30 Jahren zum Großteil mit den gleichen - und nach wie vor richtigen - Argumenten gegen sexualisierte Gewalt? Einen Kampf im übrigen, der eben genauso lange nötig ist, wie Sexismus nicht der Vergangenheit angehört.

Um es noch einmal zu betonen: Die Residenzpflicht ist eine den gesamten Lebensalltag von Flüchtlingen durchdringende Erfahrung der Ausgrenzung, Demütigung, Isolierung und Entrechtung. Das Eingesperrtsein in einem der 323 Landkreise der BRD (der kleinste davon ist im übrigen gerade einmal 350 km2 groß, das sind in etwa 18 Kilometer im Quadrat), bestimmt die Lebensrealität der Menschen, die dem unterworfen werden - und zwar nicht nur in jenen Momenten, wo sie diesen Landkreis verlassen möchten oder müssen. Aus diesem Zustand resultiert vielmehr ein generell stark belastendes Lebensgefühl und, verbunden mit der Internierung in den so genannten Flüchtlingsheimen, die Erfahrung, im Land der Asylsuche als Gefangene behandelt zu werden.

Flüchtlingsselbstorganisationen machen aus diesen Gründen die Residenzpflicht zu einem zentralen Thema und formulieren das politische Ziel, diese rassistisch motivierte und gesetzlich legitimierte Beschneidung der Bewegungsfreiheit abzuschaffen.

Residenzpflicht: Eine deutsche Erfindung

Die Residenzpflicht-Verordnung hat zunächst juristische Konsequenzen. Was beim ersten Verstoß eine Ordnungswidrigkeit ist, wird beim zweiten Verstoß schon als Straftat gewertet. Verglichen mit anderen Ordnungswidrigkeiten, wie z.B. dem Falschparken, eine grobe Absurdität. Der Verstoß kann dann mit einer Geldstrafe bis zu 2.600 Euro oder einer Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr geahndet werden. Bei mehrmaligem Verstoß droht sogar die Abschiebung.

Residenzpflicht kann zudem weitere Strafverfolgungen nach sich ziehen. Dies zeigt ein aktueller Fall aus Gera: Constance E., einer Karawane- und The-Voice-Aktivistin wurde im April 2003 eine Genehmigung zum Verlassen des Landkreises verwehrt, da sie keine schriftliche Übersetzung eines auf englisch formulierten Einladungsschreibens vorlegen konnte. Danach verwies der Sachbearbeiter die Antragstellerin des Raumes. Als Asylbewerberin habe sie in ihrem Heim zu bleiben und dürfe nirgendwo hingehen. Als Constance auf einer Erlaubnis bestand, erklärte er, sie sei verrückt und solle gefälligst ins Krankenhaus gehen. Constance weigerte sich daraufhin, das Büro zu verlassen, bevor sie nicht die ihr zustehende Genehmigung erhalten habe. Der Sachbearbeiter rief die Polizei, von der Constance unter Gewaltanwendung auf die Wache verschleppt wurde, wo sie weiteren Misshandlungen ausgesetzt war. Die Ausländerbehörde stellte Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Im Dezember wurde Constance E. vom Amtsgericht Gera zu 50 Tagessätzen verurteilt, ein Urteil, das 20 Tagessätze über der staatsanwaltschaftlichen Forderung lag.

Residenzpflicht ist ein Instrument der öffentlichen Stigmatisierung von Flüchtlingen, MigrantInnen und allen anderen Menschen, die als nicht-deutsch wahrgenommen werden. Die willkürlichen polizeilichen Kontrollen dieser konstruierten Personengruppe werden zu einem erheblichen Teil mit dem § 56 Asylverfahrensgesetz, der Residenzpflicht, legitimiert. Solche Kontrollen sind nicht nur qua definitionem rassistisch, da ausschließlich als nicht-deutsch wahrgenommene Personen kontrolliert werden. Sie sind es vor allem in der Praxis: Polizei, Zoll und BGS begegnen den zu Kontrollierenden mit einer grundsätzlichen Bereitschaft zu verbalen Ausfällen, persönlichen Erniedrigungen bis hin zu offener rassistischer Gewalt - und üben diese auch aus. Sei es im bürokratischen Alltag, sei es auf der Straße und in Bahnhöfen, sei es hinter verschlossenen Türen auf den Polizeiwachen.

Residenzpflicht ist ein Instrument der Kriminalisierung. Wollen sich Flüchtlinge zusammenschließen, um gegen staatliche rassistische Gewalt organisiert anzukämpfen, müssen sie permanent ihre Landkreise verlassen, da sie isoliert und über das ganze Bundesgebiet verstreut leben. Angesichts der gängigen Praxis der

Ausländerbehörden, Flüchtlingen, die an politischen Veranstaltungen teilnehmen wollen, die Erlaubnis auf Verlassen des Landkreises zu verwehren, sind diese in Folge mit den jeweiligen juristischen Konsequenzen konfrontiert. Da die Gefährdung der Asylverfahren durch Residenzpflichtsverletzungen sehr präsent ist, ist es für AktivistInnen zudem oft schwer, Menschen aus Flüchtlingsheimen zu mobilisieren. Vor diesem Hintergrund kann von dem gezielten staatlichen Versuch der Verhinderung von Flüchtlings(selbst)organisierung gesprochen werden. Gerade Linke sollten im übrigen wissen, wie wichtig die Ausübung politischer Interessen für die Identität einer Person ist, die sich entschieden hat, für ihre und für die Rechte anderer zu kämpfen.

Residenzpflicht kann krank machen. Flüchtlinge gehen oft nicht zur nötigen Behandlung zu FachärztInnen, weil diese außerhalb des Landkreises stattfinden. Diejenigen, die nicht in dem ihnen zugewiesenen Landkreis leben, begeben sich an ihrem Wohnort zudem häufig erst gar nicht in offizielle ärztliche Behandlung.

Residenzpflicht kann lebensgefährlich sein. Viele Flüchtlinge berichten von der lebensbedrohlichen Erfahrung, in einem Landkreis leben zu müssen, in dem zahllose Nazis aktiv sind und brutale rassistische Angriffe auf der Tagesordnung stehen. Anträge auf Umverteilung aus diesen Gründen haben jedoch nahezu keine Aussicht auf Erfolg. Im Oktober 2000 springen zwei Frauen aus dem 4. Stock eines Hamburger Wohnhauses, weil die Polizei an der Tür klingelt. Sie haben zwar gültige Aufenthaltspapiere, sind jedoch in einem anderen Landkreis registriert. Beide Frauen ziehen sich lebensgefährliche Verletzungen zu, eine der Frauen ist seitdem Rollstuhlfahrerin.

Residenzpflicht kann tödlich sein. Eine Bewohnerin eines Frauenhauses in Bielefeld fühlt sich von ihrem Ehemann bedroht und stellt im Frühling 2003 einen Antrag auf Umverteilung, um zu ihrem Schutz in ein Frauenhaus einer anderen Großstadt ziehen zu können. Während der Antrag auf Umverteilung auf irgendeinem Schreibtisch der Ausländerbehörde auf seine Bearbeitung wartet, spürt der Ehemann die Frau auf einem Bielefelder Wochenmarkt auf und erschießt sie auf offener Straße.

Ansatzpunkt für gemeinsamen Kampf

Angesichts all dieser Dimensionen der Residenzpflicht sollte jene von bundesdeutschen linken AktivistInnen als politisches Interventionsziel wahr- und ernst genommen werden. Der Kampf um das Recht auf freie Bewegung und gegen die unsichtbaren wie absurden Landkreis-Grenzen im "eigenen" Land ist, etwas pathetisch formuliert, ein Teil der Kämpfe um Freiheit und gegen Grenzen weltweit.

Die Kämpfe von Flüchtlingen gegen staatliche Repression und Polizeibrutalität, gegen Residenzpflicht und Abschiebung unterstützen ihrerseits auch linke Politik. Hier könnten Ansatzpunkte gefunden und Bündnisse geschlossen werden - ohne die Unterschiedlichkeit der Entrechtungserfahrungen und bestehende Hierarchien wegreden zu wollen. Denn eins ist aller Dekonstruktion zum Trotz sicher: Politisch und gesellschaftlich betriebene rassistische Ein- und Ausschlüsse hinterlassen - auf allen Seiten - ihre Spuren im Denken, Fühlen und Handeln. In einem gemeinsam zu führenden Prozess von inhaltlicher Auseinandersetzung und offensiver Politik könnte es dennoch um ein gemeinsames Ringen um Befreiung gehen.

Xenia Toledo

15. Crime is King. Verbrechen lohnt sich nicht? Der neue Trend aus New York heißt Shoplifting

Autor: www.crimethinc.com · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:21

Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen? Mundräuber sehen das anders - ihr Verbrechen ist zum angesagtesten kriminellen Trend New Yorks avanciert. Das zumindest ist in einem Artikel in der taz vom 25.11. zu lesen. Um diesen Trend nicht zu verpassen und am Ende als die Dummen dazustehen, dokumentieren wir im Folgenden einen Text aus New York, der sich mit einer Traditionsbranche der Kriminalität befasst: dem Ladendiebstahl. Der Text ist unter dem Titel "Why I love shoplifting from big corporations" auf der Internet-Seite www.crimethinc.com zu finden. Der Artikel ist stark gekürzt und redaktionell bearbeitet. Im Original wird Klauen als aktuelle Variante des menschlichen Jäger- und Sammlertriebs verherrlicht und naturalisiert, und es werden absurde, teils esoterische Bezüge hergestellt. Wir dokumentieren ihn auszugsweise als Beitrag zur Debatte.

Wenn ich einen Laden verlasse, mit dessen Produkten in meinen Taschen, dann ist das ein Gefühl, als sei jede Last von meinen Schultern genommen. Nichts ist mit diesem Gefühl der Hochstimmung vergleichbar. In einer Welt, wo alles schon irgendjemand anderem gehört, wo ich mein Leben während der Arbeit verkaufen soll für ein bloßes Minimum, wo ich umzingelt bin von Kräften, die ich nicht kontrollieren oder begreifen kann und die offensichtlich nichts mit meinen Bedürfnissen zu tun haben, da ist der Ladendiebstahl ein Weg, um mir ein kleines Stückchen der Welt selbst zurecht zu schnitzen. Es ist eine Möglichkeit, gegenüber einer Welt aktiv zu handeln, die sonst nur mir gegenüber handelt.

Ladendiebstahl fühlt sich komplett anders an, als wenn ich etwas kaufe. Wenn ich für etwas bezahle, dann schließe ich einen Handel ab; mit meiner Arbeitskraft, meiner Zeit, meiner Kreativität habe ich Geld erworben, das ich jetzt anbiete - für ein Produkt oder eine Dienstleistung, das/die das Unternehmen unter anderen Umständen niemals mit mir teilen würde. Im Grunde gehen wir ein Gewaltverhältnis ein: Es geht nicht um die Sorge für einander oder um gegenseitigen Respekt, sondern wir verhandeln über einen Austausch nach Maßgabe der Kräfte, die wir gegeneinander in Anschlag bringen können. Supermärkte wissen, dass sie mir für Brot einen Dollar abknöpfen können, weil ich verhungern würde, wenn ich bei ihnen nicht kaufe. Sie wissen aber auch, dass sie keine vier Dollar verlangen können, weil ich sonst woanders hingehe. Also kreist unser Verhältnis im Prinzip um unausgesprochene Drohungen.

Das alles ändert sich schlagartig beim Ladendiebstahl. Ich verhandele nicht mehr mit gesichtslosen Einheiten, denen mein Wohlbefinden am Arsch vorbeigeht; statt dessen nehme ich mir, was ich brauche, ohne etwas im Austausch zu geben. Ich habe nicht mehr das Gefühl, zu einem Tausch gezwungen zu werden, und ich habe nicht länger das Gefühl, die Welt um mich herum nicht kontrollieren zu können. Ich muss mich nicht mehr darum kümmern, ob das Vergnügen, das ich aus einem gekauften Buch ziehe, tatsächlich die zwei Arbeitstunden wert ist, die es mich faktisch gekostet hat. In diesem wie in tausenden anderen Fällen fühle ich mich beim Ladendiebstahl wie befreit.

Die Ladendiebin bekommt ihren Lohn für das eingegangene Risiko, nicht dafür, dass sie einen Teil ihres Lebens in einem Tauschgeschäft hergibt. In Gegensatz zum legalistischen Konsumenten sind für sie die Methoden der Aneignung genauso aufregend wie die Güter selbst. Und in vielerlei Hinsicht sind diese Methoden bei weitem lobenswerter. Ladendiebstahl ist eine Verweigerung gegenüber der Tauschökonomie. Es ist die Weigerung gegenüber einem Prinzip, das alles und jedem einen monetären Wert beimisst, die Weigerung zu akzeptieren, dass ein leckeres Stück Schokolade in deinem Mund genau fünf Cent wert sein soll oder dass eine Stunde vom Leben einer Person tatsächlich zehn Dollar mehr wert ist als die von einer anderen. Es ist die Verweigerung gegenüber dem Kapitalismus, der die ArbeiterInnen die Produkte zurückkaufen lässt, die sie selbst geschaffen haben - zum Wohle des Profits des Kapitaleigners. Ladendiebstahl bedeutet ein klares NEIN zu all den miesen Erscheinungen moderner kapitalistischer Gesellschaften. Er ist Ausdruck der Ablehnung von Niedriglöhnen, die viele Ausbeuterfirmen ihren Beschäftigen aufzwingen. Er ist die Weigerung, für Produkte schlechter Qualität zu arbeiten. Ladendiebstahl ist auch die Weigerung, die Umweltzerstörung zu unterstützen, die so viele Unternehmen im Zuge ihres Produktionsprozesses in Kauf nehmen. (...)

Die "Option Diebstahl"

Die Ladendiebin greift auch die Methoden der Gedankenkontrolle in der modernen Werbung an. Die großen Ketten lancieren ausgedehnte Werbekampagnen, um ihre Kaufanreize in jeden Kopf zu pflanzen. Sie arbeiten sogar daran, ihre Produkte zu Statussymbolen zu machen, auf die man nicht verzichten kann. Konfrontiert mit dieser Art von Manipulation hat der legalistische Konsument zwei Möglichkeiten: Entweder er schafft das Geld ran, um diese Produkte zu kaufen, in dem er sein Leben als LohnarbeiterIn verkauft. Oder er verzichtet und ist frustriert. Die Ladendiebin schafft sich eine dritte Option: Sie nimmt die Dinge, nach denen sie ein so dringliches Verlangen hat, ohne dafür zu bezahlen. Also müssen die Ladenketten selber für ihre Propaganda zahlen.

Ladendiebstahl ist deshalb der effektive Protest, weil er nicht nur theoretisch ist. Er ist praktisch, er beinhaltet die konkrete Aktion. Verbaler Protest gegen unverantwortliches Unternehmensverhalten verpufft oft genug ohne jede Wirkung, aber Ladendiebstahl schädigt diese Unternehmen wirkungsvoll und demonstriert gleichzeitig (wenn auch verdeckt) Unzufriedenheit. Er ist besser als ein Boykott, weil er den Unternehmen nicht nur direkt Kosten verursacht, sondern weil die Ladendiebin gleichzeitig die Produkte bekommt, die sie zum Leben braucht. In Zeiten, in denen so viele Unternehmen miteinander verbunden sind, ist der Ladendiebstahl auch ein verallgemeinerter Protest: Er signalisiert die Weigerung, in diese Ökonomie überhaupt noch Kohle zu stecken. Die Ladendiebin kann sicher sein, dass ihr Geld niemals in die Hände der Unternehmen fällt, die sie ablehnt. Außerdem muss sie auch nicht so viel für diese Firmen arbeiten!

Diebstahl statt Aberglaube

Moderne Unternehmen haben Geld beiseite gelegt, um die Verluste aus Ladendiebstählen auszugleichen. Sie rechnen bereits im Voraus mit Diebstahl. In der Tat, diese Unternehmen sind sich durchaus bewusst, dass Leute mit ihnen und ihrer kapitalistischen Ökonomie so unzufrieden sind, dass sie sie hemmungslos bestehlen. In diesem Sinne spielen die Ladendiebe eine genauso gesellschaftliche Rolle wie die Vorstandsvorsitzenden. Diese Unternehmen sind dermaßen zynisch, dass sie ihren gewohnten Geschäften nachgehen, obwohl sie genau wissen, dass sie damit viele ihrer KundInnen (und Angestellten!) geradezu dazu anhalten, so viel wie nur irgend möglich zu klauen. Wenn sie auf diese Weise weitermachen - wohlwissend wie viele Leute sie damit schädigen - so brauchen sie sich nicht zu wundern, dass die Leute sie immer weiter beklauen.

(...)

Ladendiebstahl beraubt die Waren (und den Markt im allgemeinen) ihrer mythischen Kraft, mit der sie scheinbar das Leben der KonsumentInnen kontrollieren. Wenn sie jedoch gewaltsam angeeignet werden, zeigt sich, was sie in Wirklichkeit sind: Ressourcen, die die Unternehmen gewaltsam zurückgehalten haben - zu Lasten aller anderen. Ladendiebstahl versetzt uns wieder in die physische Welt, in der die Dinge real sind und nicht behaftet mit Qualitäten wie "Marktwert" und "Profitspanne", die nur aus der Welt des Aberglaubens stammen. Vielleicht ist der Ladendiebstahl allein nicht in der Lage, die Industriegesellschaft oder das kapitalistische System über den Haufen zu werfen. Aber bis dahin ist er eines der besten Mittel des Protest und der Selbstermächtigung. Und eines der praktikabelsten ist er auch!

www.crimethinc.com,

Übersetzung: Dirk Hauer

16. Berlin umsonst - koste es, was es wolle! Die Kampagne "Berlin umsonst!" eröffnet Debatte um Aneigung

Die Kampagne Berlin umsonst! eröffnet Debatte um Aneignung

Autor: FelS/AG Sozialer Widerstand · Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:11

Schwerpunkt: An/eignung

"Wem gehört was und warum?" - eine Frage, die in neoliberalen 2010-Zeiten, in denen ein massiver Verteilungskampf von oben geführt wird, neue Brisanz erhält. In unserem Schwerpunkt stellen wir euch die Initiative Berlin umsonst vor, die kollektive Praxen der An/eignung erprobt. Des weiteren dokumentieren wir die zehn Grundregeln der spanischen Kunst- und Aktionsgruppe YOMANGO und einen Klau-Erfahrungsbericht aus New York. Um eine ganz andere Art der An/eignung geht es Rudi Maier von der Mediologischen Vereinigung Ludwigsburg: Er beschreibt, wie sich die Werbung linker Ideen und Idole bedient.

Gute Nachrichten aus Berlin: Seit einigen Wochen toben die Studierenden durch die Stadt, legen den Verkehr lahm, besetzen Senatsbüros und decken die Bankgesellschaft Berlin mit Eiern ein, um ihrem Protest gegen Bildungs- und Sozialabbau Nachdruck zu verleihen. Das ist schön - und es ist neu. Lange hat keine der vielen von Kürzungen betroffenen Gruppen in der Stadt ihren Widerspruch so massiv geäußert. Die Sparkröte, die für alle gilt, die dem Standort Berlin nicht unmittelbar nutzen, ist unter dem rot-roten Senat von den Betroffenen zumeist geschluckt worden, einzelne Ausnahmen bestätigen diese Regel. Um der angeblichen Alternativlosigkeit dieses Angriffs - der wie immer besonders die trifft, die es ohnehin nicht so dicke haben - radikal zu widersprechen, haben wir Anfang des Jahres mit einigen anderen Gruppen die Kampagne Berlin umsonst! ins Leben gerufen.

Ausgangspunkt war der Versuch, in Zeiten, in denen der Verzicht zu höchsten Weihen kommt, offensiv und selbstbewusst zu sagen: Es reicht! Nicht mehr "Schluss mit diesem, Schluss mit jenem", sondern Schluss mit Schluss und her mit dem schönen Leben! Es geht dabei darum, den Anspruch auf ein schönes Leben hier und jetzt gegen die Zumutungen des kapitalistischen Alltags zu stellen, die uns in diesem Fall in Gestalt der Berliner Sparpolitik (1) zu Leibe rücken. Kurz: Es geht um Aneignung.

Vor diesem Hintergrund leistet die Kampagne zweierlei: Erstens bricht sie in offensiver Weise mit dem alten Lied vom Sparen, mit der angeblichen Notwendigkeit einer Reformpolitik, die eine weitere Absenkung des Lebensstandards bedeutet. Die Forderung Berlin umsonst! verweigert dieser als Sachzwang getarnten Position den Gehorsam. Sie schert sich nicht um die Grenzen dessen, was gemeinhin als vernünftigerweise noch diskutierbar gilt, und schon gar nicht um eine behauptete gesamtgesellschaftliche Verantwortung dafür, dass der kriselnde kapitalistische Kahn wieder flottgemacht wird. Sie bricht mit einem Essential kapitalistischer Verkehrsformen: mit dem schnöden Umstand, dass die notwendigen Produkte des täglichen (Über-)Lebens nur gegen Geld zu haben sind.

Her mit dem schönen Leben

Zweitens knüpfen die Umsonst-Aktionen an Erfahrungen des täglichen Lebens an und machen Momente sichtbar, an denen die eigenen Bedürfnisse an Grenzen der gesellschaftlichen Spielregeln stoßen. Beispiel: Ich müsste/würde/wollte gern von A nach B, aber scheiße: die Fahrkarte, die ich dafür brauche, kostet viel zu viel. Die an diese Überlegung (möglicherweise) anschließende Schwarzfahrt ist normalerweise eine individuelle Entscheidung und wird individuell - vielleicht sogar mit schlechtem Gewissen - unternommen. Dadurch, dass wir sie öffentlich und gemeinsam praktizieren, dass wir darüber sprechen, sie für legitim erklären und sie Widerstand gegen die Verschlechterung der Lebensverhältnisse nennen, ändert sich die Sache.

Die herrschenden Vorstellungen von der Welt werden in den täglichen Handlungen der Menschen hergestellt, aber dieser Prozess läuft nicht konfliktfrei. Zwar bin ich gezwungen, ein Produkt zu bezahlen, um es zu bekommen, aber es gibt Möglichkeiten, diesen Zwang zu umgehen: Anstatt eine Fahrkarte zu lösen, kann ich

schwarzfahren; anstatt ein Produkt zu kaufen, kann ich es klauen etc. Dabei geht es uns in erster Linie nicht darum, individuelle Konsumwünsche zu befriedigen, sondern um die Schaffung von Räumen, in denen über die Legitimität kapitalistischer Verkehrsformen und über Vorstellungen von einem schönen Leben gesprochen werden kann. Nicht indem die AdressatInnen angerufen werden, sie mögen die Richtigkeit unserer Kapitalismusanalyse bitte einsehen, sondern indem konkrete und alltägliche Erfahrungen gesellschaftlicher Zwänge zum Ausgangspunkt genommen und praktisch in Frage gestellt werden. Damit ist nicht nur die Debatte um die herrschende Form von Produktion, Aneignung und Verteilung eröffnet, sondern auch darüber, wie es anders sein könnte.

Natürlich ist das alles nicht neu, und es ist auch nicht der Weisheit letzter Schluss. Berlin umsonst! probiert herum und sammelt Erfahrungen in einem Feld, das der radikalen Linken oft verdächtig war und ist: Praktisches Eingreifen im Alltag riecht manchen nach Reformismus, anderen nach Anbiederung an den "Deutschen Mob". Wer aber der Gefahr des ERROR dadurch zu entgehen hofft, dass er oder sie das klinisch saubere Räsonieren über das Wenn und Aber und den Kapitalismus im Allgemeinen dem Eingreifen in gesellschaftliche Verhältnisse vorzieht, hat die Richtschnur und den Gegenstand politischer Reflexion bereits verloren: die soziale Praxis. Dagegen halten wir an der Richtigkeit "experimenteller Praxis" (2) fest.

Wie legitim ist Kapitalismus?

Dennoch spiegeln die Aktionen, die wir bisher gemacht, ebenso wie die Alltagskonflikte, auf die wir uns bezogen haben, auch die soziale Zusammensetzung der an der Kampagne beteiligten Gruppen und Einzelpersonen wider: Für Menschen ohne gültigen Pass stellt Schwarzfahren eine nicht zu rechtfertigende Gefährdung ihres Aufenthalts dar, und einen Freibadzaun kann nur überwinden, wer nicht von körperlichen Beeinträchtigungen geplagt wird. Mit anderen Worten: Die bisherigen Aktionen der Kampagne sprechen unmittelbar vor allem ein junges, gesundes Publikum mit deutschem Pass an.

Aber das muss nicht so bleiben. Die Perspektive "Aneignung" ermöglicht den Blick über den eigenen Tellerrand hinaus. So lässt sich auch die illegale Migration als massenhafte Praxis der Verweigerung bestehender Grenzen verstehen, die eigene Ansprüche über staatliche und gesellschaftliche Beschränkungen des Aufenthalts stellt und durchsetzt. Hierauf hat die Gesellschaft für Legalisierung jüngst hingewiesen. (vgl. ak 477) Ebenso muss die Forderung nach einem schönen Leben nicht bei Verteilungsfragen stehen bleiben. Sie hat auch am Arbeitsplatz - ob der nun Betrieb oder Haushalt heißt - ihre Berechtigung.

Derzeit sind es aber (noch?) nicht die genannten Bereiche, zu denen Berlin umsonst! der Brückenschlag gelingt. Stattdessen findet der Slogan bei den protestierenden StudentInnen Aufmerksamkeit. Wir hoffen, dass er hier seine Aufgabe erfüllt: Räume für widerständiges Handeln und entsprechende Diskussionen zu öffnen bzw. zu erweitern. Über alles weitere können wir reden.

FelS/AG Sozialer Widerstand (3)

Anmerkungen:

1) Oder auch in Gestalt der massiven sozialen Einschnitte auf Bundesebene.

2) Ehre, wem Ehre gebührt: Der Begriff "experimentelle Praxis" - so schön er auf das passt, was wir tun - ist nicht unsere eigene Wortschöpfung. Er entstammt dem Vokabular der Call Center Offensive, die damit ihren Eingriffsversuchen in einem von der radikalen Linken ebenfalls vernachlässigten Bereich - dem der prekären Arbeitsverhältnisse - einen Namen gab.

3) Die Kampagne Berlin umsonst! ist eine offene Kampagne, an der sich verschiedene Gruppen beteiligen - unter anderem die AG Sozialer Widerstand von FelS. Wir haben kein Copyright auf den Slogan - jede und jeder kann Berlin umsonst! sein.

17. Radikalisiert das Leben! Bilderwelten, Werbung und Revolte

Autor: Rudi Maier · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Medien; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:17

"Join the Revolution!", "Fight for your rights!", "Viva la libertad!" "Radikalisiert das Leben!". Auf den ersten Blick Parolen und Slogans aus dem Wörterbuch der neuen sozialen Bewegungen. Doch nur auf den ersten Blick. Nicht erst seit gestern hat die Werbeindustrie - und um diese, um Bilderwelten und den Zusammenhang von Werbung und Protest soll es hier gehen - die Bilder, Symbole, Parolen und Slogans linker Bewegungen als Werbeträger "entdeckt".

Rückblende. Die Jahre 1967/1968. Weltweite Proteste gegen den Krieg der US-Regierung in Vietnam. Die Revolte liegt in der Luft. Berkeley, Paris, Mexico-City, Berlin - StudentInnen auf den Straßen, Drogenexperimente, Kommunen. Unübersehbar und auf jeder Demonstration mit dabei: Plakate mit den Konterfeis der Ikonen der Revolte: Che, Mao, Ho Tschi Minh, Lenin, Marx, manchmal auch ein Porträt von Rosa Luxemburg. Die Bilder von den Demonstrationen werden schnell zu Metaphern. Für die einen stehen sie dafür "das Leben zu ändern, um damit die Welt zu verändern", für die anderen sind sie Ausdruck einer akuten Bedrohung der staatlichen und öffentlichen Ordnung. Diese Bilder polarisieren die Gesellschaft: Entweder du bist für den Staat oder du bist für die Bewegung.

Die mediale Berichterstattung über die "Studentenunruhen" bedient sich ebenfalls dieser Bilder. Die Ausgaben der Zeitschrift Der Spiegel der Jahre 1967 und 1968 sind randvoll mit den Bildern der Demonstrationen, der linken Ikonen, der Interventionen im öffentlichen Raum, der Transparente, Plakate und Flugblätter. Auf dem Titelbild der Ausgabe vom 29. Juli 1968 ist das Gesicht Che Guevaras zu sehen. Darunter ist zu lesen: "Erlöser aus dem Dschungel". Die Firma Remington hingegen wusste die Popularität einer anderen linken Ikone zu nutzen. Sie schaltete bereits 1967 eine Werbeanzeige um ihre Rasierapparate zu bewerben und zeigte Karl Marx gleich zwei Mal, einmal mit, einmal ohne Bart - codiert als politischen Demaskierungsversuch. Bilder wie die von Che Guevara oder auch das von Karl Marx sind stets Ausdruck konkreter gesellschaftlicher und umkämpfter Verhältnisse und insofern können nicht nur Texte, Bilder oder Filme, sondern auch Werbeanzeigen als Matrix zur Gesellschaftsanalyse nutzbar gemacht werden.

Werbung und Protest

Bilder haben in den letzten Jahren einen enormen Bedeutungszuwachs erhalten, auch oder vielleicht sogar gerade im "politischen Geschäft". Die US-Regierung präsentierte Bilder zur Vorbereitung des Krieges gegen den Irak, die vermeintliche Befreiung der Soldatin Jessica Lynch war eine perfekte Inszenierung für die Bildmaschine Nr. Eins, das Fernsehen. Auch der "spontane" Überraschungsbesuch von George W. Bush bei den amerikanischen Truppen zu "Thanksgiving" vor einigen Wochen war vor allem eine PR-Aktion, um mittels TV-Bilder sich "Entlastung an der Heimatfront" - so die Berichterstattung der ARD - zu verschaffen. Das Wissen um den Zusammenhang von Politik und Medien steht jedoch nicht nur den Regierenden zur Verfügung. Die Anschläge vom 11.9. 2001 in New York waren in ihrer "Inszenierung" perfekt auf die Arbeitsweise der Medien zugeschnitten - mit dem Ergebnis, dass der Einschlag des zweiten Flugzeuges live im Fernsehen übertragen wurde. Als vor einigen Jahren der damalige bundesdeutsche Verteidigungsminister Scharping anlässlich der Debatte um die Beteiligung der Bundeswehr im Kosovo-Krieg etwas von einem "Hufeisen-Plan" der serbischen Armee daher fabulierte zeigte er im Bundestag - Bilder.

PR-Agenturen und vor allem Werbeprofis wissen um die Bedeutung von Bildern sehr genau Bescheid. Wie die gesamte gesellschaftliche Produktionsordnung unterliegt auch die Bildproduktion und Bildnutzung den Rahmenbedingungen des kapitalistischen Systems. Das Feld der visuellen Produktion muss daher ebenso als integraler Bestandteil des deregulierten Neoliberalismus angesehen werden wie beispielsweise die Produktion von Spielzeug oder Computern in Süd-Ost-Asien. Bilder sind Waren mit denen Geld verdient wird und kaum ein Bild wird zufällig im medialen Alltagsrauschen positioniert. Werbeanzeigen, die mit den Begriffen Freiheit, Radikalisierung und Revolution operieren sind vor diesem Zusammenhang weit mehr als eine bloße Spielerei der kreativen "think tanks" in den Agenturen. Nebenbei bemerkt, Bill Gates Firma Corbis stellt derzeit das größte Bildarchiv der Menschheitsgeschichte zusammen - inklusive der Verwertungsrechte.

Die Ware Aufmerksamkeit

Kalle Lasn, Mitarbeiter bei den kanadischen Adbusters, sprach kürzlich in einem Interview davon, dass Menschen in den USA, Kanada oder Westeuropa mit durchschnittlich 5.000 Werbebotschaften pro Tag im wahrsten Sinne des Wortes konfrontiert werden. Spots, Jingles, Plakate, im TV und im Radio, in Tageszeitungen und im Internet, an Litfaß-Säulen und Werbewänden - fast nichts, das nicht mit bunten Versprechen lockt. Die Logos, Brandings und Markenzeichen sind fast überall. Die fortschreitende Durchökonomisierung des Alltags findet hier nur einen weiteren Ausdruck. Um in diesem Werbedickicht überhaupt noch aufzufallen, besinnt sich die Werbeindustrie immer wieder auf scheinbar neue Marketingstrategien. Fein ausdifferenzierte zielgruppen-orientierte Werbung mit großem finanz-ökonomischen Einsatz - im Jahr 1999 setzte allein die bundesdeutsche Werbeindustrie umgerechnet 16,3 Milliarden Euro um - lässt erahnen, dass "Aufmerksamkeit" längst zum knappen Gut geworden ist, die "Ökonomie der Aufmerksamkeit" ganze Wirtschaftszweige in Atem hält.

Derzeit hoch im Kurs stehen Aktionen aus dem Lehrbuch des "Guerilla Marketing". Dabei handelt es sich zumeist um spontan erscheinende, inszenierte Störungen alltäglicher Routine, sei es an der Uni, in der Fußgängerzone oder auf großen Musik-Events. Bei der diesjährigen "Global Balalaika-Show" in Helsinki beispielsweise, einem Konzert das nur alle zehn Jahre unter der Federführung der Leningrad Cowboys stattfindet, waren zahlreiche Kleingruppen mit Protest-Transparenten und roten Fahnen zu sehen, die in klassischer Demo-Manier durch die Straßen zogen und Parolen von sich gaben. Die Menge wurde in Sprechchören aufgefordert, die Revolution anzutreiben - "Drive the revolution!" Erst auf den zweiten Blick bzw. dem Blick ins Internet wurde klar, was hier vor sich ging: Ein skandinavischer Autohersteller nutzte die Anwesenheit der 100.000 BesucherInnen des Konzertes auf seine Weise - mittels Guerilla Marketing, einem Prinzip, das nahe an dem von den Situationisten entwickelten Konzept der "Entwendung" liegt.

Eine der ersten kommerziellen Anzeigen, die sich einer "linken Ikonographie" bedient, wurde im Jahr 1967 publiziert und das nicht zufällig. Das damalige gesellschaftliche Spannungsverhältnis machte es möglich mit Marx an bedeutende Diskurse anzuknüpfen und garantierte damit ein Minimum an Aufmerksamkeit. Die "feindliche Übernahme" durch die Werbeindustrie und die Verwendung linker Codes und Symbole auf massenhaft produzierten Gütern, haben allerdings auch eine strategische Funktion. Dick Hebdige, aus dem Umfeld des Centre for Contemporary Cultural Studies (CCCS) in Birmingham, hat diese strategische Funktion in seiner Untersuchung "Subculture - Die Bedeutung von Stil" bereits Ende der 70er Jahre untersucht. Am Beispiel des Punk in Großbritannien zeigte er, wie (subkulturelle) Dissidenz und Verweigerung, Protest und Widerstand fortwährend in die "bedrohte Ordnung" wieder eingegliedert werden und damit die "kulturelle Hegemonie" wiederhergestellt wird. Dabei unterscheidet Hebdige zwischen zwei Formen der Wiedereingliederung: "Erstens die Verwandlung subkultureller Zeichen (Kleidung, Musik, etc.) in massenhaft produzierte Objekte (die Warenform) und zweitens die Etikettierung und Umdefinierung abweichenden Verhaltens durch die herrschenden Gruppen - Polizei, Medien, Justiz (die ideologische Form)."

Seit letztem Jahr gibt es übrigens Papiertaschentücher mit dem Konterfei des Commandante Che zu kaufen, ein mustergültiges Objekt der Massenproduktion. Die Etikettierung und Umdeutung politischen Widerstands findet vor allem durch "Strategien der Verniedlichung und der Lächerlichmachung" statt. Die Verniedlichung dient der "Zähmung des Gefährlichen", die Lächerlichmachung stempelt zum bedeutungslosen Exoten, zum "Kasperle". Wie heißt es so schön in einer Anzeige aus dem Jahr 1978: "Vor zehn Jahren las er das Kapital. Heute das Capital." Dies gilt auch für das "Sauwetter" und den Slogan "Auch du kannst Großes bewegen!"

"Fernsehen macht (nicht) dumm!"

Lange schon ist das Wissen um das kreative Potenzial selbstorganisierter linker Arbeit in die Stuben der Werbeindustrie eingezogen. Die think tanks kopieren das, was für linke Gruppen zumeist Alltag ist, mit möglichst wenig Geld möglichst viel Wirkung zu erzielen. Nicht zufällig gab sich ein Werbekongress vor ein paar Jahren das Motto "Früher wurden Leute mit innovativen Ideen verbrannt. Heute arbeiten sie in der Werbung." Eine Stellenanzeige aus dem Jahr 1988 gibt weiteren Aufschluss: "68er aufgemerkt" heißt es dort in der Überschrift. Gesucht wurde ein "innovativer Unternehmungsführer", der noch nicht frustriert und "neben den auf der Straße erlernten Organisations- und Mobilisierungsfähigkeiten..:" auch noch andere Potentiale kapitalproduktiv einbringen kann. Schon heute geht es in vielen Berufen nicht mehr darum, die Arbeitskraft in Form von körperlicher Arbeit einzusetzen. Ideenreichtum, Flexibilität und Mobilität sind die Parameter der

"immateriellen Arbeit" und wo, wenn nicht in selbstorganisierten Zusammenhängen werden diese "soft skills" besser erlernt und eingeübt als auf einem Antifa-Plenum, einem Anti-G8-Netzwerktreffen oder der Redaktionssitzung zur Herausgabe eines Kampagnen-Nachbereitungs-Readers? Insofern ist es alles andere als verwunderlich, dass Joseph Fischer vor ein paar Jahren Außenminister wurde und immer noch ist - und zwar nicht trotz, sondern vor allem wegen seiner "Mitarbeit" in der Frankfurter Putztruppe in den 70er Jahren - und dem was er damals gelernt hat.

Schenkt man den Kassandra-RuferInnen Glauben, so ist Fernsehkonsum für Werteverfall, Politikverdrossenheit und das schlechte Abschneiden von SchülerInnen in der Bundesrepublik bei der Pisa-Studie verantwortlich. Stuart Hall, ebenfalls Fach-Vertreter der britischen Cultural Studies, hat jedoch bereits vor 30 Jahren in einem Modell darauf aufmerksam gemacht, dass die Bedeutung und Wirkung von Medien, also auch die von Werbeanzeigen, immer in einem sozialen Kontext hergestellt werden. In seinem "Encoding/Decoding-Modell" verortet er Fragen nach der Medienwirksamkeit dorthin, wo sie hingehören - in die soziale Struktur des Alltags. Somit ist es möglich, die These von der "Manipulationsmaschine Fernsehen" über Bord zu werfen und vielmehr nach den jeweils spezifischen Interessen der TV-NutzerInnen zu fragen. Hall unterscheidet in seinem Modell zwischen einer "dominant-hegemonialen", einer "ausgehandelten" und einer "oppositionellen" Lesart. Am Beispiel eines Werbeclips von Mercedes-Benz lässt sich dies aufschlüsseln. In dem 20 Sekunden dauernden TV-Spot werden unscharfe und verwackelte Filmaufnahmen von Demonstrationen gegen die Pershing II Stationierung und die geplante atomare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf in den 80er Jahren gezeigt. Der aus dem Off gesprochene Text lautete: "Vor zwanzig Jahren haben uns diese Leute auf die Zerstörung der Umwelt aufmerksam gemacht. Wir haben ihnen damals nicht geglaubt. Heute beschäftigen wir 110 Umweltexperten, um mit ihnen das modernste und umweltfreundlichste Produktionswerk der Welt zu bauen. Das wiederum hätten sie uns damals nicht geglaubt."

Karlsplatz heißt jetzt Nikeplatz

Die Rezeption dieses TV-Spots kann entsprechend der von Hall entwickelten Begrifflichkeiten genauer betrachtet werden. So denkt sich der Dipl.-Ingenieur möglicherweise: "Die tun was!" (dominant-hegemoniale Lesart), die WG am Küchentisch fängt an darüber zu diskutieren ob das so überhaupt stimmt und was mit den Beschäftigten des Konzerns in Brasilien gerade passiert (ausgehandelte Lesart) und die in politischen Kämpfen erprobte Autonome wirft sich auf Grund der Botschaft des Clips vor Lachen hinters Sofa (oppositionelle Lesart). Was hier modell- und zugegeben klischeehaft geschildert wurde ist im real life oftmals sehr viel trennungsunschärfer vorzufinden. Sicherlich richtig hingegen ist, was die britische Kulturanthropologin Angela McRobbie beobachtet - dass im Zuge einer Kulturalisierung der Ökonomie wie sie am Beispiel des Werbespots von Mercedes-Benz deutlich wird, sehr viel mehr Fragen zum Zusammenhang von Politik und Kultur, immaterieller Arbeit und widerständigen (Alltags-) Praxen gestellt werden müssten.

Vergangenen Sommer wurde heftig über eine geplante RAF-Ausstellung diskutiert. Diese Debatte soll hier nicht wieder aufgewärmt werden. Heute kann jede und jeder mit einem "Staatsfeind" T-Shirt oder dem Logo der RAF auf der Tasche (Prada-Meinhof!) unbehelligt durch die Stadt gehen. Dies war vor etlichen Jahren noch ganz anders. Als im Jahr 1977 ein Kommando der RAF den damaligen Generalbundesanwalt Buback von einem Motorrad aus erschoss, musste einige Wochen darauf der deutsche Werberat eine Rüge aussprechen. Der Grund hierfür war eine Anzeigenwerbung für ein Motorrad der Marke, von dem aus geschossen wurde. Überschrieben war diese Anzeige mit den Worten: "Sssss... Die Sportskanone für Scharfschützen". Bei Jota* Drudel 13 handelt es sich übrigens um eine Spezialfirma für Dentalbedarf, die im Kleingedruckten zur abgebildeten Anzeige immerhin fragte: "Warum gleich so kriminell denken?"

Immer häufiger wird in TV-Werbungen subkultur-industriell zu Werke gegangen. Letztes Jahr fragte ein französischer Autohersteller "Ist nicht Raum der wahre Luxus?" und den musikalischen Support dazu lieferte - Jimi Hendrix. "All along the watchtower" war der Soundtrack zum Produkt und da die Ausgangsfrage die nach Raum und Luxus war, gab es auch prompt die musikalische Antwort: "There must be some kind of way out of here". Das "Acoustic Branding" greift das Prinzip der Wiedererkennung auf, nicht wie in der Printwerbung mittels Bildern, sondern durch Musik. Mit der Nutzung von subkulturellem Sound in der Werbung beschäftigt sich seit kurzem das DesillusionsKmbH, das K steht für Kollektiv. Um sich öffentlich Gehör zu verschaffen reaktivierten sie ein Sendeformat, das in Italien in den siebziger Jahren für Aufuhr sorgte: Radio Alice. Im Stil der Kommunikationsguerilla erklären sie in ihrem Manifest: "Werde Alice! Denn nicht nur Senden ist ein Vergnügen" Auch der Energiekonzern RWE nutzt derzeit das Acoustic Branding. John Lennons "Imagine" tönt

aus den Lautsprechern wenn sich der Konzern im TV bewerben lässt, doch statt sich vorzustellen, dass Privatbesitz abgeschafft ist, wird vorgeschlagen, doch sämtliche Energieformen vom selben Anbieter zu beziehen. Für die Leute von Radio Alice ein klarer Fall: "Reclaim the Song!" Das Manifest des DesillusionsKmbH gibt es unter www.radioalice.de.

"Reclaim the song"

Nicht nur Initiativen wie Radio Alice widmen sich dem Zusammenhang von Medien, Werbung und linker Gesellschaftskritik. Auf der Tagesordnung steht ebenso das Entwenden und Überführen von Logos, Brandings und Symbolen der Global Players in einen kapitalismuskritischen Kontext. Die kanadischen Adbusters oder die kalifornische Billboard Liberation Front (BLF) schaffen immer mal wieder den Sprung in die großen Nachrichten. Beim "Berliner Aktionstag gegen Werbung" am 15. Dezember letzten Jahres - der eigentlich eher Aktionsnacht heißen müsste - wurden in einer Nacht mehrere tausend Werbeanzeigen verändert, beschmiert, überklebt oder einfach nur zerfetzt und zerstört. Auch der Buy-Nothing-Day fand in diesem Jahr großes mediales Interesse. Aus Wien wurde Mitte Oktober von einer Aufsehen erregenden Aktion berichtet. Der Life-Style-Konzern Nike hatte auf dem dortigen Karlsplatz einen Info-Pavillon aufgestellt und die WienerInnen über den bevorstehenden Kauf des Platzes durch Nike und der anschließenden Umbenennung von Karls- in Nikeplatz informiert. Angesichts der überall vorfindbaren Umwandlung von öffentlichem in privaten Raum war die mediale Reaktion nicht überraschend. Zahlreiche besorgte BürgerInnen sowie eine Vielzahl von ablehnenden Presseberichten verhinderten für dieses Mal noch den Verkauf des "Wiener Tafelsilbers". Der Konzern sah sich wütenden Reaktionen ausgesetzt und musste mehrfach erklären, dass er nicht beabsichtige, den Karlsplatz zu kaufen. Der strategisch kluge Schachzug wurde auch nicht von Nike, sondern von 0100101110101101.org und Public Netbase organisiert, Gruppen die an den Schnittstellen von Politik, Medien und Gesellschaft medienwirksam auf den neoliberalen Umbau der Gesellschaft aufmerksam machen. Diese Aktion zeigt an, was zukünftig wohl immer häufiger stattfinden wird - die Global Players mit ihrem vermeintlich sauberen Images werden zur Zielscheibe von AktivistInnen aus Politik, Kunst und Kultur um eines der derzeit wohl wichtigsten Ziele (radikaler) linker Gesellschaftskritik zu verfolgen: Die Rückeroberung des öffentlichen Raumes und die Zurückdrängung der Herrschaft der Ökonomie.

Rudi Maier

Der Autor ist Mitarbeiter der Mediologischen Vereinigung Ludwigsburg und organisiert seit zwei Jahren die Wanderausstellung "so geht revolution" (siehe Kasten). Derzeit arbeitet er an einer umfangreichen kulturwissenschaftlichen Studie zur Verwendung von Karl Marx in kommerziellen Werbeanzeigen unter dem Titel: Econoclash.

18. YOMANGO ("Ich zocke"). Zehn Tipps für ein YOMANGO-Styling - Dokumentation

Autor: YOMANGO · Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:19

Beim Click auf die Internet-Seite von YOMANGO (www.yomango.org) lächelt einer/m das freundliche Gesicht von Wynona Ryder entgegen. Die als Diebin geoutete Schauspielerin wird jedoch wohl eher eine unfreiwillig Werbeträgerin von YOMANGO sein, ist doch ihr Bild - so wie vieles andere auch - geklaut. Mango ist der Markenname einer großen spanischen Bekleidungskette, die mittlerweile in fast allen europäischen Ländern Filialen hat. YOMANGO hingegen steht umgangssprachlich (im spanischen) für "Ich klaue", "Ich zocke". YOMANGO propagiert klauen als trendige Möglichkeit, den Kapitalismus zu sabotieren und gegen multinationale Unternehmen zu protestieren. YOMANGO ist keine feste Gruppe, sondern ein offenes Projekt/Logo mit dem Ziel einen alltäglichen, kollektiven Life-Style jenseits von Kommerz und Konsum zu propagieren und Handlungsperspektiven zu eröffnen. So präsentierte die Klau-Marke in einem Shopping-Center in Barcelona Kleidung, die besonders geeignet für Aneignung sein kann. Neben Aktionen auf dem Europäischen Sozialforum in Florenz, wie z.B. das gemeinsame Gratis-Kochen, solidarisierte sich YOMANGO im Dezember 2002 mit den Protesten in Argentinien: Am "Tag des Ungehorsams" fanden in Barcelona, Rom, Amsterdam, Milano und London unterschiedlichste Klau-, Sabotage-Aktionen und Performances statt, die im Kontext eines "lifestyle with no money or creditcards" standen. Im Folgenden dokumentieren wir die "zehn Gebote" der YOMANGOs und YOMANGAs (www.YOMANGO.org)

1 Markenunternehmen wollen Waren verkaufen, aber sie wissen, dass sie auf dem postmodernen Markt nur überleben können, wenn sie Erfolg damit haben, einen begehrten Lebensstil zu repräsentieren: sei es der junge Martini-Lebemann oder der einsame und harte Cowboy aus Marlboro-Country. YOMANGO wird dir zwar nichts verkaufen, bietet dir aber gleichwohl einen Lebensstil an.

2 In den 50er und 60er Jahren, in der fordistischen Ära des Kapitalismus, war Normalität Lebensstil, definiert durch Respektabilität - und alles andere war jenseits des Möglichen. Gegenkultur entstand, die xte Bohème: In jenen glücklichen Zeiten waren Extravaganzen revolutionär, das Schwarze, das Seltene... Aber das ist vorbei: Im kulturellen, im postfordistischen Kapitalismus sind alternative Lebensstile nichts anderes als Marktsegmente, die berücksichtigt und bedient sein wollen, d.h. gekauft und verkauft werden für die größere Seligkeit des Kapitals. Können wir einen Lebensstil anbieten, Handlungsformen, die nicht unmittelbar wie jede andere Mode geschluckt werden? Alte Kleidung, Rapmützen oder abgewrackte Jeans lassen sich problemlos in die ökonomische Logik des Spätkapitalismus einfügen: Wird dasselbe mit dem YOMANGO-Style passieren?

3 Der kulturelle Kapitalismus überlebt durch die Ausbeutung der kollektiven Intelligenz und Kreativität. Der Markt ernährt sich von den Ideen, den Lebensstilen, von den vielfältigen Weisen, in denen die Leute sich vermittels des Wortes ausdrücken, der Kleidung, den Gesten, der Sexualität... Das Kapital eignet sich deine Sehnsüchte an, deine Erwartungen, deine Erfahrung... und gibt dann vor, dir diese zu verkaufen, in entfremdeter Weise, nämlich normalerweise teuer und blöd, fern von dir, verwandelt in "Dinge", die du kaufen kannst. YOMANGO-Style schlägt "Wiederaneignung" vor, legitimiert und intensiviert die "Enteignung" dessen, das de facto vor seiner Transformation in "Dinge" den Kommunen gehörte. YOMANGO stellt in deine Reichweite, was dein ist, denn es ist in deiner Reichweite.

4 Der Markt bietet eine falsche Alternative an, eine falsche Freiheit der Wahl zwischen dem einen oder dem anderen Weg, dein Geld zu setzen, dein Begehren, deine Träume, für diese oder jene Marke, immer im Dienste des jeweiligen Unternehmers. YOMANGO geht die gepriesene freie Konkurrenz an: die wirkliche Alternative ist die zwischen Geld und YOMANGO. Der Rest ist Kommerz. YOMANGO ist nicht ausbeutbare Arbeit: es ist eine eigenartige Form des Gratis-Seins durch eine Paradoxie: gratis Geld. YOMANGO ist die Hand, die in der Luft deines Einkaufszentrums in einem unsichtbaren Tanz den Bogen des Begehrens zeichnet, ohne Vermittlung: direkt vom Regal in deine Tasche, ohne Geld oder Kreditkarte.

5"Zocken", Dinge erhalten durch "zocken" hat seinen Reiz und seine Technik: YOMANGO umfasst deshalb auch die Produktion von Werkzeug (Kleidung, Instrumente, Zubehör) und stützt sich auf alltägliche Gesten (Verhaltensweisen, Aktionen...). Es geht weder um Geheimnisse noch um komplexe Technologien, es geht um die Möglichkeit einer täglichen und genussvollen Sabotage des Kapitals. Es geht darum, neue Gesten zu

erfinden, die, in ihrer Wiederholung, neue Welten zum Bewohnen eröffnen: "kaufen" ist eine langweilige, passive, entfremdete Übung, ein sozial vorbestimmter Akt. "Zocken" kann nicht nur ein Akt der Sabotage sein, durch den du die Zutaten für deinen Lebensunterhalt erhältst, sondern auch eine kreative und spannende Praxis.

6 YOMANGO geht es nicht um die Belebung des Privateigentums mit anderen Mitteln. Es schlägt nicht die Akkumulation von Plunder und Camembert vor. Es besteht darin, die freie Warenzirkulation ins Extrem zu führen. Es entdeckt die Großzügigkeit neu, die Unbestimmtheit, den Eigensinn. Eigne dir dies wieder an und lass es zirkulieren, befriedige die Wünsche und Bedürfnisse deiner Liebsten. Lade in deinem Haus zu YOMANGO-Essen ein. Wenn dir ein Unbekannter eine Wurst schenkt, ist es ein YOMANGO.

7 Ebenso wie der Markt dein Begehren nimmt und in Ware verwandelt, nimmt er öffentlichen Raum und verwandelt ihn in Einkaufszentren/Hypermärkte, wo es weder heiß noch kalt ist und wo sogar Pissen Geld kostet. Als ob sie den zentralen Platz in deinem Dorf gekauft hätten und dort Kameras, Wächter und Kassen installieren würden. Gute Sache, so lange du die Regeln des Überflusses akzeptierst, der die andere Seite der Prekarität ist - Stewardessen, Kellner, die Frau, die deine Kinder hütet in einem aufblasbaren Schloss. Bist du KundIn oder AngestellteR, was spielt es für eine Rolle? YOMANGO und YOPITO (etwa: ich hau ab, ich verpiss mich) schlagen vor, diese wundervollen Plätze zu verwandeln in Orte, wo Konflikte konsumierbar werden: Erhöhe deinen mittelmäßigen Lohn, in dem du sabotierst, wo du nur kannst, nimm Kleidung aus dem Laden mit, iss und gib zu essen gratis, drück ein Auge zu, wenn du siehst, wie unter diesem Mantel der Schinken zum Vorschein kommt.

8 Hausfrauen, Jugendliche und RentnerInnen sind seit ewigen Zeiten diejenigen, die am meisten zocken. YOMANGO wird nur dann interessant sein, wenn es gelingt, sich mit all diesen Leuten in ihrem Terrain zu verbinden, wenn es sich nicht darauf beschränkt, die xte rhetorische Geste des Ungehorsams von "Antiglobis" (GlobalisierungskritikerInnen) oder Szene-Leute zu sein. Rap-Sessions - YOMANGO ist ein Treffpunkt, wo CD's, Ratschläge und Promo-Singles ausgetauscht werden und wo wir HipHop als Kultur des Widerstands und der Sabotage praktizieren.

9 YOMANGO ist eine Zone der Gebührenfreiheit, die du betrittst, wo immer du willst. YOMANGO-Style ist ein offener Prozess. Er produziert Werkzeug, Prototypen und Dynamiken, die fließen und sich vermehren, die darauf warten wiederangeeignet zu werden und zu zirkulieren. Eine Marke für die ganze Welt. Kommt und entsteht aus den Kommunen. Und vergiss nicht: YOMANGO, nur in deinem Einkaufzentrum.

YOMANGO.

Willst du?

Dann hast du's schon. ///

19. Zurück in die Zukunft. Bolivien auf der Suche nach dem rechten Weg

Autor: Peter Strack · Rubrik: Bolivien · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:32

Wenn am Flughafen "Jorge Wilstermann" von Cochabamba täglich kurz nach Mittag die Passagiere das Flugzeug des einzigen internationalen Direktfluges besteigen, dann füllt sich die Besucherterrasse mit traditionell gekleideten Bauern des einst als Kornkammer Boliviens bekannten Hochtals sowie mit Bewohnern der ärmeren Viertel der 770.000 Einwohner zählenden Stadtregion im zentralen Bergland von Bolivien. Sie winken ihren Angehörigen nach, vorwiegend Frauen, die sich nicht selten zu monatlich über drei Prozent Zinsen Geld geliehen haben, um ein Ticket nach Spanien zu erstehen und als Hausangestellte ihr Glück zu versuchen. Der Exodus ist nicht nur Ergebnis der Ankündigung schärferer Einwanderungskontrollen in Spanien für 2004. Er ist auch Ausdruck der geringen Erwartungen der armen Bevölkerungsgruppen an die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung des Historikers und Journalisten Carlos Mesa Gisbert, den sie im sogenannten "Krieg um das Gas" im vergangenen Oktober aus dem Vizepräsidentschaftsbüro ins Regierungsamt katapultiert hatten.

Man hätte es einen friedlichen Aufstand gegen den Ausverkauf der Ressourcen des Landes nennen können, wären im Hintergrund nicht Regisseure wie David Greenlee mit im politischen Spiel gewesen. Ob er bereit sei, Blut zu vergießen, hatte der US-Botschafter den damaligen Vizepräsidenten Mesa gefragt, nachdem es bereits die ersten der insgesamt über 70 Toten gegeben hatte. Hätte Mesa damals mit "Ja" geantwortet anstatt sich aus der Regierung zurückzuziehen, dann säße er heute vielleicht mit Ex-Präsident de Sanchez de Lozada in den USA, um sich auf Expertentagungen oder in der Washington Post über die verpasste Chance des Gasexports und das drohende Chaos im Herzen Südamerikas auszulassen.

Gewiss, der Zündstoff ist nicht weniger geworden. Aber erstens haben die großen indianischen und sozialen Bewegungen der neuen Regierung eine Schonfrist eingeräumt. Nur kleinere Gruppen wie die Landlosenbewegung nutzen die Gunst der Stunde, damit ihre Forderungen auch endlich Gehör finden. Und zweitens ist der Umgang der neuen Regierung bei Konflikten mit den protestierenden Gruppen deutlich anders geworden. Statt Autoritätsgehabe oder Aussitzen der Probleme werden schnelle Verhandlungen gesucht und parallel in der Presse die eigenen Entscheidungskriterien offen gelegt.

Schonfrist für die Regierung

Wenn die moderne Politik vom Einfluss der Massenmedien geprägt ist, dann gilt das insbesondere für die Regierung Mesa. Er verzichtete bewusst auf zentrale Figuren aus den Parteiapparaten für die hohen Regierungsämter und zog Fachleute aus dem Umfeld vor allem der kleinen sozialdemokratischen MBL-Partei vor. Deshalb ist er besonders stark auf die öffentliche Meinung angewiesen, die er mit Medienauftritten oder spontanen Begegnungen mit den Menschen auf der Straße zu steuern versteht. Waren es im Oktober bereits 66% der städtischen Bevölkerung, die seine Amtsübernahme unterstützten, so befürworten heute 82% seine Amtsführung. Die Unterstützung für die Regierung insgesamt stieg von 20% unter Vorgänger Sanchez de Lozada auf 67% heute. Und das obwohl die Befragten meinen, der Präsident kümmere sich mehr um die Lösung von Konflikten und die Bekämpfung der Korruption als um die wichtigsten Probleme: die Ankurbelung der Wirtschaft und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie das in seiner Antrittsrede versprochene Referendum über den Gasexport. Die katholische Bischofskonferenz ermahnte Mesa, von der symbolischen Politik bald auch zu konkreten Taten zu kommen, um nicht neue Konflikte heraufzubeschwören.

Doch in der Wirtschaftspolitik sind einem kleinen Land wie Bolivien enge Grenzen gesetzt. Gerade hier sind die bisherigen Stellungnahmen Mesas dann auch ambivalent geblieben, und hier steht er wohl seinem politischen Ziehvater Sanchez de Lozada noch am nächsten. Zum Beispiel die Gas- und Erdölexporte. Klar ist, dass die Produktionskosten wie auch die Abgaben an den Staat in Bolivien zu den niedrigsten der Welt gehören. Aber schon unter dem konzernfreundlichen Sanchez de Lozada verzögerte der Multi, der die Versorgung mit Flugbenzin (zu Weltmarktpreisen) übernommen hatte, die Lieferungen, als die Regierung über eine Erhöhung der Abgaben nachdachte.

So bleibt Mesa nicht viel anderes übrig, als Demokratie zu wagen und das Referendum durchzuführen. Nicht nur dem Weltwährungsfonds ist inzwischen klar geworden, dass sich gegen die bolivianische Bevölkerung

nicht mehr regieren lässt. Bleiben die wirtschaftlichen und die Haushaltsprobleme. Mesa versucht einstweilen, sich und das Land mit dem vorsichtigen Abbau von Subventionen, mit Arbeitsbeschaffungsprogrammen und Antikorruptionsmaßnahmen über die Runden zu retten. Die Abkehr vom neoliberalen Wirtschaftsmodell, mit dem die Bevölkerung nach fast zwei Jahrzehnten unerfüllter Versprechen mehrheitlich unzufrieden ist, ist von Mesa nicht zu erwarten.

Ein schwer zu lösender Konflikt ist auch das Thema Koka. Carlos Mesa vertritt hier zwar in etwa die Position, auf die sich Regierung und Bauern vor gut über einem Jahr geeinigt hatten. Doch damals wie heute setzen die USA alle Hebel in Bewegung, um die Umsetzung des Konzeptes - Bekämpfung des Drogenhandels bei gleichzeitiger offensiver Markterschließung für die legale Nutzung der Koka - zu verhindern. Nicht nur weil unklar ist, wieweit die Koka-Bauernorganisationen später in der Lage und dazu bereit sein werden, das zu leisten, was der Staat trotz aller Militär- und Polizeihilfe aus den USA derzeit nicht zu Stande bringt: zu verhindern, dass Koka auf den illegalen Markt gelangt. Bauernführer Evo Morales bekräftigt, dass dies in einigen Sektoren in der Koka-Anbauregion Chapare bereits heute funktioniere, und gesteht damit ein, dass in anderen, nicht kontrollierten Zonen durchaus Koka für den Drogenmarkt produziert wird. Der ehemalige Dorfpolizist und begeisterte Fußballspieler Morales wiederholt aber auch bei jeder Gelegenheit, dass der chinesische Botschafter sein Interesse an bolivianischer Koka geäußert habe. Für den chinesischen Markt müssten die Anbauflächen in Bolivien allerdings statt reduziert noch ausgeweitet werden.

Koka für Fernost

Doch die USA favorisieren eine Antidrogenpolitik gegen statt mit den Kokabauernorganisationen. Unterstützung bekommen sie dabei von den wohl größten Verlierern eines möglichen Strategiewechsels, den Drogenhändlern selbst. In den letzten Wochen mehren sich die tödlichen Anschläge auf die mit der Koka-Bekämpfung beschäftigten Soldaten und Polizisten. Präsident Mesa ist vorsichtig genug, die Koka-Gewerkschafter nicht öffentlich dafür verantwortlich zu machen. Doch die bolivianische Staatsanwaltschaft konzentriert ihre Untersuchungen vorwiegend auf Gewerkschaftsführer, und nach wie vor kommt es dabei, wie terre-des-hommes-Projektpartner CASDEL dokumentiert hat, auch zur Fälschung von Beweisen. Das lässt Zweifel aufkommen über die eigentlichen Motive der Drogenbekämpfungspolitik und ist eine schlechte Voraussetzung dafür, die Kokabauern als Alliierte im Kampf gegen die Drogen zu gewinnen.

Als kleiner Junge, erzählt Evo Morales, sei er während einer Dürreperiode mit der Schafherde der Familie in einem zweiwöchigen Marsch von der kargen Hochebene nach Ayopaya nach Cochabamba gewandert, um dort Lebensmittel einzutauschen. An der Überlandstraße bei Confital hätten ihm Busreisende Bananenschalen auf die Straße geworfen. Vor Hunger habe er sie gegessen. Damals habe er davon geträumt, einmal in einem Bus zu sitzen und den armen Kindern Bananenschalen aus dem Fenster zu werfen. Später sei er mit den Kokabauern bei Protestmärschen über diese Straße gekommen. Heute sehe er Confital fast nur noch vom Flugzeug aus. "Vom Gewerkschaftsführer ist er zu einem Politiker geworden", sagt Veronica Ramos von CASDEL, mit allen Nachteilen, die das mit sich bringt, aber auch dem Vorteil, dass er das politische Geschäft beherrsche. Dabei habe er nicht vergessen, wie das Leben in Armut ist.

Doch es ist nicht diese Lebenserfahrung, die den Neid mancher traditioneller Politiker auf Evo Morales schürt. Es sind die vielen Auslandsreisen und mittlerweile auch die hochrangigen politischen Termine. Und er leistet es sich, nicht nur zu Journalistenterminen sondern selbst zum Treffen mit UNO-Generalsekretär Kofi Annan zu spät zu kommen. Da kann das Establishment hundert mal betonen, dass es mit zwei Dritteln der Parlamentssitze die große Mehrheit der Bevölkerung repräsentiere und Evo Morales nur 22%. Die Unruhen im Februar gegen Steuererhöhungspläne, bei denen es über 30 Tote gab, hätten Warnung sein müssen. Doch der Hauptverantwortliche für das Massaker, Sanchez Berzain, wurde nach einer kurzen Schamfrist ausgerechnet als Verteidigungsminister zurück in die Regierung geholt. Es wurden Gesetze verabschiedet, die den Großgrundbesitz und 39 Holzfirmen, die dem Staat fast 10 Millionen Dollar Steuern schuldeten, vor der fälligen Enteignung und damit möglichen Landverteilung an arme Familien schützten, während zugleich die Ziffern der Kindersterblichkeit in Bolivien vor allem auf dem Land nach vielen Jahren erstmals wieder anstiegen.

Ein offener Affront war auch die Blockade der Wiederwahl der Ombudsfrau Ana Maria Campero de Romero durch alle etablierten Parteien - gegen den erklärten Willen des damaligen Vizepräsidenten Mesa und von 80% der bolivianischen Bevölkerung. Man könnte das eine große Koalition der etablierten Parteien gegen die

aufkommenden sozialen und indianischen Bewegungen nennen, gegen die Bevölkerungsmehrheit. Die Oktober-Unruhen trafen die Parteien zwar wie ein Schock. Doch die traditionelle Korruptokratie scheint sich zu reorganisieren. Dass beim ersten erneuten Wahlgang für die Ombudsstelle - Campero hatte ihre Bewerbung zurückgezogen - nicht der ausgewiesene Menschenrechtler Waldo Albarracin, sondern eine selbst in ihrer Heimatstadt bis dato unbekannte Parteikandidatin die meisten Stimmen bekam, ist ein Indiz dafür.

Zurück zum alten Spiel?

Oscar Eid, Stratege des sozialdemokratischen MIR, spricht von der Notwendigkeit einer Neugründung der rechten ebenso wie der linken Parteien in Bolivien. Andere fordern mit Blick auf die angekündigte verfassungsgebende Versammlung eine Neugründung Boliviens. Doch vieles klingt wie eine Rückkehr zum alten Spiel und nicht wie die von Carlos Mesa in seiner Antrittsrede geforderte Überwindung der Spaltung des Landes in eine vorwiegend weiße, westlich orientierte, das politische System beherrschende Oberschicht und eine vorwiegend indianische Mehrheit ohne wirkliche Teilhabe am politischen System. Die Quechua-Linguistin Ester Balboa meint, das Land neu zu gründen sei so, als wolle man sein "missratenes" Kind durch ein neues ersetzen, anstatt es vernünftig zu erziehen. Die Mesa-Regierung wird ihr Versprechen nur halten und die Zeit bis zu einer verfassungsgebenden Versammlung politisch nur dann überstehen können, wenn die Menschen die Hoffnung behalten, dass das westlich-indianische "Mischlingskind" Bolivien dort auf den rechten Weg gebracht wird.

Peter Strack, Koordinator des

terre-des-hommes-Andenbüros

mit Sitz in Cochabamba

20. "Nie um den Preis der Würde." Arbeitskämpfe in den zentralamerikanischen Maquilas

Arbeitskämpfe in den Maquilas

Autor: M.W. Herrera, L.B.Mármol, C.A. Martínez · Rubrik: Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:06

Viel ist in den letzten Jahren über die katastrophalen Arbeitsbedingungen in den Maquilas geschrieben worden. Wenig wissen wir allerdings über die Kämpfe und den Widerstand. Der folgende, stark gekürzte Text beruht auf einem Vortrag anlässlich eines zentralamerikanischen Gewerkschaftstreffens am 26.6.2003 in San Pedro Sula, Honduras. Er zeichnet nicht das Bild hilfloser Opfer, sondern das einer rebellischen "Klasse der Armen".

Seit den 1990er Jahren wachsen die Maquilas in Zentralamerika kontinuierlich. Heute sind dort ca. 350.000 ArbeiterInnen beschäftigt, das entspricht 2,9% der arbeitsfähigen Bevölkerung der Region. Für das Jahr 2005 gehen die Regierungen von einer halben Million Maquila-Beschäftigten aus. Dass in den Maquilas Arbeitsrechte nicht eingehalten werden, ist inzwischen eine anerkannte Tatsache. Die Frage ist eher, ob und in welchem Maße sie sich im Laufe der Zeit verbessert haben. Dazu können wir feststellen:

- Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen lässt sich am ehesten bei US-Filialen und am wenigsten bei koreanischen Unternehmen beobachten.

- Die von uns geführten Gespräche weisen darauf hin, dass nationale Unternehmen die in ihrem Land geltenden Arbeitsgesetze genauso verletzen wie die Multis. In El Salvador sind es salvadorianische Unternehmen, die die ArbeiterInnen am stärksten misshandeln. Sie laufen der koreanischen Konkurrenz, deren schlechter Ruf einschlägig bekannt ist, den Rang ab.

- Ein bis heute wenig behandelter Aspekt betrifft die Eigentümer oder Mehrheitsaktionäre der Zonas Francas. Sowohl in Honduras als auch in El Salvador gelten sie als extrem gewerkschaftsfeindlich. Sie scheuen nicht davor zurück, Multis die Vermietung von Einrichtungen zu verweigern, wenn diese Gewerkschaften tolerieren.

Subversive Mobilität

Die gewerkschaftliche Organisation in den Maquilas hat klare Rückschläge erlebt. Das gilt unabhängig von der nationalen Herkunft der Unternehmen. Lediglich in 45 von 1.212 Unternehmen sind Gewerkschaften präsent. Das hängt auch mit den häufigen, kurzfristigen Fabrikschließungen zusammen. Die Gründe dafür liegen einerseits in der abnehmenden internationalen Nachfrage, andererseits in der Steuerbefreiung, die von den entsprechenden Gesetzgebungen für 10-15 Jahre vorgesehen ist. Endet diese Phase, wird Personal entlassen, der Betrieb geschlossen und in der gleichen Zona Franca unter neuem Namen wieder eröffnet.

Sämtliche Gesetze zu den Zonas Francas basieren auf den nationalen Arbeitsgesetzgebungen und enthalten sogar Sanktionsmechanismen. Das ist ein Resultat der früheren Kämpfe in den Maquilas. Das Problem ist, dass diese Gesetze nicht angewendet werden. Dies liegt nicht so sehr an schlecht ausgebildetem Ministerial- oder Gerichtspersonal, sondern am mangelnden politischen Willen der Regierungen, die geltenden Gesetze auch umzusetzen.

Die Globalisierung hat auch dazu geführt, dass sich in den Ländern, die Maquila-Produkte importieren, ein Bewusstsein über die schlechten Arbeitsbedingungen in den Maquilas entwickelt hat. Dies ist sogar zu einem Marketingfaktor für die Multis geworden. Die berühmten "Verhaltenskodizes" drücken das aus. In Zentralamerika bemühen sich die meisten Maquila-Unternehmensverbände intensiv um den Anschluss an einen solchen Kodex. Sie wollen als Unternehmen zertifiziert werden, welche die Arbeits- und Menschenrechte respektieren. Aber diese Zertifikate werden nicht von den ArbeiterInnen ausgestellt. Die Gewerkschaften haben immer wieder kritisiert, dass diese Zertifizierungen nicht Gegenstand tatsächlicher Überprüfungen sind. Sie stellen vielmehr einen neuen Markt für Zertifizierungsunternehmen oder für Nichtregierungsorganisationen als sogenannte unabhängige Monitoringagenturen dar.

Zu Beginn des Jahres 2001 zeigte sich erstmals die Verletzbarkeit der Maquila-Unternehmen in ihrer ganzen Dimension. Die ökonomische Krise in den USA führte erst zu einer Arbeitsplatzstagnation in der Region und seit Ende 2001 zum Verlust von mehr als 90.000 Arbeitsplätzen.

Diese Phase akzentuierte ein strukturelles Merkmal der Maquila, das manchmal als "zyklischer Charakter" der Maquila-Produktion bezeichnet wird. In den Perioden, in denen das nachgefragte Produktionsvolumen tendenziell sinkt und die Unternehmen neue Aufträge suchen, werden Arbeitskräfte überflüssig. Um Arbeitskosten zu sparen, greifen die Unternehmen dabei zum Mittel der sog. Suspendierung. Statt auf ein vage Wiederbeschäftigung zu warten, suchen die ArbeiterInnen i.d.R. in einer anderen Bude Arbeit. Für sie kommt die Suspendierung daher in der Praxis meist einer Beendigung des Arbeitsvertrages gleich - allerdings ohne die damit verbundenen Abgangsentschädigungen.

Diese permanente Fluktuation bedeutet, dass es für Gewerkschaften extrem schwer ist, einen Fuß in die Betriebe zu bekommen. Und dort, wo das gelungen ist, werden schon bestehende Gewerkschaften geschwächt. Oft sind es nämlich die BasisgewerkschafterInnen, die unter dem Vorwand der Suspendierung als erste gefeuert werden.

Andererseits sind die instabilen Arbeitsverhältnisse von vielen ArbeiterInnen in eine Strategie der Selbstverteidigung verwandelt worden. Das drückt sich in einer Art individueller, selbst provozierter Mobilität von Fabrik zu Fabrik aus. Die Organisierung in der Gewerkschaft wird benutzt, um die Entlassung zu provozieren und die damit verbundenen Entschädigungen "rechtzeitig" zu kassieren. Damit "profitiert" die ArbeiterIn von der extrem gewerkschaftsfeindlichen Haltung der Patrons, als Waffe gegen diese selbst. Seitens der Gewerkschaften ist dieses Phänomen als "Missbrauch der Gewerkschaften" und als mangelndes Bewusstsein der ArbeiterInnen kritisiert worden. Wir sehen darin jedoch eher eine (individuelle) Antwort auf die Widersprüche des Maquila-Systems selbst. Das kollektive Moment dieser Praxis besteht bis jetzt im einfachen, aber intensiven Austausch von Erfahrungen und Informationen unter den ArbeiterInnen, die von Fabrik zu Fabrik wandern. Die Herausforderung für die Gewerkschaften besteht darin, dieser Schlauheit der ArbeiterInnen eine organisatorische Perspektive zu geben.

Die hochgradige Mobilität der Arbeitskräfte stellt also ein zentrales Merkmal für die zentralamerikanische Maquila dar. Neben dem Zwang, die Entschädigungszahlungen rauszurücken, resultiert daraus für den Unternehmer ein Verlust an Produktivität. Interviews zufolge braucht es 7-10 Monate, bis die ArbeiterInnen eine 95%ige Auslastung des Maschinenparks erreichen. Wenn das Unternehmen erfahrene ArbeiterInnen suspendiert und sie faktisch verliert, ist es beim Eingang neuer Aufträge gezwungen, neues Personal anzustellen. Das bedeutet geringere Leistung, größere zeitliche Investition und Produktivitätseinbußen.

350.000 Menschen arbeiten in den Maquilas Zentralamerikas. Frauen und Männer, Jugendliche, mehrheitlich ausgestoßen aus ihren tradierten sozialen und kulturellen Räumen der Familie, des Beziehungspaars und der Landwirtschaft, in einigen Regionen zu Tausenden unter unmenschlichen Bedingungen aufeinander hausend oder in die Migrationsklandestinität gezwungen (wie in Guatemala). Sie alle haben die Gewissheit, dass sie ein paar Centavos abholen, die sie anders schlicht nicht verdienen können. Sie sind deshalb aber in keinem Moment bereit, das Wichtigste zu verlieren: ihre Würde. "Ich bin arm, aber keine Bettlerin", erwiderte eine junge, nicht organisierte Maquilera dem Ministerialfunktionär, als sie die "lumpigen 22 Dollars" ablehnte, die ihr dieser statt der im Schließungsfall zustehenden 400 Dollars zu überreichen versuchte.

Mehr Klasse der Armen als ArbeiterInnenklasse

Die Würde steht im Zentrum der Maquila-ArbeiterInnen: überleben, wie immer möglich; alles verlieren, wenn's nicht anders geht, aber nie um den Preis der eigenen Würde. Sie mit allen Mitteln verteidigen. Und wenn sich die in hundert Jahren Klassenkampf erzielten Räume und Verständigungsregeln zwischen ArbeiterInnen, Patrons und Staat auflösen, dann wird sie eben außerhalb dieser Regeln verteidigt und behauptet:

- Hungerstreiks letztes Jahr in der Maquila Sul Ki, auf der Ruta al Pacífico, km 22

- Plünderung in der Maquila Camtel (im Dorf Boca del Monte, Dep de Guatemala) am 2. März 2003. Die ArbeiterInnen organisierten sich so Lohn und Entschädigung, und der Polizei blieb laut Presseberichten nur noch die Verkehrsregelung übrig. Sie fand niemanden mehr vor.

- in Brand gesetzte Installationen der Maquiladora Bentex (Dep Mixco). Letztes Jahr zündeten die ArbeiterInnen einfach die Fabrik an. Zuvor hatten sie nach deren plötzlichen Schließung und angesichts der nicht erfolgten Auszahlungen den Maschinenpark und andere Wertgegenstände abgeschleppt.

- eine weitere Fabrik in Flammen, wenige Wochen später, diesmal die Maquila Modas Azteca

- und in El Salvador die Schließung einer ganzen Zona Franca im Dezember 2002 durch die ArbeiterInnen der NEWTEX, welche die Auszahlung ihrer Löhne forderten.

Solche Vorkommnisse müssen als Ausdruck der kollektiven Wut und Rebellion verstanden werden und letztlich des Widerstandes, um sich weiter als menschliches Wesen erfahren zu können. Sie sind aber auch Ausdruck eines neuen Bewusstseins: Teil einer Klasse zu sein, die eher als eine der Armen denn der ArbeiterInnen verstanden wird. Dabei begreifen sich die ArbeiterInnen sehr wohl als ausgebeutete Maquileras/os, ohne dass irgendein/e MarxistIn sie dafür "ausgebildet" hätte.

Normalerweise rücken in Sachen Maquilas nur die Multis und ihre Zulieferer ins Blickfeld. Wenig Beachtung erhalten die sog. Parqueros, die Besitzer der Zonas Francas. Fast in ganz Zentralamerika gehören sie zum nationalen Unternehmertum. Alle befragten Gewerkschaften stimmen darin überein, dass die Zonenbetreiber die Gewerkschaftsfreiheit manchmal stärker blockieren als die eigentlichen Maquila-Unternehmer. Im Fall Kimi in Honduras etwa hatte die Fabrik eine Gewerkschaft bereits zugelassen. Doch der Parkbetreiber war damit nicht einverstanden und hat den Mietvertrag mit dem Unternehmen gekündigt.

Die ArbeiterInnen der NEWTEX in El Salvador haben die stillschweigende Übereinkunft zwischen Maquila-Buden, den nationalen Verwaltungen und den Besitzern der Zona Franca verstanden. Als NEWTEX sich weigerte, mehr als 460 ArbeiterInnen auszubezahlen, blockierten sie 16 Stunden lang den Zugang zur gesamten Zona Franca. Der Zutritt von über 6.000 ArbeiterInnen in die verschiedenen Fabriken wurde für die Dauer von vier Stunden lahm gelegt, die gesamten Lade- und Entladungsoperationen zwölf Stunden lang. Die ArbeiterInnen nahmen damit die anderen acht Unternehmen in der Zone als Geiseln: "Wenn der Zonenbesitzer und die anderen Unternehmen im Industriepark in ihrem Einflussbereich eine solch betrügerische Unternehmenspraxis wie die der NEWTEX erlauben, dann müssen sie ebenso wie wir die Konsequenzen daraus tragen." Die konkrete Forderung lautete, dass die betroffenen Unternehmen und der Besitzer der Zona Franca die NEWTEX zur Aufnahme von Verhandlungen über eine definitive Lösung drängen sollte. Noch in der Nacht der Besetzung wurde ein Abkommen erzielt. Es war der Beginn eines Prozesses, in dem die Aktiva des Unternehmens (Maschinenpark u.a.) den ArbeiterInnen übergeben wurden, damit sie diese verkaufen und sich selbst auszahlen konnten. Ein selbstverwalteter Prozess, der über sechs Monate dauerte und von über 130 ArbeiterInnen bis zur Schlussauszahlung getragen wurde.

Der Fall zeigt, dass und wie Zonenbetreiber angreifbar sind. Die salvadorianischen Medien berichteten kaum über diesen Fall. Andere ArbeiterInnen in ähnlicher Lage könnten sich ermuntert fühlen. Insbesondere, weil es sich um eine spontane Aktion ohne gewerkschaftliche Führung handelte und sie deshalb nur schwer kooptierbar war.

Manuela Wolf Herrera, Lucas Bernal Mármol, Carlos Alberto Martínez

Der vollständige Artikel kann über das labournet bezogen werden: www.labournet.de/Internationales/Latein-und Zentralamerika.

21. Reise nach Jerusalem. Die Modernisierung des italienischen Neofaschismus, neueste Folge

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:26

Zyniker könnten sich an Willy Brandt erinnert fühlen: Wächst mit Gianfranco Finis Staatsbesuch in Israel "zusammen, was zusammen gehört"? Unbestreitbar hat der Besuch Italiens neofaschistischem Führer einen erheblichen Prestigegewinn gebracht. Seinem Ziel, Silvio Berlusconi als Regierungschef zu beerben, ist er damit einen vielleicht entscheidenden Schritt näher gekommen.

Wenn "ein italienischer Rechter einen israelischen Rechten trifft", dann sei das politisch bedeutungslos. So bewertete der palästinensische Abgeordnete Hatem Abdel Kader Gianfranco Finis viertägigen Staatsbesuch in Israel. Italienische Medien bezeichneten das selbe Ereignis als "historisch". Nicht nur, weil erstmals eine israelische Regierung den Sekretär der neofaschistischen Alleanza Nazionale (AN) offiziell empfangen hat, sondern auch, weil der Eingeladene in Jerusalem eine entscheidende Abkehr vom historischen Faschismus geleistet habe.

Fini hat auf diesen Besuch seit 1994 hingearbeitet. Damals hatte das offizielle Israel jeglichen Kontakt mit den frisch gebackenen neofaschistischen Ministern der ersten Regierung Berlusconi verweigert. Nach dem "Wendeparteitag" von Fiuggi im Januar 1995, als sich der neofaschistische Movimento Sociale Italiano (MSI) in Alleanza Nazionale umbenannte, hat Fini immer wieder beteuert, damit sei die Aufarbeitung der Vergangenheit abgeschlossen. Doch insgeheim wusste er sehr wohl, dass erst eine Anerkennung durch Israel wie auch durch die italienischen Gemeinschaft der italienischen Jüdinnen und Juden ihm das Gütesiegel des garantiert demokratischen Politikers verleihen würde. So nahm er etliches auf sich, was aus der Sicht der "Unbeugsamen" in der eigenen Partei den Tatbestand der Selbstverleugnung erfüllt: einen "privaten", doch vorsorglich von Fernsehkameras dokumentierten Besuch in Auschwitz; ein Dementi seines immer wieder zitierten Lobes für Mussolini, den "größten Staatsmann des Jahrhunderts"; eine Entschuldigung "als Italiener" gegenüber den Nachkommen der Opfer des Holocaust.

Fini ist Sharons bester Freund

in Europa

Letztere Äußerung in einem Interview der regierungskritischen israelischen Tageszeitung Ha'aretz, erschienen im September 2002, diente unmittelbar der Vorbereitung eines Besuchs in Israel (vgl. ak 466). Vor allem die dortigen Neuwahlen führten zu einer weiteren Verschiebung. Nun hat er es also geschafft. Dass die israelische Seite relativ wenig davon profitiert, ließ das Außenministerium ungewohnt offen durchblicken. Schließlich ist es nichts Neues, dass die italienische Regierung die israelische Politik gegenüber den PalästinenserInnen, den "antiterroristischen Schutzwall" eingeschlossen, vorbehaltlos unterstützt und keine Gelegenheit auslässt, die linken Kritiker Israels als die "wahren Antisemiten" zu beschimpfen. Fini hat all das seinen hochkarätigen Gesprächspartnern - neben Staatspräsident Katsav waren das u.a. Ministerpräsident Sharon, die Minister Olmert und Shalom sowie für die Opposition Shimon Peres - noch einmal wortreich bestätigt und sich im Glanz ihrer Prominenz gesonnt. Vor allem aber war es sein Besuch in Yad Vashem, der ihm international Pluspunkte einbrachte. Und in der Tat hat Fini auf der anschließenden Pressekonferenz erstmals "den Faschismus" für die "infamen" antisemitischen Rassengesetze von 1938 verantwortlich gemacht, diesen als Teil des "absolut Bösen" gebrandmarkt und auf Nachfrage auch die Verfolgung der Juden durch die Sozialrepublik von Salò in den Jahren 1943 bis 1945 verurteilt.

Neben ihm saß dabei der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinden in Italien, Amos Luzzatto, der die "große Neuigkeit" an die Welt der Medien übermittelte. Die reagierten wie erwartet und überboten sich gegenseitig mit Sensationsmeldungen. Was den Sprecher der italienischen Grünen, Alfonso Pecoraro Scanio, veranlasste, die Maßstäbe gerade zu rücken: Es sei "unglaublich, die Anerkenntnis, dass der Faschismus die Rassengesetze erlassen habe, als wichtiges Ereignis zufeiern". Das zeige nur, "welche Schritte unser Land noch machen muss". Bekanntlich ist die apologetische Haltung gegenüber dem historischen Faschismus keine Spezialität des rechtsextremen Lagers. Gerade auch in der "Mitte" hält sich hartnäckig die Behauptung, die Rassengesetze seien Mussolini von den Deutschen "aufgezwungen" worden. Historiker wie Michele Sarfatti, die das längst widerlegt haben, weisen außerdem immer wieder darauf hin, dass Italien nicht erst 1938 vom

Antisemitismus "befallen" wurde; vielmehr begann die Diskriminierung der Jüdinnen und Juden schon mit der faschistischen Schulreform von 1923 und der Erklärung des Katholizismus zur Staatsreligion.

Halbherzig bleibt auch Finis Eintragung ins Gästebuch von Yad Vashem. Seine Formulierung, in der allein "der Nazismus" als Urheber der Shoah genannt wird, enthält zwar das entscheidende historische Faktum - als Führer einer Partei, die in der Tradition des Faschismus steht, hätte er dessen Komplizenschaft aber nicht verschweigen dürfen, wenn es ihm denn wirklich um einen vollständigen Bruch mit der Vergangenheit gegangen wäre. Das aber muss weiterhin bezweifelt werden.

Schon die jetzt von Fini verkündeten Halbwahrheiten haben seine Partei in Unruhe versetzt. Auf breite Ablehnung stößt die Forderung von Mitte-Links-Politikern, nun auch die faschistische Symbolik (die lodernde Flamme über dem Sarkophag des Duce) aus dem Partei-Emblem zu entfernen. Während Mussolinis Enkelin Alessandra inzwischen aus AN ausgetreten ist, versuchen anderen Hardliner ihre Truppen innerhalb der Partei zu formieren. Francesco Storace, Präsident der Region Latium, will Fini gar auf einem Sonderparteitag herausfordern. Abspaltungen, wie von Alessandra Mussolini angedroht, dürften allerdings kaum Chancen haben - so lange Vizepremier Fini sich weiterhin als Italiens beliebtester Politiker behaupten kann. Bislang dürften die innerparteilichen Proteste Fini gar nicht so ungelegen kommen: Durch sie erscheint sein Einsatz für das "Gute" um so heroischer. Dass er sich zu Höherem - der Berlusconi-Nachfolge - berufen fühlt, ist ein offenes Geheimnis, auch wenn er das immer wieder dementiert.

Das Dilemma der rechten Hardliner

Die israelische Regierung hat ihrem - neben Berlusconi - besten Freund im angeblich vom "kollektiven Antisemitismus" befallenen Europa (Sharon) einen unschätzbaren Prestigegewinn beschert. Kritische Stimmen, auch im eigenen Land, kann sie gelassen überhören, auch wenn diese, wie der Knesset-Präsident Reuven Rivlin (Likud), Fini zu Recht vorwerfen, er leugne weiterhin die Mitverantwortung des italienischen Faschismus für den Mord an den europäischen Juden. "Wir wollen, dass die Völker nicht nur um Vergebung bitten, sondern dass sie auch ihre eigene Verantwortung für die Shoah anerkennen", sagte Rivlin. "Mit Bedauern sehe ich, dass Fini das nicht getan hat."

Er wird es aller Voraussicht nach auch künftig nicht tun. Denn nur, wenn der historische Faschismus "aus dem sengenden Lichtkegel der Holocaust herausgehalten" wird - so das von dem konservativen Historiker Renzo De Felice definierte Ziel revisionistischer Geschichtspolitik -, kann an der These von den "guten Seiten" des Faschismus festgehalten werden. Diese These aber ist Teil der neofaschistischen Identität und nicht nur für die Stammwählerschaft von Alleanza Nazionale unverzichtbar.

Gleichwohl bekommt Fini auch jede Menge Beifall vom politischen Gegner, dem Mitte-Links-Bündnis Ulivo. Dessen Spitzenkräfte wollen damit offensichtlich nicht nur die Spaltungen im neofaschistischen Lager vertiefen. Sie spekulieren auch darauf, Fini zumindest mittelfristig als Bündnispartner zu gewinnen. Während der Neofaschismus sich ein modernes Outfit verschafft, wird der Antifaschismus in der "linken Mitte" als entbehrlich ausrangiert.

Js.

22. Die Anschläge auf die Synagogen in Istanbul und die Rolle von Staat und Hizbullah

Autor: Nora Mielke · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:36

57 Menschen fielen den vier Terroranschlägen zum Opfer, die am 15. November auf die Synagogen Neve Salom und Beth Israel und am 20. November auf das britische Konsulat und die HSBC-Bank in Istanbul verübt wurden. Insgesamt 750 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt.

Der Schreck darüber, dass diese Anschläge quasi "vor der Haustür Europas" stattfanden, mischte sich in den Analysen der meisten hiesigen Zeitungen mit erstauntem Entsetzen darüber, dass die Täter aus der Türkei stammten. Letztlich jedoch wurde "Al Qaeda" als verantwortlich für diese Terrorakte identifiziert, verbunden mit der Hoffnung, die "gemäßigten Islamisten" der AKP-Regierung würden ihren Reformeifer fortsetzen und die "laizistischen Militärs" - als "Garant der Reformen Atatürks" - den Einfluss des Islam zurückdrängen. Die Ereignisse der vergangenen 30 Jahre, der Aufbau faschistischer und später islamistischer Milizen durch den türkischen Staat, die Pogrome und Massaker dieser Jahre und die Rolle des Staates dabei scheinen dem politischen Kurzzeitgedächtnis zum Opfer gefallen. Vor allem in einem waren sich Kommentatoren von links bis rechts erstaunlich einig: Antisemitismus in der Türkei gab und gibt es nicht.

Hoffentlich war es keiner unserer Leute", war die erste Stellungnahme des türkischen Innenministers Abdülkadir Aksu noch am Tag der Anschläge auf die Istanbuler Synagogen. Erleichtert verwies er darauf, dass neben der IBDA-C, einer islamistischen Terrorgruppe der Türkei, auch Al Qaeda den Anschlag für sich reklamiert habe. Obwohl die Selbstmordattentäter (aller vier Anschläge) innerhalb kurzer Zeit identifiziert werden konnten und es sich bei ihnen, wie auch bei weiteren Festgenommenen, um türkische Staatsangehörige handelt, weigerte sich die türkische Regierung fast 15 Tage lang, den islamistischen Hintergrund der Täter auszusprechen.

Den wenigsten allerdings dürfte der tiefere Sinn von Aksus Worten aufgegangen sein: Zumindest bei den vier Selbstmordattentätern, die alle aus der kurdischen Stadt Bingöl stammen, handelt es sich um ehemalige Anhänger der Hizbullah und damit im engsten Sinne um "unsere" - d.h. Aksus - Leute.

Die Hizbullah der Türkei, nicht zu verwechseln mit der libanesisch-iranischen Hizbullah, organisierte sich Anfang der 1990er Jahre unter dem direkten Schutz des heutigen Innenministers, der als Angehöriger des islamistischen Flügels der ANAP (unter Turgut Özal) zunächst Polizeichef und 1991/92 Innenminister war. Entstanden war die Hizbullah aus einem Kreis radikaler Islamisten, vor allem kurdischen Anhängern der iranischen "Revolution" (1) und kleinen islamistischen Terrorzellen, die während der 1980er Jahre namhafte Intellektuelle, unter ihnen den Vorsitzenden der Anwaltskammer Muammer Aksoy, ermordeten.

Als die kurdische Bewegung unter Führung der PKK Anfang der 1990er Jahre zu einer Massenbewegung anschwoll, entdeckte der Staat die Nützlichkeit der Hizbullah. Unter dem Schutz der offiziellen Staatsorgane entwickelte sich die Hizbullah zu einer 20.000 Mann starken Killertruppe, die in den Jahren 1991-1994 in den kurdischen Gebieten Tausende kritischer Intellektueller, JournalistInnen, GewerkschafterInnen, MenschenrechtsaktivistInnen und PolitikerInnen liquidierten. Da die Hizbullah eng mit anderen paramilitärischen Einheiten der türkischen Sicherheitskräfte (der Kontraguerilla) verbunden waren, wurden sie kritisch als Hizb-i-Kontra bezeichnet. Bereits seit 1991 deckten engagierte JournalistInnen (2) auf, dass diese Mordbanden als Trainingscamps die Kasernen der türkischen Sicherheitskräfte in Diyarbakir, Batman und Nusaybin nutzten. Oberster Dienstherr war Abdülkadir Aksu.

In Silvan war es ein Beamter namens "Ramazan", der - angeblich als "Lehrer" in die Stadt versetzt - die Rekrutierung der Hizbullah vorantrieb, bis allein in dieser Stadt täglich vier bis fünf Menschen von der Hizbullah niedergemetzelt wurden und die Kreisstadt komplett beherrscht war. In umliegenden Dörfern wurden unterirdische Gefängnisse und Folterverliese angelegt, die gewählte Stadtverwaltung vertrieben und ein Großteil der Bewohner aus der Stadt gejagt. Das Ziel war, der kurdischen Bewegung das Rückgrat zu brechen, die kritische Intelligenz einer ganzen Region zu liquidieren und liberal denkende Menschen einzuschüchtern. So zählte es zur perversen Spezialität der Gruppe in Bingöl, jungen Frauen, die sich zu "freizügig" benahmen, das Gesicht mit Säure zu verätzen.

Innenminister Aksu: Wir waren's nicht!

Erst als die kurdische PKK nach der Entführung und Verurteilung ihres Parteichefs Abdullah Öcalan 1999 den bewaffneten Kampf einstellte und die Hizbullah ihren Aktionsradius auch in den Westen der Türkei ausdehnte, holte der Staat im Jahr 2000 zum Schlag gegen die Hizbullah aus und verhaftete bzw. erschoss Hunderte ihrer Kader.

Unbemerkt von der europäischen Öffentlichkeit wurden im Rahmen der so genannten Teilamnestie vom vergangenen Jahr - einem der "Reformpakete" der AKP-Regierung, um die Aufnahme in die EU zu erreichen - kaum Mitglieder der kurdischen Bewegung (noch immer sitzen mehr als 5.000 kurdische AktivistInnen im Gefängnis), einige linke JournalistInnen und PolitikerInnen, dagegen Hunderte verurteilte Mitglieder von Hizbullah und MHP (der faschistischen Partei) aus den Gefängnissen entlassen.

Die Urheberschaft auf religiös motivierten Terror in der jüngeren Geschichte der Türkei gehört weder Al Qaeda noch den türkischen Islamisten, sondern dem Militär. Genauer gesagt, dem "Büro für spezielle Kriegführung", das wiederum eng mit "entsprechenden" US-Stellen zusammenarbeitete und deren militärische Anweisungen für "counter-insurgency" umsetzten.

Islam als Kampfideologie der Militärs

Um die seit Mitte der 1970er Jahre erstarkende linke Bewegung zu zerschlagen, die unter den Binnen-MigrantInnen in den ärmlichen Randgebieten der Großstädte und der Landbevölkerung, in Kurdistan, aber auch in linken Gewerkschaften rasch an Masseneinfluss gewannen, bediente man sich der Faschisten der MHP (Graue Wölfe). Im Dezember 1978, vor genau 25 Jahren, wurde in der Stadt Kahramanmarasch, deren Bevölkerung ethnisch wie religiös geteilt ist (Kurden, Türken, Aleviten, Sunniten), durch eine organisierte Provokation (3) ein Pogrom gegen die alevitische Bevölkerung ausgelöst, das mehr als hundert Todesopfer und fast tausend Verletzte forderte. Während die Opfer bis heute mit den Folgen leben müssen, zog einer der Haupttäter (Ökkes Kenger) als Abgeordneter der MHP (später wechselte er zur ANAP) ins Parlament. Das Pogrom diente den Militärs als Vorwand, in 13 Provinzen das Kriegsrecht auszurufen und dort mit Notverordnungen zu regieren. Hunderte kritischer, engagierter Persönlichkeiten, JournalistInnen und GewerkschafterInnen fielen damals dem Terror der MHP zum Opfer. Diese Verbrechen erfuhren niemals eine wirkliche politische wie juristische Aufarbeitung.

Ausgerechnet die Militärs, die heute als "Garanten des Laizismus und der Reformen Atatürks" auftreten, bedienten sich nach dem Militärputsch von 1980 der islamischen Ideologie als "Gegengift zum Marxismus". Stündlich strahlten die gleichgeschalteten Sender des türkischen Staatsfernsehens Koransuren aus, um die "sozialistisch verblendete Jugend auf den rechten Pfad zurückzuführen". In den Schulen wurde der islamische Religionsunterricht zum Pflichtfach. An Universitäten wurde für Studenten aller Fachbereiche eine "Reifeprüfung" obligatorisch, die eine reaktionäre Auslegung des Islam und türkischen Nationalismus zur Voraussetzung des Diploms machte. Religionsschulen (Imam-Hatip-Schulen) als bevorzugtes Rekrutierungsfeld radikal-islamischer Organisationen schossen wie Pilze aus dem Boden, und an den Universitäten entstanden unter Führung ausgesuchter Professoren islamistische Zellen. An jeder Straßenecke und in jedem entlegenen Dorf wurden Moscheen gebaut.

Inhaltliche Grundlage dieser "Islamisierungspolitik von oben" war nicht allein die religiöse Lehre des Islam, sondern die "türkisch-islamische Synthese", ein Amalgam türkisch-nationalistischer und islamischer Ideologie, das politisch einem Bündnis der drei großen rechten Parteien (faschistische MHP, rechts-konservative AP und islamische MSP (4)) entsprach. Diese Parteien hatten bereits während der 1970er Jahre zweimal Regierungen der "nationalistischen Front" gebildet.

Nachdem die Parteien der 1970er Jahre durch den Militärputsch verboten und aufgelöst waren, vereinte der spätere Regierungs- und Staatschef Turgut Özal diese drei Strömungen in seiner Mutterlandspartei ANAP, wobei das Bündnis der faschistischen und islamistischen Strömung als "Heilige Allianz" bezeichnet wurde. Während Özals (5) Regierungszeit gelang es - wiederum federführend Innenminister Aksu - Tausende von Islamisten im Sicherheitsapparat unterzubringen.

Bei allen ideologischen Unterschieden zwischen den reaktionär-islamischen und faschistischen Parteien (und deren jeweiligen militanten Gruppen), die wiederholt auch zu militanten Auseinandersetzungen führten, sind

die Übergänge zwischen den Strömungen fließend. Zeitungen wie die Türkiye (in Deutschland zweitgrößte türkische Zeitung), die beide Strömungen bedienen, bilden ein Bindeglied.

Die jetzige AKP-Regierung, die die Wahlen vor einem Jahr haushoch gewann, stützt sich bei aller liberalen Rhetorik auf eine Wählerschaft, die all diese Strömungen einschließt: jene brisante Mischung aus türkisch-nationalistischen und reaktionär-islamischen Vorstellungen, durchsetzt mit wilden Verschwörungstheorien.

Im August 1993, direkt nach dem Pogrom von Sivas, dem 37 Menschen zum Opfer fielen, die bei lebendigem Leibe in einem Hotel verbrannten, während eine johlende Menge vor Begeisterung jubelte und klatschte (6), titelte die Zeitschrift taraf der Gruppe IBDA-C mit einem Bild des brennenden Hotels, in das eine ebenfalls brennende US-Flagge montiert war: "Die Stimme, die sich aus Sivas erhebt: Besatzer raus", und "Die Türkei wird dem Westen zum Grab werden", hieß es dann weiter. Neben Lobhudeleien auf den "Volksaufstand" von Sivas enthält die Zeitschrift antisemitische Hetzartikel und Solidaritätsaufrufe für inhaftierte islamistische Terroristen. Seit über zehn Jahren predigt die IBDA-C (7) in ihrer Zeitschrift taraf den Kampf gegen die "jüdisch-christlich-westlichen Besatzer".

Die Zeitschrift, die immer mal wieder verboten wurde, war in der Türkei jahrelang problemlos zu erhalten. Im Impressum sind Kontaktadresse, zahlreiche Namen (auch der des Rechtsbeistandes) offen angegeben. Gedruckt wurde sie bei "Yeni Asya" einem Riesenverlagshaus, in dem zahlreiche auflagenstarke Zeitungen der radikalen wie "gemäßigten" Islamisten erscheinen.

Die Ausgabe der taraf vom 1.10.1993 zeigt auf der Titelseite als "gottlose Volksfeinde Besatzer" neben den Fotos von Koc und Sabanci, den Besitzern der beiden größten Konzerne der Türkei, die von Ishak Alaton und Üzeyir Garih, zwei bekannten jüdischen Geschäftsleuten. Üzeyir Garih fiel vor zwei Jahren einem Mordanschlag zum Opfer, der bislang nicht aufgeklärt wurde.

Am 30.12.1994 hatte die IBDA-C einen Bombenanschlag auf ein Café in Istanbul verübt, das als Intellektuellentreffpunkt bekannt war. Der Filmkritiker Onat Kutlar und die Archäologin Ayse Cebenoyan, die aus einer jüdischen Familie stammte, wurden getötet. Im damaligen Bekennerschreiben verkündete die IBDA-C, sie werde weitere jüdische Intellektuelle töten. Die IBDA-C wurde zwar ebenfalls durch Polizeiaktionen vor einigen Jahren weitgehend zerschlagen. Ihre antisemitische menschenfeindliche Ideologie war in diesem Zusammenhang jedoch niemals Thema. Dem Staat ging es allein um die Durchsetzung seines Machtmonopols.

Verschwörungs-Theorien als Allgemeingut

Die Reaktionen in der Türkei auf die Anschläge zeigen die Dimension der Katastrophe: Zwar verurteilten alle türkischen Tageszeitungen die Terrorakte, Tenor der islamischen und radikal-islamischen Kommentare war, jedoch Mutmaßungen darüber, dass es sich bei den Tätern nicht um Muslime gehandelt haben könne. Nutznießer der Anschläge seien die USA und Israel, folglich seien hier die Täter zu suchen. In der einflussreichen, der Regierung nahe stehenden Zeitung "yeni safak" (neue Morgendämmerung) vom 22.11.2003 fragte der Chefredakteur Ahmet Tasgetiren in einem offenen Brief an Al Qaeda: "Über wen muss dieser Brief weitergeleitet werden, um dich zu erreichen? Über den Mossad? Oder über die CIA? (...) Gehört es zur Hauptpolitik von Al Qaeda, die Türkei anzugreifen, deren Bevölkerung mehrheitlich fastet, und euch (dadurch) sogar den Hass der reinsten Muslime zuzuziehen? (...) Ey, Al Qaeda, du beschmutzt den Islam, (...) das geht zu weit."

An den Trauermärschen, zu denen in verschiedenen Städten Bündnisse von Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und linken Gruppen aufgerufen hatten, beteiligten sich jeweils nur einige Tausend Menschen, überwiegend aus dem "üblichen" linken Spektrum. Doch auch hier dominierten Verschwörungstheorien das Bild. "Wir kennen die Schuldigen" stand auf einem Riesentransparent, das neben den Köpfen von Bush und Blair auch den von Sharon zeigte.

Die Fixierung auf klar umrissene Feindbilder und ihr eigenes Faible für Verschwörungstheorien hat die türkische Linke die unterschiedlichen islamistischen Strömungen in der Türkei kaum wirklich ernst nehmen lassen. Die Hizbullah in Kurdistan, aber auch der mordende Mob in Kahramanmarasch und anderen Städten wurden einzig als Produkt der staatlichen "Kontraguerilla" betrachtet; das gefährliche Potenzial, das in der

Massenwirksamkeit ihrer Ideologie lag, wurde nicht einmal analysiert. Die IBDA-C konnte 1994 sogar Solidaritätsadressen als Anzeigen in der prokurdischen "Özgür Gündem" platzieren, ihre Hungerstreiks im Gefängnis wurden von manchen als "Widerstandsaktionen" gegen die Staatsmacht betrachtet. Während die meisten sich nie die Mühe machten, einen Blick auf die Inhalte der Machwerke der IBDA-C zu verschwenden, betrachteten andere die IBDA-C eher als Konkurrenz von der "falschen Seite", denn nicht wenige Merkmale ihrer Ideologie - Verherrlichung von Militanz, Verschwörungstheorien und Antisemitismus - waren auch in linken (Splitter)Gruppen weit verbreitet.

Die Anschläge vom November sind abscheulich und erschreckend. Neu für die Türkei ist allerdings allein die Art der Ausführung (als Selbstmordanschläge) und die organisatorische Verbindung der Täter zur Al Qaeda. Die antisemitische und "antiwestliche" Zielsetzung ist keineswegs neu, allein gegen die Neve-Salom-Synagoge wurden bereits zweimal blutige Anschläge verübt.

Der Nährboden, auf dem islamistische Terrorgruppen in der Türkei ein Rekrutierungsfeld finden, ist dabei nicht allein "der Islamismus", wie westliche KommentatorInnen gerne glauben möchten. Die Geschichte der türkischen Republik - angefangen vom Völkermord an den Armeniern (1915 und 1919, also vor Gründung der Republik), die Vertreibung der Griechen 1923 und 1955, die Niederschlagung der Kurden während der 1920er, 1930er 1980er und 1990er Jahre, Pogrome an Aleviten und das mehrfache Niederschlagen linker Bewegungen bis hin zur physischen Liquidierung - haben eine traumatisierte und verrohte Gesellschaft hinterlassen. Diese Ereignisse wurden bis heute nicht ansatzweise aufgearbeitet, sondern die Opfer (Armenier, Griechen, Kurden, Aleviten, Minderheiten generell und Kommunisten) gelten in der offiziellen Ideologie sowie in der breiten Mehrheitsmeinung bis heute als Schuldige und Verräter und die Volksseele ist jederzeit gegen diese Feindbilder mobilisierbar.

"Der Westen" hat diese Politik in der Regel unterstützt und als "kemalistische Reformpolitik" begrüßt oder schlicht nicht wahrgenommen. So bietet die Doppelzüngigkeit einer Politik, die der Türkei erst die Waffen und das "Know-how" zur Niederschlagung der KurdInnen liefert, die damit begangenen Menschenrechtsverletzungen dann aber als Argument benutzt, um der türkischen Bevölkerung ein anderes Menschenrecht (das auf Freizügigkeit in der EU) vorzuenthalten, willkommenen Stoff für ein diffuses, paranoides Weltbild, nach dem sich die Türkei als "von Feinden umzingelt" sieht.

Nora Mielke

Anmerkungen

1) Ein Teil dieser Strömung wurde logistisch wie personell vom Iran unterstützt, an mehreren Anschlägen der 1990er Jahre waren iranische Staatsangehörige beteiligt.

2) Berichte in den Zeitungen gercek, 2000'e dogru und Yeni Gündem haben mehrere Journalisten mit dem Leben bezahlt.

3) In einem Kino wurde vor der Vorführung eines MHP-Propagandafilmes ein Sprengsatz platziert, der rechtzeitig "entdeckt" wurde, so dass niemand zu schaden kam. Die Tat wurde "den Kommunisten" angekreidet und so das Pogrom ausgelöst. Die Täter: MHPler, die eng mit den staatlichen Sicherheitsorganen verzahnt arbeiteten, und ein gewaltbereiter Mob von Faschisten und Islamisten.

4) Dies sind die Parteinamen der 1970er Jahre. Nach dem Verbot durch den Putsch von 1980 gründete sie sich 1985 unter veränderten Namen erneut, nach weiteren Verboten, Spaltungen und Namensänderungen entsprechen diese den heutigen Parteien, MHP, DYP und AKP

5) In der kurdischen Bewegung (und unter ihren deutschen Apologeten) geht die Amnesie leider so weit, dass Özal heute als Wegbereiter einer liberaleren Türkei angesehen wird. Siehe z.B. die entsprechenden Veröffentlichungen des "Dialogkreises".

6) siehe z.B. ak 374 und ak 474

7) Vorläufer der islamistischen Terrororganisation IBDA-C entstanden bereits Ende der 1960er als militanter Arm der damaligen MSP. Bewusst verwendet die IBDA-C auch Symbole und Slogans militanter linker Organisationen der 1970er Jahre. Schon ihr Name erscheint als "islamische Version" der linken THPK-C. In

einer Ausgabe ihrer Zeitschrift von 1993 wird lobend erwähnt, einer der ersten Anschläge der THKP-C sei die Ermordung des israelischen Sicherheitsbeamten Efraim Elrom gewesen.

23. Kein Thema: Antisemitismus in der Türkei

Autor: Nora Mielke · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:40

Drei Wochen nach den Anschlägen gegen die beiden Synagogen, denen fünf Tage später die Anschläge gegen zwei britische Einrichtungen folgten, sind in der türkischen Öffentlichkeit die jüdischen Opfer und der antisemitische Charakter der Anschläge auf die Synagogen nicht mehr präsent. Fast alle deutschsprachigen Zeitungen hatten in den Tagen nach dem Anschlag "Hintergrundberichte" veröffentlicht, die fast litaneiartig beteuerten, in der Türkei gäbe es keinen Antisemitismus, die Türkei sei das Land der Erde, wo Juden seit 1492 - dem Jahr ihrer Vertreibung aus Spanien im Rahmen der Reconquista und ihrer Aufnahme durch den osmanischen Sultan - in Frieden mit ihren muslimischen Nachbarn zusammenlebten.

Der antisemitische Charakter des Anschlages vom 15. November ist in der allgemeinen Diskussion über Organisation und Taktik des Al- Qaeda-Netzwerkes und um die Konsequenzen aus den Anschlägen auf den EU-Beitritt der Türkei weitgehend aus dem Blickfeld geraten. Währenddessen gab einer der verhafteten Täter, Yusuf Polat, der als Planer gilt, unumwunden zu: "Aus Unerfahrenheit haben wir die Bomben zu früh gezündet (...), wenn wir noch zehn bis 15 Minuten gewartet hätten, wären die Juden alle zusammen vom Gottesdienst gekommen." (1) Er bedauert, dass nicht noch viel mehr Juden ermordet wurden.

Der Anschlag war bereits der dritte Anschlag auf die Neve-Salom-Synagoge. Am 6. September 1986 - ebenfalls während des Sabbat-Gottesdienstes kurz vor 9.30 Uhr - wurden bei einem Anschlag 22 Gottesdienstteilnehmer ermordet (2). Drei verschiedene palästinensische Kommandos bekannten sich zu dem Blutbad. Erst am 20. Mai 1987 wurde die Synagoge wieder für den Gottesdienst geöffnet, eine Tafel mit den Namen der Opfer sowie die zur Tatzeit stehen gebliebene Uhr erinnern daran. Die 1986 verstärkte Mauer verhinderte dieses Mal eine noch höhere Zahl an Opfern.

Ein zweiter Anschlag ereignete sich am 1. März 1992, als Angehörige der Hizbullah mit Schusswaffen und Handgranaten in die Synagoge eindrangen. (3) Auf Grund der Sicherheitsvorkehrungen kam es dieses Mal jedoch "nur" zu Verletzten, keinen Todesopfern. Der Haupttäter - Musa Özer - wurde zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Er gehörte dem eng mit den Sicherheitskräften verflochtenen "ilimli"-Flügel der Hizbullah an. (4)

Doch diese drei Anschläge sind bei weitem nicht die einzigen antisemitischen Gewalttaten der jüngeren Zeit: Am 28. Januar 1993 wurde ein Mordanschlag auf den jüdischen Industriellen Jak Kamhi verübt; der Präsident der "500-Jahres-Stiftung" (Feier des 500. Jahrestages der Aufnahme der aus Spanien vertriebenen Juden im damaligen Osmanischen Reich), überlebte den Anschlag zum Glück fast unverletzt.

Anschläge auf Synagogen

Ende Dezember 1994 wurden bei einem Bombenanschlag auf ein Intellektuellencafé in Istanbul der Filmkritiker Onat Kutlar und die jüdische Archäologin Ayse Cebenoyan getötet. Das Bekennerschreiben betonte die Bereitschaft, "noch mehr Juden zu töten". Am 15. Juni 1995 wurde gegen den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Ankara, Yuda Yurum, ein Anschlag mit einer Autobombe verübt, bei dem er überlebte. Sechs Monate später traf es den jüdischen Geschäftsmann Nessim Malki, im Sommer 2001 schließlich wurde Üzeyir Garih, ebenfalls einer der bekanntesten jüdischen Geschäftsleute und herausragendsten Mitglieder der jüdischen Gemeinde, ermordet (5). Im April 1994 wurde der jüdische Friedhof in Istanbul geschändet, 1996 die Synagoge in Ankara.

Übersetzungen der radikalsten antisemitischen Machwerke - Mein Kampf und Die Protokolle der Weisen von Zion - finden in der Türkei erhebliche Verbreitung: allein in der Dekade von 1991 bis 2000 erschienen acht Auflagen von Mein Kampf (türkisch kavgam) und 25 Auflagen der Protokolle. Dies ist jedoch nur die Spitze des Eisberges. Zunehmend bedienen sich Antisemiten beider Strömungen (Nationalisten wie Islamisten) auch moderner Technologie. Internetseiten mit "einschlägigen" Inhalten schossen und schießen wie Pilze aus dem Boden. Eines der beliebtesten Themen gedruckter wie virtueller Medien ist die vermeintlich intellektuelle Kontrolle der Türkei durch die Dönme. Als Dönme (wörtlich: Konvertiten) werden die Nachfahren der Anhänger des "falschen Messias" Sabbatai Zwi bezeichnet, der in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts im Osmanischen Reich lebte und eine enorme Ausstrahlung auf Juden in ganz Europa, vor allem Polen, hatte. Unter dem Druck des osmanischen Sultans konvertierte der "Messias" jedoch mit der Mehrheit seiner

Anhänger zum Islam. Nachfahren dieser Sekte, die tatsächlich in der modernen Türkei unter engagierten Journalisten und linken Intellektuellen stark vertreten sind, werden bis heute als Kryptojuden denunziert und diffamiert. So wird auch Atatürk, der aus Saloniki, der Hochburg der Dönme stammte, gern als Werkzeug von Juden und Freimaurern bezeichnet. Zwei weitere "Spitzenreiter" unter den neueren Themen antisemitischer Propaganda in der Türkei sind die Leugnung des Holocaustes sowie die Behauptung, Israel und "die Juden" stünden hinter dem GAP-Projekt. (6)

Das Copyright auf Antisemitismus liegt keineswegs allein bei den islamisch-islamistischen Strömungen: Die türkische Linke bietet mit ihrer Affinität zu Verschwörungstheorien seit jeher eine offene Flanke. Mitte der 1990er Jahre tat sich die PKK-nahe Presse mit einer Reihe antisemitischer Hetzartikel hervor (7), und aktuell ist es die links-nationalistische Isci Partisi (Arbeiterpartei) mit der Zeitschrift Aydinlik (Helligkeit), die sich besonders widerwärtig hervortut. So veröffentlichte einer der Autoren von Aydinlik, Prof. Yalcin Kücük (8), kürzlich ein Buch Gizli Yahudiler, die Kryptojuden, in dem er die Beherrschung der Türkei durch die o.g. Dönme "aufdeckt". Die "kurdisch-jüdische" Verschwörung gehört ebenfalls zu seinen Lieblingsthemen, seine Thesen fanden in der islamistischen Presse begeisterte Aufnahme.

Antisemitismus kein Thema

Während türkische Politiker - auch Vertreter der islamischen Parteien - offiziell stets betonen, die Türkei sei "ihren Juden gegenüber freundlich gesinnt", antijüdische Stimmen gäbe es schlicht nicht, fällt auf, dass es nur äußerst selten zu Verboten oder Beschlagnahmung von Druckerzeugnissen wegen antisemitischer Inhalten kommt.

Auch für die Linken und Demokraten ist der Antisemitismus in der Türkei kein Thema. "Gemäßigte" islamische Intellektuelle sind seit den Diskussionen um die "zweite Republik" beliebte Diskussionspartner linker Intellektueller, Zeitschriften wie Zaman gelten als "seriös", die Tatsache, dass auch dort beinahe täglich antisemitische Klischees verbreitet werden, fällt niemandem auf.

Rifat Bali, einer der wenigen Wissenschaftler der Türkei, der sich des Themas antijüdische Politik und Antisemitismus in der Türkei angenommen hat und mehrere fundierte Untersuchungen veröffentlicht hat, bezeichnet den Antisemitismus als "das bestgehütete Geheimnis der Türkei". Sowohl Israel als auch das jüdische Establishment in der Türkei, die türkischen Intellektuellen wie die einflussreichen jüdisch-amerikanischen Organisationen und der türkische Staat verschweigen dieses Thema.

Leider schlägt sich das auch in den Einschätzungen verschiedener Medien und Forschungszentren, die zum Thema Antisemitismus arbeiten, nieder: Noch 1994 bezeichnete der vom Londoner Institute of Jewish Affairs herausgegebene Antisemitism world report die Türkei als das Land, in welchem der Antisemitismus weltweit besonders bedrohlich sei. Auch in den folgenden Jahren (1995 und 1996) fällt der Jahresbericht in Bezug auf die Türkei kritisch aus, während in den folgenden Jahren Entwarnung gegeben wird.

Während die Spitzenvertreter des türkischen Staates der jüdischen Gemeinde sofort nach den Anschlägen Beileidsbesuche abstatteten und durch öffentliche Gesten um Schadensbegrenzung für das Image der Türkei bemüht waren, reagierten Anwohner, vom Fernsehsender atw befragt, mit Kommentaren der Art: "Wenn die Synagoge und andere jüdische Einrichtungen aus dem Viertel verschwinden, würden nicht unschuldige Muslime zum Opfer solcher Anschläge."

Derweil veröffentlicht die türkisch-jüdische Wochenzeitung Salom Ratschläge von Psychologen, wie Opfer von Anschlägen und ihre Angehörigen mit dem Trauma weiterleben können: "... nehmen Sie sich Zeit um zur Ruhe zu kommen (...) laufen Sie z.B. ein paar Minuten (...) Organisieren Sie Ihren Tagesablauf in möglichst kleinen Zeitabschnitten (...) Vermeiden Sie es, Ihre Kinder anzuschreien oder zu schlagen."

Nora Mielke

Anmerkungen

1) Salom vom 5.12.2003

2) Auch bei dem Anschlag sprengten sich zwei der Attentäter selbst mit in die Luft.

3) Laut Milliyet vom 16.11.2003 hatte die Hizbullah bei den beiden ersten Anschlägen ihre Hände im Spiel.

4) Derzeit ist er in Diyarbakir mit 24 weiteren Angeklagten der Ermordung von 156 Personen angeklagt. Milliyet 16.11.2003

5) Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollzähligkeit.

6) Die kurdischen Gebiete werden im offiziellen türkischen Sprachgebrauch als "Süd- oder Südost-Anatolien" bezeichnet, "Güney-Anadolu", daher der Name GAP

7) siehe dazu entsprechende Artikel in der jungen welt sowie ak 379

8) Professor Yalcin Kücük, der beim Militärputsch 1980 aus dem Universitätsdienst entlassen wurde, verfasste in den 1980er Jahren "Thesen über die türkischen Intellektuellen" und "Thesen über die türkische Linke", die damals zur linken Standardliteratur gehörten. Er avancierte Anfang der 1990er Jahre zum "Berater" von Abdullah Öcalan. Ende der 90er Jahre kehrte er in die Türkei zurück und wurde 2002 erneut in den Universitätsdienst aufgenommen. Auf den Internetseiten der demokratischen Radikal entbrannte eine Diskussion, ob er nach so langer Abwesenheit noch als Professor tauglich sei, seine antisemitischen Hetzschriften spielten in dieser Diskussion keinerlei Rolle.

24. Einiges Russland? Duma-Wahlen: Sieg für Putins "autoritäre Modernisierung"

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Russland · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:28

Die Duma-Wahlen brachten es an den Tag: Russland ist veränderungsmüde. Der Sieg ging an "Russlands Einheit", die Partei der Macht. Sie steht für die Zementierung der Verhältnisse, die aus der Überführung der Sowjetunion in eine marktwirtschaftlich orientierte Gesellschaft entstanden sind. Verlierer sind die Kräfte, die nach wie vor auf Veränderung drängen. Das sind zum einen die Liberalen der Partei "Jabloko" und die Ultra-Liberalen der "Union rechter Kräfte", die weitere Privatisierungen fordern; da ist zum anderen die KPRF, die auf Wiederherstellung alter Größe und alter Werte orientiert.

Die KPRF schrumpfte auf die Hälfte ihrer Stimmen, die Liberalen scheiterten gleich ganz an der 5%-Klausel. "Einiges Russland"; die Kreml-nahe Partei erhielt 37,1% der abgegebenen Stimmen. Das ist eine überwältigende Stärkung für Wladimir Putins Kurs der "autoritären Modernisierung". Damit sind auch die Weichen für die bevorstehende Wahl des Präsidenten am 14. März 2004 gestellt. Überraschend ist dieses Ergebnis nicht: Im Wahlkampf machte die Putin-nahe Partei "Einiges Russland" skrupellos von ihrem Medienmonopol Gebrauch, um ihre Konkurrenten, allen voran die KPRF, als Oligarchenknechte zu diffamieren, ohne dass diese sich dagegen öffentlich zur Wehr setzen konnten.

Während gut 6% die Partei "Gegen alle" ankreuzten, ging die Hälfte der Stimmberechtigten erst gar nicht zur Wahl. Von diesem Protest-Effekt dürfte auch der ewige Provokateur Wladimir Schirinowski profitiert haben, dessen Partei 11,6% der Stimmen erhielt. Er wird in der Bevölkerung - selbst von Gegnern - dafür geschätzt, dass er ausspricht, was andere nur denken, obwohl er in der zurückliegenden Legislaturperiode vor allem als Mehrheitsbeschaffer für "Einiges Russland" agiert hat.

Auch der Niedergang der Liberalen kann nicht überraschen. Wer nach zehn Jahren Privatisierung, welche die Mehrheit der Bevölkerung ins soziale Desaster trieb, einen Anatoly Tschubajs als Spitzenkandidaten aufstellt, muss sich nicht wundern, dass er ins Abseits gerät. Tschubajs ist nicht nur das meist gehasste Symbol der zurückliegenden Raub-Privatisierung; als Chef des Energie-Monopols RAOUES tritt er auch aktuell für eine weitere Welle der Privatisierung ein, die noch bestehende kommunale Versorgungsleistungen erfassen soll. Die Verwirklichung dieses Programms liefe auf eine endgültige Zerrüttung der gewachsenen sozialen Strukturen Russlands hinaus.

Ebenso wenig verwunderlich ist das Abgleiten Grigori Jawlinskis und seiner Partei "Jabloko"; ihn hat das Image des ewigen Nein-Sagers eingeholt. Ganz zu schweigen davon, dass eine Partei unglaubhaft wird, die sich von Michail Chodorkowski finanzieren lässt und erste Listenplätze für seine Leute frei macht, den Wahlkampf aber gegen die Oligarchen führt.

KPRF-WählerInnen wandern Richtung "Heimat"

Nicht unerwartet, vielmehr überfällig, in seiner Plötzlichkeit aber doch überraschend und von strategischer Bedeutung ist der Niedergang der KPRF- genauer: die Spaltung ihrer Wählerschaft in die 12,7% KP-Getreuen und die 10%, die der Newcomer Sergej Glasjew für seine Wählervereinigung "Heimat" abzweigen konnte. Praktisch zerfällt mit diesem Wahlergebnis die bisherige Einheit der "vaterländischen", "linken" Opposition in einen traditionalistischen und einen modernistischen Flügel. Man könnte von einer zweiten, einer ideologischen Auflösung der Kommunistischen Partei sprechen, die sich bis heute immer noch als monströses Bündnis national-bolschewistischer "vaterländischer" Kräfte konservieren konnte. Auf welcher Linie sich diese Spaltung letztlich verfestigen wird, ist offen. Zur Zeit sieht es so aus, als ob der Block "Heimat" die KPRF in vaterländischen Positionen überbietet, kommt Sergej Glasjew doch aus der Dynamik des "Kongresses russischer Gemeinden", der extrem nationalistischen Interessenvertretung russischer Minderheiten in den ehemaligen Sowjetgebieten und den von dort nach Russland geflüchteten russischen Eliten. Wohin die KPRF sich wendet, wenn sie mehr sein will als ein Traditionsverband, wird zu beobachten sein.

Wenig ist allerdings von gegenwärtig geäußerten Kommentaren westlicher BeobachterInnen zu halten, nach denen das Wahlergebnis Anzeiger für einen allgemeinen Rechtsruck, gar für die Entwicklung national-sozialistischer Stimmungen in Russland sei. Tatsache ist vielmehr, dass das bisherige vermischte

Erbe aus imperialer, real-sozialistischer, antisemitischer und einfach elitärer Ideologie, das die KPRF in den letzten Jahren konservieren konnte, nunmehr offensichtlich in seine Bestandteile zerfällt. Nicht das Potenzial nationalistischer, "vaterländischer" oder antisemitischer Positionen in der russischen Bevölkerung hat sich vergrößert. Vielmehr wird ein schon seit längerem untergründig stattfindender Prozess der ideologischen Entmischung sichtbar. Das ist aber nicht der Beginn national-sozialistischer, bzw. national-bolschewistischer Ideologie, sondern deren Zerfallsprodukt, der Beginn parteilicher Differenzierung.

Mit einer Duma, in der es keine einheitliche Opposition und kein einheitliches Bündnis "vaterländisch-sozialistischer" Kräfte mehr gibt, sondern Zwei-Drittel-Mehrheiten aus "Einiges Russland", LDPR und "Heimat" möglich sind, wird Putin es zweifellos leichter haben, seine Vorgaben über die Kreml-Administration umzusetzen.

Andererseits werden mögliche Konfrontationen weniger kalkulierbar als in der Vergangenheit mit der KPRF als einziger starker, aber durch und durch berechenbarer Opposition. Wohin Sergeij Glasjew oder Wladimir Schirinowski sich wenden, mit wem sie Bündnisse einzugehen bereit sind, wenn sie nicht mit Wladimir Putins Politik übereinstimmen und wenn kein Gegner mehr vorhanden ist, den man gemeinsam klein halten will, ist noch nicht ausgemacht. Putin muss nun zeigen, ob er seine Parteigänger auch ohne Zwang halten kann.

Kai Ehlers

www.kai-ehlers.de

25. Bomben-Erfrischung. Mecca-Cola: Antiimperialistische Alternative oder Fitmacher für den Djihad?

Autor: Henning Böke · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:01

Interkulturelle Verständigung kommt neuerdings als coffeinhaltige Limonade daher. Die neue "Mecca-Cola", 2002 von einem Tunesier in Frankreich erfunden und im November 2003, pünktlich zum Ramadan, flächendeckend in Deutschland eingeführt, enthält weniger Zucker als die amerikanischen Vorbilder, aber politisch hat sie es in sich.

In einigen Ländern innerhalb und außerhalb Europas hat die arabisch-islamische Version des Getränks, das als Sinnbild des American way of life schlechthin gilt, bereits heftige Diskussionen ausgelöst. Dabei spielt das Misstrauen strenggläubiger Muslime gegen den kommerziellen Missbrauch des Namens der Stadt des Propheten nur eine untergeordnete Rolle - die meisten ihrer Glaubensbrüder und -schwestern sehen das lockerer. Vor allem ist Mecca-Cola auch in links-antiimperialistischen Kreisen zum Kultgetränk geworden. Auf globalisierungskritischen Internetseiten aus Lateinamerika wird bereits mitgeteilt, dass außer einer anderen Welt auch eine andere Erfrischung möglich ist. KritikerInnen behaupten dagegen, Mecca-Cola mache Muslime fit für den Djihad.

Der französische Hersteller wirbt mit dem Slogan: "Trinken Sie nicht mehr wie ein Idiot, trinken Sie engagiert!" Zehn Prozent der Unternehmensgewinne sollen Kindern in Palästina zugute kommen. An wen die fraglichen Gelder wirklich fließen, konnte bislang nie zuverlässig geklärt werden. Der Hamburger Importeur Mahmoud Hinnaoui, der Anfang 2003 erstmals Mecca-Cola nach Deutschland eingeführt hat, musste in einem Interview in Radio Bremen eingestehen, dass präzise Angaben diesbezüglich nicht zu bekommen waren. Aber der Firmenchef Tawfik Mathlouthi sei absolut vertrauenswürdig.

Die Internetseiten unter www.mecca-cola.com lassen allerdings gewisse Zweifel aufkommen. Die dort präsentierten Bilder vom Terror israelischer Sicherheitskräfte gegen PalästinenserInnen und vom wie David gegen Goliath mit Steinschleudern bewaffneten Widerstand letzterer erinnern zunächst ein wenig an die schwer "problembewusste" Benetton-Werbung. Was die Texte angeht, so scheint derzeit eine Spurenverwischung im Gange zu sein. In französischer Sprache wird darüber informiert, dass zehn Prozent der Gewinne einer strikt humanitären Hilfe für Kinder und Bildungseinrichtungen in Palästina zugeführt werden. Weitere zehn Prozent sollen an Vereinigungen in Europa gehen, die sich für den Weltfrieden und den Kampf des palästinensischen Volkes für seine Unabhängigkeit einsetzen. Beim Aufruf der englischen Version stoßen wir auf einen ganz anderen Text - man scheint mit der Übersetzung der entschärften Darstellung noch nicht nachgekommen zu sein. Hier wird eine "neue Geschäftskultur" verlautbart, die die Ökonomie der Ideologie unterordnen soll. Als Waffe gegen den "materialistischen Kapitalismus" sollen Gewinn bringende Aktivitäten dienen, mit denen der Kampf gegen den "zionistischen Faschismus" unterstützt werden soll. Der Schweizer Journalist Alexander Hasgall hat darauf hingewiesen, dass ein Dankschreiben des von jüdischen Organisationen als Hamas-nah eingeschätzten Comité de Bienfaisance et de Soutien aux Palestiniens über erhaltene Zuwendungen angeführt worden sei. Dieses ist nicht mehr auffindbar, man scheint zu bemerken, dass politisch kompromittierende Verlautbarungen den Geschäftserfolg schädigen könnten.

"Botschafter der islamischen Kultur"?

Geschäftlicher Erfolg ist aber vor allem deshalb nötig, weil der Daseinszweck des Unternehmens Mecca-Cola von Anfang an darin bestand, andere Aktivitäten seines Chefs zu subventionieren. Tatsächlich ist Tawfik Mathlouthi kein materialistischer Kapitalist, sondern Journalist und Betreiber des sich an die französischen Muslime wendenden Rundfunksenders Radio Méditerranée, der in finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Des Weiteren ist ein Fernsehsender Télé Liberté in Vorbereitung, mit dem Mathlouthi dem seiner Ansicht nach zu proamerikanischen und proisraelischen Sender Al Jazeera Konkurrenz machen will. In einem Interview für den als eher links geltenden islamisch-französischen Informationsdienst Saphirnet beschwerte er sich darüber, dass Al Jazeera ausgerechnet im Moment der Verschärfung des israelisch-palästinensischen Konflikts Bin-Laden-Videos an die USA übergeben hat.

Obwohl Mathlouthi sich von der Hamas ebenso distanziert wie von Saddam Hussein, soll er Selbstmordattentätern seinen Respekt bekundet haben. Distanz hält er auch zu Yassir Arafat, denn Mathlouthi will von einem Existenzrecht Israels nichts wissen. Um den Verdacht des Antisemitismus abzuwehren, bekämpft er den "Antisemitismus gegen Araber und Muslime" und hat dafür eine eigene Organisation gegründet.

Es kam in Frankreich bereits zu einem Boykottaufruf gegen Mecca-Cola, und eine Gruppe arabischer Französinnen und Frankoschweizerinnen, die die islamkritisch-parodistischen Internetseiten www.musulmanesonline.com betreibt, hat mit einer galligen Satire auf Mathlouthis Werbung reagiert. Wahrscheinlich in der Absicht, Probleme in Deutschland zu vermeiden, wird Mecca-Cola hier neuerdings von einer in Mainz ansässigen Tochterfirma in Lizenz herstellt, die sich auf www.mecca-cola.de ganz zahm und unpolitisch darstellt. Man will als "Botschafter der islamischen Kultur" auftreten und Brücken der Verständigung schlagen. Zehn Prozent des Gewinns sollen ausschließlich an von der UNO anerkannte Wohltätigkeitsorganisationen gehen, die sich um Kinder in Palästina und Deutschland kümmern.

Auch wenn die Mainzer Firma ihre Eigenständigkeit zusätzlich mit einem anderen Design der Flasche betont, geht Mathlouthi bei ihrem Geschäft sicher nicht leer aus. Die palästinensischen Kinder sind Lockvögel der Werbung, den eigentlichen Nutzen hat Mathlouthis Propagandaapparat. Mathlouthi präsentiert sich gerne als Demokrat, der für den Dialog und das friedliche Zusammenleben der Kulturen eintritt - und verfolgt zugleich mit seinem Groß-Palästina, in dem die Juden sich eingliedern sollen wie die Muslime in Frankreich, ein Ziel, das mit demokratischen Mitteln schlechterdings nicht realisierbar sein dürfte. Was in den von ihm unterstützten Bildungseinrichtungen in Palästina tatsächlich gelehrt wird, weiß niemand so genau. So könnte es sich bei Mecca-Cola durchaus um eine echte Bomben-Erfrischung handeln. Ob man die der amerikanischen "Imperialistenbrause" vorziehen soll, scheint fraglich.

Henning Böke

26. Radikal ahistorisch. Antideutsche "Nahost-Experten" erklären die Welt

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Israel / Palästina; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:41

In ak 478 ("Rassistische Querfront", Seite 29) ging es um sich als "antideutsch" bezeichnende Grüppchen, die sich aus ehemaligen Linken rekrutieren. Es wurde dargestellt, wie manche ihrer Vertreter die notwendige Kritik an früher in der antiimperialistischen Linken vertretenen Positionen zum israelisch-palästinensischen Konflikt nutzen, um einen völligen Bruch mit linken Positionen insgesamt zu vollziehen und den Übergang zu unzweideutig rassistischen und autoritären Haltungen zu legitimieren. Im Folgenden wird an Hand weiterer Beispiele "antideutscher" Publizistik auch gezeigt, wie diese Strömung über den eigenen Kreis hinaus Einfluss nimmt.

Die im ersten Teil dargestellten Personen und Gruppierungen darf man freilich getrost als Teil eines insgesamt marginalen Sektenphänomens betrachten. Wäre es also nicht geboten, sie eher rechts liegen zu lassen, als ihnen eine über ihre reale Bedeutung hinaus gehende Aufmerksamkeit zu widmen? Im Prinzip ja - wenn nicht die Inhalte, die in diesem Spektrum zur Ideologie geronnen sind, weit über die erwähnten, "eigentlich" bedeutungslosen Sekten hinaus Eingang in die übrige Linke fänden, etwa über die Kanäle linkspluraler Medien.

Das Problem, das sich stellt, ist offenkundig weniger eines der Auseinandersetzung mit diesen Leuten selbst, von der ohnehin zum jetzigen Zeitpunkt nichts mehr zu erhoffen ist. Das wirkliche Problem lautet: Wie kann man hinter ihnen, die auf dem Weg von links nach (sehr weit) rechts sind, die Tür zumachen?

Mit Marx für Sharon

Das ist anscheinend gar nicht so einfach. Denn neben den offensichtlich rechten und dem politischen Zynismus frönenden Kadern etwa der Bahamas-Sekte gibt es noch eine Reihe von Personen, AutorInnen und "Zusammenhängen", die sich selbst weiterhin der (radikalen) Linken zurechnen, sich zugleich aber auf einige der ursprünglich mit solchen Gruppierungen geteilten Ideen berufen. Ein klarer Trennungsstrich würde verhindern, dass weitere Menschen an genau derselben Stelle nach rechts abrutschen. Dieser Trennungsstrich aber wird nicht gezogen. Mitunter können sogar noch Kader des Bahamas-Milieus ihre Stimme unter die tatsächlicher Linker mischen. Hier liegt der Hase im Pfeffer.

Anlässlich des SPOG-Kongresses ("Spiel ohne Grenzen") zur "Kritik der globalisierungskritischen Bewegung" im Frühsommer dieses Jahres in München (vgl. ak 474) etwa konnten, neben ausgewiesenen Linken, auch Kader des Bahamas-Milieus zu Wort kommen und ihre Weisheiten unter das Publikum bringen. Wenn "Bahamas-Autor Marcel Malachowski äußerst relaxed einige politisch ziemlich unkorrekte Tips in Modefragen gab und jede Kritik des Publikums an Markenprodukten zurückwies" (so ein Bericht in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift), dann hat das eher nur symbolische Bedeutung, um die ebenso arrogante wie dumme Selbstinszenierung der antitotalitären Jeunesse dorée soll es an dieser Stelle nicht gehen. Weniger snobhaft, dagegen politisch bedenklicher erscheint, dass ein Bahamas-Autor wie Stefan Grigat aus Wien in einem langen Vortrag ideologische Pflöcke einschlagen konnte, was insbesondere die Rezeption des Konflikts im Nahen Osten betrifft.

War Rabins Mörder Palästinenser?

In seinem Beitrag (1) bringt Stefan Grigat die gesamte Erklärung des komplexen Konflikts im Nahen Osten auf sage und schreibe zwei ideologische Formeln; diese dem Publikum zu präsentieren, benötigt er immerhin 35.000 Zeichen Manuskripttext. Das erste Postulat lautet, dass "auch der Hass auf Israel, wie er sich in der Antiglobalisierungsbewegung, bei ihren Kritikern" - gemeint sind alle möglichen Linken - "und in der von ihnen mal kritisierten, mal benörgelten Gesellschaft artikuliert, in Beziehung zur Warenstruktur und dem ihr eigenen Fetischismus gesetzt werden muss." Das bedeutet konkret: "In der Gleichung x Ware A = y Ware B, in dieser Keimform des Fetischismus (...) werden zwei gleich große Quanten verausgabter abstrakter menschlicher Arbeit verglichen." Darin folgt der Autor Karl Marx, um daraus richtig abzuleiten, dass es im Kapitalismus einen ständigen Widerspruch zwischen der abstrakten (dem Tauschwert) und der konkreten Dimension (dem

spezifischen Gebrauchswert) der hergestellten Waren gebe, der sich auch auf der Ebene des ideologischen Überbaus widerspiegele.

Daraus folgt für Grigat auch schon unmittelbar die Erklärung - und zwar die ganze Erklärung - des nahöstlichen Konflikts. Denn: "Dieser Gegensatz von Abstraktem und Konkretem materialisiert sich heute nicht zuletzt in dem im besten Sinne künstlichen Staat Israel einerseits und der Blut-und-Boden-Intifada der Palästinenser, der sich die Antiglobalisierungsbewegung und die Friedensbewegung mehrheitlich als Hilfstruppe andient, andererseits." Weitere Ausführungen zur Genese des Konflikts folgen in dem gesamten Text nicht. Somit folgt aus der Kombination beider ideologischer Formeln: "Wer sich mit der Formel x Ware A = y Ware B nicht nur irgendwie beschäftigen, sondern sie in all ihren Konsequenzen kritisieren möchte, muss sich mit der bewaffneten Selbstverteidigung Israels solidarisch erklären." Es folgt aber auch die Behauptung, dass "die Antiglobalisierungsbewegung in diesen Punkten durchaus gefährlicher als bekennende Nazis" sei.

Eigentlich ist eine solche, von jeder realen gesellschaftlichen Dimension abstrahierende (aber mit marxistischen Kategorien geschmückte) "Erklärung" derart lächerlich, dass man sich gar nicht mit ihr auseinander zu setzen bräuchte. Aber Stefan Grigat wird in manchen linkspluralen Medien nach wie vor als ernst zu nehmender Analytiker unter anderem auch des israelisch-palästinensischen Konflikts gehandelt - etwa der Jungle World als einem Medium, das sich, im Ansatz zu Recht, der Infragestellung früherer linker Selbstverständlichkeit verpflichtet fühlt. So kommentiert Grigat für die Jungle World am 10.9.2003 das EU-Außenministertreffen am Gardasee, wobei er als einzigen Punkt die EU-Entscheidung zum Verbot von Hamas-Vorfeldorganisationen behandelt.

Ein weiterer "Experte" wurde der Restlinken geboren, als Matthias Küntzel im Herbst 2002 sein Buch "Jihad und Judenhass" im Verlag der Freiburger ISF publizieren und mittels eines Beitrags in Bahamas präsentieren konnte. Von einer realen Leistung ausgehend - der (glaubt man Autor und Verlag) erstmaligen deutschsprachigen Übersetzung der durchaus üblen Charta der Hamas-Bewegung, allerdings von englischsprachigen Sekundärquellen aus, da Küntzel offenkundig kein Arabisch spricht - strickt Matthias Küntzel sich darin ein Weltbild zusammen. In diesem steht der reaktionäre Teil der palästinensischen politischen Kräfte für eine Art Wiederkehr des Nationalsozialismus. Die insgesamt wohlwollende Rezension von Robert Misik in der taz (29.11.2003) beginnt deswegen dennoch mit den pikierten Worten: "Auf dem weiten Feld der Sektierereien ist eine kleine Parzelle der ‚antideutschen Linken` fix reserviert. Unter allen linken Seltsamkeiten ist diese gewiss eine der seltsamsten Erscheinungen."

Doch auch Matthias Küntzel schreibt nicht nur in den einschlägigen Sektenorganen wie Bahamas, er hat - etwa über ein vierseitiges Dossier in der Jungle World (vom 24.9. 2003) - auch Zugang zu einem breiteren Publikum. Auch dieses Dossier, dessen Thema die deutsche und europäische Nahost-Politik ist (wobei aber implizit auch der Anspruch erhoben wird, den Nahost-Konflikt zu erklären), ist durchaus einer Untersuchung wert.

Am Ausgangspunkt steht ein richtiges und legitimes Anliegen: zuerst einmal den "eigenen" Herrschenden - also der BRD und der EU - bei ihrem Agieren im Nahen Osten kritisch über die Schulter zu sehen. So beginnt Küntzel damit, die Vorstellungen der rot-grünen Bundesregierung zu kritisieren, der zufolge (so der Autor) "an Stelle ‚ausgehandelter Übereinkünfte` das Prinzip der ‚aufgezwungenen Lösung` gesetzt" werden solle. So weit, so richtig: Vor allem die europäische Sozialdemokratie präsentiert den nahöstlichen Konflikt in ihrem Bemühen, der EU eine Rolle als "ehrlicher Makler" und angeblich unparteiischer Vermittler, neben den als befangen geltenden USA, anzudienen, als einen im Kern irrationalen Konflikt, der von irgendwelchen religiösen Rachevorstellungen beeinflusst sei.

Es ist richtig, demgegenüber darauf zu bestehen, dass dem Konflikt auf beiden Seiten eine politische Rationalität zu Grunde liegt: Den Israelis geht es entweder (auf der Rechten) um territoriale Expansion bis zum Jordan oder (in der Mitte und auf der Linken) jedenfalls um Sicherheitsgarantien, die sowohl in den historischen Traumata des jüdischen Volkes als auch in der sog. "Wespentaille" des israelischen Staates (ohne die seit 1967 besetzten Gebiete) wurzeln. Der palästinensischen Seite geht es ihrerseits im Kern um materielle Fragen: etwa das Drangsalieren von Menschen an militärischen Checkpoints, die Enteignung von landwirtschaftlich genutztem Boden, den sehr ungleichen Zugang zu Trinkwasser usw. Als Schlüsselforderung wird hier die nach politischer Souveränität betrachtet, die auch für Menschen gut nachzuvollziehen ist, die keineswegs an den Nationalstaat als Allheilmittel glauben.

Baruch Goldstein? Nie gehört

Aber Küntzel zeigt die politische Rationalität des Konflikts stets nur auf einer Seite, nämlich der israelischen. Auf der palästinensischen Seite dagegen sieht er nur das Böse am Wirken, in Gestalt der Lust darauf, Juden zu töten (als Selbstzweck) - wie bei der SS. Dabei macht er explizit kaum einen Unterschied zwischen den durch Hamas oder Jihad angeheuerten Selbstmordattentätern, der sozialen Basis dieser (aus verschiedenen Gründen fest in der Gesellschaft verankerten) reaktionären Gruppen, aber auch der ursprünglich säkular-nationalistisch ausgerichteten, doch heute auch in einem Wettlauf mit der Hamas um Masseneinfluss befindlichen Fatah-Bewegung sowie deren sich oft verselbstständigenden Milizen.

Radikal ahistorisch wird der Autor, wenn es darum geht, (mindestens implizit) die Genese des Konflikts darzustellen. So zieht er sechs Jahrzehnte Politik unterschiedlicher palästinensischer Eliten auf die Formel zusammen: "Beide maßgeblichen Führer der palästinensischen Nationalbewegung, Amin el-Husseini (Anm.: der Mufti von Jerusalem) und Jassir Arafat, wollten samt ihrer jeweiligen Entourage nie einen arabischen Staat an der Seite Israels errichten, sondern den jüdischen über kurz oder lang vernichten. Warum sonst hat Arafat den Friedensprozess von Oslo unter Berufung auf die taktische Feuerpause Mohammeds im Jahre 628 als eine Art von hudna bezeichnet ..."

Dabei kommt er ohne jegliche historischen Entwicklungsetappen des Konflikts aus. Nach seiner Darstellung müsste man eigentlich zu dem Schluss kommen, dass "die Palästinenser" im November 1995 Jizak Rabin ermordet, dafür einen rechten Scharfmacher und erklärten Oslo-Gegner an die Regierung gebracht und so dem Oslo-Prozess einen tödlichen Schlag versetzt haben. Von der Verdoppelung der Zahl der SiedlerInnen und ihrer kolonialen Wehrdörfer zwischen 1993 und 2002 und der derzeitigen Radikalisierung der Siedlungspolitik, deren notwendige Konsequenz darin besteht, einen halbwegs zusammenhängenden palästinensischen Staat unmöglich zu machen - von all dem ist bei Küntzel an keiner Stelle die Rede. Und Massaker existieren in seiner Sicht nur, wenn sie an israelischen ZivilistInnen begangen werden. Unerwähnt bleibt bei ihm das Massaker von Hebron 1994, wo der fanatische Siedler Baruch Goldstein 30 betende Palästinenser mit dem Gewehr niedermähte und damit die erste Serie von Selbstmordattentaten auslöste (die dadurch natürlich nicht weniger verabscheuungswürdig werden). Davon hat Matthias Küntzel entweder noch nie gehört, oder es hat ihn nicht interessiert.

Bernhard Schmid,

Paris

Anmerkung:

1) Der Vortragstext "Der Hass der Antiglobalisierungsbewegung auf Israel: Eine Kritik der No-Globals und ihrer Kritiker" fand sich im Oktober 2003 zeitweise auf der Homepage des jüdischen Online-Informationsdiensts www.hagalil.com, der eine sehr umfangreiche und informative Dokumentation diverser Texte zu Israel und dem Nahostkonflikt enthält.

27. Nichts gegen Amerika. Zur Kritik des linken Antiamerikanismus. Buchvorstellung

Autor: Georg Wißmeier · Rubrik: USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:31

Alles Schlechte kommt von drüben. Was früher auf die DDR bzw. den Sozialismus/Kommunismus bezogen wurde, wird nunmehr auf die USA und den Neoliberalismus angewandt. Nur hat sich nicht nur der "Ismus", sondern auch das politische Lager geändert. Michael Hahn zeigt als Herausgeber des Sammelbandes "Nichts gegen Amerika" antiamerikanische Stereotypen in der Linken und fordert eine nicht-antiamerikanische Kritik an den USA.

Eine Auseinandersetzung mit dem Thema Antiamerikanismus in der Linken ist angesichts der in dem Buch aufgeführten Beispiele dringend erforderlich. Der aktuelle Antiamerikanismus, so Michael Hahn, liefere im Gegensatz zum Antiamerikanismus vor 1989 "die Begleitmusik zum Aufstieg und zur neoliberalen Zurichtung eines eigenen europäischen Machtblocks. Angesichts der sich verschärfenden Konkurrenz zwischen den USA und dem ‚Alten Europa` führt Antiamerikanismus direkt in die Arme der ‚eigenen` Herrschenden." Zu studieren war das am deutlichsten bei den Protesten gegen den Irakkrieg. Warum lag die Beteiligung an den Demos gegen den Jugoslawienkrieg 1999 so deutlich unter den Zahlen im Februar 2003? Die Antwort liegt auf der Hand: Bei den Protesten gegen den Irakkrieg ging es gegen "den Ami", und die deutsche Bundesregierung machte in "Frieden"; im Bündnis mit Frankreich ging es ihr darum, die eigenen "europäischen" Interessen in Anschlag zu bringen. Dass allerdings die Massendemonstrationen des 15. Februar 2003 als "politisch-kultureller Gründungsakt dieses neuen Europas" gelten können, ist eine gewagte These des Herausgebers, die aber nicht vorschnell abgewiesen werden sollte. Denn das Motiv, das soziale und friedliebende Europa gegen die sozial kalten und kriegerischen USA zu stärken, dürfte unter den DemonstrantInnen dominiert haben.

Für Michael Hahn gibt es eine Prämisse bei der Kritik des linken Antiamerikanismus, die von vielen "Anti-AntiamerikanerInnen" gerade nicht geteilt wird: "Eine linke Kritik an der US-Außenpolitik und an den gesellschaftlichen Verhältnissen in der kapitalistischen Führungsmacht ist berechtigt und notwendig." Nur wie wird Antiamerikanismus definiert. Michael Hahn untersucht die Brauchbarkeit diverser Ansätze, von Dan Diner, Gesine Schwan, Günter Moltmann, Wolfgang Pohrt bis hin zu dem "pro-westlichen" Zeit-Redakteur Richard Herzinger oder Hannes Stein "(mittlerweile bei der Welt und in den Armen der Berliner Antideutschen gelandet)" und der antideutschen Frankfurter Gruppe Les Croquembouches. Aus dieser Untersuchung formuliert Michael Hahn seine Arbeitshypothese: "Linker Antiamerikanismus will einen bestimmten Nationalstaat (die USA) für das Elend verantwortlich machen, das der Kapitalismus als gesamtgesellschaftliches - und weltweites - Verhältnis anrichtet." Dazu kommen kulturalistische Zuschreibungen, die aus dem Wesen der USA heraus erklärt werden.

Diese Arbeitshypothese kann durchaus für eine kritische Reflexion genutzt werden. Sie wird aber von vielen Linken abgelehnt. Für sie ist Antiamerikanismus, so stellvertretend der Frankfurter Journalist Rudolf Walther, eine "leere Propagandaformel", die historisch immer wieder als Kampfbegriff der bürgerlichen Rechten und in den letzten Jahren maßgeblich von antilinken "Antideutschen" als Kampfbegriff verwendet wurde.

Auch kritische Rückblicke tragen zur Klärung bei. Da ist z. B. der Antiamerikanismus von KPD und SED der "je prekärer die Lage, desto schriller wurde", wie der Soziologe Thomas Haury zeigt. Dieser Antiamerikanismus kam nicht nur in den Anfangsjahren der DDR "vehement nationalistisch" daher; man erinnere sich an die Versuche der DDR-Führung in den 80er Jahren, sich als die wahre Sachwalterin des deutschen Kulturerbes zu profilieren.

Auch andere Kräfte der Linken von der RAF, über die RZ, die ML-Linke bis zu noch existenten wie konkret (vgl. ak 476) oder Prokla - alle hatten auf dem Feld des Antiamerikanismus einiges zu bieten. Aktuelle Beispiele aus der PDS, von attac, der Friedensbewegung werden ebenso einer Kritik unterzogen wie Positionen in der globalisierungskritischen Bewegung. Beiträge zum Antiamerikanismus in Lateinamerika, den USA (den gibt's!) und Frankreich runden das Bild ab.

In manchen Beiträgen wird dabei heftig über das Ziel hinausgeschossen, etwa wenn die globalisierungskritische Bewegung dafür kritisiert wird, dass sie die Globalisierung der Ökonomie hauptsächlich den transnationalen Konzernen (TNKs) zuschreibt, während der Autor, in diesem Fall Christian Stock vom iz3w, die TNKs selbst zu "Opfern" dieses Prozesses erklärt.

In der Einleitung schreibt der Herausgeber, dass die Autoren und die Autorin eine durchaus unterschiedliche Sicht auf den linken Antiamerikanismus haben und mit den Beiträgen und dem Buch eine Diskussion in der Linken befördert werden soll. In diesem Sinne sind wohl auch manche Überspitzungen zu verstehen.

Das Hauptanliegen des Buches ist es, (selbst-)kritischer auf antiamerikanische Stereotypen zu achten, um nicht zum Steigbügelhalter eines sich formierenden europäischen Machtblockes zu werden. Denn so der Schlusssatz des Bandes: "Linke Kritik muss weiterhin zuallererst die eigenen Verhältnisse angreifen, in denen Menschen erniedrigte, geknechtete, beleidigte, verlassene und verächtliche Wesen sind."

Georg Wißmeier

Michael Hahn (Hg.), Nichts gegen Amerika. Linker Antiamerikanismus und seine lange Geschichte. Mit Beiträgen von Michael Hahn, Thomas Haury, Ivo Bozic, Christian Stock, Frank Illing, Bernhard Schmid, Mary Kreuzer/Wolf-Dieter Vogel, Leonhard Zeskind. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2003, 178 Seiten, 15 EUR

28. Linksdeutsches Sektenwesen. Robert Kurz analysiert die "antideutsche" Ideologie

Autor: Gerd Bedszent · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:03

Während der großen Demonstrationen gegen den Afghanistan- und den Irak-Krieg demonstrierten sogenannte "Antideutsche" mit Israel- und USA-Fahnen, diffamierten KriegsgegnerInnen als "organisierten faschistischen Mob" oder provozierten mit Parolen wie "Hinter dem Ruf nach Frieden verschanzen sich die Mörder!" Die Eskalation der Auseinandersetzung zwischen dieser kleinen, aber lautstarken Strömung und der verbliebenen Linken war für den Krisentheoretiker Robert Kurz letzter Anlass für eine längst überfällige Auseinandersetzung mit den ideologischen Grundlagen der "antideutschen" Bewegung.

Im Verlaufe der neunziger Jahre entfernten sich die "Antideutschen" mehr und mehr von ihren ursprünglich antifaschistischen Ansätzen und wandten sich der Bekämpfung linker Gruppen zu, die ihre theoretischen Auffassungen nicht teilten. Antisemitische Klischees wie das vom "raffenden Juden" wurden von ihnen nicht bekämpft, sondern aufgegriffen: Kapitalismuskritik galt den "Antideutschen" daher bald vom Grundsatz her als antisemitisch. In den letzten Jahren wurde von ihnen als "Hauptfeind" die als "völkisch" und demzufolge zwangsläufig "antisemitisch" charakterisierte globalisierungskritische Bewegung ausgemacht. Im Widerstand gegen die extreme Rechte spielten "antideutsche" Gruppen jedoch bald kaum noch eine Rolle.

Die Argumente für den geschilderten Frontwechsel ehemals radikaler SystemgegnerInnen überraschen sowohl in ihrer erstaunlichen Dürftigkeit und Kurzschlüssigkeit als auch dadurch, dass sie es tatsächlich schafften, eine immer absurdere Debatte in die Reihen der Linken hineinzutragen: Deutschland böse, also USA gut; Hitler gegen USA, Attac gegen USA, also GlobalisierungsgegnerInnen gleich Nazis; USA gut, KriegsgegnerInnen Nazis, Krieg ist gleich antifaschistischer Kampf.

Oft erwiesen sich die "Antideutschen" ihren WidersacherInnen überlegen - nicht infolge besserer Argumente, sondern weil ihre GegnerInnen von ihnen sofort als "Nazis" denunziert wurden. Den "Antideutschen" gelang es zwar nicht, sich eine Massenbasis zu schaffen - mehr und mehr linke Projekte gerieten jedoch in den Strudel der Paranoia und wurden von Anhängern der "Antideutschen" okkupiert. Mehrere der bedeutendsten linken Zeitschriften wie Konkret oder Jungle World befinden mittlerweile in der Hand "antideutscher" Redaktionen, und es ist gegenwärtig praktisch unmöglich, dort einen USA-kritischen Artikel zu veröffentlichen.

Robert Kurz hat es - nach eigenem Eingeständnis - einige Überwindung gekostet, dieses Buch zu schreiben. Tatsächlich ist es eine Zumutung, sich in die widersprüchliche Gedankenwelt "antideutscher" Vordenker hineinzuarbeiten, zumal diese konsequent sämtliche Fakten ausblenden, die ihren Denkansätzen widersprechen. Immerhin gelang es ihm, einige theoretische Ansätze prominenter "Antideutscher" wie Joachim Bruhn und Justus Wertmüller zurückzuverfolgen bis zu dem bürgerlichen Philosophen Manfred Dahlmann oder dem späten Horkheimer. Auch die Totalitarismustheorie der jüdischen Philosophin Hannah Arendt wurde in stark vulgarisierter Form in die "antideutsche" Ideologie einbezogen. Konsequent ausgeblendet blieben jedoch sämtliche Ansätze marxistischer Ökonomiekritik. Kurz charakterisiert dies treffend, dass man "in der antideutschen Wahnwelt (...) nicht von Brötchen (lebt), sondern von bürgerlicher Geschichtsphilosophie". Wenn beispielsweise die rechtsradikalen "Republikaner" nach dem Motto "Deutsche zuerst" sich gegen Zahnersatz für AsylbewerberInnen aussprechen, so folgern die "Antideutschen" daraus, dass sozialer Widerstand gegen medizinische Restriktionen vom Grundsatz her völkisch und antisemitisch sei.

Die völlig kritiklose Befürwortung der "westlichen Zivilisation" und die Leugnung bzw. Verharmlosung der im Verlaufe der Durchsetzungsgeschichte eben dieser "Zivilisation" begangenen Gräuel hat von Seiten der "Antideutschen" auch auf dem Gebiet der Außen- und Militärpolitik die absonderlichsten Konstrukte zur Folge. Da man in der Gegenwart selbst mit dem besten Willen keine durch Europa ziehenden SS-Divisionen herbeihalluzinieren konnte, traten islamische Staaten an die Stelle des deutschen Faschismus der dreißiger und vierziger Jahre. Nach dem Motto "Nazis gegen Juden, Araber gegen Israel, also Araber gleich Nazis" wurde eine völlig ahistorische Gleichsetzung des Terrors islamistischer Gruppen gegen die israelische Bevölkerung mit dem planmäßigen Massenmord von Auschwitz und Treblinka betrieben, wobei die gesamte Bevölkerung arabischer Staaten als faschistisch eingestuft wird. Der Schulterschluss mit den rechtsgerichteten

Regierungen der USA und Israels hatte dann logischerweise zur Folge, dass die israelische und die US-amerikanische Linke im "antideutschen" Weltbild nicht vorkommen und dass Friedensdemonstranten in Washington und Tel Aviv als Handlanger einer faschistoiden Terrorzentrale erscheinen.

In seinem Fazit charakterisiert Robert Kurz die "Antideutschen" als spätes Zerfallsprodukt der sogenannten "Neuen Linken" und vertritt die Auffassung, dass sie weder gewillt sind noch jemals in der Lage sein werden, nennenswerte Bevölkerungsgruppen für irgendein gesellschaftliches Ziel zu mobilisieren. Die Provokationen der "antideutschen" Gruppen würden demzufolge über kurz oder lang in einer Reihe spektakulärer Eklats enden.

Für den harten Kern der "Antideutschen" mag dies zutreffen. Die von ihnen propagierte Gleichsetzung von faschistoider Hetze mit Friedenskampf und sozialem Protest hat - wenn auch in gemilderter Form - jedoch schon längst Eingang in den medialen Mainstream gefunden. Insofern dürften die Friedensbewegung und die soziale Protestbewegung noch lange mit der "antideutschen Ideologie" zu kämpfen haben.

Gerd Bedszent

Robert Kurz: "Die antideutsche Ideologie - Vom Antifaschismus zum Krisenimperialismus: Kritik des neuesten linksdeutschen Sektenwesens in seinen theoretischen Propheten", Unrast-Verlag Münster, Oktober 2003, 307 Seiten, 16 EUR

29. Europäisches Sozialforum in Paris: Vieles anders, aber nicht alles besser

Autor: pp · Rubrik: Frankreich; Europa allgemein und EU-Politik · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:27

Wer am Sonntag, dem 16. November, zur Abschlussveranstaltung des Europäischen Sozialforums im Pariser Vorort Saint-Denis wollte, musste sich durch Regen, Matsch und Kälte kämpfen, um das überdimensionale Bierzelt im Schatten des Stade de France zu erreichen - vorbei am Propagandaspalier von SWP (Socialist Workers Party) und Linksruck. Während im Nachbarzelt zur Instrumentalversion von La Paloma Würstchen im Brot verkauft wurden, feilte hier die "Versammlung der sozialen Akteure und Bewegungen" am Abschlussdokument der fünftägigen Veranstaltung. (1)

Letzten Endes ist dann doch einiges beschlossen worden: Einen Aktionstag gegen Krieg wird es geben, der - auf die US-amerikanische Friedensbewegung abgestimmt - am 20. März 2004 stattfinden soll; einen europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau, den die Bewegung zusammen mit den Gewerkschaften durchführen will und der dem Vorschlag des Europäischen Gewerkschaftsbundes von Anfang Dezember folgend nun auf den 2. oder 3. April 2004 terminiert ist; außerdem eine gemeinsame Mobilisierung gegen die Verabschiedung der Europäischen Verfassung am 9. Mai nächsten Jahres in Rom - das sind die vertraglich fixierten Eckdaten, die die Versammlung erarbeitet hat. Die Selbstverpflichtung zur Teilnahme an "allen Aktionen (...), die durch die sozialen Bewegungen organisiert werden" (aus der Abschlusserklärung), rundet die Sache ab. So weit, so schön. Wer sich aber einen Kontrast zum Durcheinander der Vortage, wer sich Orientierung und Aufbruchstimmung gewünscht hatte, wurde enttäuscht. Das Gefühl, eine Bewegung und unaufhaltsam zu sein, das Gefühl, dass "uns" die Zukunft gehört, das Gefühl "Wir sind viele und es geht voran!" konnte das ESF nicht vermitteln.

Qualitativer Sprung auf der Stelle

Zusammenzufassen, was in den Tagen vom 12. bis 16. November geschehen ist, fällt angesichts der schieren Größe der Veranstaltung nicht leicht. Traut man den kursierenden Zahlen, dann lässt sich immerhin folgendes sagen: Etwa 50.000 Menschen aus ganz Europa haben fünf Tage lang an vier verschiedenen Veranstaltungsorten an mehreren hundert Workshops, Seminaren, Podiumsdiskussionen und Foren teilgenommen. Einige hunderttausend haben es am Samstag auf die Abschlussdemonstration geschafft.

Mindestens die erstgenannten 50.000 haben der Pariser Metro ein gutes Geschäft beschert: Mit einem dreitägigen ESF-Ticket sind sie für zehn Euro zwischen Paris La Villette und den Vororten Saint-Denis und Bobigny im Norden sowie Ivry im Süden der Stadt hin und her gefahren, um Veranstaltungen zu besuchen und zu diskutieren. Manche haben es sogar nach Saint Ouen geschafft, wo die französischen Libertären und AnarchistInnen ihr eigenes europäisches Forum abhielten. Manch andere sind des abends im Stadion Jules Ladoumègue nahe La Villette gelandet, wo die Ungehorsamen Europas ihr "réseau intergalactique", das sogenannte GLAD (Globalisation des Luttes et des Actions de Désobéissance - "Globalisierung der Kämpfe und der Aktionen des Ungehorsams") eingerichtet hatten. (2)

Die große räumliche Streuung des ESF war allerdings auch Grund für Frustration. Der ständige Zwang, von einem Ort zum anderen zu gelangen, und die daraus folgende Notwendigkeit zur genauen Planung des persönlichen ESF-Terminkalenders erschwerte die Sache ungemein. Es war nicht möglich, auf Entdeckungsreise zu gehen und den Zufall entscheiden zu lassen, wohin es einen verschlagen würde. Folgerichtig hört man von allen Seiten die Forderung, das nächste ESF in London möge wieder an einem zentralen Ort stattfinden.

Die leidige Fahrerei durch den hauptsächlich migrantisch bewohnten Pariser Norden förderte allerdings einen interessanten Umstand zu Tage: Das ESF ist eine weiße Veranstaltung. Nicht dass die Sans Papiers, das MIB (Mouvement de l'Immigration et des Banlieues) oder die Gesellschaft für Legalisierung nicht teilgenommen hätten, doch die Masse der ESF-BesucherInnen war weiß. Die Wahl der Veranstaltungsorte demonstrierte so auch nicht die Verbundenheit der Bewegung mit den BewohnerInnen der Vorstädte, sondern vielmehr ihre fehlende Attraktivität für die MigrantInnen und deren Kinder.

Die räumliche Trennung geriet darüber hinaus zum Ausdruck des linksradikalen Bedürfnisses nach Abgrenzung. Die französischen Anarchisten und nahe stehende Gruppen hatten sich schon frühzeitig aus dem gemeinsamen Rahmen der Vorbereitung verabschiedet. Von ihnen hat man nicht viel gesehen oder gehört - abgesehen von der Schlägerei, die sie auf der Demonstration mit den Ordnern der Sozialistischen Partei anzettelten. Aber auch der aktionsorientierte Teil der Bewegung, zu dem etwa die italienischen disobbedienti, außerdem Giovani Comunisti, die Jugendorganisation von Rifondazione Comunista, die französische Erwerbslosenorganisation AC! oder aus Deutschland Attac Campus zählen, zog es vor, sich in räumlicher Trennung vom Rest des ESF (wenn auch noch unter dem gleichen organisatorischen Dach) im GLAD zu versammeln - um den Preis, auf den großen Veranstaltungsorten des ESF nicht sichtbar zu sein.

Fragt man sich, welche Fraktion der Linken in Paris die meisten Punkte gemacht hat, fällt die Antwort schwer. In ak 468 vom Dezember letzten Jahres war mit Blick auf das ESF in Florenz von drei Strömungen die Rede: einer institutionell-reformerischen (die verschiedenen sozialistischen und kommunistischen Parteien, Gewerkschaften und potenziell auch Teile von attac), einer traditionell-kommunistischen oder trotzkistischen (die SWP-Internationale und andere kleinere Parteien) sowie einer bewegungsorientierten linksradikalen (etwa das GLAD-Spektrum plus Autonome). Diese drei hätten sich in etwa die Waage gehalten, keiner sei es gelungen, das ESF zu dominieren. Die Einteilung ist zwar nicht ganz treffend, weil sie etwa basisgewerkschaftliche Ansätze oder auch die migrantische Selbstorganisation nicht erfasst, doch für eine grobe Orientierung im ESF-Dschungel mag sie von Nutzen sein.

Das ESF ist eine weiße Veranstaltung

Wenn man der Klassifizierung also folgen möchte, dann wurde das diesjährige Forum ebenso wie die Abschlussdemonstration von den beiden erstgenannten Strömungen dominiert. Gerade die Demonstration war ein Schaulaufen der Gruppen und Parteien. Die riesige diffuse Menschenmasse, die die Florentiner Abschlussdemo noch zu einem Bewegungsereignis hatte werden lassen, ist dieses Mal durch einen gut gegeneinander abgrenzbaren Kessel Buntes der europäischen Linken ersetzt worden. Das lässt sich aus der Verschiedenheit der politischen Situation in Frankreich von der in Italien zwar leicht erklären. Es trug aber dazu bei, dass die eher traditionelle Strömung den offiziellen Teil des ESF dominierte.

Die bewegungsorientierte Fraktion der europäischen Linke hat sich mittlerweile in Richtung Ungehorsam entwickelt. Diese Orientierung kam nicht nur etwa bei einem von den Berliner Gruppen FelS (Für eine linke Strömung) und ALB (Antifaschistische Linke Berlin) veranstalteten internationalen Workshop am Freitag zum Ausdruck, auf dem zahlreiche Gruppen und Einzelpersonen aus zehn verschiedenen Ländern über Perspektiven des sozialen Ungehorsams diskutierten. Sie wurde zudem in einer ganzen Reihe von Aktionen umgesetzt. Dabei haben sich durchaus interessante Bündnisse ergeben. Am Donnerstag morgen etwa nutzten italienische disobbedienti die Gelegenheit, gemeinsam mit den prekär beschäftigten Kulturschaffenden Frankreichs, den intermittents du spectacle, deren Protestaktionen das Land den ganzen Sommer über in Atem gehalten hatten, das Arbeitsministerium zu besetzen. Am Nachmittag wurde eine Kundgebung gegen das Abkommen über die sozialen Rechte der Kulturschaffenden, das unter Ausschluss der Betroffenen verhandelt wurde, vom gleichen Bündnis unerlaubterweise in eine Demonstration zum Tagungsort umfunktioniert - übrigens eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen es zu Scharmützeln mit der Polizei kam. Und am Samstag setzten sich die intermittents mit ihrem Transparent an die Spitze der Abschlussdemo. Der internationale disobbedienti-Block folgte ihnen kurzerhand. Zwar scheiterte der gemeinsame Versuch, aus der Demo heraus die für die Kulturprekären zuständige Sozialkasse zu stürmen. Am Vormittag jedoch war eine aus dem GLAD organisierte Besetzung des Air-France-Büros an den Champs Elysées erfolgreich gewesen. Während drinnen um die 50 AktivistInnen gegen das Geschäft des Unternehmens mit der Abschiebung protestierten, blockierten draußen einige hundert die bekannteste Straße von Paris, bis sie von der Polizei weggeräumt wurden.

Diese Beispiele zeigen, welche Möglichkeiten gemeinsamen Handelns sich aktionsorientierten Gruppen auf Anlässen wie dem ESF bieten können - wenn sie denn genutzt werden. Derartige Aktionen sind nicht nur Selbstzweck, sondern machen deutlich, dass das ESF Ausdruck von Bewegung ist - und nicht nur ein Treffen der Parteien und Funktionäre. Aus der insgesamt schwächeren Beteiligung der Bewegungsströmung ist allerdings zu erklären, dass die Aktionen im gesamten Verlauf des Forums eher untergegangen sind - auch am Samstag blieb die Übernahme der Demospitze wegen fehlender Kompaktheit des Aufzugs weitgehend unbemerkt.

Für den politischen Terminkalender der bundesdeutschen Linken dürfte deshalb ein anderes Ereignis von nachhaltigerer Wirkung sein: Beim Treffen mehrerer hundert deutscher ESF-TeilnehmerInnen am Freitag im Rathaus von Saint-Denis wurde über Perspektiven des Widerstands gegen Sozialabbau und über Bedingungen und Möglichkeiten der Gründung eines Deutschen Sozialforums nachgedacht.

Angesichts der noch frischen Erinnerung an die Demonstration gegen Sozialkahlschlag am 1. November in Berlin und ob der Äußerungen führender Gewerkschaftsvertreter, bei den Protesten künftig nach Kräften mitmischen zu wollen (3), witterten viele der TeilnehmerInnen Morgenluft. Ein wenig zu keck führten manche dann auch das Wort vom Generalstreik im Munde. Sicherlich ist die Beteiligung der Gewerkschaften an den Mobilisierungen gegen den Sozialstaatsumbau überfällig und für die Entwicklung der Proteste von großer Bedeutung. Das Augenmerk sollte aber auf der Weiterentwicklung des in Deutschland traditionell schwach ausgeprägten Basisaktivismus liegen, der immerhin für den erfolgreichen Verlauf des 1. November verantwortlich zeichnet. In der Vorbereitung des Aktionstages im nächsten Frühjahr hat das Bündnis zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen erstmals Gelegenheit, sich zu erproben und die Grenzen der Zusammenarbeit auszuloten.

Spielräume für Basisaktivismus

Fragt sich noch, welchen Weg das Projekt Deutsches Sozialforum einschlägt. Die Initiative stützt sich immerhin auf etwa 30 lokale Sozialforen in Deutschland, die allerdings von unterschiedlicher Breite und in unterschiedlichem Zustand sind. Zumindest aus dem Kreis der Initiative für ein Berliner Sozialforum wurden erste Bedenken gegen die übereilte Gründung eines DSF laut. Trotzdem darf wohl davon ausgegangen werden, dass das Projekt in naher Zukunft mit Nachdruck verfolgt wird.

Die Themensetzung für das nächste Jahr nimmt also Gestalt an. Fragt sich nur, wie sich die bewegungsorientierte radikale Linke darin einbringen wird. Ihre Beteiligung am ESF war nicht gerade berauschend. Um Inhalte stärker beeinflussen zu können, ist ein stärkeres Engagement nötig. Schnittstellen gibt es zur Genüge, etwa bei den Kämpfen für Soziale Zentren, an denen sich in mehreren Städten auch die Sozialforumsbewegung beteiligt. Viele der dort Aktiven stehen auch radikaleren Aktionsformen aufgeschlossen gegenüber. Versuche, gemeinsam zu agieren, gibt es - z.B. in Hamburg und Berlin bei Aktionen der Umsonst-Kampagnen.

pp

Anmerkungen:

1) Das Ergebnis kann unterwww.fse-esf.org/ francais/article916.html bewundert werden. Eine deutsche Übersetzung findet sich im LabourNet unter www.labournet.de/diskussion/wipo/seattle/ esf2/uebersetzungfinal.html

2) Weitere Informationen:

Offizielle ESF-Seite: www.fse-esf.org

GLAD: www.intergalactique.lautre.net

Libertäres Forum: http://fsl-sla.eu.org

3) Ver.di-Chef Frank Bsirske sowie IG Metall-Vorstandsmitglied Horst Schmitthenner ließen sich entsprechende Statements entlocken. Letzterer wiederholte seinen Wunsch nach einem gemeinsamen Aktionstag der Gewerkschaften und der globalisierungskritischen Bewegung auf der Abschlussveranstaltung am Sonntag.

30. Zwischen zwei Republiken. Der "Umbau" des Sozialstaates und die Perspektiven des Widerstands

Der "Umbau" des Sozialstaates und die Perspektiven des Widerstandes

Autor: Martin Dieckmann · Rubrik: Sozialpolitik; Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:22

Die Agenda 2010 markiert einen historischen Bruch, die Abkehr vom "Rheinischen Kapitalismus". Die sozialen Bewegungen haben bisher sehr unzureichend auf diesen Bruch reagiert; in mancherlei Hinsicht muss die Antwort auf die "Krise des Alten" noch erfunden werden. Der folgende Artikel ist ein Redebeitrag, den Martin Dieckmann, Sekretär beim ver.di-Bundesvorstand, Ende Oktober auf einer Veranstaltung der WählerInnenvereinigung REGENBOGEN - Für eine neue Linke in Hamburg gehalten hat.

Was sich zur Zeit in Deutschland ereignet, ist nicht mehr und nicht weniger als ein historischer Bruch mit den Regelungsgrundlagen dessen, was den "sozialen Rechtsstaat" bislang ausgemacht hat. Der Bruch ist programmatischer Art. Er folgt zum einen bereits vollzogenen, erheblichen Veränderungen in der sozialen und politischen Praxis, zum anderen gibt er diesen eine neue Dynamik. Und es ist die Sozialdemokratie selbst, die diesen Bruch vollzieht. Die Sozialdemokratie ist so auf dem Weg, nach Erfurt und Bad Godesberg ihr drittes historisches Parteiprogramm zu schreiben: In Erfurt erklärte sie sich zur marxistischen Klassenpartei, in Bad Godesberg kam sie programmatisch als linke Volkspartei im Kapitalismus an. Das dritte historische Programm der Sozialdemokratie braucht keine papierene Fassung und demnach auch keinen Autor mehr. Es findet praktisch statt und wird auf Dauer die Sozialdemokratie in ihrer bisherigen Gestalt als Volkspartei zu einer Figur des Verschwindens machen. Sie wird nämlich so nicht mehr gebraucht.

Der programmatische Bruch mit der Republik des "Rheinischen Kapitalismus" - also die westdeutsche Ausprägung dessen, was man den fordistischen Wohlfahrtsstaat genannt hat - vollzieht sich gleichzeitig auf zwei Feldern; zum einen dem der Sozialversicherung, sowohl in Hinsicht auf die paritätische Finanzierung als auch auf das Solidarprinzip. Die paritätische Finanzierung war und blieb Ausdruck des grundlegenden, freilich auch immer umkämpften "Klassenkompromisses". Sie stellte vom Grundsatz her eine Umverteilung auch von oben nach unten sicher, während das Solidarprinzip eine Umverteilung im Volk regeln sollte. Das zweite Feld, auf dem der programmatische Bruch erfolgt, sind die Regelungsgrundlagen der Tarifpolitik. Kanzler Schröder hat in der Regierungserklärung vom März 2003 die Gewerkschaften unmissverständlich mit der Erpressung konfrontiert, entweder freiwillig die bindende Wirkung von Tarifverträgen erheblich zu schwächen oder aber sich dies gesetzlich diktieren lassen zu müssen. Hier wird programmatisch nachvollzogen, was in der Praxis schon vorherrschende Tendenz ist: Tarifpolitik nur noch unter dem Gesichtspunkt von Kostenbelastung zu thematisieren und nicht mehr als grundlegendes Regulativ von Märkten.

Mit der These eines programmatischen Systemwechsel in den Regelungsgrundlagen des "sozialen Rechtsstaats ist auch die historische Dimension dieses Bruchs angedeutet: das Ende der Republik des "Rheinischen Kapitalismus" und damit der Übergang zu einer anderen Republik. Dabei befindet sich das Alte nunmehr erdrutschartig in Auflösung, ohne dass das Neue halbwegs stabile Konturen bekommt. Mit der radikalen Auflösung der bisherigen sozialstaatlichen Regelungsgrundlagen sind unendlich viele Fronten und Kampffelder eröffnet. Und es ist nicht abzusehen, wie und wann sich in diesem Prozess, der als Gesamtheit von sozialen Konflikten und Kämpfen ja erst beginnt, auch auf Seiten der Herrschenden strategische Klassenbündnisse entstehen. Bei einem Erdrutsch geht es abwärts; man muss sich also auf einen längeren Zeitraum einstellen, in dem es zunächst einmal kein Halten mehr gibt.

Es gibt absehbare und unabsehbare Folgen dieser Entwicklung: Absehbar ist ein erneuter Schub in der "Umverteilung von unten nach oben", absehbar sind ferner weitere schwere Verwerfungen im sozialen Gefüge und - was schon heute einen Großteil des sozialen und politischen Dramas ausmacht - eine "mentale Zerrüttung" im Volk. Unabsehbar sind die unmittelbaren und mittelbaren ökonomischen Konsequenzen. Es gibt nicht wenige, die aus rein immanenter Sicht vor verheerenden Folgen für den gesamtwirtschaftlichen Prozess warnen; hierfür steht als Schreckensszenario die Freisetzung unkontrollierbarer deflationärer Tendenzen. Und damit haben sie Recht. Bevor es also ein neues, hegemoniales Regime geben kann, wird es eine Abfolge von Krisen-, wenn nicht sogar Notstands-Regimen geben.

Auf dem Weg in eine andere Republik

Es geht nicht darum, apokalyptische Schreckensbilder an die Wand zu zeichnen, wohl aber um eine realistische Einschätzung der Kräfte (wie auch der Klassenverhältnisse), die diese Entwicklung möglich gemacht haben. Es kann doch nicht nur darum gehen, mit der Beschleunigung von Appellen einen Widerstand zu beschwören, der heutzutage ja allemal nur Protest ist. Warum selbst dieser Protest vergleichsweise schwach ist, bedarf einer Erklärung. Mobilisierung für Aktionen, Demonstrationen usw. sind eine Selbstverständlichkeit. Aber warum bringt uns das nicht weiter (außer am Ende als Minorität Recht behalten zu haben)? Es stellt sich nicht nur die Frage, wofür wir kämpfen, sondern auch, mit wem wir kämpfen können. Wir müssen uns vor allem mit dem Widerstandspotenzial der Herrschenden auseinander setzen, um über die naturgemäß hektische Mobilisierungspolitik hinaus strategiefähig zu werden.

Die heutige Regierungspolitik bedeutet auch einen grundlegenden Wandel dessen, was historisch einmal als "strukturelle Reformmehrheit" unter dem Dach von Rot-Grün gehandelt worden ist. Dieses Projekt der "sozial-ökologischen Reformen" aus den 1980er Jahren hatte gewissermaßen den Reformismus der alten ArbeiterInnenbewegung beerbt. Es sind insbesondere die so genannten neuen Mittelschichten - man könnte sie auch als Elite der lohnabhängigen Klasse bezeichnen - gewesen, die gleichermaßen Träger wie RepräsentantInnen solcher Reformansprüche gewesen sind. In Anspielung auf die viel zitierte "Angst vorm Absturz" der Mittelschichten hat Frank Deppe kürzlich auf den grundlegenden Wandel in diesen Klassenmilieus hingewiesen. Sowohl sozial wie politisch haben insbesondere die Milieus, die das Klientel der Grünen bilden, den Aufbruch von 1968 und die Reformpolitik nach 1969 beerbt. Sie haben über eine längere Zeit hinweg ideologisch so etwas wie ein solidarisches Bündnis der Mittelschichten mit den subalternen Volksschichten repräsentiert.

Aber - und auch darauf hat Deppe hingewiesen - dies war und blieb ein höchst fragiles Bündnis. Zum einen haben eben diese Milieus der Reformlinken am meisten von den erheblichen öffentlichen Investitionen (in erster Linie in den Bildungsbereich) profitiert, während die anderen diese zu großen Teilen mitfinanzieren mussten. Seitdem aber die "Gegenleistung" in den Solidarbeziehungen gefordert ist, schließen sich diese Milieus immer radikaler nach außen - im sozialen Sinne nach unten - ab. Immerhin muss man sich fragen, warum es eine Partei wie die Grünen schafft, offenbar nicht trotz, sondern wegen ihrer programmatischen Wendungen seit Ende der 1980er Jahre eine stabile und zeitweilig sogar wachsende Wählerschaft zu finden. Zusammen mit der rechts-liberalen Variante, der FDP, ist da ein stattliches und heute aggressives Potenzial zu Gunsten weiterer Deregulierung entstanden. Ihre RepräsentantInnen in der politischen Klasse haben es vermocht, das Erbe von 1968 regelrecht zu privatisieren, und die Phraseologie halbwüchsiger Spontis der 1970er Jahre hat sich transformiert ins Geschwätz grüner Staatssekretäre.

Dem sozialen Ausschluss entsprechen die sozialen Verwerfungen im Volk. Wir erleben eine paradoxe Situation: Noch nie gab es so große Mehrheiten, die nicht nur vom Gegensatz von Reich und Arm, sondern auch von Herrschenden und Beherrschten überzeugt waren. Und noch nie dominierte gleichermaßen erdrückend eine passive Akzeptanz gegenüber der herrschenden Politik. Die Gründe für diese Paradoxie sind nicht einfach mangelnder Aufklärung geschuldet, sondern in der Hauptsache einer fundamentalen Veränderung in den gesellschaftlichen Basisprozessen, zuallererst in den Arbeits- und Reproduktionszusammenhängen. Mit dieser Veränderung ist der tatsächlich große Erfolg der herrschenden Strategien gemeint, so gut wie sämtliche sozialen und zwischenmenschlichen Beziehungen dem ökonomischen Rentabilitätskriterium zu unterziehen: dadurch, dass "Märkte" als Steuerungsmodell sozialer Prozesse implementiert und somit die Gesamtheit sozialer Beziehungen auf Kunden-DienstleisterInnen-Beziehungen reduziert werden können. Der Tendenz nach handelt es sich dabei um eine kapitalistische "Kolonisierung der Lebenswelten", eine "innere Landnahme" durch das Kapital. Die Schwäche des bisherigen politischen Protests verweist hier auf die langfristige Perspektive: Wenn es nicht gelingt, in eben diese Basisprozesse einzugreifen, bleiben wir dauerhaft konfrontiert mit einem gespaltenen Massenbewusstsein, dessen Paradoxien - von Unterwerfung und Protest - sich genau diesen Unterwerfungsstrategien verdanken.

Potenziale und Perspektiven

Es gibt eine Diskussion darüber, ob wir schon von einem neuen System kapitalistischer Regulation sprechen können. Ich bin nicht davon überzeugt, dass sich ein neues "Akkumulationsregime" bereits durchgesetzt hat.

Eher hat sich ein Krisenregime etabliert, das in der weiteren Folge zu einem regelrechten Notstandsregime auswachsen kann. Der Grund dafür, eher die Krise des Alten als die Ankunft des Neuen zu vermuten, liegt in der hegemonialen Schwäche dieses Krisenregimes. Die Fronten verschieben sich täglich, es gibt so gut wie keine soziale Gruppe, die verschont bleibt. Das aggressiv-liberalistische Potenzial ist zwar Motor des Prozesses, es ist aber selbst nicht bündnisfähig. Noch nicht. Zudem gehen die politischen Bindungen - zum Beispiel an Parteien, damit das gesamte System der Volksparteien - beschleunigt in die Brüche.

Dass in einer solchen Situation die Hoffnungen des sozialen Protests auf die Gewerkschaften gerichtet sind, kann man verstehen. Diese Hoffnungen sind aber so, wie sie artikuliert werden, illusorisch: Die DGB-Gewerkschaften sind Teil des Alten und damit auch ein wichtiges Regulativ der kapitalistischen Entwicklung. Sie sind zugleich (noch) nicht in der Lage, sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen. Oder sie wollen es schlicht nicht. Entscheidend aber ist, dass die sozialen und politischen Verwerfungen die Gewerkschaften genau so durchziehen wie die gesamte Gesellschaft. Wenn, dann kann nur eine politische und soziale Bewegung - eigenständig, also ganz und gar auf ihre Autonomie bedacht - auch innerhalb der Gewerkschaften Positionsbestimmungen in Richtung auf eine Alternative unterstützen.

Ich nenne hier vier Handlungsebenen, die für eine Diskussion mittel- und langfristiger Widerstandsperspektiven von Bedeutung sind:

Erstens: Es hat sich - was nicht gering geschätzt werden darf - ein internationaler Zusammenhang aus sozialen Initiativen und Bewegungen heraus gebildet, der fragil sein mag, aber als Ganzes einen ungeheuren historischen Fortschritt bedeutet. Mit den "Sozialforen" und dem, was man "globalisierungskritische Bewegungen" nennt, ist etwas entstanden, das sich dem nähert, was einmal "Internationale der Hoffnung" genannt wurde - und was zugleich einen wirklichen Fortschritt nach dem Umbruch von 1989, dem Zusammenbruch der bisherigen, staatlich repräsentierten "Systemkonkurrenz", darstellt.

Zweitens: Zumindest für Europa ergibt sich der Prozess der EU-Integration und ausweitung als strategischer Bezugspunkt. Im Kontext von so genannter Globalisierung und der besonderen Situation eines supra-nationalen oder auch neuen staatlichen Zusammenhangs der EU sind soziale Bewegungen damit gleichermaßen mit dem "Nation-Building" des 19. Jahrhunderts wie den Politik-Vermittlungen des 21. Jahrhunderts konfrontiert. Und wer weiß, wie viele der nationalstaatlichen Belange bereits von der EU geregelt werden, wird wissen, wie bedeutsam ein europaweites Eingreifen ist.

Drittens: Der unmittelbare Handlungsrahmen bleibt der Nationalstaat, und das nicht nur deshalb, weil er nach wie vor - wenn auch in veränderter Konstellation - für jede Form von Regulierungspolitik elementar ist. Der Nationalstaat ist bislang das einzige Terrain, auf dem sich das "Demokratieproblem" und damit die Frage der politischen und sozialen BürgerInnenrechte stellt. Das Verhältnis von Nationalstaat und internationaler Regulierung darf uns nicht nur demokratietheoretisch, sondern muss uns praktisch beschäftigen.

Viertens: Schwerwiegend ist bislang das Defizit der sozialen Protestbewegung dort, wo ich von "Basisprozessen" der Arbeit und Reproduktion gesprochen habe. Es reicht auf Dauer eben nicht aus, lediglich die staatliche Regulierung der Reproduktionsbedingungen zu thematisieren und anzugreifen. Wenn es den heutigen Sozialbewegungen nicht gelingt, hier unmittelbar in die neuen Herrschaftsformen über die Arbeitsprozesse einzugreifen, werden sie beim Protest bleiben und nicht zum lang anhaltenden Widerstand übergehen können.

Klassenbrüche - Klassenbündnisse

Zur Perspektive gehört die Alternative. Darauf reduziert, die "Umverteilung von oben nach unten" einzuklagen, bleibt wenig von dem übrig, was wir uns selbst - unter uns - vorstellen. Anders gesagt: Die berechtigte Weigerung, die "Umverteilung in der Klasse" diskutieren zu wollen, ohne gleichzeitig die Umverteilung "von oben nach unten"zu thematisieren, gerät in ein Dilemma. Denn wenn nicht zugleich deutlich wird, was die eigenen Vorstellungen von Solidarität und Gerechtigkeit konkret bedeuten, wenn es also lediglich dabei bleibt, die historischen Verteilungsmechanismen und -kriterien abstrakt zu verteidigen, dann wird die Linke so oder so keinerlei Ausstrahlungskraft gewinnen.

Auf den genannten Handlungsebenen alternative Entwürfe zu erarbeiten, zu diskutieren und sie so erst propagieren zu können - das wäre eine in jedem Fall notwendige Bedingung dessen, was hier zu Lande auf

der Tagesordnung steht: eine "Neugründung" der politischen Linken, die gleichermaßen programmatisches Zentrum, Motor und auch Dach des sozialen Protests werden kann und muss.

Martin Dieckmann

31. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:25

Sans Papiers auf koreanisch

130.000 MigrationsarbeiterInnen droht in Südkorea die Abschiebung. Viele von ihnen sind offenbar nicht gewillt, still und fügsam zu warten, bis die Polizei an der Haustür klingelt. Unter dem Dach des Gewerkschaftsverbandes KCTU hat sich die ETU-MB konstituiert, die Equal Trade Union-Migrants' Branch, eine Gewerkschaft der - häufig illegalisierten, ArbeitsmigrantInnen in Südkorea. Wichtigstes Kampfziel der ETU-MB ist die Legalisierung der MigrantInnen.

Unter der Parole "Action, action - direct action!" haben 170 MigrantInnen in der Nacht des 15. November die Kathedrale in der Innenstadt von Seoul besetzt. Die BesetzerInnen kamen u.a. aus der Mongolei, Nepal, Bangladesch, Pakistan, Indonesien und den Philippinen. Unmittelbarer Anlass der Besetzung war der Selbstmord zweier Arbeiter aus Bangladesch und Sri Lanka aus Angst vor ihrer bevorstehenden Abschiebung.

Seit Jahren bemüht sich die Regierung, in Südkorea obligatorische Arbeitserlaubnisse durchzusetzen und die "illegalisierten MigrantInnen loszuwerden. Am 31. Juli wurde ein entsprechendes Gesetz vom Parlament verabschiedet. Danach sollen alle, die sich mehr als vier Jahre "illegal" in Südkorea aufhalten, umgehend abgeschoben werden. Die ETU-MB hat darauf sofort mit einer erneuten Massenmobilisierung geantwortet.

Seit dem 16. November veranstalten Polizei und Einwanderungsbehörden eine regelrechte Menschenjagd auf ArbeitsmigrantInnen. So wurden im Anschluss an eine Demonstration von Illegalisierten u.a. die ETU-MB-Aktivisten Muhammad Bidduth und Jamal Ali aus Bangladesch verhaftet und in das Abschiebelager Hwaseong verschleppt.

(www.labournet.de)

Ford-Streik 2003

Zweieinhalb Tage lang, vom Abend des 17.11. bis zum Morgen des 20.11., kam es zu spontanen, gewerkschaftsunabhängigen Arbeitsniederlegungen bei den Ford-Werken in Köln. Hintergrund sind die Gerüchte über die Schließung des Werkzeugbaus in Köln noch in diesem Jahr. Von insgesamt 1.700 bedrohten Stellen kommen rund 900 aus dem Werkzeugbau. Schon am 29.10. hatte die Frühschicht in Köln mit einem einstündigen Warnstreik gegen den geplanten Stellenabbau protestiert. Ebenfalls Anfang Oktober hatten die Ford-ArbeiterInnen im belgischen Genk gegen die Vernichtung von 3.000 Arbeitsplätzen gestreikt.

Ausgehend vom Werkzeugmaschinenpark haben in Köln 1.100 Beschäftigte die Arbeit niedergelegt. Nachdem es auch im Fertigungsbereich zu kleineren Streikaktionen gekommen war, zeitigte der Streik erste Auswirkungen: Die Türenproduktion geriet ins Stocken und verursachte erste Engpässe im Ford-Werk von Valencia.

Die Stimmung in Köln muss erheblich "gereizt" gewesen sein. Nachdem der leitende Manager für den Werkzeugbau von Werkschutz-Bediensteten in Sicherheit gebracht werden musste und in beiden Hallen des Werkzeugbaus die Arbeit ruhte, sah sich Ford-Europa-Chef Lewis Booth persönlich genötigt, direkt mit den Streikenden zu verhandeln. Erst als zugesichert wurde, in diesem Jahr keine Entlassungen im Werkzeugbau vorzunehmen, wurde der Streik beendet. Aus Sicht der Geschäftsleitung keine Sekunde zu früh: Die WerkzeugmacherInnen hatten bereits einen Marsch durch das gesamte Werk geplant.

(www.labournet.de)

Burgerklau in NYC

Mittagspause in New York City heißt Massenansturm auf Restaurants, Pizza-Services und Fast-Food-Ketten. Doch wenn ausgehungerte Broker und Büroangestellte sich ihre Hamburger, Salate und Spare Ribs bestellen, schlägt auch die große Stunde der MundräuberInnen. ""Vampire" nennt sich eine Jugendgang, deren Spezialität es ist, die Boten mit den mehr oder weniger schmackhaften Bestellungen zu überfallen. "All die

Typen in der Wall Street, die vor lauter Arbeit zum Essen nicht aus dem Büro kommen können, lassen sich leckere Sachen vom nächsten Deli liefern. Aber sie bekommen ihr Essen nicht, weil ich es bekomme", sagt Joe Klein, Anführer der Vampire. Kleins Konkurrent ist Pepe Camarides von den "Galoppierenden Gourmets". Er hat nur Hohn und Spott für die Polizei übrig, die bereits BeamtInnen als Pizza-Boten getarnt im Einsatz hat, um besonders betroffene Läden zu schützen. "Die Cops sind einfach zu langsam und ihre Ärsche zu fett."

Ein Überfall läuft in der Regel nach folgendem Schema ab: Ein Essenskurier wird von fünf bis zehn MundräuberInnen überfallen, die alles an sich reißen, was auf dem Tablett oder in den Taschen ist. Jedes Gang-Mitglied greift sich einen Teil ab und haut dann sofort ab. "Wir essen so viel, wie wir runterkriegen, den Rest verkaufen wir auf der Straße", sagt Camarides. "Sie glauben ja nicht, wie scharf die New Yorker auf verbilligte Sandwiches sind - speziell, wenn Tunfisch drauf ist."

(taz)

Klasse gegen Klasse

In den hiesigen Medien heißen sie "ethnische Unruhen" - die sozialen Auseinandersetzungen im Bundesstaat Assam im Nordosten Indiens. Der Kampf um knappe Arbeitsplätze und damit Reproduktionsmöglichkeiten eskalierte dort Mitte November, als lokale Banden WanderarbeiterInnen aus dem benachbarten Bihari überfallen und dabei 51 Biharis ermordet hatten. Als Antwort auf diese Überfälle werden immer öfter Straßen und Versorgungsleitungen nach Assam in Bihari blockiert. Die Versorgungslage in Assam ist inzwischen kritisch.

Auslöser der jüngsten Unruhen waren handfeste Prügeleien zwischen Job-AnwärterInnen vor einem Rekrutierungsbüro der indischen Eisenbahn in Guwahati, der Hauptstadt Assams. Auch in Bombay sind Biharis, die auf dem Weg zu einem Rekrutierungsbüro der Indian Railways waren, überfallen worden. Die indische Eisenbahn sucht 2.200 Männer für unqualifizierte Jobs. Beworben haben sich 650.000. Indian Railways ist ein zentralstaatlicher Arbeitgeber. Deshalb kamen viele Bewerber aus Bihar, dem Armenhaus Indiens. Biharis stellen den Großteil der BinnenmigrantInnen in Indien. Als Kuli oder auf den Teeplantagen Assams sind sie durchaus geduldet, doch im Kampf um sichere Staatsstellen werden sie gnadenlos bekämpft.

(taz)

Selten so gelacht

Wenn Arbeitsamtsmenschen einen Witz machen, dann geht der so: "Was heißt Selbstständigkeit? Selbst und ständig, ha ha ha." Beliebt auf Info-Veranstaltungen ist auch der Spruch vom "vollen unternehmerischen Risiko bei gleichzeitig maximaler Freiheit". Und die Bundesregierung wirbt bundesweit mit "Wir glauben an Ich". Offensichtlich durchaus erfolgreich: "Ich bin eine günstige Alternative zu teuren Gerüsten", sagt Jörn Franke aus Hamburg. Der gelernte Tischler und Langzeiterwerbslose nennt sich jetzt selbstständiger Industriekletterer. Als Ich-Agent seilt er sich von Gebäuden ab und repariert Fassaden. Und verbindet das Angenehme mit dem Nützlichen: Ich setze mein Handwerk ein und habe dabei einen tollen Blick über eine schöne Stadt."

1.900 erwerbslose Hamburgerinnen und Hamburger haben in diesem Jahr zum Notnagel der Ich-AG gegriffen, bis zum Jahresende rechnet das Hamburger Arbeitsamt mit insgesamt über 2.000. Damit liegt die Freie und Hansestadt um 2,5% über dem Bundesdurchschnitt. Bundesweit sind bis heute 74.000 Ich-AGs gegründet worden. Der Hamburger Arbeitsamtsdirektor Rolf Steil rechnet im nächsten Jahr mit 250 neuen Ich-AGs pro Monat.

(Hamburger Abendblatt)

PSA mit Stern

Personal Service Agenturen nennen sich die staatlichen Sklavenhändler, die seit April 2003 flächendeckend in Deutschland operieren. Erstmals hatten in diesem Zusammenhang Gewerkschaften einen Tarifvertrag für die Leiharbeitsbranche unterzeichnet: Dumpinglöhne und Entrechtung von ArbeiterInnen, aber streng nach Tarif.

Mit den Konsequenzen dieses Tarifvertrages haben sich aber nicht nur Erwerbslose rumzuschlagen. So hat jetzt auch DaimlerChrysler eine eigene Personal Service Agentur geschaffen. "Job-Start GmbH" heißt die

Leiharbeitsfirma mit dem Stern. Formal eigenständig und ausgegründet, können hier die LeiharbeiterInnen voll und ganz nach dem Sklavenhändlertarifvertrag ausgebeutet werden, Daimler-Standards gelten nicht. Dabei ist der Sinn und Zweck des Unternehmens, den Personalbedarf des Autokonzerns flexibel abzudecken. Lehrlinge und Neueinstellungen werden demnach nicht mehr regulär übernommen, sondern landen bei "Job-Start". Dort sind sie nicht irgendeinem Werk fest zugeordnet, sondern arbeiten dort, wo gerade Bedarf besteht. "Damit wird die Belegschaft zu modernen Arbeitsnomaden umgewandelt und kann auch noch gegen die Stammbelegschaften ausgespielt werden", heißt es in einer Betriebszeitung aus Kassel.

(www.labournet.de)

Jahrestag der Armut

1963 ist das Bundessozialhilfegesetz in Kraft getreten. 580.000 SozialhilfeempfängerInnen hatte es damals in der BRD gegeben. Knapp 40 Jahre später, zu Beginn des Jahres 2003, waren es 2,76 Millionen Menschen, die in Deutschland HzU (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt) erhalten haben. Die Sozialhilfequote hatte sich im gleichen Zeitraum mehr als verdreifacht. Der Anteil der SozialhilfebezieherInnen an der Bevölkerung betrug 1963 nur 1,0%. Ende 2002 lag er bei 3,3%. Wie das Statistische Bundesamt am 18.11. per Pressemitteilung verlauten ließ, waren 1,68 Mio. bzw. 61% der SozialhilfebezieherInnen im Jahre 2002 zwischen 15 und 64 Jahre alt, also im so genannten erwerbsfähigen Alter. Das Bundesamt schätzt, dass davon rund 900.000 Personen grundsätzlich erwerbsfähig sind, also dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die Maßnahmen zur Verschärfung des Arbeitszwang im Rahmen der so genannten Hartz-Gesetze zielen also vor allem auf diese Personengruppe.

(www.labournet.de)

32. Bewegung! Stillstand. Aufbruch? Tagung zu Geschichte und Zukunft der Geschichtswerkstätten

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte der BRD; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:16

Die Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel in Hamburg gehört zu den ältesten Institutionen der Neuen Geschichtsbewegung. Im Oktober feierte sie ihr 25-jähriges Bestehen und lud aus diesem Anlass zu einer Tagung über "Geschichtswerkstätten gestern - heute - morgen" ein. Etwa 40 HistorikerInnen und PraktikerInnen vorwiegend aus Hamburger Geschichtswerkstätten debattierten am 31. Oktober 2003 in den Räumen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg über Anfänge, Krisen und Perspektiven der Geschichtsbewegung.

Vielleicht ist der Titel unserer Veranstaltung schon unzeitgemäß", sagte Volker Böge (Geschichtswerkstatt Eimsbüttel), als er die Konferenz eröffnete. "Denn ob es ein Morgen gibt, ist ungewiss." Damit spielte er auf ein Schreiben an, das alle 14 Hamburger Geschichtswerkstätten im Juni erhalten haben. Ab 2004 könnten sie nicht mehr mit einer staatlichen Förderung rechnen, hieß es darin. Inzwischen allerdings hat sich die Stadt bereit erklärt, die Miet- und Betriebskosten der Werkstätten weiterhin zu zahlen. Doch damit ist nur eine Hülse für deren Arbeit gesichert.

Dabei ist das Engagement der "BarfußhistorikerInnen" nicht nur ein wichtiger Aspekt der Stadtteilkultur in Hamburg und anderen Städten. Die in den 1980er Jahren entstandene bundesweite Neue Geschichtsbewegung hat auch stark in die Universitäten hineingewirkt, ihre Methoden und Inhalte wurden von Heimatvereinen und -museen aufgenommen und das Motto "Grabe, wo du stehst" wird inzwischen von verschiedensten lokalen Initiativen erfolgreich umgesetzt.

Sie entstand in enger Verbindung mit den sozialen Bewegungen der 1970er Jahre und sollte durchaus politisch eingreifend wirken. "Jene ‚kleinen Leute` und Namenlosen, die man lange als sprachlose Statisten oder bloße Objekte übermächtiger gesellschaftlicher Verhältnisse angesehen hatte, sollten jetzt als Subjekte der Geschichte in ihr Recht eingesetzt werden", so fasste Volker Ulrich, einst selbst "Barfußhistoriker" und mit Hannes Heer Herausgeber des Buches "Geschichte erleben" (1985), in seiner kritischen Rückschau auf die Geschichtsbewegung deren Ziele zusammen. Allerdings ging es den Geschichtswerkstätten - anders als der Studentenbewegung von 1968 - nicht um Kapitalismusanalysen und gesellschaftliche Großentwürfe, sondern um kleine Alternativen und konkrete, lebensverändernde Praxis. Jeder galt als kompetent in der eigenen Geschichte. Gleichzeitig gerieten alltagsgeschichtliche Themen ins Blickfeld, die die Forschung bislang weitgehend vernachlässigt hatte. Mit diesem Perspektivwechsel war eine Kritik sowohl an den Defiziten der akademischen Geschichtsschreibung wie auch an einem verkürzten Marxismusverständnis verbunden.

"Grabe, wo du stehst"

Nach der Gründungseuphorie wurden die Grenzen der kleinteiligen, erfahrungsorientierten Geschichtsschreibung sichtbar: Wie konnte die subjektive Innenperspektive in die Struktur- und Makrogeschichte zurück vermittelt werden? Wie war ein "grüner Hirsebrei" (so ein Diktum von Hans-Ulrich Wehler) zu vermeiden? Auch auf personeller Ebene zeigten sich Schwierigkeiten, mit denen die Geschichtswerkstätten bis heute zu kämpfen haben: Der Anspruch alternativer Praxis jenseits von Karrieren ließ sich oft nicht realisieren und das Ungleichgewicht zwischen professionellen HistorikerInnen und Laien konnte nur selten aufgelöst werden.

Diese Widersprüche zeigten sich symptomatisch in den Auseinandersetzungen um die Zeitschrift Werkstatt Geschichte, über die Michael Wildt (Hamburger Institut für Sozialforschung) berichtete. Als Mitglied der Geschichtswerkstatt Hamburg-Barmbek war er Zeitzeuge dieses Streites. In ihren Anfängen kam die Zeitschrift, die damals noch Geschichtswerkstatt hieß, wie eine Schülerzeitung daher. Sie wurde im Wechsel von verschiedenen Geschichtswerkstätten der BRD autonom gestaltet, strahlte durchaus "basisdemokratischen Charme" aus, machte die Bewegung jedoch kleiner, als sie war, so Wildt. Schon das sechste Heft, herausgegeben von der Geschichtswerkstatt Göttingen, zeigte eine gewisse Professionalisierung: Beiträge von international bekannten Autoren sowie einige Anzeigen waren dafür die sichtbarsten Anzeichen.

Mit der Nummer 11 zog die Berliner Geschichtswerkstatt nach. Doch nicht alle Initiativen verfügten über ausreichend Geld und Kontakte, um das Blatt so professionell zu gestalten. Vor allem aber war unklar, ob es vornehmlich der Selbstdarstellung und Vernetzung der Geschichtswerkstätten dienen oder sich auch an ein breiteres Publikum wenden sollte. Welches Wissen sollte die Zeitschrift vermitteln - und für wen? Schließlich gründete sich 1992 eine Gruppe, die die Zeitschrift Werkstatt Geschichte herausgab, eine Zeitschrift durchaus mit Betonung der Alltagsgeschichte und mit eigenem Profil, doch ohne engeren Bezug zu den Werkstätten.

BarfußhistorikerInnen ...

Zu den wichtigsten Methoden der Geschichtsbewegung gehören lebensgeschichtliche Interviews mit ZeitzeugInnen. Beate Meyer von der Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel und Expertin für oral history stellte in ihrem Vortrag die Probleme eines unkritischen Umgangs mit ZeitzeugInnen-Interviews dar. Sie belegte anhand drastischer Beispiele, dass die subjektive Sicht der ZeitzeugInnen leicht zu Fehleinschätzungen oder falschen Faktenangaben führen kann, wenn die Aussagen aus dem Zusammenhang gerissen und unüberprüft als Tatsachen hingestellt werden. Die intensive Methodenreflexion in der zweite Hälfte der 1990er Jahre, an der Meyer selbst beteiligt war, hat Mittel bereitgestellt, mit denen die Erzählungen der ZeitzeugInnen analysiert und Fehler vermieden werden können. Andererseits seien die wissenschaftlichen Methoden der Interviewauswertung so kompliziert, gab Meyer zu bedenken, dass sie oft von den Geschichtswerkstätten nicht geleistet werden könnten. Der Höhepunkt der oral history sei daher wohl - zumindest in der Arbeit der Geschichtswerkstätten - überschritten.

Ein Block der Konferenz war Berichten aus der Praxis gewidmet. Hier stellten sich zwei sehr unterschiedliche Geschichtswerkstätten vor. Der Vortrag von Margret Markert über die Geschichtswerkstatt Wilhelmsburg (GWW), Hamburg, machte deutlich, wie offen diese Werkstatt auf die Bedürfnisse, Interessen und Ausdrucksformen der Wilhelmsburger Bevölkerung reagiert. Ihre Veranstaltungen haben etwas Volkstümliches im besten Sinne des Wortes. Das zeigt sich zum einen in den Formen der Arbeit wie theatralischen Inszenierungen auf der Straße und bei Festen oder in Ausstellungen, die Räume jenseits bildungsbürgerlicher Hoheitsgebiete erobern und sich etwa in einer traditionsreichen Gaststätte, in Läden und Kneipen präsentieren. Auch die Themen der GWW sind eng mit den Lebenserfahrungen und Wahrnehmungen der StadtteilbewohnerInnen verknüpft und werden gemeinsam mit ihnen erarbeitet. So thematisiert die GWW mit ihrem neuesten Projekt "williams @ wilhelmsburg" Probleme von MigrantInnen. Heute sind 35% der BewohnerInnen des Stadtteils Eingewanderte, Anfang des letzten Jahrhunderts hingegen wanderten viele Hafenarbeiter aus Wilhelmsburg mit ihren Familien in die USA aus - Anlass für die Werkstatt zu fragen, wo sich Geschichte und Geschichten der Menschen von damals mit denen von heute begegnen.

... oder doch Geschichtswissenschaftler?

Die Berliner Geschichtswerkstatt (BGW) war zunächst ebenfalls stark stadtteilverankert, dehnte jedoch bald ihre Aktivitäten über die Grenzen des Bezirkes aus. Dabei profitierte sie von dem "warmen Geldregen", der sich im Vorfeld der 750-Jahrfeier Berlins im Jahre 1987 über die Westberliner Kulturszene ergoss. "Vom Umfang, der Themenvielfalt und der Motivierung der MitarbeiterInnen her gesehen hat die BGW im Jahr 1987 wahrscheinlich den Höhepunkt ihrer gesellschaftlichen Mobilisierungsfähigkeit erreicht", sagte Gisela Wenzel, die die BGW mitbegründet hat. "Die allenfalls mit bescheidenen Honoraren bezahlten Projekt-MitarbeiterInnen zählten damals an die 100 Personen." Diese goldenen Zeiten sind freilich längst vorbei. Nach dem Fall der Mauer wurden die Gelder aus dem Kulturetat vorzugsweise für den Bau von Stasi- und Mauer-Gedenkstätten und für Projekte zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte eingesetzt. Ansonsten hat die Wende die BGW nur wenig verändert. Kontakte nach Ost-Berlin, in den Jahren vor dem Mauerfall geknüpft, erwiesen sich als wenig beständig, die Ostberliner Geschichtswerkstatt setzt erheblich mehr auf Professionalisierung und die akademische Förderung ihrer Mitglieder als die BGW. Allerdings hat die Dampfergruppe, die historische Stadtrundfahrten auf einem Schiff durchführt, nach dem Mauerfall Ostberliner Gewässer erobert. Zudem öffnet sich die BGW den östlichen Nachbarn: Seit Mitte der 1990er Jahre arbeitet ein Projekt zur NS-Zwangsarbeit intensiv mit osteuropäischen Opferverbänden zusammen, um die Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen durch die Berliner Rüstungsindustrie zu erforschen. In diesem Kontext setzt sich die BGW auch dafür ein, dass ein ehemaliges Barackenlager in Berlin-Schöneweide erhalten und als Dokumentations- und Begegnungszentrum zur NS-Zwangsarbeit genutzt wird.

act local, think global

Geschichtswerkstätten haben Zukunft! Das ist das Ergebnis von Michael Zimmermanns Überlegungen zu den Perspektiven der Werkstätten. Zimmermann hat sich schon lange von der Geschichtsbewegung gelöst und provozierte die PraktikerInnen mit der These, dass die Geschichtswerkstätten nichts anderes seien als eine - freilich linke - Variante der vom Bildungsbürgertum getragenen Geschichtsvereine. Wie diese würden sich die Werkstätten einem Bildungs- und Aufklärungsauftrag verpflichtet fühlen, sich auf Lokal- und Nationalgeschichte beschränken und in eben jenen Vereinsstrukturen arbeiten, die die Geschichtsvereine und Patriotischen Gesellschaften seit der Aufklärung prägen. Eine gewisse Neigung zur "antiquarischen Geschichte" im Sinne Nietzsches sieht Zimmermann in dem oft beschränkten Gesichtsfeld der Geschichtswerkstätten und der Zuwendung zu den "Massen", also den mit Nietzsche "niedersten Lehmschichten der Gesellschaft".

Natürlich solle man nun keineswegs eine monumentalische Historie betreiben, sondern eine kritische, so Zimmermann. Dabei gelte es zwar, die fragmentarische Geschichtsschreibung gegen Sinnzumutungen zu mobilisieren und die großen Meistererzählungen von Marx und Hegel klein zu arbeiten. Dennoch dürften Begriffe wie Geschichte und Gesellschaft nicht über Bord geworfen werden und auch der Abwendung von ökonomischen Fragestellungen sei entgegen zu steuern. Für die konkrete Praxis der Geschichtswerkstätten fordert er, dass sie zwar weiterhin in den Stadtteilen verankert bleiben, gleichzeitig jedoch angesichts der Globalisierung die gesellschaftliche Mobilität berücksichtigen und sich auch fremder Geschichte zuwenden sollen - wie es etwa das Projekt "williams @ wilhelmsburg" tut. Den alten Zielen wie einer demokratischen Geschichte, sozialer Gerechtigkeit und der Neugierde vor Ort gelte es treu zu bleiben; doch dürfe man theoretische Rückbezüge auf nationale und internationale Debatten nicht vernachlässigen und solle die Arbeit selbstreflexiver vernetzen.

Das Bedürfnis nach Vernetzung und Austausch ist groß, das hat die Hamburger Konferenz gezeigt, und man kann den Veranstaltern nur danken für die anregenden Debatten. Denn die Arbeit der Werkstätten ist keinesfalls überflüssig geworden. Man kann vielleicht sogar Zimmermanns These umkehren: Viele einst verstaubte Heimatmuseen und Geschichtsvereine haben inzwischen die Methoden, ja sogar die kritischen Implikationen der Geschichtsbewegung aufgenommen und sind zu Geschichtswerkstätten mutiert. Die allerdings haben noch immer eine "Scout-Funktion", so der ansonsten eher kritisch-spöttische Zimmermann; die Kreativität der Geschichtswerkstätten ist unverzichtbar. Nicht nur, was die Themenwahl anbelangt, die Sinn für die jeweils brennenden Fragen zeigt, sondern auch im Hinblick auf die vielfältigen Vermittlungsformen, die Theater und Tanz, Film und Musik, Stadtführungen und Tourismus, Workcamps und neue Gedenkorte umfassen.

Angela Martin

33. Die Menschen hinter den Glitzerfassaden. Die Filme des Regisseurs Lau Shing-Hon über Geschichte & Alltag Hongkongs

Die Filme des Regisseurs Lau Shing-Hon werfen einen Blick auf Geschichte & Alltag Hongkongs

Autor: Carl Mosel · Rubrik: China; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:12

Männer mit Schilden und Schlagstöcken stehen Menschen gegenüber, die nur mit Hose und Hemd bekleidet sind. Die Unbewaffneten stimmen einen Sprechchor an und zeigen auf die dichten Reihen der Helmträger. Szenenwechsel: Eine ähnliche Situation, erst statisch - dann schießen die Polizisten Tränengasgranaten ab. Die Menge flüchtet panisch. Auf einer Straße brennt eine Barrikade aus Körben und Möbeln. Polizisten verfolgen mit Schlagstöcken einzelne Menschen in Wohnblocks hinein. Ein blutüberströmter Mann wird auf eine Lastwagenladefläche gezerrt. Neue Szene: ein Balkonflur. Die Kamera fährt den Flur entlang und filmt in davon abgehende Zimmer herein. Menschen sind fest gebunden und Polizisten schlagen mit Stöcken auf sie ein oder tauchen sie mit dem Kopf in gefüllte Waschbecken.

Es sind diese wackeligen, schwarz-weiß gefilmten Szenen, die den Film The Final Night of the Royal Hong Kong Police vermutlich die Teilnahme am Hongkonger Filmfestival gekostet haben. Die Szenen zeigen eigentlich "nur" den typischen Ablauf einer Auseinandersetzung zwischen Ordnungsmacht und Bevölkerung. Schauplatz ist hier das insbesondere im Westen eher als befriedete Glitzerwelt eines boomenden Kapitalismus bekannte Hongkong - das Jahr: 1967. Die gegnerischen Parteien sind die unter britischer Kolonialaufsicht stehende Polizeimacht von Hongkong und AnhängerInnen der kommunistischen Partei Hongkongs.

"Ich habe in Hongkong nach Fernsehaufnahmen aus dieser Zeit gesucht, aber keine gefunden. Sämtliches Material ist wohl vernichtet worden. Nach intensiver Recherche fand ich Archivmaterial bei der halbstaatlichen Fernsehanstalt BBC in London. Sie war bereit, mir das Material zu verkaufen," sagt der Regisseur Lau Shing-Hon aus Hongkong im Interview mit ak. Lau hat mit dem ersten Teil seines zweiteiligen Spielfilms unter dem Titel One Body Two Flags ein verdrängtes Kapitel der Geschichte des heute als "Sonderverwaltungszone" bekannten Territoriums Chinas geöffnet. "Die Vorgänge des Jahres 1967 sind ein heikles Thema. Das von mir verwendete Archivmaterial ist weder in Hongkong noch in London jemals gezeigt worden", erklärt Lau, der seit 1994 Dekan der Abteilung "Drehbuch und Theorie" der Film- und Fernsehakademie von Hongkong ist.

Verdrängte Geschichte eines Aufstandes

Ein Dokumentarfilm ist One Body Two Flags aber noch lange nicht. Der einstündige, spannende Film erzählt im Rückblick die Lebensgeschichte Sonnys, eines 48-jährigen Hongkonger Polizisten, der am 30. Juni 1997, wenige Stunden vor der Machtübergabe durch Großbritannien an die Volksrepublik China, von Straßenräubern erstochen wird. Nun liegt er im Sarg unter der britischen Flagge und lässt (aus dem Off) den vergangenen Tag Revue passieren. Er hatte seinen 60-jährigen Cousin Wai zum Flughafen gefahren, der vor Ankunft der "Kommies" das Land verlassen muss. Wai, eine ehemaliger Polizist, hatte Sonny dazu gebracht, ebenfalls in die Royal Hong Kong Police einzutreten. Bei der Niederwerfung des Kommunistenaufstandes 1967 war Wai an Folterungen, Vergewaltigungen und vermutlich auch an Tötungen beteiligt. Nun flieht er nach Kanada; mit Hilfe der Bestechungsgelder und Verbindungen aus seiner Dienstzeit ist er als Unternehmer reich geworden. Die Autofahrt durch Hongkong zum Flughafen bildet den äußeren Rahmen für Sonnys Erinnerungen. Der Cousin Wai verteidigt dabei vor Sonny sein Leben und damit die offizielle Geschichte Hongkongs seit dem 2. Weltkrieg.

Szenen in schwarz-weiß zeigen das Aufwachsen Sonnys in den Fünfzigerjahren: Der Vater ist arbeitslos, die Mutter verdient das Geld für die Familie als Prostituierte. "Das ist relativ repräsentativ für diese Zeit", meint Regisseur Lau. "In schwierigen Zeiten sind die Männer arbeitslos, und die Frauen müssen das Geld mit prekären Arbeiten verdienen. In den Fünfzigern und Sechzigern gab es viele britische und US-amerikanische Soldaten in Südasien, beispielsweise im Gefolge des Vietnamkrieges. Es entwickelte sich eine Art

Dienstleistungsökonomie für Haushaltshilfen und Prostituierte in Hongkong, so wie das heute in Thailand oder China der Fall ist."

Dennoch kennt der Protagonist Sonny auch idyllische Zeiten beim Tischtennisspielen mit Freunden oder wenn der Cousin Wai ihnen erklärt, wie das mit dem Sex funktioniert. In One Body Two Flags wird aber wenig übertüncht. Der durch Glücksspiel hoch verschuldete Vater erhängt sich, und Sonny tritt mit 18 in die Polizei ein. 1967 bricht der Kommunistenaufstand aus; Sonny wird als Polizist Zeuge der brutalen Straßenkämpfe und Folterungen. "Die Aufstände dauerten fast ein Jahr vom Mai 1967 bis zum Frühjahr 1968. Es gibt darüber fast keine englischsprachige Literatur und nur sehr wenig auf Chinesisch", erklärt Lau. Dies ist auch der Grund, warum er von 1996 an fünf Jahre lang für seinen Film recherchiert hat. Dennoch wollte er sich eigentlich gar nicht so aktiv in die Geschichtsschreibung einmischen: "Es ist ein sehr persönlicher Film. Wenn Leute ihn in Hongkong sehen, ist das auch immer eine sehr emotionale Angelegenheit. Bei einer der wenigen Aufführungen waren Teilnehmer des kommunistischen Aufstands dabei. Es folgte eine sehr emotional geführte Debatte, und viele brachen in Tränen aus."

Weder die britische Regierung noch die kommunistische Führung in Beijing wollten sich aber mit diesem Kapitel der Geschichte auseinander setzen, so Lau, und auch die Bevölkerung in Hongkong wolle diese Episode einfach vergessen. Seit dem Hongkonger Börsenkrach im Oktober 1997 und einer Mitte der Neunzigerjahre einsetzenden Krise des Immobilienmarktes glauben viele, dass sie jetzt genug andere Probleme hätten. Insbesondere die Mittelschicht hat ihre Ersparnisse in Immobilien angelegt und nun einen Großteil ihres Vermögens verloren.

Wie anders waren da die dreißig Jahre, die folgten, nachdem die Straßen 1968 von den Resten des Kommunistenaufstandes gesäubert worden waren. Eine Zeit der Prosperität, des Wohlstandes und industriellen Erfolgs erfasste weite Teile Hongkongs. "Hongkong war durch die britische Kolonialherrschaft vor vielen Grausamkeiten beschützt", erläutert Lau diese Episode. "Der ‚Große Sprung Vorwärts' und die ‚Kulturrevolution' haben auf dem chinesischen Festland sehr vielen Menschen das Leben gekostet und großes Unheil angerichtet. Viele Bewohner Hongkongs kommen ursprünglich vom Festland, sie sind nach 1949 vor den Kommunisten aus Shanghai und ähnlichen Orten geflohen; sie sind Überlebende", so Lau.

In den Zwanziger- und Dreißigerjahren sei das zentral an der Ostküste gelegene Shanghai das internationale Handelszentrum Chinas gewesen. Ohne die kommunistische Führung in Beijing und die Flüchtlinge vom Festland wäre Hongkong, das mit einer Fläche von der Größe Berlins heute über sechs Millionen Einwohner zählt, nie zu der Metropole geworden, die es heute ist, meint Lau. "Eine Situation voller, voller Ironie", schüttelt er den Kopf. Heute boome Shanghai wieder wirtschaftlich, vor allem weil Geschäftsleute aus Hongkong dort investierten. Irgendwie, so scheint es, schließt sich der Kreis wieder.

Trügerische Wohlstands-Idylle

Trotz wirtschaftlichen Aufstiegs zeigt One Body Two Flags ein anderes Hongkong der Neunzigerjahre. Bei Sonny zuhause bietet sich kein schönes Bild. Er wohnt in einer kleinen, schäbigen Wohnung. Seit das jüngste Kind vor 20 Jahren geboren wurde, hat das Ehepaar keinen Sex mehr gehabt, wie seine Frau gesteht, ihre Bedürfnisse seien "einfach verschwunden". Darüber, ob Sonny Sex mit anderen Frauen habe, verbittet sie sich jede Spekulation (er geht regelmäßig zu Prostituierten). Sonny schweigt zuhause eisern und schaut fern. Die zwei erwachsenen Kinder - der Sohn hat sein Abitur vergeigt und kann nicht auf die Universität, die Tochter erklärt, ihr Job "stinke" - wollen nach Kanada auswandern. Eine breit ausgetretene "Migrationsstraße" führt für Menschen aus Hongkong dahin, wie auch in die USA und nach Großbritannien, wo sie meist als "Bürger zweiter Klasse" in eigenen Vierteln leben. Sonny will bleiben, er hat sein ganzes Leben in Hongkong verbracht - man könne doch nicht einfach so abhauen. Viel mehr Gründe fürs Bleiben findet er allerdings nicht.

Näher an die Gegenwart heran als Teil 1 rückt The Fifth, der zweite, im Videoformat gedrehte Part von The Final Night of the Royal Hong Kong Police. Die Geschichte handelt vom Mädchen Fon und Jungen Wah, beide Anfang der Siebzigerjahre geboren. In der Grundschule haben sie sich bereits ineinander verliebt. Als am 4. Juni 1989 die Protestbewegung in Beijing am Platz des Himmlischen Friedens blutig niedergeschlagen wird, versinkt Fon in Depressionen und schmeißt das Abitur. Wah schafft das Abitur und tritt als Motorradstreife in die Verkehrspolizei von Hongkong ein. Seiner Meinung nach muss jeder schauen, wo er bleibt. Fon dagegen

wird Musikerin einer Avantgarde-Rock-Band und tritt allabendlich in Kneipen an der Ausgehmeile Lan Kwai Fong auf.

Das Leben des Paares wird dann acht Jahre nach dem Massaker auf eine harte Probe gestellt: Der pragmatische Wah muss als Polizist die Machtübergabe zwischen Prince Charles und Präsident Jiang Zemin schützen. Die politisch aktive Fon will gegen das Vorgehen der Volksrepublik demonstrieren. Es kommt, wie es (im Film) kommen muss(te): Am Abend des 30. Juni 1997 stehen sich Fon und Wah auf verschiedenen Seiten der Polizeiabsperrung gegenüber. Er verhaftet sie, lässt sie aber dann laufen. Der Film schließt mit offenem Ende: Das pragmatische, geschäftstüchtige und das politisch nonkonformistische Hongkong leben weiter zusammen, aber unter veränderten Bedingungen.

The Fifth enthält in Montagetechnik Archivbilder von Protesten und dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens und von den Demonstrationen vor dem Ort der Machtübergabe in Hongkong, die der Co-Regisseur Lau damals selbst gefilmt hat. Der Titel spielt übrigens auf Beethovens 5. Symphonie an, die der Polizeichef lautstark abspielen ließ, um PolitikerInnen und Ehrengäste vor dem Lärm der Protestierenden zu schützen. The Fifth zeigt schöne Panoramaaufnahmen von Hongkong und intime Porträts einzelner Stadtteile und Kneipen.

Dieser zweite Teil von The Final Night ist simpler konstruiert als One Body Two Flags. Die konkreten Ziele der Menschen in der so genannten Demokratiebewegung werden kaum beleuchtet. Ihre Forderungen werden vorwiegend durch die Parolen der dokumentierten Demonstrationen vermittelt. Und die sind entweder vage - "lang lebe die Demokratie" - oder auf ein sehr konkretes, kurzfristiges Ziel orientiert - "lasst die Demokraten frei". Eine Bewegung gegen die Machtelite in Beijing wird sich am Sturz der Regierungen des Ostblocks messen lassen müssen. Die "Demokratiebewegung" dürfte in Analogie sowohl Linke versammeln, die gegen staatliche Repression, Ausbeutung und Todesstrafe sind, als auch beispielsweise Unternehmer, die sich durch die Aneignung von Staatsbetrieben in einer kommenden "Demokratie" kurzfristig riesige Gewinne erhoffen.

Chinesisches Kino in Europa

Lau Shing-Hon hat seine filmische Ausbildung in den USA erhalten und kehrte 1975 nach Hongkong zurück. Er hat früher als Independent-Regisseur recht hochqualitative Thriller und Gangsterfilme gedreht, so zum Beispiel House of the Lute (1979) oder The Head Hunter (1982) mit dem bekannten Hongkonger Schauspieler Chow Yun Fat. Die Filmstadt Hongkong ist sonst eher für primitive Kampf- und Fantasystreifen bekannt, die in Deutschland in privaten Fernsehsendern zu ungünstigen Zeiten laufen.

Es scheint, dass Filmschaffende in der "Sonderverwaltungszone" beginnen, eine filmische Sprache zu entwickeln, die den Herausforderungen der Zeit angemessen ist. Beim international angesehenen Filmfestival Mannheim-Heidelberg im November war One Body Two Flags sehr erfolgreich. Das chinesische Kino, das in Europa mit dem stark mit allegorischen und archaischen Bildern arbeitenden Zhang Yimou (Hero, Die rote Laterne, Das rote Kornfeld) neuerdings an Ansehen gewinnt, könnte sicher auch einen sich enger an das alltägliche Großstadtleben unserer Zeit anlehnenden Regisseur gebrauchen.

Carl Mosel

The Final Night of the Royal Hong Kong Police (China, 2002. Kantonesisch mit chinesischen und englischen Untertiteln). Teil 1: One Body Two Flags, Regisseur Lau Shing-Hon, 60 min. Teil 2: The Fifth, Regisseure Lau Shing-Hon und Steve Cheung, 50 min.; Aufführungen sind demnächst für verschiedene osteuropäische Filmfestivals geplant.

34. kras'nyj: rot, schön, hold, klar

Autor: Klaus Viehmann · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:23

Paris, November 2003. Vom Place de la République aus bewegt sich die ESF-Demonstration in Richtung Bastille. Etwa 100.000 Menschen ziehen stundenlang Richtung Innenstadt. Vor die prominent besetzte erste Reihe mit Bsirske von verdi und Schmitthenner von der IG Metall setzte sich kurzerhand ein Block prekärisierter KulturarbeiterInnen. Unterstützt von italienischen und skandinavischen Disobbedienti sowie autonomen Berliner Gruppen biegen sie bei der ArbeiterInnen-Sozialkasse von der vorgesehenen Route ab, um gegen die jüngsten Kürzungen zu protestieren. Nach einer kurzer Rangelei mit der dort stark präsenten Polizei geht's weiter.

Paris, Mai 1968. "Was habe ich an diesem Montag, dem 6. Mai, im fiebrigen Quartier Latin gesucht, wo der bittere Mandelgeruch des Tränengases in der Luft hing? Ich glaube, ich habe mir von diesen Ereignissen, die mir wie eine Revolution erschienen, alles erhofft. Ich wollte ‚alles, und zwar sofort ... Ich wollte auch, dass die Politprofis à la Guy Mollet, à la Mitterrand und Konsorten, die während des Algerienkriegs schon tausendmal ihre Ehre verloren hatten, sich nicht einmischten in eine Bewegung, die ihnen von Anfang an feindselig gegenüberstand. Was habe ich sie gehasst, diese alten Taschenspieler auf den Podien!"

Paris, Mai 1988. "Ich sagte mir, dass etwas passiert war. Etwas Grundlegendes, Entscheidendes. Der Boulevard St. Michel, den ich sprudelnd vor Leben und Betriebsamkeit, von Scharen fröhlicher junger Leute bevölkert gekannt hatte, glich jetzt einer der Prachtstraßen in den vornehmen Quartieren Afrikas, einer jener Zonen, die durch Armee und Polizei vor der hungernden Bevölkerung abgesperrt werden."

* * *

Frédéric H. Fajardie schildert in seinem jetzt auf deutsch erschienenen roman noir "Rote Frauen werden immer schöner" den Mai 1968 aus der Sicht von Freddy, eines proletarischen Linksradikalen, der im Gegensatz zu seinen Genossen aus gutbürgerlichem Haus alles riskiert - er erschießt einen faschistischen Polizeikommissar, muss Frankreich verlassen und verbringt 20 Jahre in Afrika, bis er 1988 ins Paris der Mitterand-Jahre zurückkehrt. Die meisten seiner GenossInnen haben sich mit den Verhältnissen arrangiert. Und das einzige, was ihm aus seinen alten Überzeugungen geblieben ist, ist seine Liebe aus dem Mai 1968 zu einer Genossin - auf die Suche nach ihr macht er sich.

Fajardie springt in dem Roman zwischen 1968 und 1988 und wirft einen verächtlichen Blick auf die Mitterand-Jahre. Wer im Pariser Mai 1968 für eine revolutionäre Gesellschaftsveränderung gekämpft hatte, sah die 1980er als einzige Enttäuschung. Eine linke Regierung war an die Macht gekommen, aber geändert hatte sich nichts. Fajardie im Rückblick: "Vielleicht, wenn wir im Mai entschlossener und entschiedener gekämpft hätten, um die Welt zu verändern, dann wäre alles anders geworden." Er war 1968 in der militanten maoistischen Gauche Prolétarienne organisiert. Sein Vater kämpfte in der französischen Résistance und auch nach 1945 gehörten die alte britische Sten-MP und Handgranaten zum Haushalt. Die Sten wurde im Mai 1968 unter dem Mantel bereitgehalten: "Wenn die Polizei auf die Demonstrationen geschossen hätten, hätten wir zurück geschossen", sagte Fajardie bei einer Lesung. "Wir hätten vermutlich eine Niederlage eingesteckt, aber wer weiß, vielleicht wäre es doch besser gewesen - historisch gesehen." Und: "Alles mir wichtige habe ich in jener Zeit grundsätzlicher Entscheidungen gelernt."

Neben der Sten-MP, die dem Polizeikommissar den Tod bringt, finden sich weitere autobiografische Elemente. Die Zeit des Romanhelden in Afrika, die im Buch leider kaum ausgeführt wird, beruht auf den Berichten portugiesischer Kolonialsoldaten, die aus Angola desertiert waren und bei den Fajardies bis zur Nelkenrevolution 1974 Unterschlupf gefunden hatten. Sicher auch nicht zufällig, wenn der Romanheld sagt: "Ich war seit 1967 für Rotchina und die große proletarische Kulturrevolution auf die Straße gegangen, weil die Darstellung des Marxismus in dem ‚Kleinen Roten Buch mir verständlich erschien, mehr noch: mein spontanes Verständnis - und das ist die ganze Raffinesse dieses Werks - ließ mich glauben, ich sei intelligent und gebildet. Es ist die große Stärke von Bauernfängern, wie man begriffen haben wird, dass sie ihre Beute nie mehr aus den Fängen lassen: Sobald ich zwei Gläser gebechert habe, werde ich wieder zu dem, was ich im Mai 1968 war: ein Pro-Chinese, der letzte Maoist. Der Geist meiner Familie ist schon immer in die Ferne

geschweift. Mein Großvater war praktizierender Anarchist, er wurde im Ersten Weltkrieg getötet; meine Großmutter, Schrankenwärterin an einem Bahnübergang in Champigny, versperrte mutig einer Ladung schnurrbärtiger Polizisten den Weg - sie sagte: Schnurrbärte wie die Bourgeois! -, die dem ‚Silver Ghost-Rolls-Royce von Jules Bonnot (dem ersten motorisierten Bankräuber, Anm. ak) auf den Fersen waren. Papa wiederum interessierte sich vor allem für Bakunin, obwohl er kein Theoretiker war, und zu meinem Schulabschluss hatte er bei einem seiner Freunde, einem Maler, der nach Fotos arbeitete, das Porträt eines Offiziers von Pancho Villa bestellt, der mit der Zigarre zwischen den Zähnen seinem Erschießungskommando zulächelt."

Mit anderen Worten: Eine aufregende Familie, um die ihn alle beneiden können, die aus Verhältnissen, wie sie in Oberhausen oder Bielefeld üblich sind, kommen.

"Rote Frauen werden immer schöner" ist wie ein Krimi geschrieben, interessanter als der Plot sind aber die in ihm enthaltenen politischen Aussagen. Bücher und Schriftsteller wie Fajardie, die - in Frankreich sogar ziemlich erfolgreich - heute noch revolutionäres militantes Gedankengut unter die Leute bringen wollen, gibt es in Deutschland so gut wie gar nicht. Solche Bücher liegen wie Blei bei den bürgerlichen Verlagslektoren oder später in den linken Eckchen fortschrittlicher Buchläden.

Freddy wäre auf der ESF-Demo vielleicht mitgelaufen, aber die alte Sten-MP hätte er für diesen Anlass wohl kaum ausgepackt. Und wenn er in Afrika russisch gelernt hat, gefällt ihm sicher die schöne Mehrdeutigkeit von "kras'nyj": rot, schön, hold, klar.

Klaus Viehmann

Frédéric H. Fajardies: "Rote Frauen werden immer schöner", Assoziation A, Berlin 2003, 191 Seiten, 12 Euro.

35. Bilderwelten des Sozialismus. Kunsthaus Dresden zeigt produktiven Umgang mit sozialistischer Kunst

Das Kunsthaus Dresden zeigt einen produktiven Umgang mit sozialistischer Kunst

Autor: Wanda Wieczorek · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:02

"Bruder, unbekannter Bruder, Bruder, du bist nicht allein. Mit der Arbeit meiner Hände steh ich für dich ein." So lautet die erste Zeile eines Liedes, das Jungpioniere der DDR noch in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts sangen. Ein ganzer Kosmos von Idealen der Solidarität, der Internationalität und gemeinsamen Arbeit im Dienst des Sozialismus verbindet sich damit. Diese Zeile inspirierte die Kunsthistorikerin Christiane Mennicke, seit April 2003 Leiterin des Kunsthaus Dresden, für den Titel der Ausstellung Unbekannte Schwester, unbekannter Bruder, die dort noch bis Mitte Januar zu sehen ist.

Die Schau versammelt zehn zeitgenössische künstlerische Positionen, die eine Auseinandersetzung mit den verschiedenen Ikonographien und Traditionen sozialistischer Kunst sichtbar machen. Jenseits der im Moment verstärkt geführten deutsch-deutschen Auseinandersetzung um das ästhetische Erbe des Sozialismus (z.B. in der Berliner Ausstellung Kunst in der DDR in der Neuen Nationalgalerie) wird mit der Auswahl ein internationales Spektrum eröffnet, das den Blick auf Bildwelten verschiedener historischer Zeitpunkte und geographischer Orte lenkt. Dabei verschränken sich die Beispiele aus u.a. Indonesien und Mexiko mit denen aus Deutschland in einer Weise, die es ermöglicht, internationale Bildsprache und heterogene historische Erfahrungen mit der eigenen Geschichte in Verbindung zu bringen und daraus ein produktives Verhältnis auch zur jüngeren deutschen Vergangenheit zu beziehen.

Eine zeitliche Klammer spannt die Videoinstallation Rückblick / Re-Viewing der in Dresden lebenden Janet Grau auf. 30 EinwohnerInnen Dresdens beschreiben vor der Kamera Gemälde aus der DDR und überführen die damals vorherrschende Bildsprache in das eigene zeitgenössische Vokabular. An Stelle einer Debatte über den Wert sozialistischer Kunst tritt die sehr persönliche Begegnung mit historischen Werken, über die zahlreiche Erinnerungen, aber auch Gefühle der Gegenwart wachgerufen werden.

Die KünstlerInnengruppe Taring Padi aus Indonesien befasst sich dagegen mit aktuellen politischen Ereignissen seit dem Sturz der Militärdiktatur 1997. In Dresden sind Poster aus Anti-Gewalt-Kampagnen zu sehen, die die Gruppe gemeinsam mit NGOs und zivilen Gruppen durchführt. In den Drucken vermischen sich traditionelle indonesische mit typischen sozialistischen Darstellungsweisen, etwa wenn der gemeinsame Kampf von Arbeitern und Bauern gegen die Machthaber aus Politik, Militär und Wirtschaft propagiert wird. Lucy McKenzie aus Schottland bezieht sich in der Werkgruppe Global Joy von 2001 auf das Wandfries von Walter Womacka am "Haus des Lehrers" in Berlin. Sie übernimmt die figürliche Bildsprache Womackas, führt aber in die Darstellung des "sozialistischen Alltags" Figuren und Motive ein, die mit einer Stilisierung der historischen Bildsprache brechen. Global Joy öffnet den Blick auf eine der möglichen Adaptionen des ästhetischen Erbes, auf die Funktionslogik pop- und subkultureller Bildwelten der Gegenwart.

Ein weiteres Beispiel für eine solchermaßen komplexe Bearbeitung des Themas ist die Installation Sala de Arte Publico Siqueiros der Hamburger Künstlerin Margit Czenki. Im Vorfeld der Ausstellung besuchte die Künstlerin den Sala, das ehemalige Wohnhaus des berühmten mexikanischen Wandmalers und Aktivisten David Alfaro Siqueiros in Mexiko-Stadt. 1969 wurde das Haus der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Es war nach dem Tod Siqueiros' 1975 unter der Leitung seiner Ehefrau Angelica Arenal lange Jahre Treffpunkt der lateinamerikanischen Linken und beherbergt heute das Archiv Siqueiros' sowie einen Ausstellungsraum für zeitgenössische Kunst. Die Kuratorinnen Itala Schmelz, Pilar Villela und Margara Laborde arbeiten dort mit dem schwierigen Erbe des widerspenstigen Künstlers und lange Zeit bekennenden Stalinisten, dessen politisch nach wie vor brisante Wandmalereien die mexikanische Verwaltung heute vor der Öffentlichkeit versteckt.

Sozialistische Kunst ist international

In Dresden projiziert Czenki die Arbeitsweise der Kuratorinnen des Sala in die Räume des Kunsthaus: Eine aufwendige Wandmalerei im Stile der von Siqueiros' entwickelten Technik der polyangularen Malerei füllt den gesamten Raum. Entlang der Wände erzählt eine Fülle von Fotos, Bildern, Textdokumenten und Filmmaterial

aus dem Leben und Werk des Malers, nähert sich seiner Identifikation mit dem nachrevolutionären mexikanischen Staat an, folgt ihm in die Inhaftierung durch die Regierung eben dieses Staats, dokumentiert seine ungebremste Schaffenskraft selbst im Gefängnis. Aus dieser Zeit stammende Solidaritätspostkarten von Grundschulen in Dresden, die Czenki im Archiv des Sala fand, stellen überraschend eine Verbindung zwischen dem Maler und der Stadt an der Elbe her.

Mit einer einseitigen Konzentration auf die Arbeit Siqueiros bricht Czenki durch das Augenmerk auf die innovative Praxis der Kuratorinnen. Das etwa einstündige Video This house has a lot of story veranschaulicht in Interviews, wie sich im Umgang mit der monströsen Ästhetik Siqueiros' neue Perspektiven aus der verdrängten Vergangenheit der politischen Kunst entwickeln lassen. Neben der Archivarbeit öffnen die Frauen das Haus für die zeitgenössische mexikanische Kunst und führen Symposien durch. Auf diese Weise fügen sie dem Werk Siqueiros' ihre eigene Geschichte hinzu und aktualisieren seine Arbeit für die heutige Zeit. Dies ereignet sich in Czenkis Installation auch für Dresden, etwa mit der Fotoserie von Siqueiros' Besuch des Mosaiks am Dresdener Kulturpalast - damals voll Stolz vorgeführt, verbirgt heute ein Baustellen-Netz die dargestellten Figuren auf dem "Weg zum Kommunismus". In Czenkis Arbeit wird deutlich, wie Bildwelten des Sozialismus Bedeutungsveränderungen durchlaufen, aber auch, wie ihre Aktualisierung gelingen und der Umgang mit ihnen unter veränderten Gesichtspunkten fruchtbar werden kann.

Die Öffnung zeitlicher und geographischer Klammern und die Fähigkeit, diese mit persönlicher Erfahrung in Verbindung zu bringen, macht eine besondere Stärke der Dresdner Ausstellung aus. Auf feinfühlige und komplexe Weise nähern sich die ausgestellten Positionen dem Erbe der sozialistischen Kunst in einer Zeit, die erst langsam die Zurückweisung aller ästhetischen Zeugnisse der ehemaligen sozialistischen Staaten zu überwinden beginnt. Nach Jahren der Destruktion und Ablehnung scheint im Kunsthaus Dresden die Möglichkeit auf, wie ein behutsamer und produktiver Umgang mit diesem Erbe angegangen werden kann.

Wanda Wieczorek

Die Arbeiten sind noch bis Mitte Januar zu sehen, ab 22.1.04 ergänzt durch einen zweiten Teil (bis 29.2.04). Unbekannte Schwester, unbekannter Bruder I mit Margit Czenki, Janet Grau, Lucy McKenzie, Ulrike Kuschel, Olaf Nicolai, Paulina Olowska, Marion von Osten, Florian Zeyfang, Theoretisches Fernsehen, Taring Padi, Kunsthaus Dresden, Rähnitzgasse 8, 01097 Dresden, www.kunst-haus-dresden.de

36. Ohren-Propaganda

Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:38

Neues von van Dannen

"Herzscheiße" heißt die neue CD von Funny van Dannen, die dieses Mal wieder mit Band aufgenommen wurde, wobei Akkordeon, Geige, Trompete, Kontrabass und mehr zum Einsatz kommen. Natürlich bleibt Funny van Dannen auch auf diesem Album seinem bekannten Humor treu, z.B. wenn er die räumliche Distanz lobt, die Sterben und Vögeln auf diesem Planeten gleichzeitig erlaubt. Fast humorlos nimmt er dagegen die neoliberalen Globalisierer aufs Korn, deren Sichtweisen auf diese Welt er einfach nicht teilen kann (Freunde der Realität). Und wenn gar nichts mehr geht, empfiehlt er: Baut kleine geile Firmen auf. Alles in allem ein echter van Dannen. (DSe)

26.1.2004 München, Atomic Cafe; 27.1. Erlangen, E-Werk; 28.1. Stuttgart, Theaterhaus; 29.1. Freiburg, Jazzhaus; 30.1. Mainz, Frankfurter Hof; 31.1. Oberhausen, Ebertbad; 9.2. Hamburg, Deutsches Schauspielhaus; 10.2. Bremen, Schlachthof; 11.2. Köln, Limelight; 12.2. Hannover, Pavillon; 13.2. Leipzig, Schaubühne Lindenfels; 14.2. Dresden, Star Club; 23. und 24.2. Berlin, Berliner Ensemble. www.trikont.de

Partisan 6 zu gewinnen

Das Kölner Label Day-Glo setzt seine Partisan-Samplerreihe nach zweijähriger Pause mit der Nummer 6 fort. Aus dem weiteren Punk-Umfeld versammelt sich auf dieser CD eine breite Palette von derzeit mehr oder weniger angesagten Bands: Die Toten Hosen sind dort ebenso zu hören wie Angelika Express, Rantanplan, Wir sind Helden, Fehlfarben, Britta, aber auch eine bisher unveröffentlichte Live-Aufnahme von Ton Steine Scherben. Ein wirklich schöner Überblick, der schnell mal erlaubt, sich einen Höreindruck diverser Bands zu verschaffen. 24 Bands und Songs sind auf Partisan 6 versammelt. Drei dieser CDs könnt ihr bei uns gewinnen. Teilt uns bitte per Mail an redaktion@akweb.de mit, wie der Song von Britta auf dem Sampler heißt. Und vergesst nicht, eure vollständige Postanschrift anzugeben, damit wir euch die CD auch zuschicken können! (DSe)

Partisan 6, www.day-glo.de

Lotta Continua

Gleich zwei neue CDs sind im HipHop-Label al dente erschienen. Als Doppel-CD gibt es "Her mit dem schönen Leben". Darunter zahlreiche aktuelle Rap- und Reggae-Größen von Silly Walks über Patrice, Torch, Blumentopf und Gentleman. Auf der zweiten Neuerscheinung hat sich Microphone Mafia mit der eigentlich nicht mehr existenten Anarchist Academy (Hannes Loh) zu einem Rap zusammengetan. Die neue CD von Microphone Mafia heißt "Lotta Continua" - womit die drei Kölner erneut deutlich machen, dass sie sich in einem antifaschistischen Kontext sehen. Das neue Album fasst zahlreiche Kolabos zusammen, also Songs, die die MicMafia in den letzten Jahren mit Unterstützung zahlreicher Freunde aufgenommen hat. (DSe)

"Her mit dem schönen Leben", Microphone Mafia: "Lotta Continua" www.al-dente-recordz.de

Herr Nilsson liest

Das musste ja so kommen, immerhin sagt man der Berliner Formation Herr Nilsson ohnehin seit längerem nach, dass sie Literatur, in musikalischem Pop verpackt, vortragen. Jan Böttcher, Sänger und Texter der Band, hat sich nun einen Textblock genommen und voll geschrieben, aber keinerlei Noten dazu gestellt: "Lina oder: Das kalte Moor" heißt die soeben bei Kookbooks veröffentlichte Erzählung. Eine westdeutsche Geschichte aus den 1980er Jahren, in einer kleinstädtischen Hochhaussiedlung irgendwo im Zonenrandgebiet an der Elbe. Eine humorvolle Teenager-Geschichte, zwischen Erwachsenwerden, Aufstand gegen elterliche Bevormundung, der ersten (und vermeintlich einzigen) Liebe, den radioaktiven Wolken aus Tschernobyl und den großen Plänen für die Zukunft. Das ganze aus der Ich-Perspektive und in der gewohnt knorrig-knappen Art, wie sie den Songs von Herrn Nilsson eigen ist. (DSe)

Jan Böttcher: Lina oder: Das kalte Moor, kookbooks _ Reihe Prosa,

104 Seiten, 14,40 Euro, www.kookbooks.de

Hörbare Fixsterne

Dass Musik wie eine Droge wirken kann, ist vermutlich nicht der Grund, warum die KämpferInnen zur Erhaltung der Hamburger Drogeneinrichtung "Fixstern" einen Sampler zusammengestellt haben, den man getrost Freundinnen und Freunden unter den Weihnachtsbaum legen kann. Neben so renommierten Künstlern wie Samy Deluxe, Uli Tukur, Schorsch Kamerun (von den Goldenen Zitronen als Sylvester Boy) oder Pudel-Club-Partner Rocco Schamoni gibt es jede Menge Hamburger Stuff: Les Garcons, Sven Panne, Armstrong, Prollhead und viele mehr. 23-mal gnadenloses Crossover für eine gute Sache, denn die Erlöse kommen allesamt dem Träger-Verein Freiraum des zurzeit von den MitarbeiterInnen besetzten Fixstern zugute. Also: Kaufen! (DSe)

fixstern bleibt/der sampler, zu beziehen über: freiraum-hamburg e.V.,

Steindamm 35, 20099 Hamburg, Tel.: 040/240728,

http://www.freiraum-hamburgev.de/

37. Musik zwischen Adorno und Mao Zedong. Kann Musik die Welt verändern? Reaktion auf den Schwerpunkt in ak 478

Autor: Thomas Schroedter · Rubrik: Diskussion; Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:15

Warum im Spätherbst diesen Jahres im Dschungel linker Medien so viele grundsätzliche Betrachtungen zu Musik und Revolution bzw. Musik und Politik angestellt werden, das wäre sicherlich eine eigene Untersuchung wert. Bemerkenswert ist der Spannungsbogen, der zwischen denjenigen liegt, die die Form als den wesentlichen Charakter der Musik betrachten und denjenigen, die inhaltliche Aussagen und den "Klassenstandpunkt" zum A&O der Musik erheben.

Auf der einen Seite der Adorno Schüler und Musiktheoretiker Heinz-Klaus Metzger in der Dezember-Ausgabe der konkret: "Die atonale Wiener Revolution war die imaginäre Vorwegnahme einer realen Revolution, die bis heute nicht stattfand, nämlich einer Revolution, die das Prinzip der Hierarchie stürzt." Demgegenüber sieht er die Popmusik als "ästhetisches Äquivalent des ökonomischen Faschismus". Die Abschaffung jeder Hierarchie zwischen Rhythmus und Melodie, oder zwischen laut und leise macht hier den revolutionären Gehalt von Musik aus.

Dem gegenüber stehen die Meinungen, die die Message der Musik, ihren zu vermittelnden Inhalt, für maßgeblich halten. So wie Adorno sich als Pate der "Form" anbietet sei hier sein Zeitgenosse Mao Zedong in Sachen "Inhalt" für diesen Posten ausgewählt: "Wir lehnen es auch nicht ab, die literarischen und künstlerischen Formen vergangener Epochen zu benutzen, aber in unseren Händen werden diese alten Formen, mit neuem Inhalt erfüllt, zu etwas Revolutionärem im Dienste des Volkes." (Mao Tse-tung, Reden über Literatur und Kunst in Yenan, Mai 1942) Oder wie Dennis Dubplate von den Beginner im September in der intro zitiert wird: "Genauso ist es, wenn irgendwelche Nazis Hip-Hop machen. Es ist nichts mehr, außer dass es so aussieht wie Hip-Hop, weil es da so einen Beat gibt und die eventuell Sprechgesang machen."

Dabei bleibt das Problem jener Kunst, die durch ihre Form alles vorgefundene in Frage stellt, dass es nur wenige historische Momente gibt, in der sich ihre Werke zum Mainstream aufschwingen. Die avantgardistischen MalerInnen der frühen Sowjetunion würden für mich dazu zählen. Wenn eine solche Kunst Massenkompatibilität erreicht, ist ihr in Frage stellendes Potenzial meistens schon auf und davon.

Der Wunsch einer Bewegung, die entsprechende Musik an die Hand zu geben, führt dazu, dass diese Musik auch eine Menge über die Bewegung aussagt. Der preußisch geprägte Sozialismus z.B. war eben auch eine Bewegung, die marschierte. Der Marschcharakter vieler Lieder der deutschen Arbeiterbewegung eröffnete den Nazis die Möglichkeit, ihre braunen Jungs mit entsprechendem Text dazu marschieren zu lassen. Erst wenn der Melodie der Marschrhythmus genommen wurde, konnte das Lied sich von dieser Herkunft befreien. Nur so konnte Shalom Katscherginski 1943 im Getto Wilna das "Einheitsfrontlied" zur Hymne für die Farejnikte Partisaner Organisazje (FPO) entwickeln. Wie anders klingt "Die Gettos, die Gassen verlasst. | Jeder Tritt hat seinen Klang. | Doch ein anderer Gesang. | Wenn du weißt wohin du gehst und wofür" als "Reih dich ein in die Arbeitereinheitsfront" und wie anders bewegt einen die Variante dieses Liedes in der Klezmermusik Version als der Marschrock der Ton Steine Scherben.

Musik und Bewegung

Der erste Teil der Frage, "ist Musik politisch und kann sie tatsächlich die Welt verändern", die Michael Schmidt-Salomon in der letzten ak aufwarf, wird sicher von keiner der Positionen verneint. Den zweiten Teil verneinen beide. Mit gutem Grund und auch wenn Michael Schmidt-Salomon ihn in der ak bejaht, er belegt diese gesellschaftsverändernde Funktion jedoch nicht. Musik kann, sehr wohl "imaginäre Vorwegnahme" sein, wie sie auch die Rebellion in "die Herzen jener Menschen, die in der tiefsten Provinz lebten" (M.S.) tragen kann, aber das ist noch nicht die Veränderung.

Die Auflösung dieser Frage wird in der Regel aus der Perspektive der Musikproduktion und der Musikkritik angegangen. Notwendig ist aber auch der Blick darauf, wie eine bestimmte Musik vom Konsumierenden verstanden und verarbeitet wird. Das ist heute angesichts der Medien, die die Popmusik in den letzten Winkel

der Erde tragen, von bestimmender Bedeutung. Die Produktion für eine Zielgruppe, bei der gewusst werden konnte, wie Inhalt und Form wirken, ist nur noch sehr eingeschränkt möglich. Die Produktion geschieht für den Markt. Der Gebrauchswert ist uninteressant, es genügt, dass einer vorhanden ist, damit das angebotene Produkt überhaupt verkauft werden kann.

Wer hört welche Musik?

Die Inhalte einer Bewegung und ihr entsprechender Auftritt & Stil hängen offensichtlich miteinander zusammen. Aber warum gerade weiße deutsche Mittelstandkids die sexualisierten Videos US-amerikanischer Hip-Hop Bands, in denen Frauen als Zubehör zu fetten Autos präsentiert werden, "geil" finden, sagt dagegen einiges aus über den Bewusstseinsstand dieser Kids. Auch die Botschaft, die von Rage against the Machine (RATM) ausging, wurde verstanden, auch wenn die Texte verschlossen blieben. Das bedeutet nicht im Umkehrschluss, dass alle Fans des US-amerikanischen Mainstream Hip-Hops knallharte Sexisten sind, oder RAT-Fans die Revolte im Herzen tragen.

Die unterschiedlichen Milieus eignen sich "ihre" Musik in einer Art und Weise an, die sicherlich medial beeinflusst ist, die aber ebenso in einer ständigen Wechselwirkung mit Form und Inhalt der entsprechenden Musikszene passiert. Die Bindung des Milieus an eine entsprechende Musik ist weiterhin vorhanden. Aber die Milieus sind durchgängiger geworden. Der Jungbanker, der seinen Job verliert, kann sich den Aufenthalt in der angesagten R&B Disco nicht mehr leisten und findet auf einmal Geschmack am Punkrock Schuppen. Die feste Zugehörigkeit zu einem Milieu, wie sie in den Zeiten des Wirtschaftswunderfordismus zu beobachten war, ist vorüber. Dass sich viele Musikgruppen dem Crossover verschiedener Genres verschrieben haben, nimmt im Grunde diese Situation auf und sagt: Besser geht es zusammen.

Der konkrete Gebrauchswert einer emanzipatorischen Musik entwickelt sich zur Zeit neu in verschiedenen Projekten und Ansätzen. Er muss mit dieser veränderten Situation umgehen und erneut versuchen Formen zu finden, die heute sicherlich andere sind, als die Musik Arnold Schönbergs oder John Cages. Eher sind es vielleicht die Versuche John Cales zwischen autonomer Musik und Rockmusik eine Brücke zu schlagen, oder Annie Di Francos Projekt auf ihrem eigenen Label der Mischung aus Folkrock und Jazz eine Punk Attitüde zu verleihen.

Thomas Schroedter

38. gender troubles aktuell

Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:45

Er kann an der Kasse abgeholt werden

Dass Männer Shoppen hassen und dass Frauen nur glücklich sind, wenn sie 50 Paar Schuhe im Schrank stehen haben, scheint immer noch einer der verbreitesten gender-Mythen zu sein. Nun gibt es - Witzigkeit kennt keine Grenzen - in Hamburg einen sogenannten Männergarten, indem die konsumfreudige "Sie" den quengelnden "Ihn" während der Shopping-Tour abgeben kann. Der Kleine kann dort basteln, Bier saufen, grölen, die attraktive Bedienung angraben und all das tun, was in Männerhorden sonst noch so üblich ist. Viel sinnvoller wäre es doch, den männlichen Exemplaren im Sitzen pinkeln, Plätzchen backen und bis zehn zählen beizubringen. Aber das wäre vielleicht schon zu anspruchsvoll.

TAZ, 15.12.2003

Vergewaltigungen in Abschiebehaft

Mindestens vier Frauen sind in Bremen in der Abschiebehaft von Polizisten vergewaltigt worden. Bekannt geworden sind diese sexistischen Gewalttaten nur durch einen Zufall. Im Mai 2003 fiel der Polizei während der Hausdurchsuchung bei einem Polizeibeamten in ganz anderer Sache entsprechendes Beweismaterial in die Hände: Der Polizei-Täter hatte sich während der Vergewaltigungen ablichten lassen (vermutlich von einem Kollegen) und die entsprechenden Fotos in tausendfacher Ausführung bei sich zu Hause liegen. Die Gewalttaten fanden im Zeitraum 1998/99 statt, die Frauen aus Osteuropa und aus Afrika sind mittlerweile längst abgeschoben. Bereits vor fünf Jahren hatte eine Frau den jetzt schwer belasteten Polizeibeamten des sexualisierten Übergriffs beschuldigt, die Ermittlungen wurden jedoch eingestellt. Auch jetzt wurde der Täter erst vier Monate nach dem Auffinden der Beweise vom Dienst suspendiert, und erst im November erfuhr die Öffentlichkeit von den Verbrechen. Ein Verwaltungsrichter a.D. soll nun als Externer die Ermittlungen leiten.

Bei der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen kann ein

"Offener Brief gegen sexualisierte Gewalt im Polizeigewahrsam" geordert werden:
Karawane_Bremen@web.de

Friedensnobelpreis für Shirin Ebadi

Die iranische Menschenrechtlerin Shirin Ebadi hat am 10. Dezember in Oslo als erste muslimische Frau den Friedensnobelpreis bekommen. Sie erhielt den mit 1,1 Millionen Euro dotierten Preis wegen ihres Einsatzes für die Rechte von Frauen, Kindern und politischen Gefangenen im Iran. Bei der Verleihung in Oslo sagte die 56-jährige Anwältin, dass der Preis ein Ansporn für die um die Anerkennung ihrer Rechte kämpfenden Frauen nicht nur im Iran, sondern in der gesamten Region sei. "Die patriarchalische Kultur und die Diskriminierung der Frauen, besonders in islamischen Ländern, werden nicht auf ewig andauern können." Die Iranerin kritisierte die USA für ihr Vorgehen nach dem 11. September 2001. Unter Bezug auf den US-geführten Kampf gegen den Terrorismus sagte sie, in den vergangenen beiden Jahren hätten "einige Staaten" die Ereignisse aus dem September 2001 als "Vorwand" genutzt, um universelle Prinzipien und Menschenrechte zu verletzen. Trotz Todesdrohungen fundamentalistischer Schiiten in ihrer Heimat verzichtete Ebadi bei der Verleihung in Oslo auf das im Iran gesetzlich vorgeschriebene Kopftuch.

www.diestandard.at

Neue Studie zu häuslicher Gewalt

Jede dritte Frau über 16 Jahre wurde, einer neuen Studie des Bundesfamilienministeriums zufolge, mindestens einmal im eigenen Haus Opfer von Gewalt. Die Täter sind überwiegend Männer (zu 86,4 Prozent). Seit Anfang 2002 gilt das Gewaltschutzgesetz des Bundes. Das regelt u.a., dass der Täter der gemeinsamen Wohnung verwiesen werden kann und dass die Polizei die Vorfälle anzeigen und an eine/n StaatsanwältIn weiterleiten muss. Dennoch ist die Dunkelziffer weiterhin hoch. Zwar wenden sich - so ExpertInnen - von Gewalt betroffene Frauen zunehmend aktiv an die entsprechenden Hilfestellen, jedoch führen die Sparvorgaben der öffentlichen Hand zunehmend zu einem Rückgang des Beratungsangebotes. So müssen etwa allein in Hessen acht von 40 Frauenhäusern demnächst schließen - so sieht es zumindest der

Haushaltsplan des CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch vor. Auch in den anderen Bundesländern wird bei den sozialen Einrichtungen, die Anlaufstellen für die von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen sind, massiv gespart, so dass immer mehr Notrufe, Beratungsstellen und Frauenhäuser ihr Angebot reduzieren bzw. ganz einstellen müssen. Die Broschüre kann beim Bundesfamilienministerium unter broschuerenstelle@bmfsfj.bund.de bestellt werden.

Frankfurter Rundschau, 26.11.2003

Vergewaltigungsszenarien gegen Raubkopierer

Die deutsche Filmwirtschaft setzt im Kampf gegen - wie sie es nennen illegale - Kopierer und Brenner auf eine groß angelegte Werbekampagne. Unter dem Titel "hart aber gerecht" wir in einem Kinospot gezeigt, wie Raubkopierer in den Knast wandern und bereits "freudig" erwartet werden. Von Gefängnisinsassen. Wegen ihrer "knackigen Ärsche". Weil sie sogenanntes "Frischfleisch" sind. Nur eine fiese Drohung? Nein, viel mehr: Man propagiert hier durch eine öffentliche Kampagne Selbstjustiz und den Vergeltungsgedanken. Die Kampagne "spielt" mit einem Offizialdelikt (§177 StGB), der Vergewaltigung. Und so ganz nebenbei werden Gewaltopfer re-traumatisiert. Die Abbildungen widerlich grinsender Knackis senden samt der zynisch bagatellisierenden Aufbereitung reihenweise Trigger, die für missbrauchte Männer, Frauen und Jugendliche lebensgefährlich werden können. Zusätzlich werden übelste Stereotypen bedient, indem männliche Gefängnisinsassen generell als potenzielle Vergewaltiger abgestempelt werden. Doch die Macher der Kampagne sehen all das als Mittel der "Parodie". Die Aktion sei bewusst "durchaus provokant und aggressiv" gehalten. Keine - womöglich einmalige - Entgleisung. Der Trend ist seit längerer Zeit sichtbar. Sich über Gewaltopfer "lustig" zu machen, tatsächliche Verbrechen zu bagatellisieren und zu instrumentalisieren, üble Stereotypen zu bedienen und dies als "Spiel", "Fantasie" oder Virtuelles zu deklarieren, ist inzwischen gang und gäbe.

Monika Gerstendörfer

www.lobby-fuer-menschenrechte.de

39. Kur für den Kopf. Lisa Politts linke Sprech- und Bühnenkunst

Autor: Tina Fritsche · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:37

Haste schon unterschrieben? Die schmale Frau wirft einen auffordernden Blick über den Tresen und deutet auf die Unterschriftenliste für den Erhalt der Drogenhilfeeinrichtung Fixstern. Die meisten Gäste wissen, dass die nachdrückliche Schokoriegelverkäuferin keine andere ist als Lisa Politt. Seit vier Monaten führt die scharfzüngige Kabarettistin gemeinsam mit ihrem langjährigen Bühnen- und Lebenspartner Gunter Schmidt Hamburgs charmantestes Haus für linke Sprech- und Bühnenkunst. Im Hinterland des Hamburger Hauptbahnhofs fanden Politt und ihr Kompagnon Schmidt ihr Eldorado. Das ehemalige Kino Neues Cinema diente dem Deutschen Schauspielhaus als Nebenspielstätte, bis im April 2003 der Betrieb eingestellt wurde. Für Politt und Schmidt, die seit beinahe 20 Jahren als Kabarettduo "Herrchens Frauchen" durch die deutschsprachige Kleinkunstlandschaft zogen, bot sich die Gelegenheit zur Sesshaftigkeit. Sie griffen zu und möbelten gemeinsam mit zahlreichen SympathisantInnen das abgewetzte Filmtheater zur kleinen, feinen Kabarettbühne auf. Als das Polittbüro am 1. September die erste Spielzeit einläutete, präsentierte es sich dem Publikum mit original türkisfarbener Kinobestuhlung und frisch gestrichenem Foyer. KabarettkollegInnen von Aprillfrisch über Fanny Müller und Nessi Tausendschön bis hin zu Corny Littmann unterstützten mit ihrem Auftritt den mutigen Schritt, in Zeiten der ewig propagierten Krise auf politisch motiviertes Theater zu setzen.

Zorn und anarchisches Lachen

"Für Comedy im landläufigen Sinne gibt es hier keinen Platz!", stellt Lisa Politt klar. "Hier wird von unten nach oben gelacht und nicht umgekehrt." Tucholsky habe seinen viel zitierten Satz sowieso ganz anders gemeint: "Satire darf eben nicht alles", sagt Politt. "Sie darf nicht plötzlich ihre Waffen nach unten richten. Das ist keine Satire, das ist Menschenverachtung." Comedy, hat Politt einmal presseöffentlich polemisiert, sei Kabarett ohne Hirn und habe die Form geklaut, dabei jedoch den Inhalt vergessen. "In allen gesellschaftlichen Dispositiven wird der gesellschaftliche Verlierer als der Superdepp dargestellt, der es einfach nicht besser verdient hat. Comedy macht dabei mit - und ich finde das zum Kotzen."

Manchmal kippt ihr Zorn in anarchisches Lachen, wenn sie ihre Sicht auf die Welt zuspitzt, Zweifel daran, dass es ihr bitter ernst ist, lässt sie dabei jedoch nie. Ihre messerscharfe Analyse psychologischer Muster und politischer Verhältnisse malträtiert zielsicher und bitterböse Hirn, Herz und Lachmuskeln ihres Publikums - egal, ob sie von der Bühne herab mit dem Publikum oder aber im Foyer ihres Theaters über einen Tisch hinweg mit Gästen spricht. Sie versprüht Herzblut, Leidenschaft und vor allem brillianten Scharfsinn. Die 46-jährige studierte Psychologin fordert von ihrem Gegenüber Kontakt, Widerspruch, Auseinandersetzung. Auf der Bühne vergisst sie nicht, dass "du innerhalb eines politischen Kabaretts nicht die ganze Zeit über Politik reden kannst, denn sonst schnarcht das Publikum weg". Sie weiß, und erinnert an Bertolt Brecht, dass die Form den Inhalt transportiert und dass die beste Form diejenige ist, die einen lustvollen, sinnlichen Kontakt zum Publikum knüpft. Mit Programmen wie "Rache", "Marika Rökk und ich - eine Zwangsvorstellung" oder "Vorläufiges Endergebnis" hat Lisa Politt mit Gunter Schmidt immer wieder bewiesen, dass sie das Repertoire der pointierten Unterhaltung perfekt beherrscht.

Es gibt so viel weiblichen

Humor ...

Kein Wunder also, dass nun auch die Verleiher des Deutschen Kabarettpreises, das Nürnberger Burgtheater, entdeckt haben, dass Lisa Politts sprachliche Schärfe und intellektueller Witz auszeichnungswürdig sind: Am 10. Januar 2004 erhält die gebürtige Braunschweigerin und Wahlhamburgerin den Preis, der bislang ausschließlich Männern wie Matthias Beltz, Matthias Deutschmann oder Arnulf Rating vorbehalten war. Dass sie als erste Frau den Kabarettpreis, der seit 1984 verliehen wird, bekommt, freut und ärgert sie gleichermaßen: "Viele Leute fragen, ob ich den Preis kriege, weil ich eine Frau bin. Ich sage, wenn ich keine Frau wäre, hätte ich den schon viel eher gekriegt. So 'rum wird ein Schuh daraus." Seit das Burgtheater Politt als künftige Preisträgerin benannt hat, werde ihr ständig die Frage nach der Existenz weiblichen Humors gestellt. "Klar", sagt sie, "der Ort des Beschreibens richtet sich nach dem Ort, den ich innerhalb des hierarchischen Gefüges der Gesellschaft innehabe." Und damit es auch wirklich alle verstehen, setzt sie

lachend nach: "Es gibt so viel weiblichen Humor wie männliche Arschlöcher." Aber Lisa wäre nicht Politt, wenn sie sich in die feministische Schublade einsperren ließe: "Wenn ich als Feministin meinen Blick nicht abstrahiere und auch auf andere Strukturen auch übertragbar mache, dann ist auch mein feministischer Blick nichts wert, oder sagen wir mal, er bleibt unpolitisch." Und unpolitisch, so Politt, sei höchstens ihr morgendliches Marmeladenbrötchen.

... wie männliche Arschlöcher

Politt und Schmidt verstehen sich als Teil des linken Netzwerkes, das seit Jahren gegen Ausgrenzung und Stigmatisierung arbeitet. So treten sie auf Veranstaltungen der Sozialpolitischen Opposition in Hamburg auf, kritisieren auch abseits der Bühne öffentlich die Drogen- und Abschiebepolitik des Senats und unterstützen bereits seit 1996 jugendliche unbegeleitete Flüchtlinge in Jugendwohnungen der Arbeiterwohlfahrt, indem sie praktische Hilfe, Geldspenden und Vormundschaften für die Jugendlichen organisieren.

Bis 2005 läuft der Untermietvertrag noch, den Schmidt und Politt mit dem Schauspielhaus abgeschlossen haben. Bereits in den ersten Monaten glänzte das Polittbüro mit einem Programm, wie es so an keinem anderen Ort zu sehen ist: Einzigartig die Vers- und Kaderschmiede des konkret-Autors Thomas Ebermann; unvergesslich die szenische Ariel-Dorfmann-Lesung mit Rolf Becker, überaus hinreißend Komikerinnen wie die Betancor, Käthe Lachmann, Martina Brandl oder Janice Perry. Immer wieder verlockend so illustre Namen wie Hannelore Hoger, Franz-Josef-Degenhardt oder Doris Gercke. Dazwischen selbstverständlich Herrchens Frauchen und Lisa Politt solo. Der tägliche Gang ins Polittbüro garantiert die tief greifende Kur für den Kopf.

"Mein Standpunkt ist nicht gerade modern", sagt Lisa Politt, "aber das ist sowieso das falsche Kriterium." Recht hat sie.

Tina Fritsche

Infos unter http://www.polittbuero.de. 19.12. - 21.12. und 25.12. - 30.12.: Best of Herrchens Frauchen (jeweils 20 Uhr. 12,50 Euro/ ermäßigt 10,00 Euro, jeweils 20 Uhr)

40. Der Fall Michael Jackson. Verlogenheit und Bigotterie der medialen Gesellschaft

Autor: Monika Gerstendörfer · Rubrik: Medien; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak479/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:14

Die Boulevard-Medien haben dieser Tage wieder einen Beschleuniger, um Auflagen und Einschaltquoten garantiert zu erhöhen: "Kindersex" in Kombination mit einem Weltstar. So hängen denn auch Kamerateams wie Trauben vor dem Gerichtsgebäude. Ein Bild von Michael Jackson in Handschellen! Das wär's!

Der Wahn ist so heftig, dass man darüber glatt aktuelle Kriegsverbrechen und Terroranschläge "vergisst". Gleiches gilt für die Frage, wem das alles nützt und wem das vor allem schadet. Das wird natürlich nicht thematisiert. Wen interessiert in diesen kreischenden, nach angeblichen Informationen gierenden Horden schon die grundsätzliche Problematik?

Die Zahl von Kindern, die täglich - vor allem in der eigenen Familie - sexualisierte Misshandlungen erdulden muss, wird nämlich nicht zum Skandal erklärt. Wieder einmal ...

Die Zahl der feigen Erwachsenen, die so etwas - in der Regel ungestraft - über Jahre verbrechen, dient ebenfalls nie der Skandalisierung. Wie immer ...

Die Realität muss dem Star weichen, der nun endgültig gerupft werden soll. Dabei will man unbedingt zusehen. Live!

Retraumatisierung von Opfern

Ob er den oder die Jungen tatsächlich misshandelt hat oder nicht, ist dabei relativ nebensächlich. Für das Niveau der heutigen Medienmacher reicht es, die desinformierten KonsumentInnen über "historische" Bildausschnitte zu manipulieren, sie mit tendenziösen "Informations"-Spots anzustacheln, auf diese Weise Stereotypen zu bedienen und damit die Volksseele zum Kochen zu bringen. Manche Sender werden noch eine Pseudo-Seriosität einflechten und ein paar PsychologInnen interviewen. Diese Sender sind noch verlogener, denn PsychologInnen sind nun mal nicht des Hellsehens mächtig.

Die Boulevard-Medien profitieren. Aber es profitieren noch weit mehr Leute: beispielsweise Pädokriminelle, die sich in ihrer Opferrolle bestätigt sehen werden. Sie sind schließlich moderne Märtyrer, weil man ihnen "Sex" mit Kindern einfach nicht gestatten will und die böse, böse Gesellschaft zu einer angeblichen Hexenjagd gegen sie aufgerufen hat.

Sexualisierte Gewalt ist keinen Skandal wert

Die Menschen, die von diesem medialen Theater nicht profitieren, sondern Schaden nehmen, sind selbstverständlich diejenigen, die sich seit Jahrzehnten in Wort und Tat dafür einsetzen, die perfideste Form der Gewalt gegen Kindern endlich wirklich zu bekämpfen. Doch das Schlimmste ist, dass allen betroffenen Kindern Schaden zugefügt wird. Nicht wenige werden durch diese widerliche "Berichterstattung" re-traumatisiert werden.

Überlebende Jugendliche und Erwachsene werden durch sensationsheischende Vokabeln wie "Kindersex" erneut verletzt und gedemütigt werden. Dabei hat sexualisierte Kindesmisshandlung mit "Sexualität" oder gar "Sex" überhaupt nichts zu tun! Und genau diese Aussage ist für sie geradezu überlebenswichtig: "Was mir angetan wurde, hatte mit Sex nichts zu tun. Es war pure Gewalt. Ein Totalangriff auf meine Persönlichkeit, auf meinen Körper und seine Grenzen, auf meine Seele!" Aber das ist der Boulevardpresse egal. Nein! Sie braucht diese Verknüpfung von "sex and crime" geradezu.

Und es gibt noch mehr üble Verknüpfungen, die stillschweigend propagiert werden und an Perfidität kaum zu übertreffen sind. So zeigt man Bilder über Bilder von Jacko mit Kindern und spielt danach Interviewsequenzen mit seinem Vater ein, der vor laufender Kamera in aller Ruhe erklärt, er habe seinen kleinen Sohn damals nicht geschlagen. Er habe ihn ausgepeitscht! Das Stereotyp, das hier medial bedient wird, ist ebenso alt wie falsch: "Wer als Kind misshandelt wurde, wird später selbst zum Täter." Wenn das der Fall wäre, dann bestünde die gesamte Weltbevölkerung längst nur noch aus Tätern. Merkwürdigerweise und völlig unlogisch nicht aus

Täterinnen, obwohl mehr Mädchen als Jungen sexualisiert misshandelt werden. Also ist die üble Verknüpfung doppelt perfide, indem sie misshandelte Jungen diskriminiert und ihnen - anstatt Hilfe zu gewähren und sie genauso wie Mädchen als Opfer zu sehen - schon mal vorab, quasi prophylaktisch, den potenziellen Täterstatus verpasst. Kein Wunder, dass die meisten Jungen niemals reden. Auch sie sehen solche "Berichte" oder hören, wie die Erwachsenen darüber reden. Das werden sie verinnerlichen und mit ihrem Leid weiter alleine bleiben.

Da ist man beinahe versucht, zynisch Beifall zu klatschen. Denn: alle Männer (und Frauen), die Kinder durch sexualisierte Gewalt traktieren, können in solchen Zeiten aufatmen. Die Medien samt Pöbel haben sich auf eine Person eingeschossen. Die steht im Vordergrund und schafft Zeit und Raum für viele weitere ungestörte Misshandlungen. Die werden hier und jetzt, massenhaft, täglich begangen.

Monika Gerstendörfer

www.lobby-fuer-menschenrechte.de

41. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak479/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:04

Allerweltsgeschichten

Was haben Sportplätze in Luanda und Monrovia mit der Mailänder Modewelt zu tun? Was die Megastädte in China mit dem Nachkriegs-Bosnien? Offensichtlich mehr, als es auf den ersten Blick den Anschein hat, jedenfalls sind diese Themen vereint in dem Fotoband "Geschichten der Globalisierung". Er bietet eine Sammlung von Momentaufnahmen dieser Welt, die so schillernd sind wie das Wort Globalisierung. Nicht mit klarer Analyse und nüchterner Information kommt das Buch der Globalisierung auf die Spur, sondern es nähert sich dem Phänomen mit Detaileindrücken und Bildern. Die Auswahl der Fotos mag willkürlich erscheinen, aber sie sind eindrucksvoll und wunderschön, berührend und schockierend zugleich: zum Beispiel der Gänsemarsch vietnamesischer Arbeiterinnen, die nach ihrer Tagesschicht schweigend das Werksgelände verlassen; oder die durchschossenen Hosen und Hemden, die gewaschen und zum Trocknen aufgehängt wurden - sie stammen von Ermordeten, deren Überreste man im bosnischen Visoko ausgegraben hat. Das Buch führt zehn Fotografen zusammen, deren kulturelle Hintergründe, journalistische Haltungen und fotografische Temperamente sehr unterschiedlich sind. Damit schaffen sie mit unterschiedlichen Perspektiven - ein gemeinsames Bild von der Globalisierung. Sie berichten von Randzonen und Zentren, Aufschwüngen und Desastern, von Fluchtwegen und Erinnerungen. Ihre Fotoreportagen und Essays stammen vom chinesischen Perlfluss-Delta und aus den Pariser Vorstädten, aus Belgien, den USA, Nigeria und Brasilien, Indien und Bangladesh.

Daniel Schwartz (Hrsg.): Geschichten der Globalisierung. Steidl Verlag, Göttingen, 2003. 256 Seiten mit 225 Abbildungen, 25 EUR

Marx und

die Sowjetunion

An Selbstbewusstsein mangelt es Wal Buchenberg offensichtlich nicht. Nachdem er im vergangenen Jahr eine weniger als 500 Seiten starke Kurzfassung aller drei Bände des "Kapital" veröffentlicht hat, stellt er sich in seinem neuen Buch die Frage, "was Marx am Sowjetsystem kritisiert hätte". Der Autor beschreibt das Sowjetsystem als ein volksumfassendes "Staatssyndikat" mit arbeitspflichtigen Untertanen und schildert den Wirtschaftsprozess mit seinen Störfaktoren: den Voluntarismus der Staatsbürokratie, den Vorrang der Rüstungs- und Weltraumindustrie, das Zulieferungschaos. Einen freien Markt gab es offiziell nicht. Geld war nur streng reglementiertes Zirkulationsmittel. Weder Profite noch Bedürfnisse der Menschen waren zielführend. Mittels einer bisher nie und nirgendwo erreichten Akkumulation von Produktionsmitteln sollte das Land zur stärksten Militär- und Wirtschaftsmacht der Welt gemacht werden. Doch seit 1970 ging es bergab. Die schlecht versorgten ArbeiterInnen, die vom Wohlstand der Herrschenden wussten, die weder stimuliert noch motiviert waren, verweigerten sich immer mehr. Nach Buchenbergs Berechnungen wurden sie sogar mehr ausgebeutet als die US-ProletarierInnen, während die Sowjetführung, die kollektiv fast den gesamten Nationalreichtum zu eigen hatte, reicher gewesen sei als die Gesamtheit der Reichsten in den USA. Abschließend kritisiert der Autor die These, das Sowjetsystem sei kapitalistisch gewesen. Gleichzeitig erklärt er aber auch alle Versuche für falsch, die Sowjetwirtschaft einer vorkapitalistischen Produktionsweise zuzuordnen. Sie war seiner Meinung nach auch nicht früh- , roh- oder staatssozialistisch, sondern habe eigene Wesensmerkmale getragen.

Wal Buchenberg: Was Marx am Sowjetsystem kritisiert hätte. Politische Ökonomie der Sowjetunion, VWF Verlag, Berlin 2003, 142 Seiten, 9,90 EUR

Subcomandante Marcos

Der Aufstand der zapatistischen Befreiungsarmee EZLN in Mexiko begann am 1. Januar 1994, als gleichzeitig das Land dem sogenannten Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) beitrat. Der von der politischen Klasse Mexikos verkündete Anschluss an die "Erste Welt" wurde so als Ausverkauf des Landes durch in- und ausländische Investoren entlarvt. Der Aufstand der Zapatistas richtet sich vor allem gegen die Ausbeutung, den Rassismus und die Marginalisierung der indigenen und ländlichen Bevölkerung durch die

Herrschaft der Großgrundbesitzer und der politischen Funktionäre. Im Zuge des Aufstandes organisieren sich immer mehr Frauen, die für eine Verbesserung ihrer Situation kämpfen. Die Zapatistas und die gesamte indigene Bewegung fordern die Anerkennung indigener Rechte und einen Autonomiestatus innerhalb Mexikos für ihre Gebiete. Darüber hinaus schlagen die Zapatistas, die sich als konsequent basisorientierte Bewegung verstehen, eine radikale Demokratisierung der mexikanischen Gesellschaft vor. Da die EZLN ihren Aufstand in einem weltweiten Kontext sieht, rief sie 1996 zur Bildung einer "Internationale der Hoffnung" auf, um gemeinsam mit anderen Bewegungen weltweit gegen die kapitalistische Globalisierung und für eine solidarische Gesellschaft zu kämpfen. Mit dem Kalender des Widerstandes beschreibt Subcomandante Marcos, der Sprecher der EZLN, die Geschichte und Gegenwart Mexikos von unten. In dreizehn "Stelen" wird informativ und unterhaltsam über die Basisbewegungen in verschiedenen mexikanischen Bundesstaaten berichtet, die seit Generationen Widerstand gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung leisten und sich hierbei gesellschaftliche Alternativen erkämpft haben.

Subcomandante Marcos: Kalender des Widerstandes, herausgegeben von der Gruppe B.A.S.T.A. Verlag Edition AV, Frankfurt 2003, 210 Seiten, 13 EUR

Alle Gewinne gehen an die zapatistische Bewegung. Bestellungen (plus 1,50 EUR Porto) an: Gruppe B.A.S.T.A., c/o Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, D-48153 Münster

gruppeBASTA@gmx.de

Europäische Gewerkschaftslinke

Das Wissen über die europäischen Gewerkschaften im allgemeinen, die Gewerkschaftslinken im besonderen, die industriellen Beziehungen und über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der EU ist trotz aller selbstgesteckten internationalistischen Willensbekundungen in der Linken nur sehr begrenzt. Das Gewerkschaftsforum Hannover, ein unabhängiger und selbstorganisierter Zusammenschluss von Gewerkschaftslinken, hat seine Kontakte genutzt, um einen Einblick in die Gewerkschaftslandschaft in neun europäischen Ländern zu geben. In der Form von Interviews geben Kollegen aus Dänemark, Niederlande, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Italien, Griechenland, Spanien und Deutschland Auskunft über die historische Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in ihrem Land, ihre Organisationsstruktur und aktuelle Stärke. Dabei fließen Beobachtungen zu den jeweiligen Veränderungsprozessen in den Lebens- und Arbeitsprozessen ebenso mit ein wie Berichte über Arbeitskämpfe in der jüngsten Vergangenheit, Probleme bei der Organisierung oder die unendlich lähmenden Auseinandersetzungen mit den offiziellen Gewerkschaftsapparaten. Mit den Interviews ist es dem Hannoveraner Gewerkschaftsforum gelungen, eine lesenswerte Broschüre vorzulegen, jenseits von wissenschaftlichem Sammelband und Massenagitationsbroschüre. Dazu tragen natürlich die Gesprächspartner bei, die sowohl die Stärke und Bedeutung der Gewerkschaftslinken wie auch die Kräfteverhältnisse in ihren Ländern analysieren. Dem Hannoveraner Gewerkschaftsforum bleibt zu wünschen, dass sie ihre Zielgruppe, nämlich "Interessierte und Aktive aus den Gewerkschaften sowie die politische und soziale Linke", erreichen. Wir haben das Unsere dazu getan. Bestellungen können an die angegebene Adresse gerichtet werden.

Die europäische Gewerkschaftslinke - Erfahrungen, Positionen, Diskussionen. Interviews aus neun Ländern, Oktober 2003, 74 Seiten, 3 EUR plus Porto

Bezug über: H. Brückner, Kötnerholzweg 48, 30451 Hannover oder

gewerkschaftsforum@web.de

42. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak479/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:24

Attacken mit Folgen

Betr.: Abo-Reduzierung ak/Fantômas

Mit größtem Bedauern müssen wir Euch leider die Einschränkung unseres langjährigen Abonnements mitteilen.

Dies ist das traurige Resultat ein Jahr währender Attacken, Intrigen und Verleumdungen von Seiten eines Bündnisses aus Antideutschen (dem so genannten Bündnis gegen Antisemitismus), dem Fachschaftsrat Sozialwissenschaften und dem von Jusos dominierten AStA. Die Fachschaftsrätevollversammlung (FSR-VV) als höchstes beschlussfassendes Organ der Studierendenschaft hat auf einen Antrag des von Antideutschen dominierten Fachschaftsrates Sozialwissenschaften nun beschlossen, uns sämtliche finanzielle Unterstützung zu streichen. Damit können wir unseres Abos zukünftig nicht mehr in diesem Umfang finanzieren.

Auslöser dieses peinlichen Dramas war ein von uns verteiltes Flugblatt, das zu einer kritischen Haltung gegenüber der aktuellen Politik Israels aufrief. Zunächst "begnügte" sich besagtes Bündnis mit anonymer Stimmungsmache und pauschalen Antisemitismusvorwürfen. Allerdings blieben die Anschuldigungen immer haltlos, konkrete Belege für antisemitische Passagen konnten zu keinem Zeitpunkt genannt werden.

Ein erster Antrag des Bündnisses gegen Antisemitismus an die FSR-VV scheiterte, trotz Unterstützung durch die Jusos. Nachdem der Antrag ein weiteres Mal eingebracht wurde, stimmten die der leidigen Diskussion müden und an einer Auseinandersetzung desinteressierten Studierenden zu - damit ist unsere Unterstützung durch den AStA der Universität beendet.

Wir müssen Euch daher bitten, unser Abonnement sowohl der analyse + kritik als auch des Fantômas zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu reduzieren. Näheres dazu auf unserer Internet-Seite: http.//

www.kickme.to/antifa-uni-hannover.

Mit antifaschistischen Grüßen,

Antifa AG Uni Hannover

Realer Maoismus fehlt

Betr.: Transformation des Maoismus,

ak 478

Lieber Henning Böke,

ganz gewiss lohnt es sich nach wie vor, die Arbeiten von Charles Bettelheim (kritisch) zu lesen. Aber was die Geschichte des realen Maoismus angeht - reicht es hin, die "kulturrevolutionären Strukturen" (in der VR China) als "relativ egalitär und bürokratiefrei" zu bezeichnen und das maoistische Modell nur wegen eines Mangels "an wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit" in Frage zu stellen? Warum kein Gedanke an die systematischen Brutalitäten der damit verbundenen Politik? Und der surreale Maoismus im Westen, ob nun autoritär oder "alternativ" ausgerichtet - kein Gedanke an das höchst fragwürdige, mitunter schwachsinnige Hinwegsehen über die Wirklichkeit des Maoismus an der Macht, wie es in den ML-Szenen weit verbreitet war? In alledem steckte Menschenverachtung, und über dieses Kapitel "linker" Geschichte sollte nicht geschwiegen werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Arno Klönne

43. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak479/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:42

Voll konspi:

World Watchers

Verschwörungstheorien - eine einfache Methode zur Erklärung einer kompliziert erscheinenden Welt erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Vom 13. Dezember 2003 bis 15. Februar 2004 widmet sich eine Ausstellung in der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst NGBK dem Thema und fragt nach künstlerischen Strategien. Titel: World Watchers - Demokratie. Information. Subjekte.

Berlin, 13.12.2003-15.2.2004, täglich 12-18.30 Uhr, NGBK, Oranienstr. 25

Regierung gestürzt - und nun?

Die Hamburger Regierungskoalition ist am Ende, aber Bambule weiß immer noch nicht wohin, und auch die Wagenburg Henriette muss noch zittern. So geht's nicht! Deshalb zum Beginn des Wahlkampfs in HH: Bundesweite Demonstration Bambule durchsetzen! Räumungen verhindern! Widerstand entwickeln! Demo gegen Repression, für selbstbestimmte Projekte und unkontrollierte Bewegungen.

Hamburg, 20.12.2003, 15 Uhr, Mönckebergstraße/Ida-Ehre-Platz

Strajk in Polen

Am 23.12. informiert die FAU Hannover über den monatelangen Arbeitskampf gegen die Schließung des Kabelwerks Ozarow in Polen und die dabei entstandenen Solidarisierungen. Zuerst wird ein 30-minütiger Film gezeigt, anschließend gibt's einen kurzen Überblick über die aktuellen sozialen Auseinandersetzungen im Nachbarland.

Hannover , 23.12.2003, 20 Uhr, UJZ Kornstraße 28-30

Girls with guns

Anja Flach war von 1995 bis 1997 in der Guerillaeinheit der kurdischen Frauenorganisation YAJK. Ihre Aufzeichnungen beschreiben ihre Zeit in Kurdistan. Buchvorstellung und Diavortrag.

Bonn, 9.1.2004, 20 Uhr, Le Sabot, Breite Straße 76

Antikriegs-Kongress

Im Vorfeld der Proteste gegen die NATO-Sicherheitskonferenz im Februar in München findet von Freitag, den 9. bis Sonntag, den 11. Januar unter dem Motto "Antikapitalismus globalisieren - gegen die Kriegspolitik von Nato, Militärmacht EU und USA" eine Antikriegskonferenz im Münchener DGB-Haus statt. In verschiedenen Foren wird die Debatte aus dem letzten Jahr fortgesetzt. Ein breites Bündnis lädt ein.

München, 9.-11.01.2004, DGB-Haus, Schwanthalerstraße 64, Anmeldung ab 18 Uhr, www.no-nato.de

Klasse: Kämpfe?

Den Stand der Klassenkämpfe verstehen und bei selbigen mitmischen - das ist grob gesagt das Thema des Workshops mit Aktiven der Gruppe kolinko, der am 10. Januar in Bremen stattfindet. Kolinko hat sich in den letzten Jahren mittels militanter Untersuchung und Flugblättern in die Arbeitsauseinandersetzungen in Call Centern im Ruhrgebiet eingebracht und dabei Interessantes zu Tage gefördert. Ihre Erfahrungen sind in einem lesenswerten Buch "hotlines" zusammengefasst.

Bremen, 10. Januar, 14 bis 18 Uhr, veranstaltet von Luxemburg-Initiative und Bremer Forum für Gesellschaftsanalyse und Kritik e.V. Anmeldung bis 20.12. an huettner@luxemburg-initiative.de. Kolinko im Netz: www.nadir.org/kolinko

Aus Tradition:

Die allseits bekannte Liebknecht-(Lenin)-Luxemburg-Gedenkdemonstration findet auch in nächsten Jahr statt: Am Sonntag, 11. Januar geht's wie gewohnt vom U-Bahnhof Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten. "Auf, auf zum Kampf, zum Kampf..."

Berlin, 11.1.2004, 10 Uhr, Demonstration ab Frankfurter Tor

Kolonialmacht Deutschland

Dass das deutsche Kaiserreich Kolonialmacht in Afrika war, weiß man. Dass es vor genau 100 Jahren einen Krieg gegen die Herero und Nama auf dem Gebiet des heutigen Namibia begann, in dessen Verlauf die beiden südwestafrikanischen Völker beinahe völlig vernichtet wurden, ist schon weniger bekannt. Um daran zu erinnern und Entschuldigung und Entschädigung für die Herero (in den USA ist eine Klage anhängig) zu fordern, findet am 11.01.2004 in Berlin eine öffentliche Veranstaltung der Anticolonial Africa Conference 2004 mit einem Vertreter der Herero statt.

Berlin, 11.1.2004, 18.00 Uhr, Unter den Linden/Wilhelmstraße.

Mehr Informationen unter:

www.africa-anticolonial.org

Feiern,

bis der Arzt kommt

In Bonn leben mindestens 4000 Menschen ohne gültige Papiere, die von der regulären Gesundheitsversorgung ausgeschlossen sind. MediNetzBonn baut ein Netzwerk für anonyme und kostenlose medizinische Behandlung von Menschen ohne Papiere auf, denn Krankheit kennt keinen Aufenthaltsstatus. MediNetz vermittelt in den Sprechstunden die kostenlosen Behandlungstermine. Kosten entstehen jedoch für Diagnostik, für Medikamente, die von den PatientInnen nicht bezahlt werden können, für etwaige Krankenhausaufenthalte etc. Dafür ist der Erlös dieser Party bestimmt.

Kein Mensch ist illegal!

Bonn, 17.1.2004, Konzert und Party für MediNetz im Kult 41,

Hochstadenring 41

WEF-Blockade

Wie jedes Jahr trifft sich auch im folgenden Januar das World Economic Forum (WEF) im schweizerischen Davos. Dagegen gibt's auch 2004 Protest: vom 10. Januar an findet eine ganze Reihe von Aktionen an unterschiedlichen Orten statt, die am Mittwoch, dem 21. Januar 2004, in schweizweiten Blockadeaktionen gegen die Veranstaltung ihren Höhepunkt finden soll. Wer hinfahren will, informiert sich besser rechtzeitig.

Davos u.a., 21.1.2004, WEF blockieren! Vorher verschiedene Veranstaltungen, u.a. Winterhur, 10.1.2004, 14.30 Uhr, Bahnhofsvorplatz: Demonstration gegen WEF

und Kapitalismus, und Luzern, ab 15.1.200:, Anti-WEF-Festival. www.no-wef.ch.vu

44. Spende her - sonst Eiszeit!

Es fehlen noch 13.911 Euro bis zum Frühling

CD-Datei: daten/aksuche/ak479/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:43

Falls euch immer noch und alle Jahre wieder die Frage plagt: Was schenk' ich nur meinen FreundInnen, KollegInnen und den lieben und weniger lieben Verwandten? Hier die ultimative Antwort: Nichts, Nothing, Rien, Nada. Denn: Irgendeinen Scheiß zu kaufen macht nicht glücklich, weder die Beschenkten noch die Schenkenden. Spendet doch lieber für ak oder - wenn's denn was Materielles sein muss - verschenkt doch lieber ein Abo von analyse + kritik, Fantômas inklusive.

In den letzten Monaten sind ja schon einige mit gutem Beispiel vorausgegangen und haben 11.089 Euro für ak losgeeist - dafür allen SpenderInnen ein dickes Danke-Schön! Insgesamt müssen 25.000 Euro auf das Konto des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik eingehen, damit wir euch weiterhin mit monatlicher linker analyse + kritik "wärmen" können. Und auch das Magazin Fantômas will euch 2004 wieder im Frühling und Herbst mit Theorie und Debatte einheizen.

Wir wissen, dass bei unseren LeserInnen das Geld nicht mehr so locker sitzt und dass viele sehr genau überlegen müssen, wo sie ihre Kohle lassen. Aber, wie würde es im richtigen Marketing-BlaBla heißen: In ak investieren heißt in die Zukunft investieren. Schließlich analysieren, diskutieren, schreiben, philosophieren und agieren wir nicht nur (aber auch) zum Spaß, sondern wir möchten einen Beitrag leisten, damit die Zeit des (neoliberalen) Überwinterns endlich vorbei ist. Also: "Her mit dem sonnigen Leben, jetzt!" Oder zumindest "Her mit einem sonnigeren Leben, bald!"

Also schnappt euch den Überweisungsträger, tragt eine Spendensumme ein, die grad eben noch für euch zu ertragen ist, und ab damit durch die Kälte zur nächsten Bank. Dann das ironische Grinsen des Schaltermenschen ignorieren, ebenso seine Versuche, euch für irgendeine dubiose private Rentenvorsorge zu gewinnen. Lasst euch davon nicht beirren, denn für die ehrenhaften SpenderInnen gibt es eine tolle Spendenbescheinigung, die ihr im nächsten Jahr beim Finanzamt einreichen könnt.

Trotz und wegen Klimakatastrophe und Erderwärmung appellieren wir an eure Solidarität und - Vorsicht Kitsch - an die Herzenswärme der LeserInnen, die nicht nur im Alltag nach außen strahlt, sondern auch unsere Spendenkonto füllt. Jeder Euro zählt und auch über kleine Beiträge freuen wir uns. Ihr könnt auch aus niedrigen Beweggründen spenden: einfach nur, damit diese herzerweichenden Spendenaufrufe bald ein Ende haben und sich auf der letzten Seite wieder andere Themen finden.

Es gibt noch viele andere Möglichkeiten ak zu unterstützen: Da sind zum einen die AutorInnen, die - ohne Honorar - jeden Monat dafür sorgen, dass die Zeitung mit gut recherchierten und geschriebenen Artikeln gefüllt ist. Ein anderer Beitrag kann sein, dass ihr uns an FreundInnen weiter empfehlt, die ak (und Fantômas) noch nicht kennen oder dass ihr ihnen ein Probe-Abo (3 ak für 5 Euro) vermittelt. Nicht zu vergessen sind die FreundInnen, die uns ehrenamtlich mit Zeit und Arbeit unterstützen, indem sie z.B. korrektur-lesen, layouten, aks auf Veranstaltungen und Demos verkaufen oder Werbeexemplare verteilen und - und das ist im Dezember besonders - uns beim traditionellen Jahresendzeit-Essen ein feistes Menü kochen. Ein Danke an alle diese "unsichtbaren" HelferInnen, die den Betrieb 2003 und hoffentlich auch 2004 und darüber hinaus am Laufen halten.

Eure ak-Redaktion

Spendenkonto:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Konto Nr.: 13150204

Postbank Hamburg

BLZ 200 100 20

45. Editorial

CD-Datei: daten/aksuche/ak479/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:479:44

Es weihnachtet sehr. Lichterketten in den Einkaufszonen und Parfümwerbung auf allen Kanälen sind untrügliche Zeichen für verordnete Besinnlichkeit und Konsumrausch. Millionen von BundesbürgerInnen wälzen sich durch die Kaufhäuser auf der verzweifelten Jagd nach den letzten Präsenten, und Millionen von Maquila-ArbeiterInnen rund um den Globus produzieren das Spielzeug, die Sportklamotten und die High-Tech-Geräte, die hier über den Ladentisch gehen. Weihnachten, das Fest des Gebens: Myrrhe und Weihrauch, Spekulatius und Davidoff Cool Waters, aber vor allem Gold, Geld und Arbeitskraft: Geld für die Kassen des Einzelhandels, Arbeitskraft für das Geld für die Kassen des Einzelhandels, Arbeitskraft für die Produktion der Waren des Einzelhandels. Und jedeR, der/die jemals mit kaum verhohlener Gier die Verpackung von seinen/ihren Weihnachtspäckchen gerissen hat, weiß: Weihnachten ist auch das Fest des Nehmens. Am Geburtstag des Gekreuzigten entfaltet der linksradikale Begriff der "Aneignung" seine ganze Vielschichtigkeit.

Entkleiden wir also dieses Fest seiner christlich-anrührenden Verbrämung und bekennen uns zur Kampfansage an jede Form des Verzichts. "Buy nothing", die Forderung amerikanischer KonsumkritikerInnen, ist deshalb nicht nur putzig, sondern auch falsch: "Steal something" ist die bessere Parole, auch und gerade an Weihnachten. Es gehört zu den perfiden Ungerechtigkeiten des Kapitalismus, dass Raub, Diebstahl und Aneignung immer nur einzelnen vorbehalten blieb. Lohnraub, Enteignung von Kreativität und Energie, Diebstahl von Arbeitskraft: Für manche war und ist der Kapitalismus ein andauerndes Weihnachten, Aneignung in Permanenz. Einiges spricht dafür, dass die internationalen sozialen Bewegungen anfangen, dieser Aneignungspraxis von oben eine von unten entgegen zu setzen. Oft als individuelle Überlebensstrategie, wie unser Beitrag aus Barcelona zeigt, immer öfter aber auch als kollektives Handeln (siehe den Beitrag zu den Kämpfen der Maquila-ArbeiterInnen in Mittelamerika). Im Schwerpunkt dieser ak geht es folglich auch um Elemente einer linken Aneignungsperspektive. "Alles für alle" gehört genauso dazu wie der Verzicht, die eigenen Reproduktionsbedingungen als Forderungen an den Staat zu delegieren: "Wir nehmen uns, was wir brauchen." Wie das aussieht, wenn es nicht mehr nur um Zugang zu Freizeitbädern, sondern um Gesundheitsversorgung oder um die Umwälzung der Arbeitsverhältnisse geht, ist eine spannende Frage. "Expropriation der Expropriateure!" hat der größte Aneignungspropagandist aller Zeiten und drittbedeutsamste Deutsche der Neuzeit vor 150 Jahren gefordert. Auch jetzt ist dem eigentlich nichts weiter hinzuzufügen.

Diese Weihnachts-ak hat aber nicht nur weihnachtliche Themen, sie hat auch neues Personal. Einmal mehr hat sich jemand gefunden, der es auf- und anregend findet, für lau bei einem linken Zeitungsprojekt mitzuarbeiten. Der Genosse pp ist nicht der Weihnachtsmann, sondern unser neuer Praktikant. Aber Geschenke in Form von Engagement, Lust und Laune verteilt er wie der mit der roten Zipfelmütze. Das nehmen wir gerne an. So gerne wie Geldgaben: Auch diesmal kommen wir nicht darum herum, euch auf unsere Spendenkampagne aufmerksam zu machen. Das einzige, was wir dafür geben können, ist die Steuerabzugsfähigkeit, die ak auf bewährtem Niveau und das Magazin Fantômas. Das, was wir an Ressourcen für ak und Fantômas brauchen, ist viel, und leider können wir uns das nicht einfach nehmen. Also sind unsere Präsente zwar mit Liebe gemacht, aber nicht umsonst. Mit dieser Einschränkung gilt jedoch auch für ak: Eignet euch uns an.

die ak-Redaktion